



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Ein diachroner Vergleich des populistischen Sprachgebrauchs
bei Werner Kogler zwischen Opposition und
Regierungsbeteiligung

verfasst von | submitted by

Eva Popp BEd

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 199 506 509 02

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Lehramt Sek (AB) Unterrichtsfach
Deutsch Unterrichtsfach Französisch

Betreut von | Supervisor:

ao. Univ.-Prof. tit. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Ernst

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	1
1.1 Relevanz des Themas	2
1.2 Forschungsfrage und Untersuchungsziele	3
1.3 Methode und Aufbau der Arbeit.....	4
1.4 Grenzen der Arbeit	5
2 Forschungsstand.....	6
3 Populismus.....	8
3.1 Überblick über aktuelle Definitionsansätze.....	8
3.1.1 Populismus als Ideologie.....	10
3.1.2 Populismus als Strategie.....	11
3.1.3 Populismus als Diskurs.....	11
3.1.4 Populismus als Logik des Politischen	12
3.1.5 Populismus als Stil.....	13
3.1.6 Aktuelle Perspektiven in der Populismusforschung.....	14
3.1.7 Fazit und Parallelen aktueller Definitionen	15
3.2 Politisches Spektrum	17
3.3 Arbeitsdefinition von Populismus	18
4 Der Einfluss der Sprache.....	18
4.1 Politische Rhetorik	19
4.2 Populistische Rhetorik.....	20
4.3 Linkspopulistische Sprache	21
5 Theoretischer Hintergrund und methodisches Vorgehen.....	22
5.1 Untersuchungskorpus	22
5.2 Methodisches Vorgehen	27
5.2.1 Pragmatisch-semantische Analyse	27
5.2.2 Funktionale Analyse anhand sprachkritischer Maximen.....	30

6 Untersuchung	33
6.1 Beiträge Werner Koglers in der Oppositionsphase (2019).....	34
6.1.1 Pragmatisch-semantische Analyse	34
6.1.2 Funktionale Analyse anhand sprachkritischer Maximen.....	51
6.2 Beiträge Werner Koglers in der Regierungsphase (2020–2024).....	72
6.2.1 Pragmatisch-semantische Analyse	72
6.2.2 Funktionale Analyse anhand sprachkritischer Maximen.....	86
6.3 Vergleich der Oppositions- und Regierungsphase	102
6.3.1 Vergleich der pragmatisch-semantischen Analyse.....	102
6.3.2 Vergleich der funktionalen Analyse anhand sprachkritischer Maximen.....	108
7 Diskussion.....	125
7.1 Beantwortung der Forschungsfragen.....	125
7.2 Einordnung der Ergebnisse in den Forschungsstand.....	126
7.3 Reflexion der Hypothesen	128
7.4 Grenzen der Untersuchung	129
7.5 Ansatzpunkte für weiterführende Forschung	129
8 Fazit und Ausblick	130
Literaturverzeichnis	133
Korpusverzeichnis.....	135
Tabellenverzeichnis	135
Zusammenfassung.....	136
Anhang	137

Vorwort

Im Laufe meines Studiums war es immer wieder notwendig, ein Thema für Seminararbeiten zu wählen. Obwohl diese Entscheidung oft mit längeren Überlegungen verbunden war, schätzte ich die Möglichkeit, eigene Interessenschwerpunkte setzen zu können. Häufig wurden die Themen im Rahmen der Lehrveranstaltungen vorgestellt, was letztlich auch zu meinem Masterarbeitsthema führte. Mehrmals begegnete ich sprachwissenschaftlichen Analysen zur Sprache der österreichischen FPÖ oder der deutschen AfD. Obwohl ich die Präsentationen zu diesen Arbeiten stets interessant fand, beschäftigte ich mich selbst zunächst nicht mit einem vergleichbaren Thema. Im Sommersemester 2019 besuchte ich das Masterseminar „Sprache in totalitären Systemen“ von Dr. Peter Ernst. Erneut wurden Untersuchungen zur Sprache der genannten Parteien vorgestellt. Diesmal stellte ich mir jedoch die Frage, ob populistischer Sprachgebrauch ausschließlich bei bestimmten politischen Akteur*innen zu beobachten ist oder ob entsprechende sprachliche Mittel parteiübergreifend eingesetzt werden. Daraus entwickelte sich schließlich das Interesse, die Sprache der österreichischen Grünen näher zu untersuchen und Veränderungen im Sprachgebrauch Werner Koglers in unterschiedlichen politischen Rollen zu analysieren.

Diese Masterarbeit soll einen Beitrag zur Erforschung politischer und (links)populistischer Sprache leisten und die Frage beleuchten, wie sich populistischer Sprachgebrauch zwischen Oppositions- und Regierungsphase verändern kann. Zugleich soll sie eine Grundlage für weiterführende Untersuchungen in diesem Forschungsfeld bieten.

Bei der sprachlichen Überarbeitung der Arbeit wurde ChatGPT (OpenAI) unterstützend eingesetzt. Sämtliche Analysen, Interpretationen und Schlussfolgerungen wurden von der Verfasserin selbst entwickelt und verantwortet.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Dr. Peter Ernst bedanken, der mich nicht nur mit seiner fachlichen Expertise, Wertschätzung, gutem Input und Geduld während des Entstehungsprozesses dieser Masterarbeit begleitete, sondern mir auch in seinen Seminaren am Institut für Germanistik wertvolle Impulse und vielfältige Einblicke vermittelte.

Ebenso gilt mein Dank meinem Mann und meiner Familie, die nie an mir zweifelten und mich stets unterstützten. Sie und meine Freund*innen gaben mir immer wieder den Glauben an die Fertigstellung dieser Arbeit zurück, motivierten mich in den richtigen Momenten und standen mir mit einem offenen Ohr zur Seite. Ein besonderes Dankeschön gilt außerdem all jenen, die stundenlang mit meinem Sohn spielten, damit ich die Arbeit fortsetzen konnte.

1 Einleitung

„Das österreichische Parteiensystem ist und bleibt hochgradig polarisiert.“ (Thömmes / Thomeczek 2019: 7) Dieses Zitat stammt aus der Zusammenfassung einer Studie zu den österreichischen Parteiprogrammen der Nationalratswahl 2019. Auf Grundlage dieses Befunds lässt sich feststellen, dass sich die österreichischen Parteien über das politische Spektrum hinweg – insbesondere entlang einer Links-Rechts-Achse – verteilen. Daraus ergibt sich, dass innerhalb dieses Spektrums politische Akteur*innen und Parteien existieren, denen populistische Kommunikationsweisen zugeschrieben werden.

Bei dieser Annahme treten jedoch rasch zwei zentrale Probleme auf. Einerseits zeigt sich bereits nach kurzer Auseinandersetzung mit der Forschung, dass Populismus und seine Merkmale nur schwer eindeutig zu definieren sind. Entsprechend existieren zahlreiche Definitionsansätze, die zwar Überschneidungen aufweisen, jedoch keine einheitliche Begriffsbestimmung ermöglichen (vgl. u. a. Müller 2020: 15; Mudde / Kaltwasser 2019: 20; Schäfer 2021: 16; Wolf 2017: 1). Andererseits ist für das Verständnis von Populismus der jeweilige Kontext entscheidend, da es laut Müller häufig zu einer begrifflichen Überdehnung kommt. So lassen sich „in den Populismusbegriff alle möglichen ideologischen Versatzstücke hineinschmuggeln“ (Müller 2020: 16). Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass Populismus „als ein polemische Mittel genutzt [wird], um normativ fragwürdige politische Prozesse und Akteure zu bezeichnen und abzuwerten“ (Jörke / Selk 2017: 10).

Zudem wird der Begriff Populismus häufig unscharf verwendet, etwa wenn er synonym mit Rechtspopulismus gebraucht wird, was die begriffliche Intransparenz zusätzlich verstärkt (vgl. Hartleb 2017). Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus kulturbedingten Unterschieden (vgl. Jörke / Selk 2017: 11) sowie aus der Tatsache, dass unterschiedliche theoretische Ansätze verschiedene Aspekte von Populismus betonen, ohne diese zu einer einheitlichen Definition zusammenzuführen (vgl. Laclau 2005: 13). Die Komplexität der Definitionsbildung erscheint vor diesem Hintergrund nachvollziehbar, da systematische Vergleichsversuche innerhalb der Forschung erst in jüngerer Zeit verstärkt unternommen wurden. Dennoch bleibt eine weiterführende Auseinandersetzung mit dem Begriff notwendig, nicht zuletzt aufgrund seiner anhaltenden politischen und wissenschaftlichen Relevanz (vgl. Moffitt 2016: 11). Abschließend ist hinzuzufügen, dass zudem der Ansatz existiert, dass es gar nicht das Ziel sein sollte, Populismus vereinheitlicht zu definieren. Die Autorin Margaret Canovan schreibt beispielsweise: “The various populisms we have distinguished are not just different varieties of the same kind of thing: they are in many cases different sorts of things, and not directly comparable at all” (1981: 298).

Es steht zudem fest, dass politische Akteur*innen sich selbst nur selten als „populistisch“ bezeichnen. Einer der wenigen, die genau das doch taten, war Peter Pilz, der im Jahr 2017 die Partei JETZT – Liste Pilz gründete und mit dieser offiziell als linkspopulistische Partei bei der Nationalratswahl 2019 antrat (vgl. APA 2017; Bundesministerium für Inneres 2019). Und trotzdem, seine vermeintlich rechtspopulistischen Konkurrent*innen möchten es ihm keinesfalls nachtun und sich mit dem Begriff betiteln, so beispielsweise Norbert Hofer (vgl. Hofer rechnete mit Kritik an Plakat-Slogan 2016). Gleiches gilt für linke Kreise, die „den Begriff Populismus nicht gern mit linker Politik im Allgemeinen [...] in Verbindung [bringen]“ (Mudde / Kaltwasser 2019: 14).

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, populistischen Sprachgebrauch nicht ausschließlich auf Ebene politischer Parteien zu untersuchen, sondern auf Ebene einzelner politischer Akteur*innen, da auf diese Weise sprachliche Strategien unter kontrollierteren Bedingungen analysiert werden können. Die vorliegende Arbeit setzt hier an und konzentriert sich auf den Sprachgebrauch des österreichischen Politikers Werner Kogler, der als zentrale kommunikative Figur der Grünen eine prägende Rolle in der öffentlichen politischen Kommunikation einnimmt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Relevanz des Phänomens populistischer Sprachverwendung näher zu betrachten.

1.1 Relevanz des Themas

Die Frage nach populistischen Strategien linker Parteien lässt sich auch am Beispiel der österreichischen Grünen beobachten. Im Artikel „Die Grünen zwischen Politisierung und Populismus“, erschienen auf der Webseite der Zeitung *Der Standard*, wird 2015 Peter Pilz zitiert, der der Partei, der er damals angehörte – den österreichischen Grünen – empfahl, Linkspopulismus auszuüben, um Wähler*innenstimmen zu generieren. Auch der österreichische Politikwissenschaftler Peter Filzmaier unterstreicht diese Empfehlung mit der Begründung, es handle sich um eine Oppositionspartei, die sich somit in einer günstigen Position für populistische Forderungen befinde (vgl. Kroisleitner / Minkin 2015).

Diese Einschätzungen werden auch in der Forschung aufgegriffen. So wird darauf hingewiesen, dass linke Parteien populistische Strategien nutzen, „um diejenigen Wähler*innen besser zu erreichen, die von der Wirtschafts- und Sozialpolitik der etablierten Parteien enttäuscht sind“ (Decker / Lewandowsky 2009). Diese Wähler*innengruppen gewannen für die Grünen in der Folge an Bedeutung, was die Vorschläge von Pilz und Filzmaier zusätzlich unterstreicht, da die Partei nach der Nationalratswahl 2017 nicht mehr im Nationalrat vertreten war (vgl.

Bundesministerium für Inneres 2017). Seit 2020 war die Grüne Alternative Teil der Bundesregierung, und Werner Kogler Vizekanzler, bevor sie sich nach der Nationalratswahl 2024 erneut in der Opposition befindet (vgl. Bundeskanzleramt 2019ff; Parlament Österreich 2025).

Angesichts des starken Stimmenzuwachses zwischen 2017 und 2019 stellt sich die Frage, ob Werner Kogler vor der Nationalratswahl 2019 öffentlich verstärkt populistische Inhalte thematisierte, wie von Pilz und Filzmaier empfohlen. Denn wenn man Girnth und Spieß heranzieht, die schreiben, „dass politisches Handeln vornehmlich sprachliches Handeln ist“ (2006: 7), ist davon auszugehen, dass sich auch rhetorische Veränderungen zwischen unterschiedlichen politischen Situationen feststellen lassen. Auch Decker und Lewandowsky stellen fest, dass „Politik [...] zu einem großen Teil Kommunikation [ist]. Politiker und Parteien müssen versuchen, die Wähler möglichst effektiv anzusprechen, wenn sie sie davon überzeugen wollen, bei der nächsten Wahl für sie zu stimmen“ (2009). Ob sich diese möglichen Veränderungen auch in Merkmalen populistischer Sprache, insbesondere in ihrer linkspopulistischen Ausprägung, zeigen, wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit anhand des Sprachgebrauchs Werner Koglers untersucht.

Die Arbeit knüpft an bestehende Forschung zu Populismus und politischer Rhetorik an. Insbesondere im Bereich rechtspopulistischer Kommunikation liegen bereits zahlreiche Untersuchungen vor (vgl. u. a. Reisigl 2002: 166–169; Poier et al. 2017: 29, 30). Ziel ist es, diese Perspektive auf den Sprachgebrauch Werner Koglers anzuwenden, indem dieser im Kontext unterschiedlicher politischer Rollen analysiert wird. Dabei wird untersucht, inwiefern sich der Sprachgebrauch Werner Koglers im Zusammenhang mit dem Wechsel zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung verändert.

1.2 Forschungsfrage und Untersuchungsziele

Im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht die Frage, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede im populistischen Sprachgebrauch des österreichischen Politikers Werner Kogler zwischen der Phase vor der Nationalratswahl 2019 und der Phase politischer Verantwortung unter Regierungsbeteiligung festgestellt werden können. Ziel ist es, Unterschiede im Sprachgebrauch im Kontext unterschiedlicher politischer Rollen sichtbar zu machen. Der Begriff des Populismus wird dabei auf Grundlage der in Kapitel 3 dargestellten theoretischen Ansätze verstanden und im Rahmen der Analyse über sprachliche Merkmale konkretisiert. Im Fokus steht somit die Identifikation populistischer Sprachmuster auf Basis sprachlicher Strategien, ohne eine vor-schnelle ideologische Einordnung vorzunehmen.

Daraus ergibt sich eine weiterführende Fragestellung, die auf die Differenzierung der identifizierten sprachlichen Muster abzielt: Inwiefern lassen sich die festgestellten Formen populistischen Sprachgebrauchs in Bezug auf charakteristische Ausprägungen näher bestimmen? Dabei wird insbesondere untersucht, ob sich typische Merkmale erkennen lassen, die Rückschlüsse auf unterschiedliche Ausprägungen populistischer Rhetorik ermöglichen. Außerdem wird der Frage nachgegangen, welche spezifischen Eigenschaften der populistische Sprachgebrauch Werner Koglers aufweist. Ziel ist es, wiederkehrende sprachliche Muster systematisch herauszuarbeiten und zu beschreiben.

Die Untersuchung zielt somit insgesamt darauf ab, populistischen Sprachgebrauch im analysierten Korpus zu identifizieren, dessen Ausprägungen zu beschreiben sowie Veränderungen im Kontext unterschiedlicher politischer Rollen nachvollziehbar zu machen. Auf dieser Grundlage sollen zentrale Merkmale politischer Rhetorik sichtbar gemacht werden, die eine systematische Beschreibung des Sprachgebrauchs ermöglichen. Ziel ist dabei nicht die Zuschreibung einer populistischen Identität zum untersuchten Akteur, sondern die Analyse des Auftretens sowie der konkreten Ausgestaltung populistischer Sprachmuster im Untersuchungsmaterial.

Aus den formulierten Fragestellungen ergeben sich folgende Hypothesen, die im Verlauf der Analyse überprüft werden: Es wird angenommen, dass sich im Sprachgebrauch des untersuchten Akteurs populistische Elemente nachweisen lassen, die sich anhand sprachlicher Strategien systematisch beschreiben lassen. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass sich Unterschiede im populistischen Sprachgebrauch zwischen Wahlkampfphase und Regierungsbeteiligung feststellen lassen, wobei in der Wahlkampfphase in Opposition eine stärkere Ausprägung populistischer sprachlicher Strategien zu erwarten ist. Zudem wird die Hypothese aufgestellt, dass sich mit der Übernahme politischer Verantwortung Veränderungen im Sprachgebrauch zeigen, die sich in einer veränderten Verwendung populistischer sprachlicher Strategien äußern.

1.3 Methode und Aufbau der Arbeit

Um die Forschungsfragen zu beantworten, wird zunächst in Kapitel 2 der aktuelle Forschungsstand dargestellt. Kapitel 3 dient der begrifflichen und theoretischen Einordnung des Untersuchungsgegenstands. Dort wird Populismus als zentrales Konzept der Arbeit erläutert und mit-

hilfe des politischen Spektrums von Rechts- und Linkspopulismus abgegrenzt. Diese theoretische Klärung ist notwendig, da Populismus in Forschung und öffentlichem Diskurs häufig verkürzt verwendet und nicht selten mit Rechtspopulismus gleichgesetzt wird.

Kapitel 4 richtet den Fokus auf Sprache und Rhetorik in der politischen Kommunikation. Ausgehend vom Einfluss der Sprache werden zunächst zentrale Merkmale politischer Rhetorik dargestellt, bevor populistische Rhetorik als spezifische Form politischer Sprachverwendung eingeordnet wird. Damit wird die Grundlage für die anschließende Analyse geschaffen. Kapitel 5 stellt das Untersuchungskorpus sowie das methodische Vorgehen der Arbeit dar. Dort werden die Auswahl der analysierten Redebeiträge sowie das zugrunde liegende Analyseverfahren erläutert und begründet. Darüber hinaus werden die Analysekategorien entwickelt, mit deren Hilfe die Redebeiträge systematisch untersucht werden.

Die eigentliche Analyse erfolgt in Kapitel 6. Dort werden die ausgewählten Redebeiträge Werner Koglers anhand der zuvor entwickelten Kategorien ausgewertet und miteinander verglichen. Ziel ist es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede im populistischen Sprachgebrauch zwischen Wahlkampfphase und Regierungsbeteiligung herauszuarbeiten. Kapitel 7 dient der Diskussion der Ergebnisse. In Kapitel 8 werden die zentralen Befunde der Arbeit zusammengefasst und in einem Fazit mit einem Ausblick auf mögliche weiterführende Forschung verbunden. Die Grenzen der Arbeit werden im anschließenden Abschnitt gesondert dargestellt.

1.4 Grenzen der Arbeit

Ziel der Arbeit ist es nicht, den Begriff des Linkspopulismus theoretisch weiterzuentwickeln. Entsprechende Ansätze werden lediglich im Rahmen der begrifflichen Einordnung berücksichtigt, ohne selbst Gegenstand der Untersuchung zu sein. Der Fokus liegt zudem nicht auf der Analyse individueller Sprachstile einzelner Politiker*innen, sondern auf der Identifikation und Beschreibung wiederkehrender sprachlicher Muster auf Ebene eines einzelnen politischen Akteurs. Im Zentrum steht somit die Analyse übergreifender Strukturen im Sprachgebrauch. Darüber hinaus erfolgt kein Vergleich mit dem Sprachgebrauch anderer Parteien. Die Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die analysierten Redebeiträge des österreichischen Politikers Werner Kogler und sind entsprechend auf diesen Untersuchungsgegenstand beschränkt. Eine Analyse des Sprachgebrauchs der Partei Die Grünen als Ganzes ist nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Die genannten Einschränkungen verweisen zugleich auf mögliche Ansatzpunkte für weiterführende Forschung.

2 Forschungsstand

Der hier dargestellte Forschungsstand hilft zudem dabei, Forschungsbereiche abzugrenzen, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht vertieft werden. Zunächst soll auf einen deutlichen Unterschied in der aktuellen Forschungslage eingegangen werden.

Linkspopulismus und linkspopulistische Sprache bilden die Grundlage der vorliegenden Analyse. Im Zuge der Literaturrecherche zeigte sich ein deutliches Übergewicht der Forschung zu Rechtspopulismus. Untersuchungen zu Linkspopulismus und insbesondere zu linkspopulistischer Sprache stellen nach wie vor die Ausnahme dar und werden häufig im Zusammenhang mit rechtspopulistischen Entwicklungen diskutiert. Mudde und Kaltwasser begründen dies unter anderem damit, dass Linkspopulismus häufig als Reaktion auf Rechtspopulismus verstanden wird (vgl. 2019: 14). Dieser Befund verdeutlicht die Notwendigkeit weiterer Forschung zu Linkspopulismus und linkspopulistischer Sprache.

Vorerst soll jedoch auch der Forschungsstand zum Thema Populismus aufgezeigt werden. Insbesondere seit der Jahrhundertwende sind zahlreiche (politik-)wissenschaftliche Publikationen erschienen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen (vgl. Moffitt 2016: 2). Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass der Begriff im politischen wie auch im öffentlichen Diskurs allgegenwärtig ist (vgl. Krause 2019: 235). Die häufige Verwendung führt jedoch zu einer begrifflichen Überdehnung und damit zu Diskrepanzen zwischen wissenschaftlichem und öffentlichem Sprachgebrauch. Zugleich regt sie weitere Forschung an und verdeutlicht den Bedarf nach genauen begrifflichen Abgrenzungen.

Obwohl bereits vor dem Jahr 2000 Forschung zu unterschiedlichen Formen des Populismus existierte, nahm die wissenschaftliche Auseinandersetzung insbesondere im Zusammenhang mit dem Aufkommen populistischer Parteien in Europa deutlich zu. Laut Decker begann diese Entwicklung Ende der 1990er-Jahre und hält bis heute an (vgl. 2006: 10).

Die Vielzahl an Publikationen macht eine vollständige Darstellung des Forschungsstandes unmöglich. Einige Definitionsansätze treten jedoch wiederholt auf und bilden eine wichtige Grundlage der aktuellen Forschung. Moffitt systematisiert diese unterschiedlichen Zugänge und ordnet sie mehreren theoretischen Strömungen zu. Eine vertiefte Darstellung der verschiedenen Definitionsansätze erfolgt in Kapitel 3 (vgl. Moffitt 2016: 25–26).

Ein für diese Arbeit wichtiger Forschungsbereich betrifft die populistische Sprache. Hierbei wird der Fokus auf den deutschsprachigen Raum gelegt. Wolf beschreibt Populismus „in seiner einfachsten Form zunächst [als] nichts weiter als ein rhetorisches Stilmittel, welches mit Komplexitätsreduktion, Schwarz-Weiß-Malerei und Vereinfachungen arbeitet“ (2017: 7).

Dadurch wird deutlich, dass populistische Sprachforschung eng mit der allgemeinen Populismusforschung verbunden ist.

Eine der bedeutendsten aktuellen Arbeiten im deutschsprachigen Raum stellt die Dissertation von Johannes Schäfer dar, die 2021 unter dem Titel *Die Sprache der Populisten. Eine politikwissenschaftliche Sprachanalyse* erschienen ist. Schäfer untersucht die sieben wichtigsten Parteien Deutschlands und beschränkt sich dabei nicht ausschließlich auf Akteur*innen, denen bereits Populismus zugeschrieben wird. Ziel seiner Untersuchung ist es, Merkmale herauszuarbeiten, „die – unabhängig ob links oder rechts – typisch und konstitutiv für den Sprachgebrauch der Populisten sind“ (Schäfer 2021: 198). Er kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Sprache populistischer Parteien in sechs Punkten von jener nicht-populistischer Parteien unterscheidet (vgl. Schäfer 2021: 199). Auf diese Merkmale wird im Rahmen der Kategorienbildung noch näher eingegangen. Offen bleibt bei Schäfer jedoch die Frage, ob sich Unterschiede im populistischen Sprachgebrauch in Abhängigkeit davon zeigen, ob sich eine Partei in Regierungsverantwortung oder in Opposition befindet. An diese Forschungslücke knüpft die vorliegende Arbeit am Beispiel Werner Koglers an.

Für Österreich liegt bislang keine derart umfangreiche Untersuchung vor. Österreich bildet jedoch einen Bestandteil mehrerer vergleichender Studien zu Populismus und populistischer Sprache in Europa. Dazu zählt unter anderem die Monografie *Die Themen der „Populisten“*, in der Wahlkämpfe in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Dänemark und Polen analysiert werden. Neben unterschiedlichen Definitionsansätzen werden dabei auch Merkmale populistischer Parteien herausgearbeitet (vgl. Poier et al. 2017). Die österreichischen Grünen finden in dieser Untersuchung jedoch keine Berücksichtigung.

Weiters ist die Diplomarbeit von Tanja Grossalber hervorzuheben, die 2012 an der Universität Wien unter dem Titel *Rechtspopulismus in der Sprache von H.C. Strache. Eine sprachwissenschaftliche Analyse* erschienen ist. Darin werden drei Reden H.C. Straches anhand der zehn Maximen „populistischer Sprachmanöver“ nach Reisigl (2002) untersucht. Diese bilden auch für die vorliegende Analyse eine wichtige Grundlage. Trestl untersucht in seiner Arbeit Reden Norbert Hofers (2017). Darüber hinaus liegen mehrere Untersuchungen zum populistischen Sprachgebrauch in sozialen Medien vor (vgl. Machleidt 2020; Fuchs 2020; Strick 2021; Kern 2022).

Im Rahmen der Literaturrecherche wurde zudem eine aktuelle Masterarbeit identifiziert, die sich mit dem populistischen Sprachgebrauch österreichischer Parteivorsitzender beschäftigt und dabei unter anderem Werner Kogler berücksichtigt (vgl. Kissler 2025). Laut den verfügba-

ren bibliografischen Angaben untersucht die Arbeit Veränderungen populistischer Kommunikation im Kontext der Nationalratswahl 2024 anhand einer quantitativen Inhaltsanalyse. Da die Arbeit im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nicht vollständig eingesehen werden konnte, erfolgt keine vertiefte Auseinandersetzung mit ihren Ergebnissen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass bisherige Untersuchungen zum populistischen Sprachgebrauch überwiegend rechtspopulistische Akteur*innen in den Blick nehmen. Studien zu linkspopulistischer Sprache stellen nach wie vor die Ausnahme dar. Darüber hinaus konzentrieren sich bestehende Untersuchungen meist auf einzelne Untersuchungszeitpunkte oder politische Konstellationen. Die Frage, inwiefern sich populistische Sprachmuster im Zusammenhang mit unterschiedlichen politischen Rollen verändern, wurde bislang kaum untersucht. An diese Forschungslücke knüpft die vorliegende Arbeit an, indem sie den Sprachgebrauch Werner Koglers in Opposition und Regierung vergleichend analysiert.

3 Populismus

Die Konkretisierung charakteristischer Merkmale linkspopulistischer Sprache stellt für die vorliegende Untersuchung eine zentrale Herausforderung dar. Wie bereits in Kapitel 2 aufgezeigt wurde, werden Eigenschaften des Linkspopulismus häufig als Erweiterung oder Gegenstück zu rechtspopulistischer Forschung verstanden. Bestehende Analysen zu populistischer Sprache dienen daher als wichtige Grundlage, ihre Vorgehensweisen sollen jedoch nicht eins zu eins übernommen werden. Um Richtlinien für die Untersuchung festzulegen, ist es notwendig, die bereits angedeuteten Definitionsversuche zu Populismus sowie in weiterer Folge politische Rhetorik und populistische Sprache näher zu betrachten.

3.1 Überblick über aktuelle Definitionsansätze

Populismus ist ein Begriff, der ab den 1960er Jahren erforscht und geprägt wurde (vgl. Poier et al. 2017: 29), ihm angehörige Bewegungen traten aber bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, im Zuge der Entwicklung hin zur modernen Welt, auf (vgl. Puhle 1986: 15). Ein Definitionsversuch besagt, er diene dazu, Parteien im politischen Spektrum von Extremismus abzugrenzen. Dies sei notwendig, da extremistische Parteien das demokratische System kritisieren und infrage stellen, während populistische Parteien zwar andere Charakteristika des Extremismus übernehmen, sich jedoch innerhalb des demokratischen Systems bewegen. (vgl. Poier et al. 2017: 29, 30)

Doch nicht nur auf diese Art und Weise ist Populismus in der Gesellschaft festzustellen. Johannes Schäfer beschreibt drei Zwecke, die dieser erfüllt. Er spricht von Populismus „1) als Waffe in der politischen Auseinandersetzung, 2) als Lückenfüller sowie Garant für Auflage oder Klickzahlen und 3) als wissenschaftlicher Terminus in der Forschung. Zumeist wird er als Oberbegriff für eine besonders ‚einfache‘, ‚emotionale‘ oder gleich als Synonym für fremdenfeindliche Politik gebraucht.“ (2021: 16, 17) Auch diese vielfache Nutzung des Begriffs in verschiedenen Kontexten und mit unterschiedlichem Ziel erschwert die Eingrenzung dessen.

Eine Vielzahl an Populismusdefinitionen stellt das „Volk“ in den Mittelpunkt und benennt dieses als zentrale Bezugsgröße populistischer Politik (vgl. u. a. Decker 2006; Mudde / Kaltwasser 2019; Müller 2020). Trotzdem ist dieser Ausdruck, wie auch Populismus selbst, keinesfalls eindeutig und klar definierbar. Um die Gegensätzlichkeit dieser Konstrukte darzustellen, ist neben dem Begriff des „Volkes“ auch jener der „Elite“ zu berücksichtigen. Beide Begriffe bilden einen zentralen Bestandteil zahlreicher Populismusdefinitionen (vgl. Moffitt 2016: 7).

Die historische Entwicklung von Populismus wurde bereits in zahlreichen Veröffentlichungen ausführlich dargestellt (vgl. Taggart 2000; Houwen 2011; Moffitt 2016; Wolf 2017; Jörke / Selk 2017) und soll daher hier nicht weiter vertieft werden. In einige für diese Analyse relevante Definitionen müssen trotzdem Einblicke gegeben werden. Ursprünglich sollte ein Augenmerk auf europäische Definitionsversuche gelegt werden, da diese für die hier angeführte Analyse in Bezug auf den österreichischen politischen Kontext am bedeutsamsten schienen. Es stellte sich jedoch heraus, dass Benjamin Moffitt eine ganzheitliche Definition von Populismus vorschlägt, die die Grenzen unterschiedlicher Formen von Populismus auf verschiedenen Kontinenten ablehnt (vgl. 2016: 4).

Im Zuge dieser Definition wurde von Moffitt eine Kategorisierung unterschiedlicher Definitionen in die Bereiche Populismus als Ideologie, als Strategie, als Diskurs und als Stil bzw. Logik des Politischen vorgenommen. Er beschreibt Populismus zu Beginn seiner Monografie als „political style that is performed, embodied and enacted across a variety of political and cultural contexts“. Die Kategorisierung Moffitts hat zum Ziel, Parallelen und Unterschiede mehrerer Definitionsansätze aufzuzeigen und zu klären, was man gegenwärtig unter Populismus versteht (vgl. Moffitt 2016: 2–4). Der Ansatz und die Kategorisierung Moffitts geben einen guten Überblick, da sie sich nicht auf eine Erscheinungsform oder eine komparative Studie stützen, sondern Populismus anhand seiner Kerninhalte „leadership, media, ‘the people’, crisis and democracy“ erklären (vgl. Moffitt 2016: 6). Deshalb stellen sie eine passende theoretische Grundlage dieser Analyse dar. Hinzuzufügen ist an dieser Stelle, dass auch Johannes Schäfer

(2021) die Definition Moffitts als Ausgangspunkt für seine Untersuchung gewählt hat. Das bestätigt die von der Autorin getroffene Wahl.

3.1.1 Populismus als Ideologie

Die Theorie, dass Populismus eine Ideologie darstellt, ist die am weitesten verbreitete. Das liegt unter anderem an für die Forschung sehr relevanten Publikationen von Cas Mudde (vgl. 2004, 2007). Nach seiner Definition von Populismus ist die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Gruppen geteilt. Er unterscheidet das „reine“ Volk von der „korrupten“ Elite. Zudem beschreibt er, dass die Politik des Populismus immer ein Ausdruck für den Allgemeinwillen des Volkes sein sollte. (vgl. Mudde 2007: 23)

Diese von ihm vorgebrachte Minimaldefinition hat den Vorteil, dass sie in verschiedenen kulturellen Kontexten angewendet werden kann. Sie stellt eine passende Grundlage für empirische Forschung dar und lässt zu, dass politische Akteur*innen dem Populismus zugeordnet oder von ihm abgegrenzt werden können. Dadurch ermöglicht sie weiterführende Fragestellungen und vertiefende Forschung. Die Simplität, die die Definition als Ideologie auszeichnet, ist jedoch zeitgleich auch ihre Schwäche. So wird kritisiert, dieser Zugang sei nicht vielschichtig genug, um eine ausreichend nuancierte Darstellung von Populismus aufzuzeigen. (vgl. Moffitt 2016: 18, 19)

Weiters klassifiziert Mudde (vgl. 2004, 2007) Populismus als „dünne“ Ideologie – ein Konzept geprägt von Michael Freeden. Das bedeutet, dass Populismus im Vergleich zu einer „vollen“ oder „dicken“ Ideologie, wie beispielsweise dem Sozialismus, immer mit anderen Ideologien kombiniert werden muss, um die „gesamte“ Realität zu erklären. Dünne Ideologien beschäftigen sich somit nur mit einigen Schlüsselkonzepten und geben nicht Antwort auf eine Vielzahl an Fragen wie dicke Ideologien dies tun, sondern nur auf einen Bruchteil dieser. (vgl. Schäfer 2021: 27)

Doch auch im Vergleich zu anderen dünnen Ideologien weist Populismus ein unklares Kernelement auf. Während beispielsweise Feminismus ein klares Ziel hat, geht es bei Populismus hauptsächlich darum, „mehr Macht“ für „das Volk“ zu erlangen. Was genau diese Macht darstellt und ausmacht, bleibt jedoch meist unklar. (vgl. Schäfer 2021: 27)

3.1.2 Populismus als Strategie

Im Gegensatz zu Populismus als Ideologie lässt Populismus als politische Strategie das Volk weitgehend außen vor. Diese Definition bezieht sich auf einen anderen Kernpunkt von Populismus: die Führungspersönlichkeit. Abermals handelt es sich um eine sehr minimalistische Definition, die unter anderem von Kurt Weyland geprägt wurde. Dieser forschte hauptsächlich zu lateinamerikanischem Populismus, weshalb sich die Definition nur eingeschränkt auf populistische westeuropäische Bewegungen übertragen lässt. Ein Fokus liegt bei Weylands Definition auf populistischen Anführer*innen, die die Regierungsmacht anstreben oder diese bereits ausüben. Diese mobilisieren laut ihm „direkt und unvermittelt“ eine Vielzahl von Personen, welche zudem meist unorganisiert und somit voneinander unabhängig sind. Dies geschieht ohne zwischen Führungspersönlichkeit und Anhänger*innen stehende Institutionen (vgl. Weyland 2001: 14). Somit stützt sich diese Definition nicht auf bestimmte politische Werte, die Sprache oder gewisse Handlungen, sondern legt das Augenmerk hauptsächlich auf die Beziehung, die zwischen der Führungspersönlichkeit und ihren Anhänger*innen vorherrscht. (vgl. Moffitt 2016: 20)

Diese Definition ist für die Forschung zu westeuropäischem Populismus allerdings weitgehend unbrauchbar, da der Kernpunkt der Definition – die Beziehung zwischen Führungspersönlichkeit und Anhänger*innen – auch bei Akteur*innen auftritt, die normalerweise nicht als populistisch bezeichnet würden. Zudem ist der Ausschluss von Institutionen oder Organisationen problematisch, da unterschiedlichste Parteien trotz oder auch aufgrund bestimmter institutioneller Strukturen als populistisch eingestuft werden können. (vgl. Moffitt 2016: 20)

3.1.3 Populismus als Diskurs

Die Definition des Populismus als Diskurs stützt sich abermals auf die Gegensätze des Volkes und der Elite. Sie ist sowohl in Südamerika als auch in Europa einsetzbar, da sie sich in einem bedeutenden Merkmal von den bisher genannten Definitionen unterscheidet: Im Gegensatz zu diesen teilt sie nicht in „populistisch“ und „nicht populistisch“ ein, sondern hat vielmehr zum Ziel, den Grad an Populismus zu bestimmen. Dieser kann sich im Laufe der Zeit bei einzelnen politischen Akteur*innen verändern, wodurch sie einmal mehr und dann wieder weniger populistisch sein können. Durch diesen Zugang wird deutlich, dass populistischer Diskurs auch von Parteien und politischen Akteur*innen genutzt werden kann, die üblicherweise nicht als popu-

listisch eingeordnet werden. Umgekehrt verwenden Politiker*innen, die gemeinhin als populistisch gelten, nicht zwangsläufig populistische Diskurse. Ein führender Autor, der diesen Zugang unterstützt und ihn zudem prägte, ist Kirk Hawkins, der mehrere qualitative, diskursive Inhaltsanalysen durchführte, bei denen Sprache und Texte von Parteien im Vordergrund standen. Dabei wurde einerseits analysiert, was gesagt oder geschrieben wurde, andererseits aber auch, wie dies geschah (vgl. Moffitt 2016: 21). Laut Hawkins wird die in der Sprache verpackte Idee oder Weltanschauung häufig unbewusst vermittelt. Sie zeigt sich beispielsweise im Sprachstil und im verwendeten Ton. Aus diesem Grund lehnt er quantitative Inhaltsanalysen, die zur Überprüfung des populistischen Diskurses das Vorkommen gewisser Schlüsselwörter zählen, ab. (vgl. Hawkins 2010: 71)

Doch auch Hawkins Inhaltsanalysen können nicht ohne Gegenargumentation betrachtet werden. Die Stärke dieses Ansatzes liegt darin, dass die Einteilung populistischer Akteur*innen fluid bleibt und nicht starr an einer ersten Zuordnung festgehalten werden muss. Kritisiert wird jedoch, dass mit Populismus laut wichtigen Autor*innen (u. a. Canovan und Mouffe) häufig auch charismatische Persönlichkeiten und stilistische Ausschmückungen einhergehen. Diese Merkmale bleiben in der diskursiven Analyse weitgehend außen vor, wodurch keine ganzheitliche Einteilung stattfinden kann (vgl. Moffitt 2016: 22). Zudem räumt Hawkins selbst ein, dass populistischer Diskurs mit anderen Ideologien kombiniert werden kann und somit nicht zwangsläufig für eine populistische politische Richtung stehen muss. (vgl. Moffitt 2016: 21)

3.1.4 Populismus als Logik des Politischen

Empirische Untersuchungen, die bei den zuvor erklärten Definitionen oftmals sehr bedeutend waren, werden im vierten Ansatz, der hier vorgestellt werden soll, nebensächlich. Dieser ist geprägt von dem Philosophen Ernesto Laclau, der großen Einfluss auf die Theorie zu Populismus hat. Der Autor beschreibt, dass Populismus die natürliche Folge von Politik an sich sei. In der Politik stehen sich laut Laclau immer Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Forderungen gegenüber, wovon allerdings nur einige in den herrschenden Systemen durchgesetzt werden (können). Durch diese Diskrepanz entstehen Druck und Unzufriedenheit, die populistische Akteur*innen nutzen. Nicht durchgesetzte und teils auch nicht durchsetzbare Interessen werden erfasst, gebündelt und in Folge politisch verwendet. Laclau beschreibt somit Populismus als Logik des Politischen, da alle Politiker*innen sich diese Strategie auf natürliche Art und Weise aneignen und zunutze machen. (vgl. Moffitt 2016: 23)

Moffitt hebt bei Laclaus Ansatz mehrere Vorteile hervor, so u. a. dass dieser nicht nur auf der verbalen oder nonverbalen Komponente beruht, sondern die beiden gemeinsam betrachtet. Zudem unterstreicht er, dass Populismus in seiner Rolle als Logik des Politischen zwar nicht ignoriert werden darf, er jedoch nichts Negatives oder zu Verurteilendes darstellt, wie das nach der Meinung anderer Autor*innen der Fall ist. Nichtsdestotrotz erwidern Kritiker*innen dieses Konzepts, dass es auch möglich sei, politisch zu agieren, ohne bestimmte Interessen oder Forderungen auszusprechen. Weiters, und das ist das größere Defizit der Theorie, ist eine sinnvolle empirische Anwendung dieses Ansatzes zwar nicht deren Ziel, aber sie ist schlichtweg auch nicht möglich. (vgl. Moffitt 2016: 24)

3.1.5 Populismus als Stil

Da keiner der bisher erörterten Ansätze einen ganzheitlichen Anspruch erfüllt, unterstützt Benjamin Moffitt die Definition des Populismus als politischen Stil. Dieser wurde bereits zuvor von zahlreichen Autor*innen (u. a. Canovan) aufgegriffen und von Moffitt weiterentwickelt. Populismus als Stil wurde dabei häufig mit Populismus als Diskurs oder Form der Rhetorik gleichgesetzt, da neben dem Antagonismus zwischen Volk und Machthaber*innen insbesondere die Vermittlung politischer Inhalte im Vordergrund stand. Die Konzentration auf die sprachliche Dimension kann jedoch kritisiert werden, da sie die Untersuchungsgrundlage auf gesprochene und geschriebene Sprache begrenzt (vgl. Moffitt 2016: 30–31).

Darüber hinaus wird der Begriff des politischen Stils in der Literatur häufig unscharf verwendet und dient nicht selten als Platzhalterbegriff. Problematisch ist insbesondere die Abgrenzung von Stil und Inhalt, da beide im politischen Kontext eng miteinander verflochten sind und sich gegenseitig beeinflussen (vgl. Moffitt 2016: 34). Moffitt versteht politischen Stil daher als ein Repertoire an Rede- und Darbietungsmitteln, das neben Sprache auch Tonfall, Gestik, Mimik, Kleidung, Bilder, die Inszenierung der eigenen Person sowie den politischen Handlungsraum umfasst. Diese Mittel tragen zur Herstellung und Steuerung politischer Machtverhältnisse bei (vgl. Moffitt 2016: 38, 50). Aufbauend auf diesem Verständnis grenzt Moffitt Populismus als politischen Stil durch drei zentrale Merkmale näher ein (vgl. Moffitt 2016: 33).

In den Vordergrund stellt Moffitt das Ziel populistischer Akteur*innen, das Volk in Abgrenzung zur Elite zu adressieren. Dem Volk wird dabei ein besonderes Wissen beziehungsweise „gesunder Menschenverstand“ zugeschrieben, während der Elite diese Eigenschaften abgesprochen werden. Darüber hinaus berücksichtigt Moffitt eine weitere Gruppe, die häufig im Zusammenspiel mit Volk und Elite auftritt. Als Beispiele nennt er ethnische Minderheiten oder

Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Gruppe ist jedoch austauschbar und wird mit der Elite insofern in Verbindung gebracht, als ihr Auftreten als Folge politischer Fehlentscheidungen dargestellt wird (vgl. Moffitt 2016: 43–44).

Als weiteres Merkmal nennt Moffitt die sogenannten „schlechten Manieren“. Diese beschreiben einen Sprachstil, der sich bewusst von der als seriös und professionell wahrgenommenen Kommunikation politischer Konkurrenz abgrenzt. Populistische Akteur*innen treten stattdessen direkt, unverblümt und nahbar auf. Dies kann sich unter anderem in der Verwendung dialektaler oder umgangssprachlicher Ausdrücke, politisch inkorrekt¹ Sprache oder von Schimpfwörtern äußern. Die konkrete Ausgestaltung dieser „schlechten Manieren“ ist jedoch kulturell unterschiedlich (vgl. Moffitt 2016: 44).

Als drittes Merkmal nennt Moffitt die Inszenierung von Krisen und Zusammenbrüchen. Populistische Akteur*innen greifen diese auf oder beschwören sie herauf, um ihre eigenen Forderungen als notwendige Problemlösungen zu präsentieren. Dabei wird häufig auf ein bereits bestehendes Misstrauen gegenüber politischen Institutionen und deren Vertreter*innen Bezug genommen. Krisen können sich beispielsweise auf Einwanderung, wirtschaftliche Schwierigkeiten, wahrgenommene Ungerechtigkeit, militärische Bedrohungen oder gesellschaftlichen Wandel beziehen (vgl. Moffitt 2016: 45).

Ein Vorteil dieses Verständnisses von Populismus als politischem Stil besteht darin, dass es universell anwendbar ist und unterschiedliche politische sowie kulturelle Kontexte berücksichtigt. Populismus kann sowohl im linken als auch im rechten politischen Spektrum auftreten und als graduelles Phänomen verstanden werden. Dadurch lässt sich erklären, weshalb sich die Ausprägung populistischer Elemente im Sprachgebrauch politischer Akteur*innen im Laufe der Zeit verändern kann (vgl. Moffitt 2016: 45–46).

3.1.6 Aktuelle Perspektiven in der Populismusforschung

Die Populismusforschung hat sich in den Jahren seit 2021 weiterentwickelt. Während frühere Arbeiten darum bemüht waren, den Begriff Populismus zu definieren und theoretisch abzugrenzen, liegt der Fokus der jüngeren Forschung darauf, wie Populismus in Sprache, Diskursen und medialer Kommunikation zum Ausdruck kommt. Der Forschungsfokus richtet sich auf eine Hinwendung zur politischen Praxis, die von De Cleen [u. a.] als „turn to practice“ beschrieben

¹ „Politisch korrekt“ kommt vom englischen Begriff „political correctness“ und steht für eine „Sprache, die niemanden diskriminiert“.

wird (vgl. 2025: 3, 7). Außerdem betonen die Autor*innen, dass es nicht möglich sei, Populismus heutzutage losgelöst von Sozialen Medien und Algorithmen zu betrachten (vgl. De Cleen et al. 2025: 10, 11). Doch nicht nur das, Diehl und Bargetz schreiben Populismus gar einen „chameleon-like character“ zu, um zu betonen, wie komplex und gleichzeitig chancenreich sowie vielfältig die wissenschaftliche Arbeit damit sei (vgl. 2024: 1).

Eine der umfassendsten Überblicksarbeiten zu diesem Wandel in der Populismusforschung stammt von Hunger und Paxton, die in ihrer Metaanalyse 884 politikwissenschaftliche Artikel zum Thema Populismus auswerten (vgl. 2022: 618). Die Autor*innen zeigen, dass das Forschungsfeld weiterhin stark differenziert ist und von unterschiedlichen theoretischen Schulen geprägt wird. Sie identifizieren drei zentrale Spaltungslinien: eine geografische (Europa vs. Lateinamerika), eine methodische (qualitative vs. quantitative Ansätze) und eine ideologische (Fokus auf Rechts- oder Linkspopulismus). Diese Fragmentierung erschwert laut Hunger und Paxton die Vergleichbarkeit empirischer Forschungsergebnisse und führt dazu, dass Populismus je nach Region und Untersuchungsgegenstand unterschiedlich verstanden wird (vgl. 2022: 629).

Im Zuge ihrer Analyse stellen Hunger und Paxton fest, dass Populismus meist mit den bereits von Mudde definierten „host ideologies“ wie Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus kombiniert wird und somit als Form politischer Kommunikation zu verstehen ist (vgl. 2022: 623). Die Autor*innen warnen vor einer Vermischung von Populismus mit ebendiesen „host ideologies“ und betonen die Notwendigkeit einer klaren begrifflichen Trennung. Populismusforschung solle sich künftig darauf konzentrieren, die Interaktion zwischen Populismus und Ideologien genauer zu untersuchen und gemeinsame methodische Standards zu entwickeln, die Vergleichbarkeit ermöglichen. (vgl. Hunger / Paxton 2022: 624, 630)

De Cleen und Glynos weisen darauf hin, dass sich die Populismusforschung zunehmend an Minimaldefinitionen orientiert, die Populismus über die Gegenüberstellung von Volk und Elite bestimmen. Zugleich wird betont, dass die Beschreibung radikal rechter Akteur*innen als populistisch dazu führen kann, dass andere zentrale Merkmale wie Nativismus und Autoritarismus weniger Beachtung finden. (vgl. 2021: 180, 188)

3.1.7 Fazit und Parallelen aktueller Definitionen

Dass viele Autor*innen zum Thema Populismus zum gleichen Schluss kommen, diesen jedoch unterschiedlich benennen, wird bei Durchsicht der Forschungsliteratur offensichtlich. Unter anderen stellen auch Moffitt (vgl. 2016: 42) und in Folge Schäfer (vgl. 2021: 30) fest, dass in den

aktuell am häufigsten genutzten Definitionen das Augenmerk auf Volk und Elite gelegt wird. Diese beiden antagonistischen Gruppen sowie charismatisches Auftreten, ein verführerischer, aber provokativer Sprachstil und ein Hang zu Skandalen bilden das Zentrum von Populismus. Durch diese Kernelemente sind sich viele Forscher*innen oft einig, wenn es darum geht, zu erkennen, wer populistische Akteur*innen sind, auch wenn sie sich gleichzeitig uneinig darüber sind, was Populismus tatsächlich ist (vgl. Moffitt 2016: 42). Auch Jan-Werner Müller fasst ein wichtiges Erkennungsmerkmal populistischer Akteur*innen wie folgt zusammen: „Ihr Anspruch lautet stets: Wir – und nur wir – vertreten das wahre Volk.“ (2020: 129) Hinzugefügt muss werden, dass auch die Personen, die Definitionsversuche anstellen, teilweise zwischen unterschiedlichen Theorien wechseln (vgl. Moffitt 2016: 26).

Eine passende Metapher, die diese Definitionsansätze zusammenfasst, findet sich bei Catherine Fieschi, die populistische Akteur*innen als Darsteller*innen auf einer Bühne beschreibt, die vor dem Publikum, also dem Volk, performen. Die Bühne wird hierbei mit den Medien gleichgesetzt, da insbesondere neue Medien einen großen Einfluss auf die Resonanz der Gesellschaft haben und auch den Populismus an sich verändert haben (vgl. 2004: 115). Auch dieses Merkmal wird von Moffitt in seinem Definitionsansatz berücksichtigt (vgl. Moffitt 2016: 70), indem er Volk und Elite, Sprache sowie visuelle und inszenatorische Aspekte zusammendenkt.

Trotz dieser Parallelen ist es mithilfe der Definitionsansätze und Theorien weiterhin nicht möglich, eindeutige Grenzen zu ziehen und Populismus klar zu definieren. Zudem beschreibt Moffitt, dass die Ungereimtheiten darüber, wie Populismus zu definieren sei, fast noch mehr Raum in der Diskussion einnehmen als das Phänomen selbst (vgl. 2016: 17). Viele Autor*innen nehmen aus diesem Grund inzwischen von Definitionen mit ganzheitlichem Anspruch Abstand (vgl. Schäfer 2021: 30).

Die dargestellten Definitionsansätze verdeutlichen, dass Populismus unterschiedlich konzeptualisiert werden kann. Für die vorliegende Arbeit erweist sich jedoch insbesondere der Zugang von Moffitt als zentral, da dieser Populismus als Stil begreift und damit sprachliche sowie performative Aspekte in den Mittelpunkt stellt. Ansätze, die Populismus primär als Ideologie oder Strategie fassen, treten demgegenüber in den Hintergrund, da sie für eine sprachwissenschaftlich ausgerichtete Analyse nur eingeschränkt operationalisierbar sind. Im Folgenden wird Populismus daher vor allem als sprachlich realisierter politischer Stil verstanden. Um Populismus dennoch greifbar zu machen, kann eine Einordnung im politischen Spektrum hilfreich sein.

3.2 Politisches Spektrum

Zur Einordnung populistischer Sprache ist eine Unterscheidung zwischen Rechts- und Linkspopulismus sinnvoll, auch wenn beide auf gemeinsamen Grundstrukturen beruhen. Populismus ist grundsätzlich durch die Gegenüberstellung eines als homogen konstruierten „Volkes“ und einer negativ bewerteten „Elite“ geprägt (vgl. Schäfer 2021: 17). Diese dichotome Struktur stellt ein zentrales Merkmal populistischer Kommunikation dar und findet sich unabhängig von der ideologischen Ausrichtung. Häufig wird diese Gegenüberstellung durch die Konstruktion weiterer Gruppen ergänzt, die als Bedrohung oder Gegner des Volkes dargestellt werden (vgl. Schäfer 2021: 17).

Die Unterschiede zwischen Rechts- und Linkspopulismus liegen daher weniger in der grundlegenden Struktur als vielmehr in der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung dieser Gegensätze. Im Rechtspopulismus ist das „Volk“ häufig national und kulturell exklusiv definiert. Die Abgrenzung richtet sich insbesondere gegen Migration und kulturelle Diversität, während die Kritik an der Elite oft mit deren Umgang mit diesen Themen verknüpft ist (vgl. De Cleen / Stavrakakis 2021: 11). Diese Argumentationsweise dient dazu, Unterstützung für national ausgerichtete Forderungen zu mobilisieren (vgl. De Cleen / Stavrakakis 2021: 11) und geht häufig mit einer zugespitzten, provokativen und emotionalisierenden Sprache einher (vgl. Scharsach 2002: 7).

Linkspopulismus wird demgegenüber häufig in Relation zum Rechtspopulismus gedacht und teilweise als Reaktion auf diesen verstanden (vgl. Mudde / Kaltwasser 2019: 14). Auch hier bleibt die Gegenüberstellung von Volk und Elite zentral, jedoch wird das „Volk“ tendenziell inklusiver konstruiert. Nationale Bezüge können zwar ebenfalls eine Rolle spielen, dienen jedoch eher dazu, ein breiteres, nicht-exklusives Verständnis des Volkes zu etablieren und die Abgrenzung zur Elite zu verstärken (vgl. De Cleen / Stavrakakis 2021: 12).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Rechts- und Linkspopulismus zwar auf ähnlichen grundlegenden Mechanismen beruhen, sich jedoch in der konkreten Ausgestaltung der Feindbilder, Bezugspunkte und Zielsetzungen deutlich unterscheiden. So wird in der Forschung argumentiert, dass diese Unterschiede so weitreichend seien, dass beide Phänomene nicht ohne Weiteres unter dem Begriff des Populismus zusammengefasst werden sollten. Das würde nur passieren, um vermeintliche Linkspopulisten zu diskreditieren (vgl. Wengeler 2019: 256). Für die vorliegende Arbeit wird trotzdem von einer gemeinsamen Grundstruktur ausgegangen, da insbesondere die Gegenüberstellung von Volk und Elite als verbindendes Merkmal betrachtet

wird. Die Unterschiede zeigen sich folglich vor allem in der inhaltlichen Ausprägung und lassen erwarten, dass sie sich auch im sprachlichen Ausdruck niederschlagen.

3.3 Arbeitsdefinition von Populismus

Auf Grundlage der dargestellten Ansätze wird Populismus in der vorliegenden Arbeit nicht als klar abgrenzbare Ideologie verstanden, sondern vielmehr als eine Form politischer Kommunikation, die sich insbesondere in sprachlichen Mustern politischer Äußerungen manifestiert. Ausgangspunkt ist dabei die Annahme, dass politisches Handeln zu einem großen Teil sprachlich vermittelt wird und Sprache zur Strukturierung sowie Bewertung politischer Wirklichkeit beiträgt. Populistische Kommunikation zeichnet sich in diesem Zusammenhang vor allem dadurch aus, dass ein „Volk“ konstruiert und diesem andere, meist negativ bewertete Gruppen gegenübergestellt werden. Darüber hinaus lassen sich Strategien der Vereinfachung, Emotionalisierung und Zuspitzung erkennen, die politische Inhalte verständlich und pointiert darstellen. Populismus wird somit in dieser Arbeit als ein Phänomen verstanden, das sich insbesondere im Rahmen politischer Kommunikation zeigt und daher auch auf dieser Ebene zu untersuchen ist. Der analytische Fokus liegt dabei nicht auf der Frage, ob Werner Kogler als populistischer Akteur einzuordnen ist, sondern darauf, in welchem Ausmaß und in welcher Form populistische Sprachmuster im untersuchten Material auftreten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den sprachlichen Aspekt politischer Kommunikation im Folgenden näher zu betrachten.

4 Der Einfluss der Sprache

„Tatsächlich ist Sprache die Arena des Politischen. Hier werden Wirklichkeiten hergestellt, Bedeutungen ausgehandelt, Begriffe geprägt.“ (Schäfer 2021: 12) Sprache stellt ein zentrales Element politischen Handelns dar und ist nicht lediglich ein neutrales Mittel zur Vermittlung von Inhalten. Vielmehr ist sie selbst Teil politischer Auseinandersetzungen, da politische Kommunikation wesentlich sprachlich erfolgt und zugleich Gegenstand politischer Konflikte ist. Dabei kommt Sprache eine realitätskonstituierende Funktion zu, da sie politische Sachverhalte strukturiert und bestimmte Deutungen nahelegt. Ihr Ziel ist es zudem, Zustimmung zu erreichen. Sie beeinflusst somit die Wahrnehmung politischer Inhalte und trägt dazu bei, wie politische Realität verstanden wird. (vgl. Niehr 2014: 12, 14).

Zugleich ist politisches Handeln eng mit sprachlichem Handeln verbunden. Auch wenn beide nicht gleichzusetzen sind, stehen sie in einem wechselseitigen Verhältnis und beeinflussen einander. „Für die politischen Akteure geht es darum, politische Handlungen zu begründen, zu kritisieren und zu rechtfertigen, die eigene Position argumentativ zu stützen und glaubwürdig zu vertreten“ (Girnth 2015: 1).

Vor diesem Hintergrund ist die Analyse politischer Sprache zentral für das Verständnis politischer Prozesse. Insbesondere im Kontext politischer Rhetorik zeigt sich, wie sprachliche Mittel gezielt zur Durchsetzung politischer Positionen eingesetzt werden.

4.1 Politische Rhetorik

Politische Rhetorik lässt sich als spezifische Ausprägung politischer Sprache verstehen, die insbesondere im Kontext von Parteien sichtbar wird. Parteiensprache stellt dabei eine Unterkategorie politischer Sprache dar, da sie den Sprachgebrauch einer bestimmten Gruppe politischer Akteur*innen umfasst (vgl. Schäfer 2021: 39). Politische Sprache ist dabei durch grundlegende Eigenschaften gekennzeichnet: Sie ist öffentlich, richtet sich an unterschiedliche Adressat*innen und ist in institutionelle Rahmenbedingungen eingebettet (vgl. Girnth 2015: 1–2).

Für die Analyse politischer Rhetorik lassen sich drei zentrale Ebenen unterscheiden. Erstens ist relevant, wie politische Akteure sich selbst sowie andere benennen und beschreiben. Zweitens ist zu betrachten, welche Themen sie aufgreifen und wie sie diese bewerten. Drittens spielt die Argumentation eine Rolle, mit der sie sich als wählbare Option darstellen (vgl. Schäfer 2021: 42).

Darüber hinaus ergibt sich politische Sprache nicht aus einzelnen Wörtern an sich, sondern aus ihrem Gebrauch im jeweiligen Kontext. Wörter sind demnach nicht von vornherein politisch, sondern werden es erst im Rahmen politischer Kommunikation. Für die Analyse bedeutet dies, dass nicht isolierte sprachliche Einheiten im Mittelpunkt stehen, sondern deren Funktion innerhalb konkreter Redezusammenhänge.

Schließlich ist politische Rhetorik stets kontextgebunden. Eine Analyse politischer Sprache muss daher die Bedingungen ihrer Entstehung berücksichtigen, die unter anderem durch politische, mediale und ideologische Rahmenbedingungen geprägt sind (vgl. Schäfer 2021: 43). Darauf aufbauend wird im Folgenden populistische Rhetorik näher betrachtet.

4.2 Populistische Rhetorik

Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Merkmale politischer Rhetorik lässt sich populistische Rhetorik als spezifische Ausprägung politischer Sprachverwendung einordnen, die durch wiederkehrende sprachliche Muster gekennzeichnet ist.

Ein zentraler Zugang zu Populismus liegt in seiner sprachlichen Ausprägung, da sich populistische Kommunikation über typische sprachliche Merkmale erschließen lässt (vgl. Schäfer 2021: 12). In diesem Zusammenhang wird davon ausgegangen, dass populistische Akteur*innen anders sprechen als nicht-populistische, sodass sich populistische Einstellungen und Strategien im Sprachgebrauch widerspiegeln (vgl. Schäfer 2021: 35).

Charakteristisch ist dabei vor allem die Konstruktion grundlegender Gegensätze. Das „Volk“ wird als homogener Akteur dargestellt, dem „Eliten“ sowie häufig weitere Gruppen als Gegner gegenübergestellt werden. Diese dichotome Struktur wird sprachlich durch Vereinfachung, Zuspitzung und Emotionalisierung verstärkt und dient dazu, komplexe politische Sachverhalte auf klare Gegensätze zu reduzieren (vgl. Schäfer 2021: 17).

Zur systematischen Beschreibung dieser Muster werden im Folgenden die von Reisigl formulierten Kategorien herangezogen, die insbesondere Strategien der Dichotomisierung, Vereinfachung, Emotionalisierung sowie der Abwertung politischer Gegner umfassen (vgl. Reisigl 2002: 166–169). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Abgrenzung populistischer von allgemeiner politischer Sprache nicht eindeutig ist, da die Übergänge fließend sind (vgl. Schäfer 2021: 23). Für die vorliegende Arbeit ist insbesondere relevant, dass populistische Rhetorik nicht über einzelne Schlüsselwörter identifiziert werden kann, sondern über wiederkehrende sprachliche Muster, die sich in konkreten Äußerungskontexten manifestieren. Die Analyse richtet sich daher auf die Funktion sprachlicher Mittel im Kontext politischer Kommunikation und nicht auf deren isoliertes Auftreten.

Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass populistische Sprachmuster zwar auf gemeinsamen strukturellen Prinzipien beruhen, ihre konkrete Ausprägung jedoch maßgeblich durch ideologische Kontextualisierungen bestimmt wird. Im folgenden Kapitel wird daher der Fokus auf linkspopulistische Sprache gelegt, um herauszuarbeiten, wie sich die zuvor beschriebenen Strategien in dieser spezifischen Form politischer Kommunikation inhaltlich und sprachlich konkretisieren.

4.3 Linkspopulistische Sprache

Linkspopulistische Sprache lässt sich nicht als grundsätzlich eigenständiger Sprachtyp bestimmen, sondern ist in die allgemeinen Strukturen populistischer Kommunikation eingebettet. Wie bereits dargestellt, steht im Zentrum populistischer Kommunikation die Gegenüberstellung eines als homogen gedachten „Volkes“ und einer als gegensätzlich konstruierten „Elite“. Diese grundlegende Struktur bildet auch die Basis linkspopulistischer Sprachverwendung. Populistische Kommunikation ist dabei grundsätzlich konfliktorientiert angelegt und beruht auf der Konstruktion klarer Gegensätze zwischen einem positiv bewerteten „Volk“ und negativ markierten Gegnern.

Vor diesem Hintergrund unterscheidet sich linkspopulistische Sprache nicht in ihren grundlegenden kommunikativen Mechanismen von anderen Formen populistischer Sprache, sondern vor allem in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung. Schäfer zeigt nach seiner Analyse von deutschen Parteien, dass Unterschiede im Sprachgebrauch weniger auf Populismus selbst zurückzuführen sind als auf ideologische Positionierungen: „In vielerlei Hinsicht scheint der Unterschied zwischen ‚Linken‘ und ‚Rechten‘ bestimmender für den Sprachgebrauch zu sein als der Unterschied zwischen ‚Populisten‘ und ‚Nicht-Populisten‘“ (Schäfer 2021: 201) Daraus folgt, dass auch linkspopulistische Sprache primär durch ihre thematische und evaluative Ausrichtung geprägt ist.

Charakteristisch für linkspopulistische Sprache ist insbesondere die spezifische Konstruktion von „Volk“ und „Elite“. Während die grundlegende Dichotomie bestehen bleibt, wird das „Volk“ im linkspopulistischen Diskurs häufig sozial definiert und als Träger legitimer Interessen dargestellt. Entsprechend richtet sich die Kritik primär gegen ökonomische und politische Eliten. Diese Ausrichtung zeigt sich auch darin, dass linke Parteien typischerweise ökonomische Machtverhältnisse, soziale Ungleichheit sowie Fragen der Umverteilung in den Mittelpunkt stellen. Schäfer nennt die Feindbilder „Kapitalismus, Konzerne und Banken“ (2021: 165).

Diese inhaltliche Ausrichtung zeigt sich auch in typischen Bewertungsmustern. So stellt Schäfer fest, dass linke Parteien „oft mit ‚sozial‘ oder ‚gerecht‘“ bewerten (Schäfer 2021: 201). Sprachlich manifestiert sich dies in einer normativen Rahmung politischer Sachverhalte, die soziale Ungleichheit, Umverteilung und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Die politische Wirklichkeit wird dabei häufig moralisch aufgeladen und entlang von Gerechtigkeitskategorien strukturiert.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass linkspopulistische Sprache durch eine Verbindung aus allgemeinen populistischen Strukturmerkmalen und spezifischen ideologischen Inhalten gekennzeichnet ist. Während die grundlegende Gegenüberstellung von „Volk“ und „Elite“ sowie Strategien der Dichotomisierung und Emotionalisierung bestehen bleiben, unterscheiden sich linkspopulistische Äußerungen insbesondere durch ihre Fokussierung auf soziale Gerechtigkeit, ökonomische Ungleichheit und die Kritik an bestehenden Machtverhältnissen. Unterschiede zwischen rechts- und linkspopulistischer Sprache sind daher weniger struktureller als vielmehr inhaltlicher Natur.

5 Theoretischer Hintergrund und methodisches Vorgehen

Das folgende Kapitel dient der theoretischen Fundierung sowie der methodischen Rahmung der vorliegenden Untersuchung. Ziel ist es, einen analytischen Zugang zu entwickeln, der es ermöglicht, politische Rhetorik in ihren sprachlichen Ausprägungen systematisch zu erfassen und zu untersuchen. Dabei wird Sprache nicht isoliert betrachtet, sondern im jeweiligen Verwendungskontext analysiert, um wiederkehrende Muster sowie deren Bedeutung für politische Kommunikation sichtbar zu machen.

Diese Perspektive orientiert sich an diskursanalytischen Grundannahmen, die sich auf größere Zusammenhänge politischer Kommunikation richten und Sprache als Teil gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse verstehen (vgl. Niehr 2014: 12). Im Mittelpunkt steht dabei nicht die einzelne sprachliche Äußerung, sondern deren Einbettung in konkrete Kommunikationssituationen sowie ihre Funktion innerhalb politischer Zusammenhänge.

Die vorliegende Arbeit greift diesen Zugang auf, ohne eine umfassende Diskursanalyse im engeren Sinne durchzuführen. Stattdessen erfolgt die Untersuchung auf Grundlage eines kategorialen Vorgehens, das es ermöglicht, sprachliche Muster systematisch zu erfassen und im Hinblick auf ihre Funktion innerhalb politischer Rhetorik zu analysieren. Auf dieser Grundlage werden im Folgenden das Untersuchungskorpus, das methodische Vorgehen sowie die Kategorienbildung dargestellt.

5.1 Untersuchungskorpus

Für die vorliegende Untersuchung wurde ein Korpus (vgl. Tabelle 1) aus ausgewählten Redebeiträgen des österreichischen Politikers Werner Kogler zusammengestellt. Als langjähriger

politischer Akteur und zentrale kommunikative Figur der Partei Die Grünen ist Kogler maßgeblich an der öffentlichen Darstellung und Vermittlung politischer Positionen beteiligt. Werner Kogler eignet sich für die vorliegende Untersuchung insbesondere deshalb, weil sich an seiner politischen Laufbahn unterschiedliche politische Rollen innerhalb eines vergleichbaren zeitlichen Rahmens untersuchen lassen. Dadurch wird es möglich, Veränderungen im Sprachgebrauch auf Ebene desselben politischen Akteurs zu analysieren und personenbezogene Unterschiede weitgehend zu kontrollieren. Die Grünen sind im politischen Spektrum dem linken Bereich zuzuordnen und positionierten sich im Wahlkampf zur Nationalratswahl 2019 laut Analyse der Parteiprogramme progressiv-links (vgl. Thömmes / Thomeczek 2019: 6–7). Diese Einordnung bildet den politischen Kontext der Untersuchung, innerhalb dessen der Sprachgebrauch Koglers im Hinblick auf potenzielle populistische Kommunikationsweisen analysiert wird.

Ein besonderes sprachwissenschaftliches Interesse ergibt sich zudem aus der politischen Entwicklung, in deren Verlauf Kogler eine zentrale Rolle einnimmt. Nachdem die Grünen bei der Nationalratswahl 2017 den Einzug in den Nationalrat verpassten, gelang ihnen bei der Wahl 2019 der Wiedereinzug sowie in weiterer Folge die Beteiligung an der Bundesregierung. Kogler war von 2020 bis 2024 Vizekanzler der Republik Österreich. Daraus ergibt sich die Frage, inwiefern sich sein Sprachgebrauch unter unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen verändert.

Das Untersuchungskorpus umfasst ausgewählte öffentliche Auftritte Werner Koglers aus den Jahren 2019, 2020 und 2024. Ziel der Korpuszusammenstellung ist die Analyse des Sprachgebrauchs Werner Koglers in unterschiedlichen politischen Rollen. Grundlage bildet ein politolinguistisches Verständnis von Sprache, dem zufolge politische Kommunikation als sprachliches Handeln im Medium der Öffentlichkeit zu verstehen ist (vgl. Girnth 2015: 11). Äußerungen politischer Funktionsträger sind dabei in der Regel nicht rein darstellungsfunktional, sondern auch appellativ und persuasiv ausgerichtet (vgl. Burkhardt 2019: 2; Niehr 2014: 12).

Die Auswahl des Korpus erfolgt entlang zweier zentraler Dimensionen: einer diachronen sowie einer kommunikativen. In diachroner Hinsicht wird zwischen einer Phase vor der Nationalratswahl 2019, in der Kogler als Oppositionspolitiker agiert, und einer Phase ab der Regierungsbildung 2020 unterschieden, die durch Regierungsbeteiligung geprägt ist. Diese Zweiteilung ermöglicht es, Veränderungen im Sprachgebrauch im Kontext unterschiedlicher politischer Rollen systematisch zu untersuchen.

Darüber hinaus wird das Korpus anhand kommunikationsstruktureller Merkmale differenziert. Die politolinguistische Analyse beschränkt sich nicht auf einzelne Wörter, sondern

bezieht auch ganze Texte und Diskurse in die Untersuchung ein (vgl. Niehr 2014: 10). Für die vorliegende Untersuchung wird eine heuristische Einteilung der untersuchten Beiträge in monologische und dialogische Formate vorgenommen. Diese orientiert sich an Merkmalen der Interaktionsstruktur und dient ausschließlich analytischen Zwecken.

Monologische Formate: Wahlkampfreden und Regierungserklärungen werden im Rahmen dieser Arbeit als überwiegend monologische Formate gefasst. Politische Reden sind an eine Öffentlichkeit gerichtet und verfolgen das Ziel, deren Meinungsbildung zu beeinflussen oder zu stabilisieren. Burkhardt definiert die politische Rede als einen „vor einer Öffentlichkeit [gehaltenen Text] mit dem Ziel, deren Meinungsbildung zu beeinflussen oder zu stabilisieren“ (Burkhardt 2019: 3). Trotz unterschiedlicher kommunikativer Funktionen werden beide Redegattungen aufgrund ihrer vergleichbaren Kommunikationsstruktur gemeinsam betrachtet.

Dialogische Formate: Pressestunden und Elefantenrunden werden als dialogische Formate zusammengefasst, da sie durch unmittelbare Interaktion zwischen mehreren Kommunikationspartner*innen gekennzeichnet sind. Politische Kommunikation von Funktionsträgern ist dabei häufig „mehrfachadressiert“ (Burkhardt 2019: 2) und richtet sich somit nicht ausschließlich an die unmittelbaren Gesprächspartner*innen, sondern zugleich an unterschiedliche Öffentlichkeiten. Innerhalb der dialogischen Formate bestehen jedoch Unterschiede hinsichtlich ihrer kommunikativen Ausgestaltung. Während Pressestunden durch eine journalistisch moderierte Gesprächssituation geprägt sind, zeichnen sich Elefantenrunden durch die direkte Auseinandersetzung zwischen politischen Akteur*innen aus.

Die Differenzierung in diese Formattypen dient der systematischen Analyse des Sprachgebrauchs unter unterschiedlichen kommunikativen Rahmenbedingungen. Die Formate unterscheiden sich zwar hinsichtlich Interaktivität, Spontaneität und medialer Rahmung, weisen jedoch zentrale Gemeinsamkeiten auf: Sie sind öffentlich adressiert, verfolgen persuasive Ziele und sind Teil politischer Kommunikation im weiteren Sinne. Dadurch wird eine vergleichende Analyse sprachlicher Strategien ermöglicht.

Um formatbedingte Unterschiede im Sprachgebrauch von solchen zu trennen, die auf die politische Rolle zurückzuführen sind, werden die analysierten Beiträge im Auswertungsprozess stets unter Berücksichtigung ihres jeweiligen kommunikativen Formats interpretiert und kontextualisiert, sodass mögliche Einflussfaktoren der Kommunikationssituation kontrolliert werden. Die Unterschiede zwischen den Formaten werden somit berücksichtigt, stehen jedoch nicht im Zentrum der Untersuchung. Entscheidend ist vielmehr, dass alle Beiträge vergleichbare kommunikative Funktionen erfüllen und Rückschlüsse auf übergreifende sprachliche Strategien zulassen. Gleichzeitig erlaubt die Auswahl dieser Formate, unterschiedliche politische

Rollen – insbesondere Opposition und Regierungsverantwortung – unter realistischen Kommunikationsbedingungen abzubilden.

Nicht in das Korpus aufgenommen wurden offene, wenig strukturierte Diskussionsformate (z. B. Bürgerforen), da diese durch spontane Interaktion, ungleiche Redeanteile sowie eine geringere Vergleichbarkeit gekennzeichnet sind und die systematische Analyse sprachlicher Strategien erschweren würden. Auch Beiträge auf Social-Media-Plattformen wurden nicht berücksichtigt, da sie anderen kommunikativen Logiken folgen und nur eingeschränkt mit massenmedialen Fernsehformaten vergleichbar sind. Darüber hinaus beschränkt sich das Korpus auf gesprochene Sprache, um eine einheitliche Datenbasis zu gewährleisten und Unterschiede zwischen schriftlicher und mündlicher Kommunikation auszuschließen.

Die Konzentration auf Werner Kogler als zentrale kommunikative Figur der Grünen erfolgt aus methodischen Gründen. Eine umfassende Analyse der Parteisprache würde die Einbeziehung weiterer Akteur*innen sowie eine deutlich größere Datenbasis erfordern und den Rahmen der vorliegenden Arbeit überschreiten. Durch die Fokussierung auf eine einzelne Person wird hingegen eine höhere Vergleichbarkeit der sprachlichen Strategien ermöglicht, wodurch differenzierte Aussagen über deren Ausprägung und Variation getroffen werden können. Die gewählte Korpusstruktur ist insbesondere im Hinblick auf die Forschungsfrage relevant, da sie es ermöglicht, Unterschiede im Sprachgebrauch auf veränderte politische Rollen zurückzuführen.

Kürzel	Beitrag	Datum	Medium	Akteur*innen	Format
EW 2019	Wahlkampfrede Europawahl	19.03.2019	YouTube: Die Grünen	Werner Kogler	monologisch
NRW 2019	Wahlkampfrede Nationalratswahl	10.09.2019	YouTube: Die Grünen	Werner Kogler	monologisch
PS 2019	Pressestunde	11.09.2019	YouTube: ORF 2	Moderation: Claudia Dannhauser, Hubert Patterer Gast: Werner Kogler	dialogisch
ER 2019	Elefantenrunde	26.09.2019	YouTube: ORF 2	Moderation: Armin Wolf, Claudia Reiterer Gäste:	dialogisch

				Werner Kogler, Beate Meinl-Reisinger, Pamela Rendi-Wagner, Sebastian Kurz, Norbert Hofer, Peter Pilz	
RE 2020	Regierungserklärung	10.01.2020	YouTube: ORF 2	Werner Kogler	monologisch
PS 2020	Pressestunde	21.06.2020	YouTube: ORF 2	Moderation: Hans Bürger Doris Vettermann Gast: Werner Kogler	dialogisch
ER 2024	Elefantenrunde	26.09.2024	ORF2	Moderation: Susanne Schnabl, Alexandra Wachter Gäste: Karl Nehammer, Herbert Kickl, Andreas Babler, Werner Kogler, Beate Meinl-Reisinger	dialogisch

Tabelle 1: Übersicht über die im Korpus berücksichtigten Redebeiträge

Die ersten sechs Redebeiträge liegen als YouTube-Videos unterschiedlicher Kanäle vor, die Elefantenrunde 2024 wurde vom ORF angefordert. Die Transkripte der analysierten Beiträge sind im Anhang einsehbar. Da im Zentrum der Untersuchung der Sprachgebrauch Werner Koglers steht, wurden seine Beiträge im Transkript detailliert nach dem im Folgeabsatz beschriebenen Schema aufbereitet, während Beiträge anderer Akteur*innen in reduzierter Form belassen wurden und der Kontextualisierung dienen. Längere Gesprächssequenzen ohne Beteiligung Koglers wurden in dialogischen Formaten aus Gründen der analytischen Relevanz und Übersichtlichkeit gekürzt und entsprechend ausgewiesen.

Die Transkription der Redebeiträge erfolgte auf Grundlage automatisiert erstellter Transkripte (mithilfe von sonix.ai), die anhand des Videomaterials manuell überprüft und für die Analyse aufbereitet wurden. Dabei wurde keine phonetisch exakte Wiedergabe angestrebt, sondern eine funktional ausgerichtete Transkription, die zentrale Merkmale gesprochener Sprache für die Analyse zugänglich macht. Die Transkription orientiert sich an der gesprochenen Sprache und verzichtet auf eine nachträgliche stilistische Glättung. Syntaktische Brüche, Wiederholungen und Hervorhebungen werden beibehalten, sofern sie für die Interpretation relevant sind. Unvollständige Äußerungen werden nur dann durch Auslassungspunkte markiert, wenn der Abbruch eine erkennbare kommunikative Funktion erfüllt.

5.2 Methodisches Vorgehen

Ausgehend von der beschriebenen theoretischen Perspektive erfolgt die Analyse in einem mehrstufigen Verfahren, das sich an den Arbeiten von Grossalber (2012) und Trestl (2017) orientiert. Das Untersuchungsmaterial wird dabei auf zwei miteinander verknüpften Analyseebenen untersucht. Zunächst werden im Rahmen einer pragmatisch-semantischen Analyse wiederkehrende sprachliche Muster und Auffälligkeiten beschrieben und systematisiert. Ergänzend zur pragmatisch-semantischen Analyse erfolgt eine funktionale Analyse anhand sprachkritischer Maximen nach Reisigl (2002), um sprachliche Auffälligkeiten im Hinblick auf ihre kommunikative Funktion und ihre Einordnung in populistische Sprachstrategien zu untersuchen.

5.2.1 Pragmatisch-semantische Analyse

Die erste Analyseebene umfasst eine pragmatisch-semantische Untersuchung des Sprachmaterials und dient der systematischen Erfassung sprachlicher Auffälligkeiten im Korpus. Der vorliegenden Analyse liegt ein Verständnis politischer Sprache als strategisch eingesetztem kommunikativem Handeln zugrunde, dessen Bedeutung sich erst im jeweiligen Verwendungskontext erschließt (vgl. Niehr 2014: 11–14). In Anlehnung an Trestl (2017) wird dabei berücksichtigt, dass nicht nur größere sprachliche Einheiten, sondern auch einzelne Wörter über ein pragmatisches Potenzial verfügen und zur Bedeutungs- und Wirkungsstruktur politischer Kommunikation beitragen (vgl. 2017: 35). Methodisch folgt die Analyse einem offenen, induktiv angelegten und datenorientierten Zugang, wie er auch bei Grossalber beschrieben wird (vgl. 2012: 15–16). Dadurch soll vermieden werden, dass ausschließlich solche Phänomene erfasst werden, die bereits theoretisch erwartet werden. Ziel dieses Analyseschrittes ist es daher, sprachliche

Muster zunächst unabhängig von vorab definierten Kategorien zu identifizieren, systematisch zu dokumentieren und hinsichtlich ihrer Verteilung im Korpus zu erfassen.

Ein zentraler Analysebereich ist die Untersuchung diskursrelevanter Lexik. Im Fokus stehen dabei **Leit- und Schlüsselbegriffe**, Schlagwörter sowie wiederkehrende semantische Muster, die innerhalb des politischen Diskurses zentrale Themen bündeln. In der politolinguistischen Forschung wird hierbei zwischen unterschiedlichen Formen strategischen Wortgebrauchs differenziert, etwa zwischen Schlagwörtern, Fahnenwörtern und Stigmawörtern, die jeweils unterschiedliche Funktionen innerhalb politischer Kommunikation erfüllen (vgl. Niehr 2014: 69). Diese Begriffe sind nicht als neutrale Bezeichnungen zu verstehen, sondern als sprachliche Mittel, deren Bedeutungskomponenten im Hinblick auf ihre strategische Verwendung und intendierte Wirkung analysiert werden können. Die genannten Kategorien dienen dabei in erster Linie der theoretischen Einordnung strategischen Wortgebrauchs. Im Rahmen der vorliegenden Analyse erfolgt keine systematische Zuordnung einzelner Begriffe zu diesen Kategorien. Stattdessen liegt der Fokus auf der Identifikation und Auswertung wiederkehrender Leit- und Schlüsselbegriffe sowie wiederkehrender semantischer Muster.

Im Analyseprozess werden konkrete sprachliche Einheiten im Text systematisch identifiziert und markiert. Erfasst werden insbesondere häufig wiederkehrende Begriffe, politisch aufgeladene Schlüsselwörter sowie Begriffe mit zentraler thematischer Funktion innerhalb einzelner Passagen. Zugleich ist zu berücksichtigen, dass Schlagwörter nicht allein durch ihre Häufigkeit bestimmt sind, sondern durch einen programmatischen Kern gekennzeichnet sind, der im jeweiligen politischen Kontext erschlossen werden muss (vgl. Niehr 2014: 72, 75). Ihre Analyse erfordert daher stets eine qualitative Betrachtung im Zusammenhang mit den jeweiligen politischen Themen, Positionen und Zeitumständen. Im Kontext linkspopulistischer Sprache betrifft dies insbesondere Begriffe, die soziale Ungleichheit, wirtschaftliche Machtverhältnisse oder Fragen gesellschaftlicher Gerechtigkeit thematisieren und als zentrale Bezugspunkte politischer Argumentation fungieren.

Schlagwörter erfüllen dabei zentrale kommunikative Funktionen, da sie auf „die emotionale und intellektuelle Beeinflussung der Öffentlichkeit“ gerichtet sind und damit zur Durchsetzung bestimmter politischer Positionen beitragen können (vgl. Niehr 2014: 72). Darüber hinaus können sie dazu beitragen, politische Wirklichkeit in vereinfachte Gegensatzstrukturen zu überführen, indem Differenzierungen ausgeblendet und scheinbar klare Oppositionen konstruiert werden (vgl. Niehr 2014: 71–72).

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die sprachliche Konstruktion sozialer Gruppen und Akteur*innen, die im weiteren Verlauf unter dem Analyseaspekt der **Selbst- und Fremdpositionierung** zusammengefasst wird. Im Untersuchungsprozess werden insbesondere kollektive Pronomen (z. B. „wir“, „sie“), gruppenbezogene Bezeichnungen sowie sprachliche Formen der Inklusion und Exklusion identifiziert und im jeweiligen Kontext erfasst. Politische Kommunikation ist dabei durch spezifische Rollen- und Beziehungsstrukturen geprägt, die Klein als Zusammenspiel von „Emittent“, „Kontrahenten“ und „Adressaten“ beschreibt (2019: 8). Politische Akteur*innen modellieren ihre Adressat*innen sprachlich und können dabei Formen von Nähe, Distanz oder Gemeinsamkeit erzeugen (vgl. Klein 2019: 57–59). Diese relationalen Strukturen manifestieren sich im Sprachgebrauch insbesondere in kollektiven Bezugnahmen und gruppenbezogenen Zuschreibungen, durch die Zugehörigkeiten und Abgrenzungen sprachlich hergestellt werden. Die Analyse richtet sich daher darauf, welche Akteur*innen im Diskurs sprachlich konstruiert werden, welche Bezeichnungen für sie verwendet werden und in welcher Weise sie zueinander in Beziehung gesetzt sind.

Neben der lexikalischen Ebene werden **Zukunftsbezüge**, **metaphorische Ausdrucksweisen** sowie sprachliche **Verdichtungen** berücksichtigt. Im Analyseprozess werden entsprechende Formulierungen im Text identifiziert und im jeweiligen Kontext erfasst. Berücksichtigt werden insbesondere metaphorische Rahmungen, etwa Kampf-, Weg- oder Krisenmetaphorik, explizite Zukunftsbezüge und Veränderungssemantiken sowie sprachliche Verdichtungen in Form prägnanter Einzelbegriffe, formelhafter Wendungen oder Gegensatzkonstruktionen.

Metaphern werden dabei als sprachliche Mittel verstanden, die über eine rein stilistische Funktion hinausgehen und Wahrnehmung sowie Denken strukturieren können. Niehr verweist in diesem Zusammenhang auf die kognitive Metapherntheorie und betont, dass Metaphern unser Denken und Handeln strukturieren können (vgl. 2014: 144). Entsprechend werden Tropen auch bei Burkhardt als „sprachliche Mittel der konzeptuellen und damit kognitiven Weltaneignung“ beschrieben (2019: 5). Für die Analyse ist daher relevant, welche metaphorischen Muster im Material wiederkehren und welche Perspektiven auf politische Sachverhalte dadurch hervorgehoben werden.

Ergänzend werden Zukunftsbezüge und Veränderungssemantiken erfasst. Berücksichtigt werden dabei konkrete zeitliche Bezugnahmen auf zukünftige Entwicklungen sowie sprachliche Konstruktionen von Wandel, Übergang, Umkehr oder gesellschaftlicher Transformation. Die Analyse richtet sich darauf, wie politische Gegenwart mit Zukunftsperspektiven verknüpft

wird und welche sprachlichen Muster zur Beschreibung politischer Entwicklungs- und Veränderungsprozesse verwendet werden.

Ein weiterer Teilbereich umfasst sprachliche Verdichtungen und Gegensatzkonstruktionen. Erfasst werden insbesondere prägnante Einzelbegriffe, wiederkehrende Kurzformeln, begriffliche Bündelungen sowie kontrastive Darstellungsweisen, durch die politische Sachverhalte in knapper sprachlicher Form zusammengeführt werden. Anknüpfungspunkte ergeben sich hierbei aus der politolinguistischen Forschung zu strategischem Wortgebrauch und sprachlicher Vereinfachung im politischen Diskurs (vgl. Niehr 2014: 69–72).

Zur Strukturierung des Analyseprozesses wurden die erhobenen Befunde tabellarisch dokumentiert. Um begriffliche Unschärfen zu vermeiden, wird in der vorliegenden Arbeit zwischen einer inhaltlichen und einer sprachlich-kommunikativen Ebene unterschieden. Nicht jede Äußerung, die typische Themen linker Politik wie soziale Gerechtigkeit, Ungleichheit oder Kritik an ökonomischen Machtverhältnissen aufgreift, wird bereits als linkspopulistisch gewertet. Von linkspopulistischer Sprachverwendung wird vielmehr nur dann gesprochen, wenn solche Inhalte zugleich in einer populistischen Struktur artikuliert werden, etwa durch die Konstruktion eines homogenen „Wir“, die dichotomische Gegenüberstellung von „Volk“ und „Elite“ oder die moralische Delegitimierung politischer Gegner.

5.2.2 Funktionale Analyse anhand sprachkritischer Maximen

Ein Analysebefund liegt in der vorliegenden Arbeit nicht bereits beim isolierten Auftreten einzelner sprachlicher Elemente vor, sondern dann, wenn sich ein wiederkehrendes sprachliches Muster im jeweiligen Äußerungskontext funktional interpretieren lässt. Die Zuordnung zu einer sprachkritischen Maxime erfolgt daher nicht auf Grundlage einzelner sprachlicher Indikatoren, sondern anhand der im Kontext realisierten kommunikativen Funktion. Ergänzend zur pragmatisch-semantischen Analyse erfolgt in einem zweiten Schritt die funktionale Einordnung sprachlicher Muster. Ziel dieser Analyseebene ist es, sprachliche Auffälligkeiten hinsichtlich ihrer kommunikativen Funktion zu interpretieren und im Hinblick auf populistische Sprachstrategien zu systematisieren. Als analytischer Rahmen dienen sprachkritische Maximen, die als Kategorien zur funktionalen Interpretation herangezogen werden.

Die in dieser Arbeit herangezogenen Maximen orientieren sich an den von Reisigl entwickelten sprachkritischen Kategorien, die ursprünglich im Kontext der Analyse rechtspopulistischer Kommunikation eingeführt wurden (vgl. Reisigl 2002: 166–168). Wie bereits im theore-

tischen Teil ausgeführt wurde, sind diese jedoch nicht auf rechtspopulistische Diskurse beschränkt, sondern lassen sich auch auf linkspopulistische Sprachverwendung übertragen. Dies ermöglicht zum einen die Vergleichbarkeit der vorliegenden Analyse mit Untersuchungen anderer politischer Akteur*innen, zum anderen ist die Übertragbarkeit dadurch begründet, dass die zugrunde liegenden kommunikativen Strategien ähnlich strukturiert sind, auch wenn sich die inhaltlichen Ausprägungen unterscheiden. Die folgenden Ausführungen zu möglichen Ausprägungen im linkspopulistischen Sprachgebrauch stellen keine allgemein gültigen Eigenschaften dar, sondern analytische Erwartungshorizonte, die sich aus den zuvor dargestellten theoretischen Annahmen ergeben und im empirischen Material überprüft werden. Die sprachkritischen Maximen fungieren somit als analytische Kategorien, mit deren Hilfe die zuvor beschriebenen sprachlichen Muster hinsichtlich ihrer strategischen Funktion im politischen Diskurs differenziert analysiert werden können. Im Unterschied zur pragmatisch-semantischen Analyse, die primär auf die Beschreibung sprachlicher Auffälligkeiten abzielt, richtet sich die Analyse im zweiten Schritt auf die Frage, welche kommunikativen Wirkungen diese Auffälligkeiten im jeweiligen Kontext entfalten. Dabei wird davon ausgegangen, dass sprachliche Mittel nicht isoliert auftreten, sondern gezielt eingesetzt werden, um bestimmte Deutungen zu etablieren, Zustimmung zu erzeugen oder politische Positionen zu legitimieren.

Die **Freund-Feind-Dichotomisierung** strukturiert politische Wirklichkeit entlang gegensätzlicher Kategorien, indem klare Gegenüberstellungen erzeugt werden. Auf diese Weise werden Differenzen hervorgehoben und Konfliktlinien im Diskurs zugespitzt (vgl. Reisigl 2002: 166). Im linkspopulistischen Kontext zeigt sich dies insbesondere in der Gegenüberstellung eines sozial definierten „Volkes“ und wirtschaftlicher bzw. politischer Eliten, wodurch soziale Ungleichheit als zentraler Konflikt inszeniert wird.

Zur **Komplexitätsreduktion** durch vereinfachende Veranschaulichung, Hypostasierung und Personalisierung werden komplexe Sachverhalte auf überschaubare Deutungsmuster verkürzt und häufig durch konkrete Akteur*innen oder anschauliche Beispiele greifbar gemacht. Dadurch erscheinen politische Zusammenhänge verständlicher und Verantwortlichkeiten eindeutiger zuordenbar (vgl. Reisigl 2002: 166–167). Im linkspopulistischen Sprachgebrauch betrifft dies insbesondere die Reduktion komplexer ökonomischer Prozesse auf klar identifizierbare Verantwortliche wie „Konzerne“ oder „die Reichen“, wodurch strukturelle Ungleichheiten personalisiert werden.

Die Maxime des **„Dinge beim Namen nennen“** zielt darauf ab, Aussagen als unmittelbar, eindeutig und unverstellt erscheinen zu lassen. Politische Sachverhalte werden sprachlich

so gefasst, dass sie als klar benennbar und offensichtlich interpretiert werden können (vgl. Reisigl 2002: 166). Linkspopulistische Sprache nutzt diese Strategie, um soziale Missstände direkt zu benennen und moralisch zu rahmen, etwa indem Ungleichheit oder Ungerechtigkeit als eindeutig identifizierbare Probleme dargestellt werden.

Abwertende Zuschreibungen gegenüber politischen Gegner*innen treten in Form satter Beschimpfungen auf. Solche Formulierungen dienen der diskursiven Herabsetzung und tragen zur negativen Markierung gegnerischer Positionen bei (vgl. Reisigl 2002: 166–167). Im linkspopulistischen Kontext richten sich solche Abwertungen typischerweise gegen wirtschaftliche Eliten oder politische Entscheidungsträger*innen, denen Verantwortung für soziale Ungleichheit zugeschrieben wird.

Die **Froschperspektivierung** verlagert die Darstellung politischer Sachverhalte auf eine alltagsnahe Ebene. Komplexe Prozesse werden dabei aus der Perspektive vermeintlich „einfacher“ Erfahrungen beschrieben und damit auf unmittelbar nachvollziehbare Situationen reduziert (vgl. Reisigl 2002: 167). Linkspopulistische Kommunikation greift hierbei häufig auf lebensweltliche Beispiele zurück, um wirtschaftliche oder soziale Probleme aus der Perspektive der „einfachen Bevölkerung“ darzustellen und dadurch Anschlussfähigkeit zu erzeugen.

Über die Maxime „**Ich bin eine*r von euch**“ wird sprachlich Nähe zwischen Sprecher und Adressaten hergestellt. Dies erfolgt insbesondere durch kollektive Bezugnahmen und die Betonung gemeinsamer Erfahrungen, wodurch eine geteilte Perspektive konstruiert wird (vgl. Reisigl 2002: 167). Im linkspopulistischen Sprachgebrauch zeigt sich dies in der Konstruktion eines solidarischen „Wir“, das die Interessen breiter gesellschaftlicher Gruppen repräsentiert und sich von privilegierten Eliten abgrenzt.

Eine verstärkende Wirkung entfaltet die suggestive pathetische **Dramatisierung und Emotionalisierung**. Durch zugespitzte und affektiv aufgeladene Formulierungen werden Aussagen intensiviert und auf eine emotionale Rezeption ausgerichtet (vgl. Reisigl 2002: 167). Linkspopulistische Sprache nutzt diese Strategie insbesondere zur moralischen Aufladung von Themen wie sozialer Ungleichheit oder Ungerechtigkeit, wodurch politische Forderungen als dringlich und notwendig erscheinen.

Zur Stabilisierung zentraler Aussagen dient die **eintrichternde Wiederholung**. Wiederkehrende Begriffe oder Formulierungen erhöhen deren Einprägsamkeit und sichern ihre Verankerung im Diskurs (vgl. Reisigl 2002: 168). Im linkspopulistischen Kontext betrifft dies vor allem wiederkehrende Bezugnahmen auf zentrale Begriffe wie „Gerechtigkeit“, „sozial“ oder „Ungleichheit“, die als leitende Deutungsmuster fungieren.

Mit der **kalkulierten Ambivalenz** werden Aussagen bewusst mehrdeutig gehalten, so dass unterschiedliche Interpretationen möglich bleiben und verschiedene Adressatengruppen gleichzeitig angesprochen werden können (vgl. Reisigl 2002: 168). Auch linkspopulistische Sprache kann solche Mehrdeutigkeiten nutzen, etwa indem zentrale Begriffe wie „Gerechtigkeit“ offengehalten werden, um unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen einzubinden.

Abschließend umfasst die Analyse auch die **Erlösungs- oder Befreiungsverheißung**, bei der politische Aussagen auf grundlegende Veränderungen oder Lösungen ausgerichtet sind und Erwartungen an eine Verbesserung der bestehenden Situation erzeugen (vgl. Reisigl 2002: 168–169). Im linkspopulistischen Sprachgebrauch äußert sich dies häufig in der Perspektive gesellschaftlicher Veränderung, etwa durch die Überwindung sozialer Ungleichheit oder die Wiederherstellung von Gerechtigkeit als kollektives Ziel.

Die Anwendung dieser Maximen erfolgt nicht schematisch, sondern kontextsensitiv. Die funktionale Analyse steht dabei in engem Austausch mit den Ergebnissen der pragmatisch-semantischen Untersuchung, ohne sich auf diese zu beschränken. Während einzelne Befunde der pragmatisch-semantischen Analyse in die funktionale Interpretation einbezogen werden, können sich weitere relevante Aspekte erst im Rahmen der Maximenanalyse erschließen. Sprachliche Auffälligkeiten werden jeweils daraufhin untersucht, inwiefern sich die beschriebenen Maximen in ihnen erkennen lassen und in welcher Weise sie zur Strukturierung des Diskurses beitragen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass einzelne Auffälligkeiten mehreren Maximen gleichzeitig zugeordnet werden können und ihre Funktion erst im Zusammenspiel mit anderen sprachlichen Mitteln erkennbar wird. Ziel dieses Analyseschrittes ist es, sprachliche Auffälligkeiten im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Ausprägung populistischer Kommunikationsweisen zu interpretieren und systematisch einzuordnen.

6 Untersuchung

Nach der Darstellung der theoretischen Grundlagen sowie des methodischen Vorgehens erfolgt nun die Analyse des Untersuchungskorpus. Ziel ist es, die im Material erkennbaren sprachlichen Muster systematisch herauszuarbeiten und hinsichtlich ihrer Funktion innerhalb der politischen Kommunikation Werner Koglers zu beschreiben. Die Untersuchung erfolgt in zwei Analyseschritten. Zunächst werden die Beiträge auf pragmatisch-semantischer Ebene ausgewertet. Im Anschluss erfolgt eine funktionale Analyse anhand der zuvor vorgestellten sprachkritischen Maximen. Die Darstellung erfolgt getrennt nach Oppositions- und Regierungsphase,

um mögliche Kontinuitäten und Veränderungen im Sprachgebrauch Werner Koglers sichtbar zu machen.

6.1 Beiträge Werner Koglers in der Oppositionsphase (2019)

Die Oppositionsphase umfasst die im Jahr 2019 entstandenen Beiträge Werner Koglers vor dem Eintritt der Grünen in die Bundesregierung. Das Untersuchungskorpus setzt sich aus zwei Wahlkampfreden, einer Pressestunde sowie einer Elefantenrunde zusammen.

6.1.1 Pragmatisch-semantische Analyse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der pragmatisch-semantischen Analyse dargestellt. Die Auswertung konzentriert sich auf wiederkehrende Formulierungen, Begriffe, Formen der Selbst- und Fremdpositionierung, Wertbezüge, Metaphern sowie weitere sprachliche Auffälligkeiten, die innerhalb der Beiträge der Oppositionsphase erkennbar werden.

Die Beiträge Werner Koglers aus der Oppositionsphase werden durch mehrere **Leit- und Schlüsselbegriffe** strukturiert, die zentrale Themenfelder der politischen Kommunikation bündeln und zugleich normative Bezugspunkte der Argumentation bilden. Besonders auffällig sind dabei die Begriffe *Klimaschutz*, *Verantwortung*, *Gerechtigkeit* und *Demokratie*, die in sämtlichen beziehungsweise mehreren Beiträgen der Oppositionsphase auftreten. Daneben finden sich mit *Zeitenwende*, *Comeback* und *Zusammenhalt* weitere Begriffe, die einzelne Beiträge in besonderer Weise prägen.

Mit insgesamt 33 dokumentierten Nennungen stellt der *Klimaschutz* den deutlich häufigsten Leitbegriff des Oppositionskorpus dar. Der Begriff tritt in allen vier untersuchten Beiträgen auf und wird mit unterschiedlichen politischen Handlungsfeldern verknüpft. Bereits in der Europawahlrede verweist Kogler auf den weltweiten Klimastreik von Fridays for Future und bezeichnet Österreich als „Schlusslicht im Klimaschutz“ (EW 2019: 2). Die gegenwärtige Situation wird dabei als Folge politischen Nichthandelns dargestellt. Zugleich wird *Klimaschutz* als Bereich beschrieben, in dem dringender politischer Handlungsbedarf besteht. Ähnlich argumentiert Kogler in der Nationalratswahlrede, in der er fordert, Österreich müsse „vom letzten Platz im europäischen Klimaschutz“ zum „Umwelt- und Klimaschutzland Nummer eins“ (NRW 2019: 1). Der *Klimaschutz* erscheint damit nicht lediglich als umweltpolitisches Einzelthema, sondern als zentraler Bezugspunkt politischer Zukunftsgestaltung.

Auffällig ist dabei die Verbindung des *Klimaschutzes* mit weiteren gesellschaftlichen Bereichen. In der Nationalratswahlrede wird betont, dass Umwelt- und Klimaschutz, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit gemeinsam gedacht werden müssten. Kogler verweist darauf, dass „Umweltschutz und Gerechtigkeit und ein vernünftiges Wirtschaftssystem unter einen Hut gehen“ (NRW 2019: 3). Der Begriff tritt sowohl in den monologisch geprägten Wahlkampfreden als auch in den dialogischen Formaten der Pressestunde und der Elefantenrunde auf. Das Themenfeld erweist sich damit als formatübergreifend stabil.

Einen weiteren zentralen Bezugspunkt bildet das Bedeutungsfeld der *Verantwortung*. In den untersuchten Beiträgen finden sich insgesamt zehn dokumentierte Verwendungen des Begriffs beziehungsweise verwandter Formulierungen. *Verantwortung* erscheint dabei sowohl als Selbstzuschreibung als auch als Maßstab zur Bewertung politischen Handelns. Besonders deutlich wird dies in der Europawahlrede, in der Kogler erklärt, dass nicht nur für politisches Handeln Verantwortung bestehe, sondern ebenso für unterlassenes Handeln. In diesem Zusammenhang spricht er davon, dass mittlerweile die Erkenntnis wachse, „dass es auch dafür eine Verantwortung gibt [...], wofür man nichts tut“ (EW 2019: 2). Die Untätigkeit der Bundesregierung wird anschließend als „Unterlassungstäterschaft“ bezeichnet, die Politiker*innen im Kanzleramt beschreibt Kogler als „Verantwortungsverweigerer“ (EW 2019: 6). Verantwortung fungiert hier als normativer Maßstab, anhand dessen politisches Handeln beziehungsweise Nichthandeln bewertet wird.

Auch in anderen Beiträgen erscheint *Verantwortung* als wiederkehrender Bezugspunkt. In der Elefantenrunde übernimmt Kogler ausdrücklich „Mitverantwortung“ für das Ausscheiden der Grünen aus dem Nationalrat (ER 2019: 1). *Verantwortung* wird hier nicht zur Beschreibung politischer Gegner verwendet, sondern auf die eigene politische Gruppe bezogen. Dadurch erhält der Begriff unterschiedliche Funktionen innerhalb der Argumentation und dient sowohl der Selbstverortung als auch der politischen Bewertung. Das Bedeutungsfeld der *Verantwortung* erscheint in allen untersuchten Formaten und wird sowohl in vorbereiteten Redebeiträgen als auch in spontanen Gesprächssituationen aufgegriffen.

Neben *Klimaschutz* und *Verantwortung* treten verschiedene Wertbegriffe hervor, die den normativen Rahmen der Beiträge prägen. Besonders häufig finden sich Bezugnahmen auf *Gerechtigkeit*. Mit insgesamt vierzehn dokumentierten Verwendungen zählt der Begriff zu den zentralen Wertbezügen der Oppositionsphase. Dabei erscheint *Gerechtigkeit* regelmäßig im Zusammenhang mit sozialpolitischen Fragestellungen. In der Nationalratswahlrede wird sie unmittelbar neben Umwelt- und Klimaschutz positioniert und als Bestandteil einer politischen Gesamtperspektive dargestellt (NRW 2019: 3). Auffällig ist zudem, dass in den Befunden auch

Gegenbegriffe wie *Ungerechtigkeit* erfasst wurden, wodurch die Bedeutung des Themenfeldes zusätzlich hervorgehoben wird. Kogler verweist auf den Zusammenhang zwischen Bildungsweg, sozialer Herkunft und Einkommen der Eltern und bezeichnet die daraus resultierenden Ungleichheiten als eine der größten gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten (vgl. PS 2019: 11).

Eine ähnliche Funktion erfüllt der Begriff *Demokratie*. Mit 16 dokumentierten Verwendungen gehört auch er zu den regelmäßig auftretenden Wertbegriffen des Oppositionskorpus. *Demokratie* erscheint dabei sowohl im Zusammenhang mit politischen Verfahren als auch als positiver Bezugspunkt politischer Selbstbeschreibung. In der Europawahlrede wird die Organisation der Spitzenwahl als „herausragende demokratische Leistung“ bezeichnet (EW 2019: 1). Der Begriff dient hier der positiven Bewertung innerparteilicher Prozesse und verweist auf die Bedeutung demokratischer Verfahren innerhalb der politischen Selbstbeschreibung.

Neben diesen korpusweit beziehungsweise mehrfach auftretenden Begriffen finden sich einzelne Leitbegriffe, die bestimmte Beiträge besonders stark strukturieren. Dies gilt insbesondere für den Begriff *Zeitenwende*, der mit insgesamt acht dokumentierten Verwendungen ausschließlich die Nationalratswahlrede prägt. Seine Verwendung dürfte daher auch durch die stärker programmatische Ausrichtung dieses Wahlkampfformats begünstigt werden. Bereits zu Beginn der Rede erklärt Kogler: „Wir stehen vor einer Zeitenwende“ (NRW 2019: 1). Der Begriff wird anschließend von Österreich auf Europa und schließlich auf die gesamte Menschheit ausgeweitet. Die *Zeitenwende* fungiert dabei als übergeordneter Deutungsrahmen, innerhalb dessen Klimaschutz, politische Verantwortung und gesellschaftliche Veränderung verortet werden. Auffällig ist zudem, dass die *Zeitenwende* trotz der beschriebenen Problemlagen nicht ausschließlich negativ bewertet wird. Vielmehr verbindet die Rede Krisendiagnose und Veränderungsmöglichkeit miteinander.

Eng mit dieser Veränderungssemantik verknüpft ist das Motiv des *Comebacks*. Der Begriff beziehungsweise das entsprechende Bedeutungsfeld wurde insgesamt siebenmal dokumentiert und erscheint insbesondere in Zusammenhängen, die den Wiederaufbau der Grünen nach dem Ausscheiden aus dem Nationalrat betreffen. In der Elefantenrunde spricht Kogler vom „Wiederaufbau“ der Partei und beschreibt seine Rolle als Organisation der Bewegung „Zurück zu den Grünen“ (ER 2019: 1). In der Nationalratswahlrede wird daraus die „Chance auf das größte politische Comeback der Zweiten Republik“ (NRW 2019: 5). Das *Comeback* erscheint dabei nicht lediglich als organisatorische Rückkehr der Partei, sondern wird mit politischen Aufgaben und Zukunftserwartungen verknüpft. Die Verwendung des Begriffs steht zudem in engem Zusammenhang mit Wahlkampf- und Mobilisierungssituationen, in denen die Rückkehr der Grünen in den Nationalrat thematisiert wird.

Schließlich tritt in der Europawahlrede der Begriff des *Zusammenhalts* als weiterer normativer Bezugspunkt hervor. Kogler stellt dort die Alternative „Zusammenhalt oder Spaltung“ in den Mittelpunkt und beantwortet diese mit der Formel „Stärke durch Zusammenhalt und nicht Schwäche durch Spaltung“ (EW 2019: 1). Der Begriff fungiert hier als positiver Gegenpol zu gesellschaftlicher Spaltung und bildet einen zentralen Wertbezug der Rede. Auffällig ist zudem, dass dieser Befund insbesondere im Kontext der Europawahl hervortritt. Die Rede befasst sich wiederholt mit Europa als politischem und gesellschaftlichem Gemeinschaftsprojekt, wodurch die Betonung von Zusammenhalt und Kooperation inhaltlich an das behandelte Themenfeld anschließt. Der Begriff erscheint damit nicht nur als allgemeiner Wertbezug, sondern zugleich als thematisch eng mit dem europäischen Kontext der Rede verbunden.

Insgesamt zeigt sich, dass die Oppositionsbeiträge durch eine vergleichsweise stabile Gruppe von Leit- und Schlüsselbegriffen geprägt werden. Während Klimaschutz, Verantwortung, Gerechtigkeit und Demokratie als wiederkehrende Themenfelder mehrere Beiträge durchziehen, strukturieren Begriffe wie Zeitenwende, Comeback oder Zusammenhalt einzelne Reden besonders deutlich. Gemeinsam bilden sie den begrifflichen und normativen Rahmen der politischen Aussagen und prägen die thematischen Schwerpunkte der Oppositionsphase.

Neben den wiederkehrenden Leit- und Schlüsselbegriffen prägen unterschiedliche Formen der **Selbst- und Fremdpositionierung** die Beiträge Werner Koglers aus der Oppositionsphase. Auffällig ist dabei, dass sowohl die eigene politische Gruppe als auch politische Mitbewerber*innen wiederholt sprachlich verortet und bewertet werden. Die Positionierungen erfolgen nicht ausschließlich über direkte Zuschreibungen, sondern auch über Wir-Konstruktionen, Verantwortungsbezüge, wertende Formulierungen und die Gegenüberstellung unterschiedlicher politischer Handlungsweisen.

Ein zentrales Muster in Bezug auf **Selbstpositionierung** in der Oppositionsphase besteht in der wiederkehrenden Darstellung der Grünen als politische Kraft, die trotz des Ausscheidens aus dem Nationalrat weiterhin politische Handlungsfähigkeit beansprucht. In der Nationalratswahlrede beschreibt Kogler die Situation der Partei als „Chance auf das größte politische Comeback der Zweiten Republik“ (NRW 2019: 5). Für die Selbstpositionierung ist dabei insbesondere relevant, dass die Rückkehr der Grünen nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch dargestellt wird. Die Partei erscheint als Akteurin, die nach dem Verlust parlamentarischer Vertretung erneut politische Gestaltung beansprucht.

In der Elefantenrunde wird ein ähnliches Selbstbild sichtbar. Dort beschreibt Kogler seine Rolle rückblickend als Organisation der „Bewegung ‚Zurück zu den Grünen‘“ und fasst diesen

Prozess im Begriff des „Wiederaufbaus“ zusammen. Gleichzeitig charakterisiert er sich durch die Formulierung „umfallen, aufstehen, weiterkämpfen“ (ER 2019: 1). Die Grünen werden dadurch als politische Gemeinschaft beschrieben, die einen Rückschlag erfahren hat, diesen jedoch bearbeitet und politisch fortgesetzt hat. Ergänzt wird dieses Selbstbild durch die Beschreibung der eigenen Ungeduld als „Ungeduld des grünen Herzens“ (ER 2019: 1). Die Formulierung verbindet politische Überzeugung mit persönlichem Engagement und verleiht der Selbstbeschreibung eine emotionale Komponente.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch die Verbindung von Selbstpositionierung und Verantwortungsbezügen. In der Elefantenrunde übernimmt Kogler ausdrücklich „Mitverantwortung“ dafür, „dass die Grünen zumindest vorübergehend nicht im Nationalrat sind“ (ER 2019: 1). Verantwortung wird hier nicht auf politische Mitbewerber*innen bezogen, sondern auf die eigene politische Gruppe. Gleichzeitig verweist die Formulierung „zumindest vorübergehend“ auf die Möglichkeit einer politischen Rückkehr. Die Passage verbindet damit selbstkritische Bezugnahme, parteibezogene Verantwortung und Zukunftsorientierung.

Ein ähnliches Muster zeigt sich in der Europawahlrede. Nach dem Ausscheiden aus dem Nationalrat beschreibt Kogler die Grünen als politische Kraft, die trotz begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen handlungsfähig bleibt. Dem Mangel an materiellen Ressourcen stellt er „Herzblut und Überzeugung“ gegenüber und kündigt an: „Mit dem werden wir rennen und laufen“ (EW 2019: 11). Die Partei wird dadurch als engagierte und ausdauernde politische Gemeinschaft dargestellt, deren Handlungsfähigkeit nicht primär aus institutioneller Stärke, sondern aus politischer Überzeugung abgeleitet wird. Besonders deutlich wird dies in der wiederholten Formulierung „Das ist grün“, mit der bestimmte Eigenschaften als Teil grüner Identität markiert werden. Grün erscheint hier nicht nur als Parteibezeichnung, sondern als Bezeichnung einer politischen Haltung, die Einsatzbereitschaft, Beharrlichkeit und Engagement umfasst.

Diese Selbstbeschreibung wird durch weitere Passagen der Europawahlrede ergänzt, in denen Kogler die Wiener Grünen als Beispiel für „produktive Politik“ darstellt. Wenn Kogler betont, die Wiener Grünen würden „inhaltlich programmatisch auf festen Fundamenten stehen“, zugleich aber „immer mehr umsetzen“ (EW 2019: 1), wird die eigene politische Gruppe sowohl über programmatische Stabilität als auch über praktische Umsetzung beschrieben. Die Grünen erscheinen dadurch als politische Kraft, die nicht nur politische Positionen formuliert, sondern auch auf Zusammenarbeit und Umsetzung politischer Vorhaben bezogen wird.

Eine zentrale Rolle innerhalb der Oppositionsbeiträge spielen die wiederkehrenden **Wir-Konstruktionen**. Sie dienen nicht lediglich der sprachlichen Bezeichnung einer Gruppe, sondern markieren unterschiedliche Formen kollektiver Zugehörigkeit. Auffällig ist dabei, dass Kogler das Pronomen „wir“ nicht durchgehend für dieselbe Bezugsgruppe verwendet. Vielmehr lassen sich verschiedene Ebenen kollektiver Identitätskonstruktion beobachten.

Zunächst findet sich ein eindeutig parteibezogenes Wir, das die österreichischen Grünen als politische Gemeinschaft beschreibt. Formulierungen wie „Das wissen auch wir Grüne“ oder „Wir setzen uns nicht mit allem durch“ (EW 2019: 1) beziehen sich unmittelbar auf die Partei und ihre politische Praxis. Das Wir fungiert hier als Mittel kollektiver Selbstbeschreibung. Bemerkenswert ist dabei, dass die Partei nicht ausschließlich positiv dargestellt wird. Vielmehr werden auch Grenzen, Schwierigkeiten und Fehler thematisiert. Ähnliche Formulierungen finden sich in der Nationalratswahlrede, wenn Kogler sagt: „Auch wir machen Fehler. Wir sind schon lange nicht die besseren Menschen“ (NRW 2019: 5). Auch in der Pressestunde betont Kogler, dass die Grünen trotz der Überzeugung, „die besseren Ideen“ zu haben, nicht die besseren Menschen seien (PS 2019: 15). Das parteibezogene Wir verbindet damit Selbstbewusstsein mit selbstkritischen Einschüben.

Neben diesem parteibezogenen Wir tritt ein bewegungsbezogenes Wir hervor, das insbesondere im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Partei nach dem Ausscheiden aus dem Nationalrat sichtbar wird. Formulierungen wie „Wir treten an“, „Wir nehmen die Chance“ oder „wir haben nicht aufgegeben“ (NRW 2019: 1) stellen die Grünen als kollektiven politischen Akteur dar, der Rückschläge überwunden hat und weiterhin handlungsfähig bleibt. Das Wir knüpft hier an die Motive des Wiederaufbaus und der Rückkehr an. Auffällig ist, dass diese Form des Wir besonders in den Wahlkampfreden hervortritt. Die Rückkehr der Grünen in den Nationalrat und die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft bilden dort zentrale Bezugspunkte.

Daneben finden sich Formulierungen, die den Kreis der Bezugsgruppe deutlich erweitern. In der Nationalratswahlrede spricht Kogler davon, dass „die Bretter, die wir bohren müssen, immer dicker“ würden und dass „die Zeit uns davonläuft“ (NRW 2019: 1). Anders als bei eindeutig parteibezogenen Formulierungen bleibt hier offen, wer genau mit dem Pronomen gemeint ist. Das Wir kann die Grünen einschließen, verweist aber zugleich über die Partei hinaus auf politische Entscheidungsträger*innen oder die Gesellschaft insgesamt. Politische Herausforderungen werden dadurch sprachlich als größere gemeinsame Aufgabe dargestellt.

Dieses gesellschaftlich erweiterte Wir tritt vor allem in Formulierungen hervor wie „Wir brauchen jetzt den Einstieg in den Umstieg“ (NRW 2019: 5), „Wir wollen eben Österreichs

Umwelt- und Klimaschutzland, aber wir wollen auch ein Österreich der Gerechtigkeit“ (NRW 2019: 2) oder „Und in die Maßnahmen müssen wir rein“ (PS 2019: 13). Das Pronomen verweist hier nicht mehr ausschließlich auf die Grünen, sondern auf eine größere politische und gesellschaftliche Bezugsgruppe. Während in den Wahlkampfreden stärker bewegungs- und mobilisierungsbezogene Wir-Formen auftreten, finden sich besonders in der Pressestunde auch Formulierungen, die über die eigene Partei hinausweisen und politische Aufgaben breiter adressieren.

Eine weitere Ausprägung findet sich in europäischen und globalen Zusammenhängen. In der Europawahlrede formuliert Kogler: „Wir brauchen Europa und Europa braucht uns“ (EW 2019: 11). Das Wir überschreitet hier die Grenzen der Partei und verweist auf eine politische Gemeinschaft, die Österreich und Europa miteinander verbindet. Ähnlich verhält es sich mit Aussagen, die globale Herausforderungen wie Klimaschutz oder gesellschaftliche Transformation thematisieren. Die Bezugsgruppe wird dabei über nationale und parteipolitische Grenzen hinaus erweitert.

Am weitesten reicht die Bezugsgruppe dort, wo Kogler ausdrücklich zu gemeinschaftlichem Handeln aufruft. Die Formulierung „Wir sollten alle gemeinsam auf uns schauen“ (ER 2019: 4) konstruiert ein inklusives Wir, das weder ausschließlich parteipolitisch noch institutionell bestimmt ist. Die Zugehörigkeit ergibt sich hier aus der gemeinsamen Betroffenheit beziehungsweise dem gemeinsamen Handlungszusammenhang.

Insgesamt zeigt sich, dass die verschiedenen Wir-Konstruktionen ineinander übergehen. Das parteibezogene Wir der Grünen wird wiederholt mit einem gesellschaftlichen, europäischen oder inklusiven Wir verbunden. Politische Forderungen erscheinen dadurch nicht ausschließlich als Anliegen einer Partei, sondern werden sprachlich auf größere gesellschaftliche Zusammenhänge bezogen. Die Wir-Konstruktionen markieren somit unterschiedliche Zugehörigkeiten: Partei, Bewegung, Gesellschaft, Europa und eine allgemeinere Gemeinschaft des Handelns.

Neben der Darstellung der eigenen politischen Gruppe sind die Oppositionsbeiträge von zahlreichen **Fremdpositionierungen** geprägt. Besonders häufig richten sich diese gegen die damalige türkis-blaue Bundesregierung beziehungsweise gegen einzelne politische Mitbewerber*innen. Auffällig ist dabei, dass politische Gegner*innen wiederholt in Zusammenhang mit politischen Versäumnissen, mangelnder Einsicht oder problematischen politischen Entwicklungen gebracht werden.

Ein wiederkehrendes Muster besteht in der Beschreibung politischer Gegner*innen als Akteur*innen, die bestimmte Entwicklungen nicht erkennen, nicht ausreichend berücksichtigen

oder sich ihnen verweigern. Besonders auffällig ist dabei die wiederholte Verwendung des Verbs *kapieren*. In der Nationalratswahlrede spricht Kogler von jenen, „die das nicht kapieren wollen“, wobei sich die Aussage auf die zuvor thematisierte Zeitenwende bezieht (NRW 2019: 1). An anderer Stelle fordert er, dass „auch die mal endlich kapieren“ müssten, dass ein Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter notwendig sei (NRW 2019: 5). Auch die Sozialdemokratie wird in diesem Zusammenhang adressiert, wenn Kogler erklärt, sie müsse „irgendwann einmal [...] kapieren“, dass Umwelt- und Klimaschutz, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung miteinander vereinbar seien (NRW 2019: 4). Ähnliche Formulierungen finden sich bereits in der Europawahlrede. Dort heißt es: „Wer das nicht kapiert hat, wer nicht kapiert, dass wir für das, was heute zu tun und zu lösen ist, auch größere Einheiten brauchen, der hat überhaupt nichts kapiert oder der will nichts kapieren“ (EW 2019: 5). Die Fremdpositionierung erfolgt hier wiederholt über Zuschreibungen mangelnder Einsicht beziehungsweise mangelnden Verständnisses politischer Zusammenhänge.

Besonders häufig treten Fremdpositionierungen in Verbindung mit dem Bedeutungsfeld der Verantwortung auf. In der Europawahlrede bezeichnet Kogler das politische Nichthandeln der Bundesregierung im Bereich des Klimaschutzes als „Unterlassungstäterschaft“ (EW 2019: 2). Auch in der Nationalratswahlrede findet sich die Formulierung einer „ewigen Unterlassungstäterschaft“ (NRW 2019: 1). In der Elefantenrunde spricht Kogler zudem von „Unterlassungstätern und Klimawandelleugnern“ innerhalb der türkis-blauen Bundesregierung (ER 2019: 2). Die Fremdpositionierung erfolgt hier über Begriffe, die fehlendes oder unzureichendes Handeln thematisieren.

Daneben finden sich zahlreiche unmittelbar wertende Zuschreibungen. In der Europawahlrede werden Angriffe auf Wien als „absurd“ und „widerwärtig“ bezeichnet. Darüber hinaus spricht Kogler von den „dümmsten“ und „dumpfbackigsten“ Argumenten politischer Gegner*innen (EW 2019: 1). Auch in anderen Beiträgen werden politische Mitbewerber*innen mit negativ bewerteten Eigenschaften oder Handlungsweisen verbunden. So werden bestimmte politische Maßnahmen als „hirnlos“, „dumm“ oder „ungeschickt“ bezeichnet (PS 2019: 7), während die ÖVP in der Pressestunde als „Geisterfahrer“ im europäischen Kontext beschrieben wird (PS 2019: 2). Die Bewertung erfolgt dabei offen und direkt.

Auffällig sind darüber hinaus politische und ideologische Zuschreibungen. Die FPÖ wird als Partei beschrieben, die „von rechts nach rechtsextrem“ reiche, während der ÖVP vorgeworfen wird, selbst „rechtspopulistisch geworden“ zu sein (PS 2019: 2). Politische Mitbewerber*innen werden dadurch über bestimmte politische Positionierungen oder ideologische Einordnungen charakterisiert.

Ein weiteres wiederkehrendes Themenfeld der Fremdpositionierungen betrifft Vorwürfe im Zusammenhang mit Parteispenden, Geldflüssen und politischer Integrität. Insbesondere die ÖVP wird mehrfach mit Formulierungen wie „käufliche Politik“, „Geld grapschen“ oder dem Umgehen von Transparenzregelungen in Verbindung gebracht (PS 2019: 2, 3, 11; NRW 2019: 3). Darüber hinaus verwendet Kogler Bezeichnungen wie „Ausführungstäter“ oder spricht davon, dass die „Ausführungstäter in der türkisen Parteizentrale“ saßen (NRW 2019: 3). Die Fremdpositionierung erfolgt hier über Begriffe, die aus juristischen oder strafrechtlichen Zusammenhängen stammen.

Neben diesen direkten Bewertungen treten auch bildhafte Fremdpositionierungen auf. Besonders in der Pressestunde verwendet Kogler wiederholt medizinische und räumliche Metaphern im Zusammenhang mit politischen Mitbewerber*innen. Dazu zählen Formulierungen wie „Voraus-Immunisierung“, „Impfung“ oder die Vorstellung einer „Burg“ zur Abschirmung (PS 2019: 1–2). Die politische Konkurrenz wird dabei mit unterschiedlichen metaphorischen Bildern beschrieben. Auffällig ist zugleich, dass Kogler entsprechende Aussagen häufig mit Formulierungen wie „mein Eindruck ist“, „mich beschleicht eher der Verdacht“ oder „das weiß ich nicht“ verbindet. Die Zuschreibungen erscheinen dadurch mehrfach als persönliche Einschätzungen gekennzeichnet.

Insgesamt zeigen die Oppositionsbeiträge unterschiedliche Formen der Fremdpositionierung. Diese reichen von Zuschreibungen mangelnder Einsicht über Verantwortungszuschreibungen und wertende Charakterisierungen bis hin zu ideologischen, juristischen und metaphorischen Beschreibungen politischer Mitbewerber*innen. Auffällig ist dabei auch eine gewisse formatspezifische Verteilung. Während in den Wahlkampfreden häufiger zugespitzte und offen wertende Fremdbezeichnungen wie „Unterlassungstäterschaft“, „dumpfbackig“ oder „Klimawandelleugner“ auftreten, finden sich insbesondere in der Pressestunde häufiger relativierte beziehungsweise als persönliche Einschätzung markierte Zuschreibungen, etwa durch Formulierungen wie „mein Eindruck ist“, „mich beschleicht eher der Verdacht“ oder „das weiß ich nicht“. Wiederkehrend sind dabei insbesondere Bezüge auf politische Versäumnisse, fehlendes Handeln, problematische politische Entwicklungen sowie negativ bewertete Argumentations- und Verhaltensweisen.

Werner Koglers Oppositionsbeiträge werden durch zahlreiche **Zukunftsbezüge, metaphorische Formulierungen und sprachliche Verdichtungen** geprägt. Auffällig ist dabei insbesondere die wiederkehrende Verknüpfung von gegenwärtigen Problembeschreibungen mit Vor-

stellungen politischer Veränderung. Zukunft erscheint dabei nicht als abstrakte Zeitebene, sondern als unmittelbarer Handlungsraum, auf den politische Entscheidungen der Gegenwart bezogen werden.

Besonders deutlich zeigt sich die **Zukunftsorientierung** der Oppositionsphase in der wiederkehrenden Verwendung des Begriffs *Zeitenwende*. Mit insgesamt acht dokumentierten Verwendungen stellt dieser einen der zentralen Begriffe der Nationalratswahlrede dar. Bereits zu Beginn der Rede erklärt Kogler: „Wir stehen vor einer Zeitenwende“ (NRW 2019: 1). Der Begriff wird anschließend auf mehreren Ebenen entfaltet. Die zunächst nationale Perspektive wird auf Europa und schließlich auf die gesamte Menschheit ausgeweitet. Die Aussage, man stehe vor einer Zeitenwende, erhält dadurch eine weit über Österreich hinausreichende Bedeutung. Gleichzeitig wird die beschriebene Entwicklung nicht ausschließlich problemorientiert dargestellt. Zwar verweist Kogler auf bestehende Herausforderungen, zugleich hält er fest: „Und das ist gut so!“ (NRW 2019: 1). Die Zukunft erscheint damit nicht nur als möglicher Krisenraum, sondern auch als Bereich gesellschaftlicher Veränderung.

Eng mit dieser Veränderungssemantik verbunden sind wiederkehrende Formulierungen, die politische Entwicklung als aktiv gestaltbaren Prozess beschreiben. Im Zusammenhang mit der *Zeitenwende* erklärt Kogler, die Grünen hätten „einen globalen, einen europäischen und einen österreichischen“ Auftrag (NRW 2019: 1). Zukunft wird damit wiederholt in Verbindung mit politischen Aufgaben und gesellschaftlichen Entwicklungen thematisiert. Ähnliche Formulierungen finden sich in Aussagen wie „Wir müssen viel schneller in die Klimaschutzmaßnahmen hineinkommen“ (NRW 2019: 1), „Wir brauchen jetzt eine Reihe von Klimaschutzmaßnahmen“ (ER 2019: 4) oder „Wir brauchen jetzt den Einstieg in den Umstieg“ (PS 2019: 13). Zukunftsbezüge treten dabei häufig gemeinsam mit Vorstellungen von Veränderung, Umgestaltung und politischem Handeln auf.

Ein weiterer zentraler Zukunftsbezug findet sich im Motiv des Wiederaufbaus beziehungsweise des Comebacks der Grünen. Sowohl in der Nationalratswahlrede als auch in der Elefantenrunde und der Pressestunde wird die politische Situation der Partei als Übergangszustand beschrieben. Die Formulierung vom „größten politischen Comeback der Zweiten Republik“ (NRW 2019: 1) verweist auf eine zukünftige Rückkehr der Partei in den Nationalrat. Ähnliches gilt für Begriffe wie *Wiederaufbau* (ER 2019: 1), *Bewegung „Zurück zu den Grünen“* (ER 2019: 1; PS 2019: 3) oder die in der Pressestunde verwendete Formulierung von der „Wiederauferstehung der Grünen“ (PS 2019: 4). Die politische Situation der Partei wird dadurch wiederholt mit Vorstellungen von Erneuerung, Rückkehr und zukünftiger Entwicklung verbunden.

Zukunftsbezüge treten besonders häufig im Zusammenhang mit dem Klimaschutz auf. In der Europawahlrede verweist Kogler auf die Klimastreikbewegung Fridays for Future und betont, dass junge Menschen ihr Schicksal zunehmend selbst in die Hand nehmen (vgl. EW 2019: 2). Darüber hinaus finden sich zahlreiche direkte Bezüge auf kommende Generationen. So erklärt Kogler: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ (EW 2019: 6). An anderer Stelle bezeichnet er die Gegenwart als jene Situation, in der man „die erste Generation“ sei, die die Folgen der Klimakrise spüre, zugleich aber „die letzte“, die noch wirksam handeln könne (EW 2019: 6). Auch Formulierungen wie „Wir haben noch Zeit bis 2030“ (EW 2019: 6), „Wir brauchen aber die nächsten zehn Jahre“ (NRW 2019: 5) oder der Hinweis auf emissionsfreie Hochofentechnologie „in zehn Jahren“ (ER 2019: 6) verweisen auf konkrete zeitliche Zukunftsperspektiven.

Daneben treten Zukunftsbezüge auch in Form von Erwartungen, Hoffnungen und Prognosen auf. In der Europawahlrede wird Europa als Entwicklung beschrieben, die „der Traum von wenigen“, später „die Hoffnung von vielen“ und mittlerweile „eine Notwendigkeit für alle“ geworden sei (EW 2019: 11). Ebenso findet sich die Formulierung „Zukunft wird aus Mut gemacht“ (EW 2019: 12), die Zukunft unmittelbar sprachlich thematisiert. In anderen Zusammenhängen erscheinen Zukunftsbezüge in Form möglicher Entwicklungen oder Folgen, etwa wenn auf die Auswirkungen der Klimakrise (vgl. PS 2019: 13), mögliche Strafzahlungen in den kommenden zehn Jahren (vgl. PS 2019: 12) oder technologische Veränderungen verwiesen wird.

Auffällig ist insgesamt, dass Zukunftsbezüge selten isoliert auftreten. Sie erscheinen häufig gemeinsam mit Begriffen wie *Klimaschutz*, *Veränderung*, *Wiederaufbau*, *Comeback*, *Umstieg* oder *Umkehr* und sind damit eng mit Vorstellungen politischer und gesellschaftlicher Entwicklung verknüpft.

Neben den expliziten Zukunftsbezügen prägen zahlreiche **Metaphern** die Oppositionsbeiträge. Sie dienen dazu, politische Prozesse, gesellschaftliche Entwicklungen und politische Konflikte sprachlich zu veranschaulichen. Dabei treten verschiedene Bildbereiche auf, die sich über mehrere Beiträge hinweg wiederholen.

Besonders auffällig ist die Verwendung von Bewegungs- und Veränderungsmetaphern. Bereits Begriffe wie *Zeitenwende*, *Wendezeiten*, *Comeback*, *Wiederaufbau* oder *Bewegung* „*Zurück zu den Grünen*“ enthalten Vorstellungen von Übergang, Umkehr, Rückkehr oder Erneuerung. Politische Entwicklungen erscheinen dadurch nicht als statische Zustände, sondern als Prozesse, die durch Richtungswechsel und Bewegung gekennzeichnet sind. Ähnliche Bilder finden sich in Formulierungen wie „nicht auf der Flucht sein, sondern offensiv das Gespräch suchen“ (NRW 2019: 2; PS 2019: 2), „die Kilometer zu machen“ (NRW 2019: 2), „zur Tat

schreiten“ (EW 2019: 12) oder „aus dem Staub gemacht“ (EW 2019: 4). Auch Begriffe wie *Umkehr*, *Kehrtwende*, *Umstieg* oder *Umbau* greifen diese Veränderungssemantik auf (PS 2019: 5, 12, 15; ER 2019: 2).

Besonders häufig werden politische und gesellschaftliche Veränderungen durch Weg- und Übergangsmetaphern beschrieben. So fordert Kogler wiederholt einen „Einstieg in den Umstieg“ (PS 2019: 13, 15). Politische Veränderung wird dadurch sprachlich als Bewegung von einem Zustand in einen anderen dargestellt. Eine auffällige und redeübergreifend wiederkehrende Metapher bildet der Übergang vom „fossilen Zeitalter“ zum „Solarzeitalter“. Die Metapher erscheint in allen vier Oppositionsreden in leicht variierten Form und beschreibt klimapolitische Transformationen als historischen Epochenwechsel. Gesellschaftlicher Wandel wird dadurch nicht als einzelne politische Maßnahme, sondern als grundlegender gesellschaftlicher Transformationsprozess dargestellt. (vgl. ER 2019: 6; PS 2019: 12; EW 2019: 7; NRW 2019: 5)

Ein weiterer wiederkehrender Bildbereich betrifft Metaphern aus Arbeit, Handwerk und Herstellung. Bereits in der Europawahlrede spricht Kogler davon, politische „Allianzen zu schmieden“ (EW 2019: 1). Die politische Zusammenarbeit wird dadurch mit handwerklicher Tätigkeit verbunden. Ähnlich verhält es sich mit der mehrfach verwendeten Formulierung, dass „die Bretter, die wir bohren müssen, immer dicker werden“ (EW 2019: 2; NRW 2019: 1). Politische Arbeit erscheint hier als langwieriger und anspruchsvoller Arbeitsprozess. Vergleichbare Bilder finden sich auch in Formulierungen wie „große Räder, die man drehen muss“ (PS 2019: 6) oder der Beschreibung politischer Gestaltung als „produktive Politik“ (EW 2019: 1).

Daneben treten wiederholt Bau- und Konstruktionsmetaphern auf. Die Wiener Grünen werden als politische Kraft beschrieben, die „auf festen Fundamenten stehen“ würde (EW 2019: 1). Politische Positionen erscheinen dadurch als tragfähige bauliche Konstruktionen. Weitere Beispiele sind Begriffe wie *Wiederaufbau* (ER 2019: 1, 3), *Umbau der Industriegesellschaft* (PS 2019: 12), *große Gerechtigkeitskonstruktion* (PS 2019: 12) oder die Formulierung, gesellschaftliche Konflikte würden „Gräben aufreißen“ (EW 2019: 8). Auch der Begriff *Sprengmeister* (EW 2019: 3) greift auf einen baulichen beziehungsweise zerstörungsbezogenen Bildbereich zurück.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Körpermetaphern. Besonders deutlich wird dies in Formulierungen wie „Herzblut und Überzeugung“ (EW 2019: 11), „mit Hirn und Herz“ (PS 2019: 4, 8), „ein Herz fassen“ (PS 2019: 8) oder der bereits erwähnten „Ungeduld des grünen Herzens“ (ER 2019: 1). Politische Überzeugungen und Einstellungen werden dabei über körperliche beziehungsweise emotionale Bilder ausgedrückt. Auch Formulierungen wie „blutige

Finger“, „blutige Knie“, „blutiges Auge“ oder die Bezugnahme auf „Blut, Schweiß und Tränen“ (EW 2019: 6, 11) greifen auf diesen Bildbereich zurück.

Darüber hinaus finden sich zahlreiche Kampf- und Konfliktmetaphern. Politische Auseinandersetzungen werden etwa durch Formulierungen wie „weiterkämpfen“ (ER 2019: 1), „ankämpfen“ (PS 2019: 11), „gegenhalten“ (EW 2019: 3, 4, 10) oder „15 Jahre lang kämpfen wir gegen diesen Unfug“ (ER 2019: 8) beschrieben. Auch die Aussage, politische Angriffe würden auf Wien „eingedroschen“ (EW 2019: 1), gehört in diesen Bereich. Politische Konflikte erscheinen dadurch wiederholt in Bildern von Auseinandersetzung, Widerstand und Gegenwehr.

Auffällig sind zudem technische, verkehrsbezogene und mechanische Metaphern. In der Europawahlrede wird die Europäische Union als *Unionsgetriebe* bezeichnet (EW 2019: 4), während Europa als möglicher „Taktgeber des globalen Klimaschutzes“ beschrieben wird (EW 2019: 7). In der Nationalratswahlrede erscheint eine politische Person „als U-Boot unterwegs“ (NRW 2019: 3), während in der Pressestunde ebenfalls auf das Bild des *U-Boots* zurückgegriffen wird (PS 2019: 4). Die Elefantenrunde enthält darüber hinaus technische Vergleiche wie „Luft-Ferraris“ oder „Gebraucht-Fiat“ (ER 2019: 8). Politische Sachverhalte werden dadurch wiederholt über technische oder verkehrsbezogene Bilder veranschaulicht.

Ein weiterer wiederkehrender Bildbereich betrifft Schutz- und Sicherheitsmetaphern. Besonders die Pressestunde enthält Formulierungen wie *Voraus-Immunisierung*, *Impfung*, *Immunisierung*, *Abschirmung* oder das Bild einer schützenden *Burg* (PS 2019: 1–2). Diese Metaphern treten vor allem im Zusammenhang mit politischen Kommunikationsstrategien anderer Akteur*innen auf.

Auch Zeitmetaphern sind mehrfach nachweisbar. So erklärt Kogler wiederholt, „die Zeit läuft uns davon“ (NRW 2019: 1) beziehungsweise „die Zeit scheint davonzulaufen“ (EW 2019: 2). An anderer Stelle heißt es schlicht: „Es läuft die Zeit“ (EW 2019: 6). Zeit erscheint dadurch als bewegliche und begrenzte Ressource. Ähnlich verhält es sich mit Formulierungen wie „es ist nie zu spät zur Umkehr“ (ER 2019: 2; NRW 2019: 2), die zeitliche und räumliche Bildbereiche miteinander verbinden.

Betrachtet man die metaphorischen Formulierungen der Oppositionsphase insgesamt, lassen sich mehrere wiederkehrende Bildfelder erkennen. Besonders häufig treten Metaphern aus den Bereichen Bewegung und Veränderung, Arbeit und Handwerk, Bau und Konstruktion, Körper und Emotion, Kampf und Konflikt sowie Zeit und Dringlichkeit auf. Ergänzt werden diese durch technische, verkehrsbezogene sowie Schutz- und Sicherheitsmetaphern. Die Beiträge weisen damit eine große Bandbreite bildhafter Ausdrucksformen auf, die in unterschiedlichen Kommunikationssituationen wiederholt verwendet werden.

Trotz einzelner formatbedingter Unterschiede bleiben die zentralen metaphorischen Bildbereiche über alle untersuchten Beiträge hinweg weitgehend konstant. Während die Wahlkampfreden häufiger Zukunfts- und Veränderungsmetaphorik aufweisen, treten in Pressestunde und Elefantenrunde vermehrt situativ entwickelte und alltagsnahe Bildformulierungen auf.

Neben einzelnen Metaphern treten in den Oppositionsbeiträgen wiederholt **sprachliche Verdichtungen** auf, die komplexe politische Sachverhalte in kurzen und prägnanten Formulierungen bündeln. Diese Verdichtungen erscheinen häufig in Form einzelner Schlagwörter, knapper Formeln oder wiederkehrender Begriffskombinationen und strukturieren zentrale Themenbereiche der Beiträge.

Besonders deutlich zeigt sich dies bei Begriffen wie *Zeitenwende*, *Wendezeiten*, *Comeback*, *Wiederaufbau*, *Wiederauferstehung* oder *Unterlassungstäterschaft* (NRW 2019: 1, 5; ER 2019: 1, 3; PS 2019: 4; EW 2019: 2). Diese Begriffe bündeln umfangreiche politische Zusammenhänge in einzelnen sprachlichen Einheiten und treten wiederholt als zentrale Bezugspunkte der Argumentation auf. Ähnliches gilt für Formulierungen wie *Verantwortungsverweigerer* (EW 2019: 6), *Klimawandelleugner* (ER 2019: 6), *Klimaschutzloch* (EW 2019: 8), *Überlebensfrage* (EW 2019: 7) oder *Heimatplanet* (EW 2019: 7). Auch hier werden komplexe politische Zusammenhänge in verdichteter Form sprachlich zusammengefasst.

Daneben finden sich zahlreiche prägnante Kurzformeln. Besonders auffällig sind Formulierungen wie „Zukunft wird aus Mut gemacht“ (EW 2019: 12), „Ordnung und Menschlichkeit“ beziehungsweise „Humanität und Ordnung“ (PS 2019: 9), „mit Hirn und Herz“ (PS 2019: 4, 8), „Fürchtet euch nicht“ (ER 2019: 6) oder „saubere Umwelt und saubere Politik“ (NRW 2019: 2). Diese Formulierungen bestehen aus wenigen Wörtern, bündeln jedoch größere Themenkomplexe und treten als eigenständige sprachliche Einheiten hervor.

Eine weitere Form sprachlicher Verdichtung stellen Gegensatzkonstruktionen dar. Besonders prägnant ist die in der Europawahlrede formulierte Gegenüberstellung von „Zusammenhalt oder Spaltung“ (EW 2019: 1). Die politische Situation wird dabei auf zwei gegensätzliche Entwicklungsmöglichkeiten reduziert. Die anschließende Formulierung „Stärke durch Zusammenhalt und nicht Schwäche durch Spaltung“ (EW 2019: 1) verstärkt diese Gegenüberstellung zusätzlich. Ähnliche Konstruktionen finden sich auch in anderen Beiträgen.

Besonders häufig treten solche Gegensatzbildungen im Zusammenhang mit politischen und gesellschaftlichen Veränderungen auf. So wird Österreich im Bereich des Klimaschutzes einerseits als „Schlusslicht“, andererseits als möglicher „Vorreiter“ beschrieben (EW 2019: 2). Auch die Formulierung „von den Nachzüglern zu den Vorreitern“ (NRW 2019: 2) greift diese Gegenüberstellung auf. Vergleichbare Strukturen finden sich in den Formulierungen „raus aus

dem fossilen Zeitalter und rein ins Solarzeitalter“ (PS 2019: 12; ER 2019: 6) beziehungsweise „Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter“ und „Einstieg in das Solarzeitalter“ (NRW 2019: 5). Politische Veränderung wird dabei sprachlich als Bewegung zwischen zwei gegensätzlichen Zuständen dargestellt.

Weitere Gegensatzkonstruktionen betreffen gesellschaftliche und politische Zusammenhänge. In der Nationalratswahlrede wird davon gesprochen, dass „arme Kinder bekämpft werden, aber nicht die Kinderarmut“ (NRW 2019: 2). Die Gegenüberstellung entsteht hier durch die Umkehrung der erwartbaren Beziehung zwischen Problem und Problemlösung. In der Europawahlrede erscheint Europa zunächst als „Traum von wenigen“, später als „Hoffnung von vielen“ und schließlich als „Notwendigkeit für alle“ (EW 2019: 11). Auch die Formulierung, man sei „die erste Generation“, die die Folgen der Klimakrise spüre, zugleich aber „die letzte“, die noch handeln könne (EW 2019: 6), basiert auf einer deutlich erkennbaren Gegenüberstellung.

Neben diesen expliziten Gegensatzkonstruktionen treten wiederholt verdichtete Formeln auf, die politische Veränderungsprozesse sprachlich bündeln. Beispiele hierfür sind *Einstieg in den Umstieg* (PS 2019: 13), *politisch-ethische Wende* (NRW 2019: 3), *große Gerechtigkeitskonstruktion* (PS 2019: 12) oder die Formulierung *Europa braucht uns – wir brauchen Europa* (EW 2019: 5). Diese Ausdrücke verbinden mehrere Bedeutungsaspekte in kurzer sprachlicher Form und erscheinen dadurch als besonders verdichtete Aussagen.

Insgesamt zeigt sich, dass sprachliche Verdichtungen und Gegensatzkonstruktionen einen wichtigen Bestandteil der Oppositionsbeiträge bilden. Wiederkehrend finden sich verdichtete Schlagwörter, prägnante Kurzformeln sowie Gegenüberstellungen gegensätzlicher Zustände oder Entwicklungen. Besonders häufig treten solche Verdichtungen im Zusammenhang mit Klimaschutz, politischer Veränderung, Europa sowie gesellschaftlichen Zukunftsvorstellungen auf. Sie bündeln komplexe politische Sachverhalte in knapper sprachlicher Form und gehören damit zu den auffälligen Merkmalen des untersuchten Oppositionskorpus.

Zwischenfazit

Die pragmatisch-semantische Analyse der Oppositionsbeiträge Werner Koglers zeigt einen insgesamt konsistenten Sprachgebrauch, der durch wiederkehrende Leit- und Schlüsselbegriffe, stabile Wertbezüge sowie charakteristische Formen der Selbst- und Fremdpositionierung geprägt ist. Trotz der unterschiedlichen Kommunikationsformate – Wahlkampfreden, Pressestunde und Elefantenrunde – lassen sich mehrere sprachliche Muster erkennen, die in verschiedenen Kontexten wiederholt auftreten und die politische Argumentation strukturieren.

Auf der Ebene der Leit- und Schlüsselbegriffe nimmt insbesondere der Begriff *Klimaschutz* eine zentrale Stellung ein. Er stellt den häufigsten Leitbegriff des Oppositionskorpus dar und tritt in sämtlichen untersuchten Beiträgen auf. Auffällig ist dabei die wiederkehrende Verknüpfung mit weiteren gesellschaftlichen Themenfeldern wie wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit oder politischer Verantwortung. Neben *Klimaschutz* prägen insbesondere die Begriffe *Verantwortung*, *Gerechtigkeit* und *Demokratie* die Oppositionsbeiträge. Sie fungieren als wiederkehrende Wertbezüge und bilden einen normativen Rahmen der politischen Aussagen. Ergänzt werden diese korpusweit auftretenden Begriffe durch einzelne Leitbegriffe, die bestimmte Beiträge besonders deutlich strukturieren. Hierzu zählen insbesondere *Zeitenwende*, *Comeback* und *Zusammenhalt*. Während die *Zeitenwende* vor allem die Nationalratswahlrede prägt, treten *Comeback* und *Wiederaufbau* insbesondere im Zusammenhang mit der politischen Situation der Grünen nach dem Ausscheiden aus dem Nationalrat hervor. Der Begriff *Zusammenhalt* erscheint vor allem im Kontext der Europawahlrede und steht dort in engem Zusammenhang mit Europa als politischem Gemeinschaftsprojekt.

Auch auf der Ebene der Selbst- und Fremdpositionierungen zeigen sich wiederkehrende sprachliche Muster. Die Grünen werden überwiegend als handlungsfähige, engagierte und verantwortungsbewusste politische Kraft dargestellt. Auffällig ist dabei, dass die Selbstpositionierung nicht ausschließlich über positive Zuschreibungen erfolgt. Wiederholt werden auch politische Fehler, Grenzen oder frühere Misserfolge thematisiert. Besonders deutlich wird dies in der Übernahme von Mitverantwortung für das Ausscheiden der Grünen aus dem Nationalrat. Die eigene politische Gruppe erscheint dadurch nicht als fehlerfrei, sondern als politische Gemeinschaft, die politische Entwicklungen reflektiert und auf frühere Erfahrungen Bezug nimmt. Ergänzt wird dieses Selbstbild durch wiederkehrende Bezugnahmen auf *Wiederaufbau*, Rückkehr und politische Handlungsfähigkeit.

Eine wichtige Rolle spielen dabei die unterschiedlichen Wir-Konstruktionen. Neben einem eindeutig parteibezogenen Wir finden sich regelmäßig Formulierungen, die die Bezugsgruppe auf größere gesellschaftliche, europäische oder globale Zusammenhänge ausweiten. Politische Herausforderungen werden dadurch nicht ausschließlich als Anliegen der Grünen dargestellt, sondern sprachlich auf breitere Gemeinschaften bezogen. Das Wir dient der Konstruktion unterschiedlicher Formen kollektiver Zugehörigkeit und reicht von der Parteigemeinschaft über gesellschaftliche und europäische Zusammenhänge bis hin zu inklusiven Formen gesellschaftlichen Handelns. Gleichzeitig zeigt sich, dass bestimmte Wir-Formen besonders in den Wahlkampfreden hervortreten, während die dialogischen Formate häufiger gesellschaftlich erweiterte Bezugsgruppen aufweisen.

Den Selbstpositionierungen stehen wiederkehrende Fremdpositionierungen politischer Mitbewerber*innen gegenüber. Besonders häufig werden politische Gegner*innen mit mangelnder Einsicht, politischer Untätigkeit oder problematischen politischen Entwicklungen in Verbindung gebracht. Wiederkehrend treten dabei Begriffe wie *Unterlassungstäterschaft*, *Unterlassungstäter*, *Verantwortungsverweigerer* oder Formulierungen rund um das Verb *kapieren* auf. Ergänzt werden diese durch wertende, juristische, ideologische und metaphorische Bezeichnungen. Auffällig ist dabei, dass sich auch hier formatbezogene Unterschiede erkennen lassen. Während die Wahlkampfreden häufiger offen wertende und zugespitzte Fremdbezeichnungen enthalten, finden sich insbesondere in der Pressestunde häufiger relativierte oder als persönliche Einschätzung markierte Zuschreibungen.

Ein weiteres zentrales Merkmal der Oppositionsphase besteht in der ausgeprägten Zukunfts- und Veränderungsorientierung der Beiträge. Zukunft erscheint wiederholt im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Entwicklung, Klimaschutz, politischer Verantwortung sowie dem Wiederaufbau der Grünen. Begriffe wie *Zeitenwende*, *Comeback*, *Wiederaufbau*, *Wiederauferstehung*, *Umstieg*, *Umbau* oder *Umkehr* verweisen auf Prozesse politischer und gesellschaftlicher Veränderung. Zukunftsbezüge finden sich dabei sowohl in Form konkreter zeitlicher Perspektiven als auch in Form von Hoffnungen, Erwartungen und Prognosen. Auffällig ist, dass Zukunft häufig gemeinsam mit Vorstellungen politischen Handelns und gesellschaftlicher Entwicklung thematisiert wird.

Diese Zukunftsorientierung wird durch zahlreiche metaphorische Formulierungen ergänzt. Die Analyse zeigt eine große Bandbreite wiederkehrender Bildbereiche. Besonders häufig treten Metaphern aus den Bereichen Bewegung und Veränderung, Arbeit und Handwerk, Bau und Konstruktion, Körper und Emotion, Kampf und Konflikt sowie Zeit und Dringlichkeit

auf. Politische Prozesse werden etwa als *Wiederaufbau*, als *Bohren dicker Bretter*, als *Schmieden von Allianzen*, als *Einstieg in den Umstieg* oder als Bewegung vom *Schlusslicht* zum *Vorreiter* beschrieben. Ergänzt werden diese Bildbereiche durch technische, verkehrsbezogene sowie Schutz- und Sicherheitsmetaphern. Trotz einzelner formatbedingter Unterschiede bleiben die zentralen metaphorischen Muster über alle untersuchten Beiträge hinweg weitgehend konstant. Während die Wahlkampfreden häufiger Zukunfts- und Veränderungsmetaphorik aufweisen, treten in Pressestunde und Elefantenrunde vermehrt situativ entwickelte und alltagsnahe Bildformulierungen auf.

Darüber hinaus finden sich zahlreiche sprachliche Verdichtungen und Gegensatzkonstruktionen. Wiederkehrende Begriffe wie *Zeitenwende*, *Comeback*, *Wiederaufbau*, *Wiederauf-
erstehung* oder *Unterlassungstäterschaft* bündeln komplexe politische Sachverhalte in knapper Form. Ergänzt werden sie durch prägnante Kurzformeln wie „Ordnung und Menschlichkeit“, „Humanität und Ordnung“, „mit Hirn und Herz“, „Fürchtet euch nicht“ oder „Zukunft wird aus Mut gemacht“. Gleichzeitig treten wiederholt Gegensatzkonstruktionen auf, etwa „Zusammenhalt oder Spaltung“, „Stärke“ und „Schwäche“, „Schlusslicht“ und „Vorreiter“, „erste Generation“ und „letzte Generation“ oder „raus aus dem fossilen Zeitalter und rein ins Solarzeitalter“. Diese Gegenüberstellungen strukturieren politische Sachverhalte entlang klar erkennbarer Alternativen und zählen zu den auffälligen Merkmalen des Oppositionskorpus.

Insgesamt zeigt die pragmatisch-semantische Analyse, dass der Oppositionssprachgebrauch Werner Koglers durch die Verbindung ökologischer Zukunftsfragen, normativer Wertbezüge sowie einer ausgeprägten Veränderungssemantik geprägt ist. Wiederkehrende Leitbegriffe, Formen der Selbst- und Fremdpositionierung, unterschiedliche Wir-Konstruktionen, Zukunftsbezüge, Metaphern und sprachliche Verdichtungen greifen dabei ineinander und strukturieren die politischen Aussagen über die verschiedenen Kommunikationsformate hinweg. Für den anschließenden Vergleich mit den Beiträgen aus der Regierungsphase erscheint insbesondere die Frage relevant, inwiefern sich diese sprachlichen Muster unter den Bedingungen politischer Regierungsverantwortung verändern, fortsetzen oder neu akzentuiert werden.

6.1.2 Funktionale Analyse anhand sprachkritischer Maximen

Zu den besonders prägenden sprachlichen Mustern der Oppositionsphase zählt die **Freund-Feind-Dichotomisierung**. In allen vier untersuchten Reden werden politische Konflikte wiederholt entlang gegensätzlicher Gruppen strukturiert. Dabei erfolgt die Gegenüberstellung

überwiegend zwischen den Grünen beziehungsweise den von ihnen vertretenen politischen Positionen und politischen Gegner*innen, insbesondere der ÖVP, der FPÖ, rechtsextremen Akteur*innen sowie nationalistischen Strömungen.

Besonders deutlich tritt dieses Muster in den beiden Wahlkampfreden hervor. In der Europawahlrede konstruiert Kogler wiederholt einen Gegensatz zwischen Europa und dessen Gegner*innen. Nationalist*innen und Rechtsextreme erscheinen dabei als Bedrohung für das europäische Projekt. So bezeichnet er diese Akteur*innen als „die Europazerstörer“ und stellt ihnen jene Kräfte gegenüber, die Europa „schützen“ wollen (EW 2019: 3). Die Grünen werden zugleich als Teil dieser Gegenbewegung positioniert: „Und wir Grünen, wir werden Teil davon sein“ (EW 2019: 3). Politische Wirklichkeit erscheint dadurch als Auseinandersetzung zwischen proeuropäischen Kräften und jenen Akteur*innen, die als Gefahr für Europa dargestellt werden.

Auch die Nationalratswahlrede ist stark von dichotomen Gegenüberstellungen geprägt. Wiederholt werden die Grünen der türkis-blauen Bundesregierung gegenübergestellt, die als verantwortlich für politische Fehlentwicklungen im Bereich des Klima- und Umweltschutzes erscheint. Bereits zu Beginn der Rede kritisiert Kogler jene politischen Akteur*innen, die die Notwendigkeit einer ökologischen Transformation nicht anerkennen würden, und erklärt: „Wer also nicht kapiert, dass wir vor dieser Zeitenwende stehen oder zumindest zu stehen haben, der steht selber völlig daneben“ (NRW 2019: 1). Im weiteren Verlauf beschreibt er die damalige Regierung als „blau-blaue Koalition“ und argumentiert, die Türkisen hätten mittlerweile den Platz der Freiheitlichen eingenommen, da sie „mittlerweile die Rechtspopulisten“ seien (vgl. NRW 2019: 3). Die politische Auseinandersetzung erscheint dadurch wiederholt als Konflikt zwischen Kräften des Wandels und jenen Akteur*innen, denen Stillstand oder die Behinderung notwendiger Veränderungen zugeschrieben wird.

In der Pressestunde und der Elefantenrunde bleibt die Maxime ebenfalls deutlich erkennbar, tritt jedoch weniger als übergeordnete Struktur der gesamten Rede in Erscheinung. Stattdessen entsteht sie häufig im Zusammenhang mit konkreten Diskussionsthemen oder aktuellen politischen Kontroversen. In der Pressestunde zeigt sich dies insbesondere in Koglers Kritik an der Zusammenarbeit von ÖVP und FPÖ. Die ÖVP habe sich auf eine Koalition mit einer „von rechts nach rechtsextrem gehenden freiheitlichen Partei“ eingelassen (vgl. PS 2019: 2). Zugleich wirft Kogler ihr vor, sich als Europapartei zu präsentieren, obwohl sie sich im europäischen Kontext als „Geisterfahrer“ betätigt habe (vgl. PS 2019: 2). Dadurch entsteht eine Ge-

genüberstellung zwischen den Grünen als proeuropäischer und demokratischer Kraft und politischen Akteur*innen, denen eine Annäherung an rechtspopulistische beziehungsweise rechts-extreme Positionen zugeschrieben wird.

In der Elefantenrunde zeigt sich die Dichotomisierung insbesondere in der Auseinandersetzung um Klima- und Umweltpolitik. Kogler grenzt die Grünen von Vertreter*innen klimapolitischer Untätigkeit ab und bezeichnet die damalige Bundesregierung als „Unterlassungstäter und Klimawandelleugner“ (ER 2019: 2). Die politische Debatte wird dadurch wiederholt entlang gegensätzlicher Positionen strukturiert, insbesondere zwischen Akteur*innen, die ökologische Transformationsprozesse vorantreiben wollen, und jenen, denen deren Behinderung oder Verzögerung zugeschrieben wird.

Daneben finden sich vereinzelt gesellschaftliche Gegenüberstellungen, insbesondere zwischen sozial privilegierten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Dies zeigt sich etwa in Koglers Ausführungen zu ungleichen Bildungschancen in Abhängigkeit von sozialer Herkunft sowie zu Vermögens- und Steuerfragen (vgl. PS 2019: 10, 11). Gegenüber den politischen und ideologischen Konfliktlinien treten solche gesellschaftlichen Gegensätze jedoch deutlich in den Hintergrund.

Eine übergreifende Gegenüberstellung eines homogen konstruierten „Volkes“ und einer einheitlichen „Elite“ lässt sich auf Grundlage des untersuchten Materials hingegen nur eingeschränkt feststellen. Die identifizierten Dichotomisierungen verlaufen überwiegend entlang politischer, ideologischer oder gesellschaftlicher Konfliktlinien und deutlich seltener entlang einer umfassenden Gegenüberstellung gesellschaftlicher Gruppen.

Diese Gegenüberstellungen dienen dazu, politische Konflikte auf wenige zentrale Gegensatzpaare zu verdichten und dadurch Orientierung innerhalb komplexer politischer Debatten zu schaffen. Gleichzeitig wird die eigene politische Position nicht isoliert dargestellt, sondern in Relation zu klar benannten Gegenpositionen definiert. Auf diese Weise werden politische Konfliktlinien hervorgehoben und die Grünen wiederholt als Gegenentwurf zu den kritisierten politischen Akteur*innen positioniert.

Die Ausprägung der Maxime variiert dabei deutlich zwischen den Formaten. Während die Wahlkampfreden längere Passagen zur Konstruktion gegensätzlicher Lager nutzen und dadurch eine stärker strukturierende Wirkung entfalten, erscheinen die Dichotomisierungen in Pressestunde und Elefantenrunde überwiegend situativ. Dort entstehen sie häufig als Reaktion auf Fragen, Vorwürfe oder aktuelle Diskussionen. Die grundlegende Tendenz, politische Wirklichkeit über Gegensätze zu strukturieren, bleibt jedoch über alle vier Reden hinweg konstant erhalten.

Eine wiederkehrende Maxime der Oppositionsphase besteht in der **Komplexitätsreduktion**, also der Vereinfachung komplexer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge. In allen vier untersuchten Reden finden sich sprachliche Verfahren, durch die abstrakte Prozesse verdichtet, Verantwortlichkeiten konkreten Akteur*innen zugeschrieben oder politische Entwicklungen auf überschaubare Deutungsmuster reduziert werden. Die Ausprägung dieser Maxime fällt jedoch unterschiedlich stark aus. Besonders deutlich zeigt sie sich in der Europawahlrede, während sie in den übrigen Formaten vor allem punktuell über Personalisierungen, Analogien oder bildhafte Vereinfachungen realisiert wird.

In der Europawahlrede werden politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen wiederholt auf wenige zentrale Ursachen und Deutungsmuster reduziert. Sichtbar wird dies u. a. in Koglers Darstellung des Brexits. Die Ursachen und Folgen des Austrittsprozesses verdichtet er auf die Formel „null Verantwortung, null Orientierung, null Plan und schon gar keine Lösung“ (EW 2019: 4). Auch komplexe klimapolitische Herausforderungen werden über leicht verständliche Bilder vermittelt. So fasst Kogler die Forderungen der Klimabewegung in der Aussage „Macht ihr eure Hausaufgaben, dann machen wir unsere“ zusammen (EW 2019: 5). Langfristige wirtschaftliche und technologische Transformationsprozesse beschreibt er darüber hinaus als „Umstieg vom fossilen Zeitalter ins Solarzeitalter“ (EW 2019: 7). Komplexe Entwicklungen erscheinen dadurch als nachvollziehbare und klar strukturierte Zusammenhänge.

Auch in der Nationalratswahlrede finden sich mehrere Beispiele für die Reduktion politischer Komplexität. Besonders häufig erfolgt dies durch die Personalisierung politischer Verantwortung. Politische Entwicklungen werden nicht primär als Ergebnis vielschichtiger struktureller Prozesse dargestellt, sondern wiederholt einzelnen Parteien oder politischen Akteur*innen zugeschrieben. Im Zusammenhang mit Fragen politischer Integrität und Parteienfinanzierung verdichtet Kogler komplexe Vorgänge auf die Aussage, „die Ausführungstäter sitzen in der türkisen Parteizentrale“ (NRW 2019: 3). Darüber hinaus werden langfristige gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozesse auf eingängige Entwicklungslinien reduziert. So fordert Kogler: „Wir brauchen jetzt den Einstieg in den Umstieg“ (NRW 2019: 5) und bündelt unterschiedliche politische Vorhaben unter dem gemeinsamen Leitmotiv einer Wirtschafts-, Verkehrs-, Energie- und Agrarwende (vgl. NRW 2019: 2). Komplexe politische Veränderungen erscheinen dadurch als überschaubare und klar strukturierte Prozesse.

Die Komplexitätsreduktion wird insbesondere sichtbar in der Pressestunde durch bildhafte Erklärungen politischer Vorgänge. Politische Entwicklungen und Kommunikationsstrategien werden wiederholt mithilfe eingängiger Bilder erläutert. So beschreibt Kogler die politische Vorgehensweise der ÖVP als eine Art schützende „Burg“, mit der mögliche Vorwürfe abgewehrt werden sollen (vgl. PS 2019: 2). Auch Fragen politischer Verantwortung werden stark personalisiert und verdichtet. Sebastian Kurz erscheint dabei als „U-Boot“, das immer dann auftauche beziehungsweise verschwinde, wenn Verantwortung für politische Entwicklungen übernommen werden müsse (PS 2019: 4). Komplexe politische Kommunikations- und Verantwortungsstrukturen werden dadurch auf leicht nachvollziehbare Bilder reduziert.

Auch in der Elefantenrunde werden komplexe politische und gesellschaftliche Zusammenhänge wiederholt auf leicht verständliche Deutungsmuster reduziert. Besonders deutlich zeigt sich dies in Koglers Ausführungen zum Klima- und Strukturwandel. Technologische und wirtschaftliche Transformationsprozesse erläutert er über historische Analogien und verweist darauf, dass man „heute auch nicht mehr mit Pferdekutschen“ fahre und die „Steinzeit [...] nicht zu Ende gegangen [sei], weil denen die Steine ausgegangen sind“ (ER 2019: 6). Komplexe gesellschaftliche Veränderungen erscheinen dadurch als nachvollziehbare und historisch bekannte Entwicklungsprozesse. Auch wirtschafts- und sicherheitspolitische Fragen werden vereinfacht dargestellt. So erklärt Kogler klimapolitische Steuerungsmechanismen mit der Formel, dass „klimaschädliche Produktionsweisen [...] teurer“ und „die klimafreundlichen [...] billiger“ würden (ER 2019: 6). Die Debatte um die Eurofighter verdichtet er wiederum auf den Vergleich: „Wir haben Luft-Ferraris bestellt. Und das noch schlechte. Das hätt's ein Gebraucht-Fiat auch getan“ (ER 2019: 8). Vielschichtige politische Sachverhalte werden dadurch auf leicht verständliche Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge und alltagsnahe Bilder reduziert.

Die Funktion dieser sprachlichen Verdichtungen besteht darin, komplexe politische Entwicklungen auf nachvollziehbare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zurückzuführen. Verantwortlichkeiten werden konkreten Akteur*innen zugeschrieben, langfristige Transformationsprozesse als überschaubare Entwicklungslinien dargestellt und abstrakte politische Sachverhalte mithilfe alltagsnaher Bilder erklärt. Dadurch entstehen Orientierungspunkte, die politische Positionierungen erleichtern und komplexe Zusammenhänge schneller erfassbar machen.

Unterschiede zwischen den Formaten zeigen sich vor allem hinsichtlich der Art der Vereinfachung. Die Europawahlrede weist die stärkste Ausprägung der Maxime auf, da dort wiederholt großräumige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen – etwa Brexit oder Klimapolitik – auf wenige zentrale Deutungsmuster verdichtet werden. In der Na-

tionalratswahlrede erfolgt die Komplexitätsreduktion vor allem über die Personalisierung politischer Verantwortung und die Verdichtung von Transformationsprozessen. Pressestunde und Elefantenrunde greifen dagegen häufiger auf Analogien, Metaphern und alltagsnahe Bilder zurück, um politische Vorgänge zu erklären. Das zugrunde liegende Muster der Reduktion politischer Komplexität bleibt jedoch in allen vier Reden deutlich erkennbar.

Die Maxime des **„Dinge beim Namen Nennens“** wird auch wiederholt festgestellt. Im untersuchten Material finden sich Beispiele dafür, dass politische Entwicklungen, gesellschaftliche Probleme und Verantwortlichkeiten als eindeutig benennbare Sachverhalte dargestellt werden. Die Maxime zeigt sich dabei vor allem in der direkten Bezeichnung gesellschaftlicher Missstände oder politischer Problemlagen. Im Vergleich zu anderen Maximen tritt sie jedoch weniger dominant in Erscheinung und ist meist in größere argumentative Zusammenhänge eingebettet.

Die Maxime lässt sich in der Nationalratswahlrede exemplarisch beobachten. Kogler benennt soziale und politische Problemlagen wiederholt ausdrücklich als Missstände. So kritisiert er, dass in Österreich „die armen Kinder bekämpft werden, aber nicht die Kinderarmut“ (NRW 2019: 2), und verweist damit auf soziale Ungleichheit als konkretes politisches Problem. Auch Fragen politischer Integrität werden klar benannt. Kogler stellt fest, dass „Korruptionsfreiheit oder ned amal der Weg dorthin [...] keine Selbstverständlichkeit ist“ (NRW 2019: 2), und fordert ein „korruptionsfreie[s] Österreich“ (NRW 2019: 2). Darüber hinaus verweist er auf Österreichs Position als „letzte[r] Platz im europäischen Klimaschutz“ (NRW 2019: 1). Die angesprochenen Entwicklungen werden dabei nicht als offene Deutungsangebote formuliert, sondern als eindeutig identifizierbare politische Herausforderungen dargestellt.

Auch in der Europawahlrede finden sich entsprechende Beispiele. Kogler bezeichnet Österreich als „Schlusslicht im Klimaschutz“ und markiert klimapolitische Defizite damit als klar benennbaren Missstand (vgl. EW 2019: 2). Ähnlich verfährt er bei der Kritik an der europäischen Agrarpolitik, wenn er von einem „kranken System“ spricht, aus dem „keine gesunden Lebensmittel rauskommen“ könnten (EW 2019: 9). Auch hier werden politische Probleme als eindeutig vorhanden dargestellt und sprachlich festgelegt.

In der Pressestunde erfolgt die direkte Benennung vor allem im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit und Verteilungsfragen. Kogler bewertet die starke Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialer Herkunft ausdrücklich als „eine[r] der größten Ungerechtigkeiten, die es gibt“ (PS 2019: 11). Auch steuerpolitische Fragen werden als klar benennbare Problemlagen

dargestellt. So kritisiert er, dass „Millionenerben und Stiftungsmilliardäre [...] gar nichts“ bezahlen würden, und bezeichnet dies als „unhaltbare[n] Zustand“ (PS 2019: 11). Die Existenz der angesprochenen Probleme wird dabei nicht grundsätzlich diskutiert, sondern vorausgesetzt.

Vergleichbare Muster finden sich vereinzelt auch in der Elefantenrunde. Im Zusammenhang mit Fragen der Gleichstellung verweist Kogler darauf, dass die diskutierte Problematik „objektiv ein Problem ist“ (ER 2019: 2). Die Aussage verdeutlicht die Tendenz, politische Herausforderungen als eindeutig identifizierbare Sachverhalte zu behandeln und ihre Existenz nicht grundsätzlich zur Diskussion zu stellen.

Auffällig ist, dass die direkte Benennung vor allem bei Themenfeldern auftritt, die sich durch die gesamte Oppositionsphase ziehen. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und politische Integrität erscheinen wiederholt als klar definierte politische Problemfelder. Die sprachliche Gestaltung konzentriert sich dabei weniger auf die Offenheit verschiedener Deutungsmöglichkeiten als auf die eindeutige Markierung bestimmter Missstände.

Die Befunde dienen dazu, politische Sachverhalte als klar erkennbar und eindeutig beschreibbar erscheinen zu lassen. Probleme und Missstände werden sprachlich festgelegt und als politisch relevante Herausforderungen markiert. Dadurch wird die eigene Argumentation auf klar definierte Problemlagen gestützt. Politische Auseinandersetzungen erscheinen folglich weniger als Streit über die Existenz eines Problems, sondern stärker als Auseinandersetzung über dessen politische Bearbeitung.

Zwischen den Formaten zeigen sich nur geringe Unterschiede. Die Wahlkampfreden enthalten etwas mehr prägnante Problembezeichnungen, während die entsprechenden Benennungen in Pressestunde und Elefantenrunde stärker in argumentative Zusammenhänge eingebettet sind. Insgesamt ist die Maxime in allen vier Reden nachweisbar, tritt jedoch weniger häufig und weniger prägend auf als andere sprachliche Muster der Oppositionsphase.

Neben der direkten Benennung politischer Probleme finden sich in allen vier Oppositionsreden wiederholt sprachliche Formen der negativen Markierung politischer Gegner*innen und ihrer Positionen. Die Maxime der **abwertenden Zuschreibungen** zeigt sich dabei vor allem in wertenden Bezeichnungen, polemischen Charakterisierungen und negativ konnotierten Zuschreibungen gegenüber politischen Akteur*innen. Im Unterschied zur bloßen Beschreibung von Problemlagen werden die kritisierten Personen oder Gruppen dabei ausdrücklich negativ bewertet.

Besonders deutlich tritt dieses Muster in der Europawahlrede hervor. Die negativen Bewertungen richten sich vor allem gegen rechtspopulistische, nationalistische und europaskeptische Akteur*innen. So bezeichnet Kogler politische Gegner*innen wiederholt als „Europazerstörer“ (EW 2019: 3). Die Bezeichnung weist den kritisierten Akteur*innen nicht nur eine gegensätzliche politische Position zu, sondern versieht sie zugleich mit einer klar negativen Bewertung. Ähnlich verfährt Kogler, wenn er vom „Geplärre der Rechten“ spricht (EW 2019: 4). Die Formulierung wertet die politischen Positionen der Gegner*innen bereits auf sprachlicher Ebene ab. Die Europawahlrede weist damit eine besonders hohe Dichte an zugespitzten und wertenden Bezeichnungen politischer Gegenspieler*innen auf.

Auch die Nationalratswahlrede enthält deutlich abwertende Zuschreibungen. So grenzt sich Kogler von den Türkisen ab, die er als „Sekten-Anbetungsverein“ bezeichnet (NRW 2019: 3). Darüber hinaus spricht er davon, dass seine „politischen Mitbewerber [...] in ihrer ideologischen Geschichte genetische Defekte“ hätten (NRW 2019: 2) und versieht die kritisierten politischen Positionen damit ausdrücklich mit einer negativen Wertung. Die politische Integrität von Mitbewerber*innen wird auch an anderer Stelle infrage gestellt. Kogler beschreibt politische Akteur*innen als „moralisch devastiert“ (NRW 2019: 4). Die Abwertungen richten sich somit nicht nur gegen politische Entscheidungen, sondern wiederholt gegen die Glaubwürdigkeit, Integrität und ideologische Ausrichtung der politischen Gegner*innen.

In der Pressestunde treten abwertende Zuschreibungen insgesamt zurückhaltender auf als in den Wahlkampfreden, sind jedoch weiterhin klar nachweisbar. Die negativen Bewertungen richten sich vor allem gegen die ÖVP und deren politisches Handeln. So wird der Partei auch hier eine „moralische Devastiertheit“ zugeschrieben (PS 2019: 2), während ihr Verhalten im europapolitischen Kontext als „Geisterfahrer“ charakterisiert wird (PS 2019: 2). Darüber hinaus wirft Kogler den Türkisen vor, „gerne Geld [zu] grapschen“ (PS 2019: 3). Im Vergleich zu den Wahlkampfreden erscheinen die Abwertungen jedoch stärker in argumentative Zusammenhänge eingebettet und weniger als eigenständige polemische Zuspitzungen.

Auch in der Elefantenrunde finden sich mehrere deutlich abwertende Zuschreibungen gegenüber politischen Gegner*innen und ihren Positionen. Besonders im Zusammenhang mit der Klimapolitik spricht Kogler von „Unterlassungstäter[n] und Klimawandelleugner[n]“, die in der türkis-blauen Bundesregierung „fuhrwerken“ würden (ER 2019: 2). Darüber hinaus bezeichnet er politische Entscheidungsträger*innen ironisch als „Fred Feuersteins“, die in der Bundesregierung saßen (ER 2019: 6). Die Formulierungen versehen die kritisierten Akteur*innen mit einer klar negativen Bewertung und stellen sie als rückständig beziehungsweise verantwortungslos dar. Im Zusammenhang mit der Eurofighter-Debatte erklärt Kogler schließlich,

„die fladern uns die Milliarden“, und dass „Milliarden fladern“ eine „Kernkompetenz von Schwarz-Blau“ sei (ER 2019: 8). Die Abwertungen richten sich damit sowohl gegen die Integrität als auch gegen die politische Verantwortlichkeit der Gegner*innen.

Auffällig ist, dass sich die negativen Zuschreibungen vor allem gegen jene politischen Akteur*innen richten, die Kogler als Gegenspieler*innen zentraler grüner Anliegen positioniert. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Klimaschutz, Europapolitik, politische Integrität sowie den Umgang mit Rechtsextremismus. Die Abwertungen treten dabei nicht isoliert auf, sondern stehen regelmäßig im Zusammenhang mit den zentralen Konfliktfeldern der Oppositionsphase.

Die identifizierten Beispiele tragen dazu bei, politische Gegner*innen und ihre Positionen negativ zu markieren und von der eigenen politischen Position abzugrenzen. Politische Konflikte werden dadurch nicht nur über unterschiedliche Standpunkte ausgetragen, sondern zusätzlich mit negativen Bewertungen der jeweiligen Gegenparteien verbunden. Die kritisierten Positionen erscheinen folglich weniger als gleichwertige politische Alternativen, sondern als problematische, unzureichende oder fehlgeleitete Handlungsweisen und Konzepte.

Zwischen den Formaten zeigen sich deutliche Unterschiede. Die stärkste Ausprägung der Maxime findet sich in den beiden Wahlkampfreden, in denen abwertende Zuschreibungen wiederholt in zugespitzter und pointierter Form auftreten. In Pressestunde und Elefantenrunde bleiben die entsprechenden Muster zwar klar nachweisbar, erscheinen jedoch häufiger situativ und im Zusammenhang mit konkreten Diskussionen oder Nachfragen. Unabhängig vom jeweiligen Format stellt die negative Markierung politischer Gegner*innen jedoch ein wiederkehrendes sprachliches Muster der Oppositionsphase dar.

Für die Maxime der **Froschperspektivierung** finden sich im untersuchten Oppositionskorpus nur wenige eindeutige Befunde. Sie zeigt sich dort, wo politische oder gesellschaftliche Zusammenhänge über konkrete Personen, unmittelbar Betroffene oder lebensweltliche Erfahrungen veranschaulicht werden. Im Unterschied zur Komplexitätsreduktion werden politische Sachverhalte dabei nicht vereinfacht, sondern aus einer konkreten Perspektive nachvollziehbar gemacht.

In der Europawahlrede konnten keine eindeutigen Beispiele für eine Froschperspektivierung festgestellt werden. Die Rede bleibt überwiegend auf einer abstrakten europapolitischen Ebene und konzentriert sich auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen. Auch in der Nationalratswahlrede finden sich keine eindeutigen Befunde für eine Froschperspektivierung. Die Argumentation erfolgt überwiegend programmatisch und richtet sich auf

politische Forderungen, Zukunftsentwürfe und gesellschaftliche Entwicklungen. Konkrete lebensweltliche Perspektiven oder die ausführliche Darstellung unmittelbar Betroffener treten nicht hervor.

In der Pressestunde lassen sich hingegen einzelne Beispiele nachweisen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Zusammenhang mit Fragen sozialer Ungleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Kogler erklärt ungleiche Bildungschancen anhand der Lebenssituation konkreter Kinder und argumentiert, man könne „den Weg eines ganz, ganz jungen Menschen ein paar Jahre vorzeichnen“, abhängig vom Bildungsstand der Eltern (PS 2019: 10). Gesellschaftliche Ungleichheit wird dadurch über die Perspektive unmittelbar Betroffener veranschaulicht. Darüber hinaus greift Kogler im Themenfeld Migration die Situation von Lehrlingen auf, die trotz erfolgreicher Integration „von ihrem Lehr- und Arbeitsplatz weg verhaftet werden“ (PS 2019: 7). Politische Entscheidungen werden dadurch anhand konkreter Lebenssituationen erläutert.

Ein deutlicher Befund für eine Froschperspektivierung findet sich in der Elefantenrunde im Zusammenhang mit einer Frage zur Klima- und Verkehrspolitik, in der Kogler erläutern soll, weshalb ein LKW-Fahrer die Grünen wählen sollte. Er greift daraufhin die Perspektive eines LKW-Fahrers auf, beschreibt diese Berufsgruppe als „wirklich eine sozial benachteiligte Gruppe“ mit „verheerenden“ Arbeitsbedingungen und verweist zugleich darauf, dass diese „in zehn Jahren einen wasserstoffbetriebenen LKW fahren“ könnten (ER 2019: 2). Langfristige Transformationsprozesse werden dadurch anhand einer konkreten Lebens- und Arbeitssituation erläutert.

Die Funktion dieser sprachlichen Strategie besteht darin, politische Themen über konkrete Personen und Betroffenheiten zugänglicher zu machen. Politische Entwicklungen erscheinen dadurch näher an der Lebenswirklichkeit der Adressat*innen und können leichter nachvollzogen werden. Im Vergleich zu den übrigen Maximen weist die Froschperspektivierung im Oppositionskorpus jedoch eine geringe Ausprägung auf. Eindeutige Befunde finden sich in den dialogischen Formaten Pressestunde und Elefantenrunde, während sie in den beiden Wahlkampfreden nicht eindeutig nachweisbar ist.

Die Herstellung eines kollektiven „Wir“ zählt zu den prägendsten und zugleich am konsistentesten auftretenden sprachlichen Mustern der Oppositionsphase. Über alle vier untersuchten Reden hinweg positioniert sich Kogler wiederholt als Teil einer größeren Gemeinschaft und stellt politische Ziele, Herausforderungen und Aufgaben als gemeinsame Anliegen dar. Die Maxime „**Ich bin eine*r von euch**“ äußert sich dabei vor allem in der Konstruktion kollektiver

Zugehörigkeit, der Betonung gemeinsamer Verantwortung sowie der Hervorhebung gemeinsamer Interessen. Besonders deutlich tritt dieses Muster in den beiden Wahlkampfreden hervor, lässt sich jedoch auch in den dialogischen Formaten regelmäßig nachweisen.

In der Europawahlrede zeigt sich die Maxime besonders deutlich. Kogler präsentiert die Grünen wiederholt als politische Gemeinschaft mit gemeinsamen Werten, Zielen und Aufgaben. So erklärt er: „Rein mit den Grünen, rein mit den grünen Stärken, rein in die Parlamente, rein in die Regierungen. Und das ist unser Auftrag“ (EW 2019: 3). Die politischen Zielsetzungen erscheinen damit als gemeinsamer Auftrag einer kollektiven Gemeinschaft. Ähnlich wirkt die Aufforderung „Seien wir das Angebot dafür“ (EW 2019: 2), in der sich der Sprecher ausdrücklich in das gemeinsame Handeln einbezieht. Darüber hinaus positioniert Kogler die Grünen als Teil einer größeren gesellschaftlichen Bewegung gegen Nationalismus und Rechtsextremismus, wenn er betont: „Und wir Grünen, wir werden Teil davon sein“ (EW 2019: 3). Die Konstruktion kollektiver Zugehörigkeit reicht dabei über die Partei hinaus. Dies zeigt sich besonders in der Formulierung „Wir brauchen Europa und Europa braucht uns“ (EW 2019: 11), in der eine umfassendere politische Gemeinschaft angesprochen wird. Individuelle Leistungen treten dabei zugunsten eines gemeinschaftlichen politischen Selbstverständnisses in den Hintergrund.

Auch die Nationalratswahlrede weist eine starke Ausprägung der Maxime auf. Besonders deutlich wird die Einbindung des Publikums, wenn Kogler hervorhebt, auf die bisherigen Leistungen könnten „alle österreichischen Grünen stolz sein“ (NRW 2019: 1). Die politische Gemeinschaft umfasst dabei nicht nur die Partei selbst, sondern ausdrücklich auch ihre Unterstützer*innen. Dies zeigt sich besonders in der Aussage: „Die Bewegung ‚Zurück zu den Grünen‘ braucht also auch euch“ (NRW 2019: 5). Darüber hinaus betont Kogler gemeinsame Verantwortung und gemeinsame Fehlbarkeit, wenn er festhält: „Auch wir machen Fehler. Wir sind schon lange nicht die besseren Menschen“ (NRW 2019: 5). Die kollektive Identität wird damit nicht über Überlegenheit, sondern über Zugehörigkeit und gemeinsames politisches Handeln hergestellt.

In der Pressestunde tritt die Herstellung von Gemeinsamkeit weniger über Mobilisierung als über die Betonung gemeinsamer politischer Verantwortung hervor. Besonders deutlich wird dies, wenn Kogler erklärt, die Grünen suchten „zuerst einmal das Bündnis und die Koalition mit den Wählerinnen“ (PS 2019: 3). Die politische Gemeinschaft umfasst damit nicht nur die Partei selbst, sondern schließt ihre Unterstützer*innen ausdrücklich ein. Darüber hinaus beschreibt Kogler die Rückkehr der Partei als gemeinsames Projekt und verweist darauf, dass „die Bewegung ‚Zurück zu den Grünen‘“ bereits stattfinde (vgl. PS 2019: 3). Zugleich übernimmt

er kollektive Verantwortung für frühere Misserfolge, wenn er erklärt: „Wir haben ja das letzte Mal sozusagen ausgiebiger verspielt“ (PS 2019: 3). Die Grünen erscheinen dadurch als politische Gemeinschaft, die Erfolge und Misserfolge gemeinsam trägt.

Auch in der Elefantenrunde bleibt die Maxime deutlich erkennbar. Die Konstruktion kollektiver Zugehörigkeit erfolgt hier jedoch weniger über Mobilisierung als über gemeinsame Verantwortung und die Betonung politischer Gemeinschaft. So beschreibt Kogler die Rückkehr der Partei abermals als gemeinsames Projekt der „Bewegung ‚Zurück zu den Grünen‘“ (vgl. ER 2019: 1). Darüber hinaus schließt er sich ausdrücklich in die Verantwortung für frühere Misserfolge ein und erklärt, er habe Mitverantwortung, dass die Grünen vorübergehend nicht mehr im Nationalrat vertreten gewesen seien (vgl. ER 2019: 1). Die kollektive Identität der Partei wird zudem hervorgehoben, wenn Kogler betont: „Die Wiener Grünen sind Teil der österreichischen Grünen“ (ER 2019: 1). Neben parteibezogenen Wir-Konstruktionen finden sich auch gesellschaftliche Gemeinschaftsbezüge. Besonders deutlich wird dies in der Aussage: „Wir sollten alle gemeinsam auf uns schauen“ (ER 2019: 4). Die Herstellung eines kollektiven „Wir“ dient damit nicht nur der Selbstpositionierung der Grünen, sondern auch der Betonung gemeinsamer Verantwortung und gemeinsamer gesellschaftlicher Interessen.

Auffällig ist, dass die Konstruktion kollektiver Zugehörigkeit häufig mit Vorstellungen gemeinsamer Verantwortung und gemeinsamer Zielsetzungen verbunden wird. Die kollektiven Bezugnahmen beschreiben nicht nur Zugehörigkeit, sondern verweisen regelmäßig auf gemeinsame Anliegen, gemeinsame Erfahrungen und gemeinsame politische Aufgaben. Politische Herausforderungen erscheinen dadurch nicht als Angelegenheiten einzelner Akteur*innen, sondern als Aufgaben einer größeren Gemeinschaft.

Diese Maxime wird genutzt, um Nähe zwischen Sprecher und Adressat*innen herzustellen und politische Anliegen als gemeinsame Anliegen zu präsentieren. Politische Forderungen erscheinen dadurch nicht als Interessen einzelner Politiker*innen, sondern als Ausdruck einer größeren Gemeinschaft. Gleichzeitig werden politische Ziele kollektiv legitimiert, indem sie als gemeinsame Verantwortung und gemeinsames Projekt dargestellt werden. Die Konstruktion eines solidarischen „Wir“ stärkt die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft und betont die Verbundenheit zwischen Sprecher, Partei und Adressat*innen.

Im Vergleich zu den übrigen Maximen zeigt sich dieses Muster mit besonderer Kontinuität über sämtliche untersuchten Reden hinweg. Unabhängig vom jeweiligen Kommunikationsformat bleibt die Konstruktion kollektiver Zugehörigkeit ein zentrales Element der politischen Selbstpositionierung Koglers. Die konkreten Funktionen variieren jedoch je nach Kommunika-

tionssituation. In den Wahlkampfreden dienen die Wir-Konstruktionen vor allem der Mobilisierung und der Einbindung des Publikums in ein gemeinsames politisches Projekt. In Pressestunde und Elefantenrunde werden sie häufiger genutzt, um gemeinsame Verantwortung, kollektive Erfahrungen und gesellschaftliche Herausforderungen hervorzuheben. Die grundlegende Konstruktion eines kollektiven „Wir“ bleibt jedoch über alle vier Reden hinweg bemerkenswert konstant.

In allen vier untersuchten Oppositionsreden finden sich Passagen, in denen bestimmte politische Themen als besonders bedeutsam, dringlich oder folgenreich dargestellt werden. Die Maxime der suggestiven pathetischen **Dramatisierung und Emotionalisierung** zeigt sich dabei nicht durchgehend, sondern vor allem in der sprachlichen Hervorhebung zentraler politischer Herausforderungen und ihrer möglichen gesellschaftlichen Konsequenzen. Besonders deutlich betrifft dies Klimaschutz, europäische Werte, politische Verantwortung und gesellschaftliche Zukunftsfragen.

Die stärkste Ausprägung weist die Europawahlrede auf. Besonders sichtbar wird die Dramatisierung im Zusammenhang mit der Klimapolitik. Kogler bezeichnet die österreichische Klimapolitik als „eine Schande für Österreich“, weil die Europäische Union Österreich antreiben müsse, damit im Klima- und Umweltschutz überhaupt Fortschritte erzielt würden (vgl. EW 2019: 2). Politische Untätigkeit erscheint dabei nicht als bloßes Versäumnis, sondern als „Unterlassungstäterschaft“ (vgl. EW 2019: 2). Auch die Zukunft Europas wird zugespitzt dargestellt. Kogler erklärt, die europäischen Werte seien „einem mehrfachen Angriff ausgesetzt“ und würden „offen angegriffen“ (vgl. EW 2019: 3). Besonders deutlich wird die Bedeutungssteigerung beim Klimawandel, den Kogler wiederholt als „drohende Klimakatastrophe“ bezeichnet (vgl. EW 2019: 4, 9). Zudem formuliert er, man sei „die erste Generation“, die die Auswirkungen der Klimakrise spüre, zugleich aber „die letzte, die noch was tun kann“ (vgl. EW 2019: 6). Die Dringlichkeit politischen Handelns wird zusätzlich durch die Aussage „Es läuft die Zeit“ hervorgehoben (EW 2019: 6). Ihren stärksten Ausdruck findet die Dramatisierung schließlich in der Formulierung, die Klimaschutzfrage sei „nicht mehr irgendeine Lebensfrage“, sondern mittlerweile „eine Überlebensfrage“ (vgl. EW 2019: 7).

Auch die Nationalratswahlrede enthält mehrere deutliche Befunde. Bereits zu Beginn erklärt Kogler: „Wir stehen vor einer Zeitenwende“ (NRW 2019: 1) und steigert diese Einschätzung weiter, indem er festhält, dass „sogar die Menschheit vor einer Zeitenwende“ stehe (NRW 2019: 1). Die angesprochenen Entwicklungen erscheinen dadurch nicht als gewöhnliche poli-

tische Herausforderungen, sondern als historisch bedeutsame Umbrüche. Die Dringlichkeit politischen Handelns wird zusätzlich betont, wenn Kogler erklärt, „die Bretter, die wir bohren müssen, werden immer dicker, nur die Zeit läuft uns davon“ (NRW 2019: 1). Auch im weiteren Verlauf greift er auf dramatisierende Formulierungen zurück, etwa wenn er historische Entwicklungen als „ganz große Zeitenwende“ beschreibt oder im Zusammenhang mit klimapolitischen Herausforderungen erklärt: „Wir brauchen aber die nächsten zehn Jahre. Und dann wird es kritisch“ (NRW 2019: 5). Darüber hinaus wird die Rückkehr der Grünen in den Nationalrat als außergewöhnliches politisches Ereignis hervorgehoben. Kogler spricht von der „Chance auf das größte politische Comeback der Zweiten Republik“ (NRW 2019: 5).

In der Pressestunde tritt die Maxime zurückhaltender auf, bleibt jedoch punktuell nachweisbar. Die Hervorhebung erfolgt hier weniger über pathetische Formulierungen als über die Betonung der Tragweite politischer Entwicklungen und gesellschaftlicher Missstände. Mögliche Folgen politischer Polarisierung hebt Kogler hervor, wenn er erklärt, dass es „schnell einmal finster“ werde, wenn Parteivorsitzende nicht mehr miteinander reden würden (vgl. PS 2019: 3). Auch klimapolitische Fragen werden mit erheblichen Konsequenzen verbunden, etwa wenn er vor „10 Milliarden Strafzahlung“ in den kommenden Jahren warnt (PS 2019: 12).

In der Elefantenrunde finden sich ebenfalls mehrere Befunde, vor allem im Zusammenhang mit Klimaschutz und Zukunftsverantwortung. Kogler beschreibt politische Auseinandersetzungen nicht ausschließlich sachlich, sondern versieht sie punktuell mit emotionalen und bedeutungssteigernden Elementen. Bereits zu Beginn der Sendung spricht er von der „Ungeduld des grünen Herzens“ (ER 2019: 1) und verleiht seinem politischen Engagement dadurch eine emotionale Dimension. Die gesellschaftliche Tragweite klimapolitischer Fragen wird durch die Hervorhebung der Größenordnung der Bewegung betont, wenn er darauf verweist, dass „Millionen Kinder und Jugendliche in Österreich, in Europa und auf der ganzen Welt auf die Straße“ gingen (ER 2019: 8). Die Klimafrage erscheint dabei als grundlegende Zukunftsfrage, wenn Kogler betont, diese Jugendlichen wollten „nicht mehr oder weniger [...] als eine halbwegs gesicherte Zukunft“ (ER 2019: 8, 9).

Auffällig ist, dass sich die Dramatisierung nicht gleichmäßig auf alle Themen verteilt, sondern sich vor allem auf wenige zentrale Konfliktfelder konzentriert. Besonders häufig betrifft sie den Klimawandel, die europäische Werteordnung, politische Verantwortung und gesellschaftliche Zukunftsfragen. Diese Themen werden nicht lediglich als politische Einzelprobleme dargestellt, sondern als Entwicklungen mit weitreichenden Folgen für Gesellschaft, Demokratie und zukünftige Generationen.

Die Funktion dieser sprachlichen Strategie besteht darin, ausgewählten politischen Problemen besonderes Gewicht zu verleihen und ihre Dringlichkeit hervorzuheben. Politische Herausforderungen erscheinen dadurch nicht als gleichrangige Sachfragen, sondern als besonders folgenreiche Aufgaben politischen Handelns. Zwischen den Formaten zeigt sich, dass die Maxime in den Wahlkampfreden stärker und über längere Passagen hinweg ausgeprägt ist. In Pressestunde und Elefantenrunde tritt sie dagegen punktueller auf und bleibt stärker an konkrete Fragen oder Diskussionen gebunden. Insgesamt ist die Maxime im Oppositionskorpus klar nachweisbar, erreicht ihre stärkste Ausprägung jedoch in der Europawahl- und der Nationalratswahlrede.

Zu den besonders konstanten sprachlichen Mustern der Oppositionsphase zählt die **eintrichtende Wiederholung**. In allen vier untersuchten Reden greift Kogler bestimmte Themen, Forderungen und Argumentationslinien mehrfach auf und verankert sie dadurch kontinuierlich im Verlauf seiner politischen Kommunikation. Die Maxime der wiederholten Bezugnahme auf zentrale politische Anliegen zeigt sich dabei weniger in der Wiederholung einzelner Wörter als in der fortlaufenden Aktivierung derselben politischen Kernanliegen und Deutungsmuster.

Besonders deutlich tritt dieses Muster in der Nationalratswahlrede hervor. Die politische Argumentation wird wiederholt auf wenige zentrale Anliegen zurückgeführt. Am stärksten betrifft dies die angestrebte Rückkehr der Grünen in den Nationalrat. Kogler greift mehrfach die Vorstellung eines politischen „Comebacks“ auf, verweist auf die Bewegung „Zurück zu den Grünen“ und betont wiederholt die Notwendigkeit einer erneuten parlamentarischen Vertretung der Grünen. Ebenso kehrt die Rede regelmäßig zu Fragen des Klima- und Umweltschutzes zurück. Klimapolitische Maßnahmen, verschiedene gesellschaftliche „Wenden“ sowie die ökologische Transformation werden in unterschiedlichen Zusammenhängen erneut aufgegriffen. Wiederholt werden zudem Fragen sozialer Gerechtigkeit sowie politische Integrität und Transparenz thematisiert. (vgl. NRW 2019: 1–5)

Auch in der Europawahlrede zeigt sich die Maxime in ausgeprägter Form. Den zentralen Bezugspunkt bildet hier der Klimaschutz. Fragen der Klimakrise, der Energiewende, der Verkehrswende sowie der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen werden im Verlauf der Rede wiederholt aufgegriffen und miteinander verknüpft. Daneben fungiert Europa als wiederkehrender thematischer Rahmen. Kogler betont mehrfach die Bedeutung europäischer Werte sowie die Notwendigkeit, Europa gegen nationalistische und rechtsextreme Entwicklungen zu verteidigen und die Europäische Union politisch weiterzuentwickeln. Darüber hinaus

werden die Grünen wiederholt als politische Kraft präsentiert, die über die notwendigen Konzepte zur Bewältigung dieser Herausforderungen verfüge. (vgl. EW 2019: 1–12)

Auch in der Pressestunde bleibt die eintrichternde Wiederholung deutlich erkennbar. Trotz der thematischen Breite des Interviews kehrt Kogler regelmäßig zu denselben politischen Kernanliegen zurück. Wiederholt thematisiert wird die Rückkehr der Grünen in den Nationalrat, die als Voraussetzung für die Umsetzung zentraler politischer Anliegen dargestellt wird. Ebenso fungiert der Klima- und Umweltschutz als kontinuierlicher Bezugspunkt der Argumentation. Unabhängig davon, ob über Wirtschaft, Verkehr, Energie oder Steuern gesprochen wird, werden die jeweiligen Themen wiederholt auf klimapolitische Herausforderungen und notwendige Transformationsprozesse zurückgeführt. Darüber hinaus aktiviert Kogler mehrfach das Deutungsmuster einer Verbindung von Ökologie und sozialer Gerechtigkeit, indem klimapolitische Maßnahmen wiederholt mit Fragen der Verteilungsgerechtigkeit verknüpft werden. Ergänzt wird dies durch wiederkehrende Bezugnahmen auf politische Integrität und den Umgang politischer Mitbewerber*innen mit Fragen von Transparenz und Verantwortung. (vgl. PS 2019: 1–16)

In der Elefantenrunde entsteht die Wiederholung stärker aus der dialogischen Situation heraus. Trotz wechselnder Themen und Gesprächspartner*innen kehrt Kogler wiederholt zu denselben politischen Kernanliegen zurück. Dies betrifft zunächst die Rückkehr der Grünen in den Nationalrat, die mehrfach über Verweise auf den Wiederaufbau der Partei und das politische Comeback thematisiert wird. Ein weiterer wiederkehrender Bezugspunkt ist der Klimaschutz. Unterschiedliche Diskussionen werden regelmäßig auf klimapolitische Herausforderungen und die Notwendigkeit gesellschaftlicher Transformationsprozesse zurückgeführt. Daneben kehren vereinzelt Fragen sozialer Gerechtigkeit zurück, etwa im Zusammenhang mit Altersarmut, Arbeitsbedingungen oder gesellschaftlicher Teilhabe. (vgl. ER 2019: 1–10)

Auffällig ist, dass sich die Wiederholungen über alle vier Reden hinweg auf eine begrenzte Zahl von Themen konzentrieren. Besonders häufig betrifft dies den Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, politische Integrität, die Zukunft Europas sowie die politische Rolle der Grünen. Unterschiedliche Themenfelder werden dabei immer wieder auf dieselben grundlegenden politischen Anliegen zurückgeführt.

Die identifizierten Beispiele tragen dazu bei, zentrale politische Botschaften dauerhaft präsent zu halten und ihre Bedeutung innerhalb der Argumentation zu verstärken. Durch die wiederholte Bezugnahme werden bestimmte Deutungsmuster stabilisiert und über unterschiedliche Kommunikationssituationen hinweg verankert. Die Wiederholung betrifft dabei weniger

einzelne Schlagwörter als vielmehr wiederkehrende politische Kernanliegen, die den argumentativen Rahmen der Oppositionsphase strukturieren.

Im Vergleich zu den übrigen Maximen zeigt sich dieses Muster mit besonderer Kontinuität im gesamten Korpus. Unterschiede bestehen vor allem in der Form der Wiederholung. Während die Wahlkampfreden stärker auf die wiederholte Platzierung zentraler Kernbotschaften ausgerichtet sind, entsteht die Wiederholung in Pressestunde und Elefantenrunde häufiger aus dem Gesprächsverlauf heraus. Die grundlegende Funktion, politische Schwerpunkte dauerhaft im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu halten, bleibt jedoch über alle vier Reden hinweg konstant.

Für die Maxime der **kalkulierten Ambivalenz** finden sich im untersuchten Oppositionskorpus keine ausreichenden Belege. Nachweisbar wäre diese Maxime dann, wenn politische Aussagen wiederholt so formuliert würden, dass unterschiedliche Interpretationen möglich bleiben oder zentrale politische Positionen bewusst offengehalten werden. Charakteristisch wären etwa mehrdeutige Formulierungen, strategisch vage Positionierungen oder die Vermeidung eindeutiger Festlegungen.

Zwar verwendet Kogler in allen vier Reden wiederholt allgemeine politische Leitbegriffe wie *Gerechtigkeit*, *Verantwortung*, *Zusammenhalt*, *Zukunft* oder *Veränderung*. Diese Begriffe bleiben jedoch nicht unbestimmt, sondern werden im jeweiligen Kontext durch konkrete politische Forderungen, Problembeschreibungen oder Zielsetzungen näher ausgeführt. Aus ihrem Auftreten allein lässt sich daher keine kalkulierte Ambivalenz ableiten. Die politische Argumentation ist vielmehr durch überwiegend eindeutige Positionierungen gekennzeichnet. Insbesondere in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Europapolitik, Migration sowie politische Integrität vertritt Kogler konkrete politische Standpunkte und bekräftigt diese wiederholt. Politische Zielsetzungen werden benannt, politische Probleme konkretisiert und politische Gegner*innen klar adressiert. (vgl. EW 2019: 1–12; NRW 2019: 1–5; PS 2019: 1–10; ER 2019: 1–10)

Deutlich wird dieser Befund in den dialogischen Formaten. Sowohl in der Pressestunde als auch in der Elefantenrunde finden sich zahlreiche Situationen, in denen strategisch offene Antworten grundsätzlich denkbar gewesen wären, etwa bei Fragen zu Koalitionsoptionen, migrationspolitischen Positionen oder klimapolitischen Maßnahmen. Kogler formuliert seine Positionen jedoch auch in diesen Kontexten überwiegend konkret und benennt wiederholt politische Zielsetzungen, Bedingungen oder Forderungen. Ein Muster bewusst mehrdeutiger oder offengehaltener Aussagen ist dabei nicht erkennbar. (vgl. PS 2019: 1–10; ER 2019: 1–10)

Auf Grundlage des vorliegenden Materials lässt sich die Maxime der kalkulierten Ambivalenz folglich nicht nachweisen.

Die Verbindung politischer Kritik mit der Aussicht auf zukünftige Verbesserungen stellt ein wiederkehrendes Muster der Oppositionsphase dar. Die Maxime der **Erlösungs- und Befreiungsverheißung** zeigt sich dabei vor allem dort, wo bestehende politische oder gesellschaftliche Probleme nicht als unveränderbare Zustände erscheinen, sondern mit konkreten Möglichkeiten ihrer Überwindung verknüpft werden. Kogler verbindet die Benennung von Missständen wiederholt mit der Vorstellung, dass politische Veränderungen erreichbar seien und durch politisches Handeln herbeigeführt werden könnten.

Besonders deutlich tritt dieses Muster in den beiden Wahlkampfreden hervor. In der Europawahlrede werden Herausforderungen wie Klimakrise, Nationalismus oder Demokratiedefizite wiederholt mit positiven Zukunftsperspektiven verbunden. Europa erscheint dabei als gestaltbares politisches Projekt, das nicht nur geschützt, sondern auch weiterentwickelt werden könne. So betont Kogler, dass jene, die Europa lieben, auch die Europäische Union verändern müssten, und beschreibt die Union als Institution, die verbessert werden könne (vgl. EW 2019: 3). Gegen die Bedrohung durch Nationalist*innen und Rechtsextreme stellt er die Aussicht auf eine politische Gegenbewegung: „Es wird eine Gegenbewegung geben, die versucht, Europa zu schützen“ (EW 2019: 3). Darüber hinaus entwirft er mit der Vision einer „ökologischen, sozialen Friedensrepublik Europa“ ein positives Zukunftsbild (EW 2019: 5). Auch im Bereich des Klimaschutzes werden bestehende Probleme mit der Möglichkeit erfolgreicher Gegenmaßnahmen verbunden. Kogler betont, dass „noch Zeit bis 2030“ bleibe (vgl. EW 2019: 6), fordert den „Umstieg vom fossilen Zeitalter ins Solarzeitalter“ (EW 2019: 7) und beschreibt Europa als möglichen „Taktgeber des globalen Klimaschutzes“ (EW 2019: 7). Die angesprochenen Herausforderungen erscheinen dadurch nicht als unausweichliche Entwicklungen, sondern als politisch gestaltbare Aufgaben.

Noch stärker ausgeprägt ist die Maxime in der Nationalratswahlrede. Dort bilden gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse einen zentralen Bestandteil der Zukunftsperspektiven. Kogler formuliert das Ziel, Österreich vom „letzten Platz im europäischen Klimaschutz“ zu einem „Umwelt- und Klimaschutzland Nummer eins“ zu entwickeln (vgl. NRW 2019: 1). Ebenso beschreibt er die Vereinbarkeit von Umweltschutz, wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit als erreichbare politische Perspektive und verweist darauf, dass diese Bereiche „unter einen Hut gehen“ könnten (vgl. NRW 2019: 2). Wiederholt kündigt er eine „Wirtschaftswende“, „Verkehrswende“, „Energiewende“ und „Agrarwende“ an (NRW

2019: 2) und verbindet diese abermals mit dem Übergang „aus dem fossilen Zeitalter“ in ein „Solarzeitalter“ (NRW 2019: 5). Die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderung wird dabei ausdrücklich hervorgehoben, wenn Kogler erklärt: „Es ist nie zu spät zur Umkehr“ (NRW 2019: 2). Auch die Rückkehr der Grünen in den Nationalrat erscheint wiederholt als Voraussetzung dafür, die beschriebenen politischen Verbesserungen verwirklichen zu können (vgl. NRW 2019: 1–5).

In der Pressestunde finden sich vergleichbare Muster, wenngleich sie stärker an konkrete politische Sachfragen gebunden bleiben. Politische Herausforderungen werden wiederholt als lösbar dargestellt. Dies zeigt sich etwa in migrationspolitischen Zusammenhängen, wenn Kogler für das Prinzip „Ausbilden statt abschieben“ eintritt und ausdrücklich festhält: „Das ist alles bewältigbar“ (PS 2019: 9). Besonders häufig werden positive Entwicklungsperspektiven jedoch mit Klima- und Wirtschaftspolitik verbunden. Klimapolitische Maßnahmen werden dabei nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt notwendiger Problemlösungen diskutiert, sondern zugleich als Quelle neuer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Möglichkeiten dargestellt. Kogler spricht in diesem Zusammenhang von „ganz viele[n] Chancen“ (vgl. PS 2019: 12, 14). Ergänzt wird dies auch in dieser Rede durch die Vorstellung eines Übergangs „raus aus dem fossilen Zeitalter und rein ins Solarzeitalter“ (PS 2019: 12), der als politisch erreichbare Zukunftsperspektive präsentiert wird. Die angesprochenen Probleme erscheinen damit auch in der Pressestunde überwiegend als politisch bearbeitbar und mit konkreten Entwicklungsmöglichkeiten verbunden.

In der Elefantenrunde werden politische Probleme regelmäßig mit Vorstellungen zukünftiger Verbesserungen verknüpft. Besonders deutlich zeigt sich dies im Bereich des Klimaschutzes. Kogler verweist auf die Möglichkeit, künftig „wasserstoffbetriebenen LKW“ zu nutzen (vgl. ER 2019: 2), beschreibt Klimaschutzmaßnahmen abermals als „neue Chancen“ (ER 2019: 6) und fordert auch hier den Übergang „rein ins Solarzeitalter, raus aus dem fossilen Zeitalter“ (ER 2019: 6). Die Möglichkeit politischer Veränderung wird zudem ausdrücklich hervorgehoben, wenn er erklärt: „Es ist ja nie zu spät zur Umkehr“ (ER 2019: 2). Auch sozialpolitische Probleme werden mit Verbesserungsperspektiven verbunden, etwa wenn Maßnahmen gegen Altersarmut als Möglichkeit dargestellt werden, die Lebenssituation vieler Frauen nachhaltig zu verbessern (vgl. ER 2019: 4). Die angesprochenen Herausforderungen erscheinen dadurch wiederholt als politisch lösbar und mit konkreten Zukunftsperspektiven verknüpft.

Auffällig ist, dass sich die Zukunfts- und Verbesserungsperspektiven vor allem auf jene Themenfelder konzentrieren, die bereits die übrige Argumentation prägen. Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, politische Integrität sowie die Zukunft Europas erscheinen

wiederholt als Bereiche, in denen positive Veränderungen möglich seien. Die vorgestellten Lösungen reichen dabei von konkreten politischen Maßnahmen bis hin zu umfassenderen gesellschaftlichen Transformationsprozessen.

Die Funktion dieser sprachlichen Strategie besteht darin, politische Handlungsmöglichkeiten sichtbar zu machen und Perspektiven gesellschaftlicher Verbesserung aufzuzeigen. Politische Probleme erscheinen dadurch nicht als dauerhaft feststehende Zustände, sondern als Herausforderungen, die politisch bearbeitet und überwunden werden können. Die Verbindung von Problembeschreibung und Zukunftsperspektive verleiht der Argumentation eine handlungsorientierte Ausrichtung und lenkt den Blick wiederholt auf mögliche Verbesserungen bestehender Verhältnisse.

Zwischen den Formaten zeigen sich Unterschiede in der Ausgestaltung dieser Maxime. In den Wahlkampfreden werden Zukunftsperspektiven häufig über längere Passagen hinweg entwickelt und mit umfassenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen verknüpft. In Pressestunde und Elefantenrunde treten entsprechende Vorstellungen ebenfalls regelmäßig auf, bleiben jedoch stärker an konkrete politische Themen und aktuelle Diskussionen gebunden. Die grundsätzliche Orientierung auf erreichbare gesellschaftliche Verbesserungen bleibt jedoch über alle vier Reden hinweg deutlich erkennbar.

Zwischenfazit

Die funktionale Analyse zeigt, dass Koglers Oppositionskommunikation durch mehrere wiederkehrende sprachliche Muster geprägt ist, die jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Besonders zentral sind die Konstruktion politischer Gegensätze, die Herstellung kollektiver Zugehörigkeit, die wiederholte Aktivierung zentraler politischer Anliegen sowie die Verbindung von Problembeschreibungen mit positiven Zukunftsperspektiven.

Zu den deutlichsten Befunden zählt die Freund-Feind-Dichotomisierung. Politische Konflikte werden wiederholt entlang gegensätzlicher Positionen strukturiert, vor allem zwischen den Grünen und politischen Gegner*innen aus den Bereichen Rechtspopulismus, Nationalismus, Klimawandelskepsis und politischer Korruption. Eine umfassende Gegenüberstellung eines homogenen „Volkes“ und einer einheitlichen „Elite“ tritt hingegen nur eingeschränkt hervor. Die Konfliktlinien verlaufen überwiegend politisch und ideologisch.

Ebenfalls stark ausgeprägt ist die Maxime „Ich bin eine*r von euch“. Kogler positioniert sich wiederholt als Teil einer größeren politischen oder gesellschaftlichen Gemeinschaft und stellt politische Aufgaben als gemeinsame Anliegen dar. Dadurch werden Nähe, Zugehörigkeit

und gemeinsame Verantwortung sprachlich hergestellt. Besonders in den Wahlkampfreden dient dieses Muster auch der Mobilisierung, während in den dialogischen Formaten die gemeinsame politische Verantwortung stärker im Vordergrund steht.

Eine hohe Kontinuität zeigt sich zudem bei der eintrichternden Wiederholung. Über alle vier Reden hinweg kehrt Kogler zu einer begrenzten Zahl zentraler Themen zurück: Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, politische Integrität, Europa sowie die Rückkehr der Grünen. Die Wiederholung betrifft dabei weniger einzelne Begriffe als vielmehr wiederkehrende Deutungsmuster, die seine Oppositionskommunikation strukturieren.

Eng damit verbunden ist die Maxime der Erlösungs- und Befreiungsverheißung. Politische Probleme werden nicht als unveränderbare Zustände dargestellt, sondern mit erreichbaren Verbesserungen verknüpft. Besonders deutlich wird dies in Zukunftsbildern ökologischer Transformation, sozialer Gerechtigkeit und europäischer Weiterentwicklung. Die Argumentation erhält dadurch eine handlungsorientierte Ausrichtung.

Regelmäßig nachweisbar, aber weniger dominant, sind Komplexitätsreduktion, direkte Problembenennung und abwertende Zuschreibungen. Komplexe politische Zusammenhänge werden durch Personalisierungen, Analogien, Metaphern und vereinfachende Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zugänglich gemacht. Zugleich benennt Kogler politische Missstände klar und markiert politische Gegner*innen wiederholt negativ. Diese Muster unterstützen die argumentative Zuspitzung, stehen jedoch nicht allein im Zentrum der Oppositionskommunikation.

Die suggestive pathetische Dramatisierung und Emotionalisierung konzentriert sich vor allem auf Klima, gesellschaftliche Zukunftsfragen, politische Verantwortung und europäische Werte. Sie tritt besonders in den Wahlkampfreden hervor, während sie in Pressestunde und Elefantenrunde punktueller und stärker an konkrete Gesprächsanlässe gebunden bleibt.

Nur schwach ausgeprägt ist die Froschperspektivierung. Eindeutige Befunde finden sich vor allem in den dialogischen Formaten, während die Wahlkampfreden überwiegend auf einer abstrakteren, programmatischen Ebene verbleiben. Politische Themen werden daher nur vereinzelt über konkrete Betroffenheiten oder lebensweltliche Perspektiven veranschaulicht.

Nicht nachweisbar ist die kalkulierte Ambivalenz. Koglers Aussagen bleiben überwiegend eindeutig, konkret und zielgerichtet. Auch dort, wo strategisch offene Antworten möglich gewesen wären, etwa bei Koalitions-, Migrations- oder Klimafragen, dominieren klare politische Positionierungen.

Insgesamt ergibt sich das Bild einer Oppositionskommunikation, die politische Konflikte klar strukturiert, zentrale Anliegen wiederholt stabilisiert und gesellschaftliche Probleme mit

Veränderungsperspektiven verbindet. Prägend sind damit weniger Ambivalenz oder Offenheit als vielmehr klare Abgrenzung, kollektive Selbstpositionierung und eine konsequent auf politische Veränderung ausgerichtete Argumentation.

6.2 Beiträge Werner Koglers in der Regierungsphase (2020–2024)

Mit dem Eintritt der Grünen in die Bundesregierung veränderte sich auch der kommunikative Kontext Werner Koglers grundlegend. Für die Regierungsphase werden die Regierungserklärung aus dem Jahr 2020, die Pressestunde vom Juni 2020 sowie die Elefantenrunde zur Nationalratswahl 2024 untersucht. Die ausgewählten Beiträge decken unterschiedliche kommunikative Formate innerhalb der Regierungsverantwortung ab.

6.2.1 Pragmatisch-semantische Analyse

Die nachfolgende Analyse richtet den Blick auf jene sprachlichen Auffälligkeiten, die sich in den Beiträgen der Regierungsphase wiederholt nachweisen lassen. Berücksichtigt werden dabei wieder zentrale Begriffe und Wertbezüge, Formen der Selbst- und Fremdpositionierung sowie Zukunftsbezüge, metaphorische Ausdrucksweisen und weitere sprachliche Verdichtungen.

Die Beiträge Werner Koglers aus der Regierungsphase weisen mehrere wiederkehrende **Leit- und Schlüsselbegriffe** auf, die unterschiedliche Politikfelder miteinander verknüpfen und die thematischen Schwerpunkte der politischen Kommunikation sichtbar machen. Auffällig ist dabei, dass sich einzelne Begriffe bereits in der Oppositionsphase nachweisen lassen, in der Regierungsphase jedoch in veränderten Zusammenhängen auftreten. Neben dem weiterhin zentralen Themenfeld des *Klimaschutzes* treten insbesondere *Europa*, *Verantwortung* sowie verschiedene demokratie- und rechtsstaatsbezogene Wertbezüge hervor. Darüber hinaus finden sich wiederholt Bezugnahmen auf *Sicherheit* und *Gerechtigkeit*, die unterschiedliche politische Handlungsfelder rahmen.

Der Begriff *Klimaschutz* zählt auch in der Regierungsphase mit 29 Nennungen in den drei Reden zu den dominierenden Schlüsselbegriffen des Korpus. Er erscheint in sämtlichen untersuchten Formaten und wird regelmäßig mit wirtschafts-, steuer- und sozialpolitischen Fragestellungen verbunden. Bereits in der Regierungserklärung verweist Kogler auf die geplante „ökologische Steuerreform oder die CO₂-Bepreisung“ (RE 2020: 5) und betont, dass Österreich

„tatsächlich Vorreiter wird in der Europäischen Union und deshalb wiederum 2040 klimaneutral sein soll“ (RE 2020: 5). *Klimaschutz* wird dabei nicht als isoliertes Politikfeld behandelt, sondern wiederholt in Beziehung zu wirtschaftlicher Entwicklung gesetzt. So erklärt Kogler, dass Europa „wesentlich mehr [...] im wirtschaftlichen und finanziellen und steuerlichen Bereich [...] im Klimaschutz [...] zustande bringen“ müsse (RE 2020: 4), ohne dass dies „auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit und dann des Wohlstands in Europa gehen“ dürfe (RE 2020: 4).

Auch in der Pressestunde wird *Klimaschutz* mit ökonomischen Fragestellungen verknüpft. Kogler spricht davon, dass Investitionen „ökologisch vernünftig, ökologisch nachhaltig, also klimaschützend und auch sozial verantwortbar“ gestaltet werden müssten (PS 2020: 14). An anderer Stelle verweist er darauf, dass „Klimaschutz [...] eine Riesenwirtschaftschance“ sei (PS 2020: 14). In der Elefantenrunde 2024 wird die Bedeutung des Themas erneut hervorgehoben, wenn Kogler erklärt, dass „im Klimaschutz noch nie so viel weitergegangen [ist] wie jetzt“ und „die Emissionen schneller als geglaubt“ sinken würden (ER 2024: 1). Der Begriff bleibt damit über die gesamte Regierungsphase hinweg präsent und wird in unterschiedlichen Kontexten aufgegriffen.

Ein weiterer wiederkehrender Schlüsselbegriff ist *Europa* beziehungsweise die europäische Ebene politischen Handelns, mit insgesamt 28 Nennungen in Regierungserklärung und Pressestunde. Im Unterschied zur Oppositionsphase steht *Europa* nun verstärkt im Zusammenhang mit konkreten Regierungsmaßnahmen und internationalen Kooperationsprozessen. Bereits in der Regierungserklärung bezeichnet Kogler die neue Bundesregierung als „eine proeuropäische Regierung“ (RE 2020: 2) und betont, dass Österreich „in Europa und in der Welt [...] einen Beitrag [...] zu mehr Frieden, Vertrauen und [...] Stabilität“ leisten könne (RE 2020: 3). *Europa* erscheint dabei zugleich als Wertegemeinschaft und als politische Handlungsebene.

In der Pressestunde rücken europäische Wiederaufbauinstrumente und gemeinsame finanzpolitische Maßnahmen in den Vordergrund. Kogler spricht von „Wiederaufbaufonds“ (vgl. PS 2020: 11), davon, dass *Europa* „stärker aus dieser Krise herauszukommen“ habe (PS 2020: 13), und beschreibt die Europäische Union als Akteurin, die „wieder irgendwo federführend werden“ müsse (PS 2020: 12). Auch in der Regierungserklärung werden europäische Lösungsansätze im Zusammenhang mit Klimaschutz, Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung thematisiert. *Europa* bildet damit einen eigenständigen Bezugspunkt der politischen Argumentation.

Einen hohen Stellenwert nimmt darüber hinaus das Motiv der *Verantwortung* ein. Anders als in der Oppositionsphase wird *Verantwortung* nun weniger zur Kritik politischen Nichthan-

delns herangezogen, sondern häufiger im Zusammenhang mit Regierungsverantwortung formuliert. Bereits die Regierungserklärung verweist auf die gemeinsame Aufgabe, „aus Verantwortung für Österreich“ zu handeln und diese Verantwortung „gemeinsam“ zu tragen (vgl. RE 2020: 4). Zugleich betont Kogler die Bereitschaft, „anzupacken und unser Bestes zu geben“ (RE 2020: 4).

Auch in späteren Beiträgen erscheint *Verantwortung* als handlungsleitender Bezugspunkt. In der Elefantenrunde 2024 erinnert Kogler daran, dass das Regierungsprogramm unter dem Titel „Verantwortung für Österreich“ beschlossen worden sei (vgl. ER 2024: 9), und erklärt, politische Akteur*innen seien „nicht dazu da, um es [sich] einfach zu machen“ (ER 2024: 9). *Verantwortung* wird damit als Bestandteil politischen Handelns und Regierens dargestellt.

Unter den Wertbezügen treten insbesondere *Demokratie* und *Rechtsstaatlichkeit* hervor. In der Regierungserklärung verweist Kogler darauf, dass *Freiheit, Demokratie, Menschenwürde, Menschenrechte* und „vor allem das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit gar nicht mehr so gesichert waren“ (RE 2020: 2). Wenig später fordert er, dass man „auch eine wehrhafte Demokratie [...] stärken und immer wieder neu begründen“ müsse (RE 2020: 3). *Demokratie* erscheint dabei nicht nur als institutionelle Ordnung, sondern als schützenswerter Wert.

Die Rechtsstaatlichkeit wird ebenfalls mehrfach thematisiert. Kogler greift Francis Fukuyamas Überlegungen zum „Prinzip der Rechtsstaatlichkeit“ auf (vgl. RE 2020: 2) und beschreibt den „Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger“ als wesentliches Fundament demokratischer Gesellschaften (vgl. RE 2020: 2). Beide Begriffe treten insbesondere im Zusammenhang mit europäischen Entwicklungen sowie mit historischen Bezügen auf.

Darüber hinaus finden sich wiederholt Verweise auf *Gerechtigkeit*. Diese erscheinen vor allem im sozial- und wirtschaftspolitischen Kontext. In der Regierungserklärung wird die Verbindung von „soziale[n] und vor allem ökologische[n] Standards“ hervorgehoben (RE 2020: 4). In der Elefantenrunde betont Kogler, dass jene entlastet werden sollten, die „viel leisten“ und gleichzeitig „wenig verdienen“ (vgl. ER 2024: 2). Er verweist auf „die Pflegerinnen, die Angestellten in den Krankenhäusern, auch die Polizisten und Polizistinnen“, die „mehr Netto vom Brutto haben“ sollten (ER 2024: 2). Auch in der Pressestunde wird *Gerechtigkeit* im Zusammenhang mit Steuerpolitik thematisiert. Nach einer Frage über den zukünftigen Schuldenabbau verweist der Moderator auf die wirtschaftspolitischen Unterschiede zwischen Grünen und ÖVP. Kogler argumentiert in diesem Zusammenhang gegen eine stärkere Belastung von Personen mit geringem Einkommen und erklärt: „[...] die Supermarktkassiererin und alle, die wenig verdienen, die wir jetzt ja gerade entlasten, was ich für richtig halte [...], dass die dann

wieder besteuert werden sollen“ (PS 2020: 8–9). Gleichzeitig verweist er auf eine stärkere finanzielle Beteiligung jener Bevölkerungsgruppen, „die am meisten haben“: „Also es werden dann schon jene was zahlen müssen, die am meisten, die am meisten haben“ (PS 2020: 9). *Gerechtigkeit* wird somit über die Entlastung von Personen mit geringem Einkommen sowie über die Forderung nach einer stärkeren finanziellen Beteiligung jener konstruiert, die mehr besitzen.

Schließlich lässt sich *Sicherheit* als weiterer Wertbezug identifizieren. In der Regierungserklärung wird die „Stärkung“ der Polizei als gemeinsames Anliegen beschrieben (vgl. RE 2020: 6). Gleichzeitig verweist Kogler auf die Bedeutung von Frieden und Stabilität in Europa (vgl. RE 2020: 3). In der Elefantenrunde 2024 gewinnt das Themenfeld im Zusammenhang mit Sky Shield und dem russischen Angriffskrieg zusätzliche Bedeutung. Kogler betont die Notwendigkeit, „unseren Luftraum [zu] schützen“ (ER 2024: 6), und verweist auf den Schutz „der Infrastruktur, der Kraftwerke, der Krankenhäuser“ (ER 2024: 6). *Sicherheit* wird dabei sowohl als gesellschaftliche als auch als außen- und sicherheitspolitische Aufgabe beschrieben.

Insgesamt zeigen die Beiträge der Regierungsphase mehrere stabile semantische Bezugspunkte. *Klimaschutz* bleibt ein zentrales Leitmotiv und wird wiederholt mit wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen verknüpft. *Europa* tritt als eigenständiger Schlüsselbegriff hervor und bildet die Ebene, auf der zahlreiche politische Herausforderungen verortet werden. *Verantwortung* erscheint nun verstärkt als Ausdruck von Regierungs- und Gestaltungshandeln. Ergänzt werden diese Leitbegriffe durch wiederkehrende Wertbezüge wie *Demokratie*, *Rechtsstaatlichkeit*, *Gerechtigkeit* und *Sicherheit*, die die politischen Aussagen normativ rahmen und verschiedene Politikbereiche miteinander verbinden.

Neben den Leit- und Schlüsselbegriffen lassen sich in den Beiträgen der Regierungsphase unterschiedliche Formen sprachlicher **Selbst- und Fremdpositionierung** beobachten. Auffällig ist dabei, dass sowohl die eigene politische Rolle als auch andere politische Akteur*innen wiederholt explizit benannt werden. Die Positionierungen erfolgen über direkte Zuschreibungen, kollektive Bezugnahmen sowie die sprachliche Markierung von Zustimmung, Kritik oder Abgrenzung.

Im Rahmen der **Selbstpositionierung** präsentiert sich Kogler wiederholt als Teil einer gemeinschaftlich handelnden politischen Akteur*innengruppe. Dabei treten insbesondere Wirkkonstruktionen hervor, die politische Verantwortung, Zusammenarbeit und gemeinsame Zielsetzungen betonen. Die Selbstpositionierung erfolgt somit weniger über individuelle Leistun-

gen als über die Einbettung in kollektive Handlungszusammenhänge. Dies zeigt sich unter anderem in der Beschreibung parteiinterner Zusammenarbeit. Im Zusammenhang mit Leonore Gewessler weist Kogler Kritik an ihrer Amtsführung zurück und hebt die Unterstützung innerhalb der Grünen hervor. Er bezeichnet Gewessler als „eine dazugehörige Superministerin“ und betont: „das funktioniert hervorragend“ (vgl. PS 2020: 5). Und bereits zuvor erwähnt er: „Wir arbeiten als Team, wir regieren als Team“ (PS 2020: 8). Die Bezugnahme auf gemeinsame Verantwortung erfolgt dabei nicht im Sinne der Bundesregierung als Gesamtkteurin, sondern bezieht sich auf die Grünen bzw. das grüne Minister*innenteam.

Bereits in der Regierungserklärung treten ähnliche Formen der Selbstpositionierung hervor. Ein Muster zeigt sich bei der Vorstellung der grünen Regierungsmitglieder über ihre fachlichen Qualifikationen und bisherigen Tätigkeiten. So verweist Kogler etwa auf Leonore Gewesslers frühere Funktion als Geschäftsführerin von Global 2000 und erklärt: „Ich denke, das ist einmalig in Europa, dass man von einer Nichtregierungsorganisation dieses Zuschnitts auf die Regierungsbank wechselt. Das macht uns schon ein bisschen stolz“ (RE 2020: 1). Auch Rudi Anschöber wird über seine langjährige politische Erfahrung eingeführt. Kogler hebt hervor, Anschöber habe „maßgeblich dazu beigetragen“, dass Oberösterreich in „Wirtschaft, soziale Absicherung und Umwelt“ „ganz oben war“ (RE 2020: 1). Über Alma Zadić sagt er schließlich: „Mit ihrer Ausbildung und mit ihrer Berufserfahrung bis hierher! Wer, wenn nicht Alma Zadić, soll denn qualifiziert sein für das Justizministerium?“ (RE 2020: 2).

Passend zum Zitat über Anschöber finden sich mehrere Passagen, in denen grüne Politik über konkrete politische Themenfelder sprachlich markiert wird. Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit dem Klimaschutz. Kogler erklärt abermals in Bezug auf Leonore Gewesslers Arbeit, Klimaschutz und Infrastrukturpolitik würden abgesehen von etwaigen Reibungen, hervorragend funktionieren. „Sonst wären ja gar nicht diese Ergebnisse da“ (vgl. ER 2024: 5). Außerdem betont Kogler: „Klimaschutz, auch Naturschutz, gibt es in der wirklichen und in der ehrlichen und in der echten Ausformung nur mit den Grünen“ (ER 2024: 8). Die Grünen werden damit in Verbindung mit klima- und umweltpolitischen Themen genannt.

Daneben treten Selbstbeschreibungen auf, die persönliche Eigenschaften hervorheben. Auf die Frage, welche Eigenschaft ihn persönlich auszeichne, antwortet Kogler: „Nicht davonzulaufen und immer wieder aufzustehen“ (ER 2024: 9). Unmittelbar anschließend ergänzt er: „Immer weiterkämpfen und immer aufstehen“ (ER 2024: 9). Die Selbstbeschreibung erfolgt hier über Ausdrücke wie „weiterkämpfen“ und „aufstehen“. Auch Verantwortung wird im Zusammenhang mit der eigenen politischen Tätigkeit aufgegriffen. Rückblickend auf den Regierungsantritt erklärt Kogler: „Wir haben gesagt, das Regierungsprogramm heißt ,Verantwortung

für Österreich“ (ER 2024: 9). Die Formulierung verweist auf eine gemeinsame politische Selbstbeschreibung der Regierungsparteien.

Die Beiträge der Regierungsphase enthalten unterschiedliche **Wir-Konstruktionen**. Das Pronomen „wir“ verweist dabei nicht durchgehend auf dieselbe Bezugsgruppe, sondern wird in unterschiedlichen Kontexten verwendet. Nachweisbar sind insbesondere parteibezogene, regierungsbezogene sowie vereinzelt gesellschaftlich erweiterte Wir-Konstruktionen.

Ein parteibezogenes Wir findet sich in Passagen, die sich ausdrücklich auf die Grünen als politische Akteurin beziehen. Im Zusammenhang mit möglichen Regierungsbildungen erklärt Kogler: „dafür müssen wir gestärkt werden“ (ER 2024: 8). Die Bezugnahme bleibt hier auf die eigene Partei beschränkt. Ähnlich verweist Kogler in der Regierungserklärung darauf, dass bestimmte Entwicklungen „wir [...] auch als Grüne sehr stark betont“ hätten (RE 2020: 2).

Daneben treten wiederholt regierungsbezogene Wir-Konstruktionen auf. Beispielsweise beschreibt Kogler die Regierungsarbeit mehrfach als gemeinsames Vorhaben der Koalitionspartner*innen und hält fest, man habe „hier was gemeinsam zustande“ bringen wollen (RE 2020: 4).

Vereinzelt finden sich darüber hinaus gesellschaftlich erweiterte Bezugnahmen, die über die Ebene der Regierung hinausweisen. Im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie erklärt Kogler: „wenn wir hier wirklich was als Bevölkerung“ gelernt haben (vgl. PS 2020: 1). Die Bezugsgruppe umfasst hier ausdrücklich die österreichische Bevölkerung. Eine ähnliche Erweiterung zeigt sich in der Regierungserklärung, wenn Kogler festhält, „dass wir hier und jetzt die erste Generation sind, die die Auswirkungen schon spürt [...], aber wohl die letzte, die noch maßgeblich was dagegen tun kann“ (RE 2020: 5).

Insgesamt zeigen die Beiträge der Regierungsphase unterschiedliche Ebenen kollektiver Bezugnahme. Das Pronomen „wir“ wird sowohl zur Beschreibung der eigenen Partei als auch im Zusammenhang mit der gemeinsamen Regierungsarbeit verwendet. Daneben finden sich einzelne Bezugnahmen, die über institutionelle Zusammenhänge hinausweisen und breitere gesellschaftliche Gruppen einschließen.

Neben den Selbstpositionierungen finden sich in den Beiträgen der Regierungsphase wiederholt sprachliche Bezugnahmen auf andere politische Akteur*innen, also **Fremdpositionierungen**. Diese betreffen insbesondere budget- und wirtschaftspolitische Positionen, klima- und bodenschutzpolitische Konflikte, migrationspolitische Debatten sowie rechtsextreme beziehungsweise nationalistische Akteur*innen. Die Zuschreibungen erfolgen dabei überwiegend über wertende Bezeichnungen und direkte Bezugnahmen auf einzelne Personen oder politische Gruppen.

Im Zusammenhang mit Budget- und Wirtschaftsfragen kritisiert Kogler in der Elefantenrunde 2024 unterschiedliche Einsparungs- und Konsolidierungsvorschläge. Entsprechende wirtschaftspolitische Vorstellungen bezeichnet er als „Germanen-Voodoo-Ökonomie“ (vgl. ER 2024: 2). Im selben Zusammenhang spricht er von einer „Hausnummernaufzählung“ (ER 2024: 2). Beide Formulierungen fallen im Kontext der Diskussion über mögliche Einsparungen und Budgetkonsolidierung. Auch im Bereich des Klima- und Bodenschutzes werden andere politische Akteur*innen sprachlich positioniert. Kogler erklärt, es gebe „genug Bremser, die beeinflusst sind von diversen Lobbyisten und Gasagenten“ (ER 2024: 2). Im Zusammenhang mit bodenschutzpolitischen Maßnahmen hält er fest: „Die Bundesländer [...] blockieren“ (vgl. ER 2024: 4). Wenig später konkretisiert er diese Zuschreibung mit der Aussage: „Die Bürgermeister denken ja wirklich um, aber die Landeshauptleute nicht“ (ER 2024: 5). Die Passagen stehen im Zusammenhang mit politischen Auseinandersetzungen um Bodenversiegelung und Hochwasserschutz.

Wertende Fremdpositionierungen finden sich darüber hinaus im Kontext migrationspolitischer Diskussionen. Kogler spricht rückblickend von Akteur*innen, die entsprechende Themen „im Bierzelt“ aufgreifen und „hochjazzen und in die Luft plärren“ würden (vgl. ER 2024: 5). Die Formulierung fällt im Zusammenhang mit der öffentlichen Thematisierung von Migration und Integration. Ein weiterer Schwerpunkt betrifft die sprachliche Bezugnahme auf rechts-extreme und nationalistische Akteur*innen. Bereits in der Regierungserklärung verweist Kogler auf Bewegungen, die sich aus „alten Nationalismen“ genährt hätten, sowie auf „neue[n] Rechtsextremismus“ (vgl. RE 2020: 2). In der Elefantenrunde 2024 spricht er im Zusammenhang mit möglichen Regierungsbeteiligungen der FPÖ von „solche[n] Rabauken“ und von jenen, „die Feindschaften säen“ (vgl. ER 2024: 8). Darüber hinaus werden einzelne politische Akteur*innen in diesem Zusammenhang ausdrücklich benannt. So erklärt Kogler mit Blick auf die niederösterreichische Landespolitik: „Ich weiß überhaupt nicht, was den Herrn Landbauer vom Herrn Kickl unterscheidet“ (ER 2024: 8). Außerdem verweist er auf Hans Peter Doskozil, der „wieder auf Rot-Blau schießt“, sowie auf „fünf Landesparteiobleute der SPÖ, die auch zumindest auf Landesebene zu Blau blinken“ (ER 2024: 8). Eine weitere deutlich wertende Bezugnahme findet sich im Zusammenhang mit früheren militärischen Beschaffungsvorgängen. Mit Blick auf die Eurofighter-Debatte erklärt Kogler: „Da ist es schon so zugegangen, dass die Korruption aus allen Ritzen gerochen hat“ (ER 2024: 6). Die Aussage bezieht sich auf politische Vorgänge früherer Regierungsperioden.

Neben diesen kritischen Zuschreibungen treten vereinzelt auch positive Fremdpositionierungen auf. In der Pressestunde 2020 beschreibt Kogler Rudi Anschöber als jemanden, der „hier

einen hervorragenden Job“ mache (PS 2020: 1). In der Elefantenrunde verweist er im Zusammenhang mit der Informationsfreiheit auf einen Beitrag von Bürgermeister Ludwig und hält fest: „Was Bürgermeister Ludwig eingebracht hat, hat auch seinen Sinn gehabt“ (ER 2024: 3). Darüber hinaus erklärt er im Zusammenhang mit dem Bodenschutz: „Ich bin mir mit dem Kollegen Totschnig da sehr einig“ (ER 2024: 4).

Insgesamt beziehen sich die Fremdpositionierungen der Regierungsphase auf politische Mitbewerber*innen, Mitglieder der Bundesregierung, sowie Politiker*innen der Bundesländer. Besonders häufig treten entsprechende Zuschreibungen in der Elefantenrunde 2024 auf. Die Pressestunde enthält einzelne positive sowie punktuell kritische Bezugnahmen, während sich in der Regierungserklärung nur wenige eindeutig belegbare Fremdpositionierungen nachweisen lassen.

Neben den Leit- und Schlüsselbegriffen sowie den Formen der Selbst- und Fremdpositionierung finden sich in den Regierungsbeiträgen Werner Koglers wiederholt **Zukunftsbezüge, metaphorische Ausdrucksweisen und sprachliche Verdichtungen**. Diese treten in unterschiedlichen thematischen Zusammenhängen auf und lassen sich in sämtlichen untersuchten Formaten nachweisen.

Zukunftsbezüge finden sich in allen drei Beiträgen der Regierungsphase. Sie treten insbesondere im Zusammenhang mit klimapolitischen Maßnahmen, institutionellen Reformvorhaben, europäischen Entwicklungen sowie den Folgen der COVID-19-Pandemie auf. Anders als einzelne situative Zukunftsaussagen beziehen sich diese Passagen häufig auf konkrete politische Vorhaben, zeitlich markierte Umsetzungsschritte oder längerfristige Entwicklungsperspektiven.

Besonders häufig werden Zukunftsbezüge im Zusammenhang mit Klima- und Umweltpolitik hergestellt. Bereits in der Regierungserklärung kündigt Kogler an, dass die Bundesregierung „den Einstieg in den Umstieg schaffen“ wolle (RE 2020: 5). Die Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen wird dabei wiederholt mit konkreten Zeitangaben verknüpft. So verweist Kogler im Zusammenhang mit der ökologischen Steuerreform darauf, dass „der zweite Schritt [...] im Jahr 2022“ erfolge (vgl. RE 2020: 5). Darüber hinaus erklärt er, dass Österreich „tatsächlich Vorreiter wird in der Europäischen Union“ und „deshalb wiederum 2040 klimaneutral sein soll“ (RE 2020: 5). Auch die Pressestunde enthält entsprechende Bezugnahmen. Im Zusammenhang mit klimapolitischen Veränderungen hält Kogler fest: „Das wird Österreich in fünf Jahren so ausschauen lassen. [...] Sie werden es nicht wiedererkennen“ (PS 2020: 14).

Eine weitere wiederkehrende Zukunftsperspektive betrifft die Klimakrise selbst. Bereits aus der Oppositionsphase bekannte Formulierungen finden sich auch in der Regierungserklärung wieder. So erklärt Kogler, dass „wir hier und jetzt die erste Generation sind, die die Auswirkungen schon spürt, dieser drohenden Klimakrise, aber wohl die letzte, die noch maßgeblich was dagegen tun kann“ (RE 2020: 5). Zukunft wird hier in Verbindung mit gegenwärtigen politischen Handlungsmöglichkeiten thematisiert.

Zukunftsbezüge treten darüber hinaus im Zusammenhang mit institutionellen Veränderungen auf. In der Regierungserklärung kündigt Kogler an: „Wir wollen das größte Transparenzpaket der letzten Jahrzehnte auf die Reise bringen“ (RE 2020: 6). Wenig später ergänzt er: „Der Rechnungshof wird massiv mehr Kompetenzen bekommen“ (RE 2020: 6). Auch in anderen Politikfeldern werden zukünftige Entwicklungen ausdrücklich benannt. So erklärt Kogler, dass „die Kinderbetreuungsplätze massiv ausgebaut werden“ sollen (RE 2020: 6), und verweist im Zusammenhang mit Arbeitsmigration darauf, dass sich „der Diskurs [...] entsprechend mitverändert“ (vgl. RE 2020: 6).

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Zukunftsbezüge im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und deren Folgen. In der Pressestunde verweist Kogler auf die kommenden Monate und spricht von „Oktober, November, Dezember, wenn wieder viel mehr Menschen in den Innenräumen sich begegnen“ (PS 2020: 1). Auch geplante Maßnahmen werden über konkrete Zeitmarkierungen angekündigt. So erklärt er: „Jetzt im Juli noch wird es weitere Lockerungen geben“ (PS 2020: 6), und fügt wenig später hinzu: „[M]eine Prognose ist und mein Ziel ist und mein Vorhaben, dass ab 1. Juli das möglich ist“ (PS 2020: 4).

Zukunftsbezüge finden sich zudem im Zusammenhang mit Europa. Im Hinblick auf die europäische Krisenbewältigung betont Kogler: „Es wird im Sommer zu einer Einigung kommen“ (PS 2020: 12). Darüber hinaus hält er fest: „Europa hat die Chance, hier aus der Krise herauszukommen“ (PS 2020: 12). Wenig später formuliert er das Ziel, „die Europäische Union und Europa stärker aus dieser Krise herauszuführen, als sie hineingeschlittert ist“ (PS 2020: 13). Die Aussagen beziehen sich auf die weitere Entwicklung Europas im Anschluss an die COVID-19-Pandemie.

Daneben treten vereinzelt Zukunftsbezüge im Zusammenhang mit technischen Entwicklungen auf. So sagt Kogler: „Außerdem bin ich sehr zuversichtlich, dass wir in ein paar Jahren auch ein Formel-eins-Rennen mit Elektroautos fahren werden“ (PS 2020: 3). In der Elefantenrunde 2024 werden längerfristige Entwicklungen insbesondere im Bereich des Bodenschutzes thematisiert. Kogler erklärt: „Langfristig ist es völlig klar, auf Jahrzehnte, dass das Bauen und die Baukultur eine andere werden wird“ (ER 2024: 4). Im selben Zusammenhang hält er fest:

„Langfristig wird es nur dorthin gehen, dass wir auch entsiegeln müssen“ (ER 2024: 4). Zudem spricht er davon, „dass wir hier eine Trendwende einleiten“ (ER 2024: 4).

Schließlich finden sich Zukunftsbezüge auch im Bereich der Sicherheitspolitik. Im Zusammenhang mit der Diskussion um Sky Shield erklärt Kogler: „Die Terroristen werden zukünftig [...] mit Drohnen kommen“ (ER 2024: 6). Die Aussage bezieht sich auf mögliche zukünftige Bedrohungsszenarien und die Notwendigkeit entsprechender Schutzmaßnahmen.

Auffällig ist insgesamt, dass Zukunftsbezüge in der Regierungsphase häufig durch konkrete Zeitmarkierungen strukturiert werden. Bezugnahmen auf einzelne Monate, bestimmte Jahreszahlen oder längerfristige Entwicklungshorizonte wie „in fünf Jahren“, „im Jahr 2022“, „2040“ oder „auf Jahrzehnte“ treten wiederholt auf. Zukunft erscheint dabei insbesondere im Zusammenhang mit angekündigten politischen Maßnahmen, institutionellen Veränderungen sowie längerfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Auch hinsichtlich der Verteilung über die unterschiedlichen Formate zeigen sich Unterschiede. Während in der Regierungserklärung Zukunftsbezüge häufig im Zusammenhang mit angekündigten Reformvorhaben und langfristigen Zielsetzungen auftreten, beziehen sich die dialogischen Formate stärker auf konkrete Entwicklungen, aktuelle Herausforderungen und zeitnah erwartete Veränderungen.

Neben expliziten Zukunftsbezügen finden sich in den Beiträgen der Regierungsphase zahlreiche **Metaphern**. Diese treten in unterschiedlichen politischen Zusammenhängen auf und lassen sich verschiedenen Bildbereichen zuordnen. Besonders häufig finden sich Metaphern aus den Bereichen Bewegung und Verkehr, Körper und Verletzung, Raum und Begrenzung sowie Alltag und Handwerk.

Auffällig sind zunächst Bewegungs- und Verkehrsmetaphern. Politische Entwicklungen und klimapolitische Maßnahmen werden wiederholt als Prozesse beschrieben, die mit Fortbewegung, Richtungswechsel oder Beschleunigung verbunden sind. Bereits in der Regierungserklärung erklärt Kogler wie mehrmals erwähnt, doch auch hier relevant, die Bundesregierung wolle „den Einstieg in den Umstieg schaffen“ (RE 2020: 5). Im selben Beitrag spricht er davon, dass Österreich innerhalb Europas „voranschreiten“ wolle (vgl. RE 2020: 4). In der Elefantenrunde bezeichnet er die bisherigen Entwicklungen im Klimabereich als Situation, „wie wir auf der Überholspur sind“ (vgl. ER 2024: 1). Politische Akteur*innen, die aus seiner Sicht klimapolitische Maßnahmen behindern, beschreibt er demgegenüber als „Bremsen“ (vgl. ER 2024: 2). Auch die Formulierung, man befinde sich „in Aufholjagd“ (vgl. ER 2024: 8), greift auf einen bewegungsbezogenen Bildbereich zurück. In der Pressestunde erklärt Kogler zudem, dass ein gesellschaftlicher Bereich „wirklich wieder richtig eingespurt“ gehöre, da man sonst „den

Waggon nicht mehr auf die Schiene“ bekomme (vgl. PS 2020: 15). Beide Formulierungen greifen auf verkehrsbezogene Vorstellungen von Richtung, Steuerung und Kontrolle zurück.

Darüber hinaus treten wiederholt Metaphern auf, die politische Entwicklungen in räumlichen Kategorien beschreiben. Im Zusammenhang mit der europäischen Krisenbewältigung erklärt Kogler in der Pressestunde, die Europäische Union solle „stärker aus dieser Krise herausgeführt [werden], als sie hineingeschlittert ist“ (PS 2020: 13). In der Elefantenrunde beschreibt er die Rolle des Klimaschutzes bei möglichen Regierungsverhandlungen mit den Worten, der „Klimaschutz [sitzt] am Tisch [...] und ned neben runterfällt“ (vgl. ER 2024: 8). Politische Beteiligung wird hier mit räumlicher Nähe beziehungsweise Ausgrenzung verbunden. Auch die Aussage, man dürfe bei internationalen Konflikten nicht „hinter der Hecke sitzen“ (vgl. ER 2024: 7), greift auf einen räumlichen Bildbereich zurück.

Ein weiterer wiederkehrender Bildbereich betrifft Körper- und Verletzungsmetaphern. In der Regierungserklärung beschreibt Kogler eine offene und solidarische Gesellschaft als eine, „wo die Herzen groß genug sind und die Hirne weit genug denken können“ (vgl. RE 2020: 2). Die Beschreibung gesellschaftlicher Haltungen erfolgt hier über körperbezogene Formulierungen. In der Pressestunde erklärt Kogler im Zusammenhang mit den Einschränkungen während der COVID-19-Pandemie: „Mir blutet das Herz“ (PS 2020: 3). Die Elefantenrunde enthält darüber hinaus die Aussage, die Natur brauche mehr Platz da „wir ihr zu viele Wunden zugefügt“ hätten (vgl. ER 2024: 3). Umweltpolitische Entwicklungen werden dadurch mit körperlicher Verletzung in Verbindung gebracht.

Daneben finden sich bildhafte Ausdrücke aus den Bereichen Arbeit, Handwerk und Alltag. In der Regierungserklärung spricht Kogler davon, dass die Bundesregierung „ein großes Rad [...] drehen“ wolle (RE 2020: 5). In der Pressestunde verwendet er die Redewendung „Wo gehobelt wird, fallen Späne und es wurde anständig gehobelt“ (PS 2020: 6). Darüber hinaus greift er auf weitere alltagsnahe Formulierungen zurück. So erklärt er, unterschiedliche politische Anforderungen ließen sich „unter einen Hut“ bringen (vgl. PS 2020: 14) beziehungsweise es gelte, „mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen“ (PS 2020: 14). Im Zusammenhang mit budgetpolitischen Maßnahmen kritisiert er eine undifferenzierte Mittelverteilung mit der Formulierung, man könne nicht „mit der Gießkanne herumpritscheln“ (vgl. PS 2020: 10). Ebenfalls auffällig ist das Kommentieren einer Frage des Moderators mit, er habe nun „relativ viel Wäschestücke in die Trommel gerührt“ (PS 2020: 3).

Weitere bildhafte Formulierungen beziehen sich auf Wahrnehmung und Sichtbarkeit. Im Zusammenhang mit politischen Blockaden im Bereich des Bodenschutzes erklärt Kogler, es werde „so viel Nebel geworfen“ (ER 2024: 4). Die Formulierung beschreibt die öffentliche

Diskussion mithilfe eines Bildes eingeschränkter Sicht. Darüber hinaus verwendet Kogler im Zusammenhang mit der Informationsfreiheit die Aufforderung, bestimmte politische Akteur*innen „vor den Vorhang“ zu holen (ER 2024: 4). Die politische Auseinandersetzung wird dadurch in einen theaterbezogenen Bildbereich eingebettet.

Daneben finden sich einzelne Metaphern, die auf weitere Erfahrungsbereiche zurückgreifen. Im Zusammenhang mit der Diskussion über Terrorabwehr erklärt Kogler, dass man künftig die Möglichkeit haben werde, Drohnen „runterfangen“ zu können (ER 2024: 6). Die Formulierung greift auf einen jagd- beziehungsweise kontrollbezogenen Bildbereich zurück. Im Rückblick auf die SkyShield-Debatte hält Kogler fest, dass in Bezug auf „Abfangjäger [...] die Korruption aus allen Ritzen gerochen hat“ (ER 2024: 6). Die Beschreibung erfolgt hier über einen sinnesbezogenen Bildbereich. Im Zusammenhang mit migrationspolitischen Debatten kritisiert Kogler zudem, bestimmte politische Akteur*innen würden Probleme „hochjazzen“ (ER 2024: 5). Die Formulierung greift auf einen musikalischen Bildbereich zurück. Darüber hinaus verwendet er im Zusammenhang mit der Abgrenzung gegenüber rechtsextremen politischen Kräften die Formulierung einer „echte[n] und ehrliche[n] Brandmauer“ (ER 2024: 8).

Insgesamt zeigen sich in den Beiträgen der Regierungsphase unterschiedliche Formen bildhafter Sprache. Wiederkehrend treten insbesondere Bewegungs- und Verkehrsmetaphern, Körper- und Verletzungsmetaphern sowie alltagsnahe Bilder aus den Bereichen Handwerk und Haushalt auf. Ergänzt werden diese durch einzelne theaterbezogene, räumliche, sinnesbezogene und musikalische Metaphern. Die metaphorischen Formulierungen verteilen sich dabei unterschiedlich auf die untersuchten Beiträge. In der Regierungserklärung treten überwiegend einzelne, wiederkehrende Bildbereiche auf, während die Pressestunde und insbesondere die Elefantenrunde eine größere Bandbreite an alltagsnahen und situativ entwickelten Metaphern aufweisen. Die bildhaften Formulierungen verteilen sich zudem unterschiedlich auf die untersuchten Formate. Während die Regierungserklärung überwiegend einzelne, wiederkehrende Bildbereiche aufweist, enthalten die dialogischen Formate häufiger spontane, alltagsnahe und situativ entwickelte Metaphern.

Neben metaphorischen Formulierungen finden sich in den Beiträgen der Regierungsphase verschiedene Formen sprachlicher **Verdichtung**. Diese treten insbesondere in Form prägnanter Einzelbegriffe, kurzer formelhafter Aussagen sowie in Gestalt von Gegensatzkonstruktionen auf. Auffällig ist dabei, dass politische Sachverhalte wiederholt in knapper sprachlicher Form zusammengefasst werden.

Zwei Einzelbegriffe sind in diesem Fall relevant. Im Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte des Infrastruktur- und Klimaschutzministeriums erklärt Kogler: „Wir hatten

auch einen Namen dafür: Superministerium“ (ER 2024: 5). Das Wort bündelt verschiedene Ressortzuständigkeiten in einer einzelnen sprachlichen Einheit und tritt als prägnante Bezeichnung für die organisatorische Zusammenführung mehrerer Politikbereiche hervor. Im Rahmen wirtschaftspolitischer Diskussionen verwendet Kogler darüber hinaus die Formulierung „Germanen-Voodoo-Ökonomie“ (ER 2024: 2). Die Bezeichnung fällt im Zusammenhang mit Einsparungsvorschlägen anderer politischer Akteur*innen und fasst seine Kritik an deren budgetpolitischen Vorstellungen in einem einzelnen Ausdruck zusammen.

Daneben finden sich kurze, formelhafte Aussagen. Im Zusammenhang mit integrationspolitischen Fragestellungen erklärt Kogler: „Da muss man nicht nur fordern, sondern auch fördern“ (ER 2024: 5). Die Aussage verbindet zwei ähnlich klingende Begriffe zu einer prägnanten Formel und bündelt damit seine Position im Bereich der Integrationspolitik.

Darüber hinaus lassen sich mehrfach Gegensatzkonstruktionen nachweisen. Im Zusammenhang mit Umwelt- und Klimapolitik erklärt Kogler, wirtschaftliches Handeln müsse so gestaltet werden, „dass wir es mit der Natur machen und nicht gegen die Natur“ (ER 2024: 4). Im Bereich der Steuerpolitik hält er fest: „Wir haben hohe Steuern, aber vor allem für die, die arbeiten. Aber für die, die Millionen erben, sind wir ein Steuerparadies“ (ER 2024: 2). Eine weitere Gegenüberstellung findet sich in der Formulierung von „denjenigen, die viel leisten, aber wenig verdienen“ (ER 2024: 2). Auch die Diskussion um die Pendlerpauschale wird über gegensätzliche Bilder strukturiert. So erklärt Kogler, Personen, „die viel haben und einen SUV fahren“, erhielten mehr Pendlerpauschale „als der, der ein kleines Auto hat“ (ER 2024: 1). Die jeweiligen Gegenüberstellungen reduzieren komplexe politische Zusammenhänge auf kontrastierende Positionen und treten dadurch in verdichteter Form hervor.

Insgesamt lassen sich in den Regierungsbeiträgen unterschiedliche Formen sprachlicher Verdichtung nachweisen. Dazu zählen prägnante Einzelbegriffe, formelhafte Kurzformeln sowie Gegensatzkonstruktionen. Die dokumentierten Verdichtungen finden sich vor allem in Debatten zu Klima- und Umweltpolitik, Integrationsfragen sowie wirtschafts- und steuerpolitischen Themenfeldern. Auch hinsichtlich der Verteilung über die unterschiedlichen Kommunikationssituationen zeigen sich Unterschiede. Während die Regierungserklärung nur vereinzelt sprachliche Verdichtungen enthält, treten diese insbesondere in der Elefantenrunde hervor. Dort werden politische Sachverhalte häufiger in knapper und zugespitzter Form sprachlich gebündelt.

Zwischenfazit

Die pragmatisch-semantische Analyse der Regierungsphase zeigt, dass sich in den Beiträgen Werner Koglers mehrere wiederkehrende sprachliche Muster nachweisen lassen. Zentrale Leit- und Schlüsselbegriffe wie *Klimaschutz*, *Europa* und *Verantwortung* bleiben über die unterschiedlichen Formate hinweg präsent und werden mit verschiedenen politischen Handlungsfeldern verknüpft. Daneben treten Wertbezüge wie *Demokratie*, *Rechtsstaatlichkeit*, *Sicherheit* und *Gerechtigkeit* wiederholt als Bezugspunkte politischer Argumentationen hervor.

Die Selbstpositionierung erfolgt überwiegend über kollektive Bezugnahmen auf die Grünen sowie die gemeinsame Regierungsarbeit. Individuelle Eigenschaften treten demgegenüber seltener in den Vordergrund. Fremdpositionierungen beziehen sich insbesondere auf wirtschafts-, klima- und migrationspolitische Konfliktfelder sowie auf die Abgrenzung gegenüber rechtsextremen und nationalistischen Akteur*innen.

Darüber hinaus enthalten die untersuchten Beiträge zahlreiche Zukunftsbezüge. Diese stehen häufig im Zusammenhang mit konkreten politischen Maßnahmen, angekündigten Reformvorhaben und längerfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen. Metaphorische Ausdrucksweisen greifen vor allem auf Bildbereiche wie Bewegung und Verkehr, Körper und Verletzung sowie Alltag und Handwerk zurück. Sprachliche Verdichtungen sind demgegenüber weniger häufig nachweisbar und beschränken sich überwiegend auf einzelne prägnante Begriffe, formelhafte Aussagen und Gegensatzkonstruktionen.

Auch zwischen den unterschiedlichen Kommunikationssituationen zeigen sich Unterschiede. Die Regierungserklärung ist stärker durch die Darstellung politischer Vorhaben und institutioneller Entwicklungen geprägt, während die dialogischen Formate häufiger spontane Positionierungen und alltagsnahe sprachliche Bilder enthalten. Insgesamt ergibt sich das Bild einer politischen Kommunikation, in der die Darstellung konkreter Regierungsarbeit deutlich an Bedeutung gewinnt. Wiederkehrende Leitbegriffe bleiben erhalten, werden jedoch verstärkt mit politischen Maßnahmen, institutionellen Veränderungen und der Übernahme politischer Verantwortung verknüpft. Die Ergebnisse der pragmatisch-semantischen Analyse werden in der anschließenden Untersuchung anhand der sprachkritischen Maximen nach Reisigl berücksichtigt und funktional ergänzt.

6.2.2 Funktionale Analyse anhand sprachkritischer Maximen

Die **Freund-Feind-Dichotomisierung** lässt sich wie folgt feststellen. Das Korpus der Regierungsphase zeigt, dass Werner Kogler politische und gesellschaftliche Gegensätze zwar wiederholt thematisiert, diese jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt sind und nicht in allen Formaten gleichermaßen auftreten. Eine durchgängige Konstruktion eines homogenen „Volkes“ gegenüber politischen oder wirtschaftlichen Eliten lässt sich auf Grundlage der untersuchten Transkripte nicht eindeutig nachweisen.

In der Regierungserklärung 2020 treten dichotomisierende Strukturen vergleichsweise zurückhaltend auf. Konfliktlinien werden vor allem im Zusammenhang mit demokratischen Grundwerten sichtbar. So verweist Kogler auf „Bewegungen [...], die sich genährt haben aus alten Nationalismen“ sowie auf „neue[m] Rechtsextremismus“ (RE 2020: 2) und stellt diese europäischen Werten wie „Freiheit, Demokratie, [...] Menschenwürde und Menschenrechte und vor allem das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit“ (RE 2020: 2) gegenüber. Ebenso spricht er von der Notwendigkeit einer „wehrhafte[n] Demokratie“ und mahnt vor dem Hintergrund der österreichischen Geschichte zur Auseinandersetzung mit „falschen Führern und Verführern“ (vgl. RE 2020: 3). Gleichzeitig finden sich in der Regierungserklärung wiederholt Formulierungen, die Unterschiede relativieren und die gemeinsame Gestaltung politischer Prozesse hervorheben. Dies zeigt sich etwa in der Aussage: „Aber es geht ja gar nicht ums Durchsetzen. Und wer hat jetzt gewonnen oder nicht. Sondern es geht darum, was Gemeinsames zustande zu bringen“ (RE 2020: 4). Freund-Feind-Konstruktionen stehen hier somit nicht im Vordergrund.

Deutlich häufiger treten entsprechende Gegenüberstellungen in der Pressestunde 2020 auf. Besonders auffällig ist die wiederholte Differenzierung zwischen Personen mit geringen Einkommen und wirtschaftlich privilegierten Gruppen. Kogler betont etwa, dass „die kleinen und kleinsten Einkommensbezieherinnen“ die finanziellen Folgen der Krise nicht tragen könnten und stattdessen „Millionäre und Milliardäre [...] einen Beitrag leisten müssen“ (vgl. PS 2020: 8). Ähnlich argumentiert er mit dem Verweis darauf, dass „die Supermarktkassiererin [...] es nicht sein“ werde, die zusätzliche Belastungen zu tragen habe (vgl. PS 2020: 8). Darüber hinaus hält er fest, dass „jene, [...] die am meisten haben“ auch „am meisten [...] zahlen müssen“ (PS 2020: 9). Die Gegenüberstellung sozial unterschiedlich ausgestatteter Gruppen dient hier der Begründung konkreter finanzpolitischer Positionen. Gleichzeitig bleibt die Argumentation auf bestimmte politische Fragestellungen beschränkt und entwickelt sich nicht zu einer umfassenden Gegenüberstellung eines einheitlichen „Volkes“ und einer geschlossenen Elite.

Auch in der Elefantenrunde 2024 finden sich mehrfach konfliktorientierte Gegenüberstellungen. Im Zusammenhang mit steuer- und sozialpolitischen Fragen verweist Kogler darauf, dass Österreich „für die, die Millionen erben, [...] ein Steuerparadies“ sei (vgl. ER 2024: 2), während „diejenigen, die viel leisten, aber wenig verdienen wie die Pflegerinnen, die Angestellten in den Krankenhäusern, auch die Polizisten und Polizistinnen“ mehr Unterstützung erhalten sollten (vgl. ER 2024: 2). Bereits zuvor hebt er hervor, dass „die, die viel haben und einen SUV fahren, [...] mehr Pendlerpauschale als der, der ein kleines Auto hat“ erhalten würden (vgl. ER 2024: 1). Auch hier erfolgt die Strukturierung entlang sozialer Unterschiede zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Darüber hinaus treten politische Abgrenzungen hervor, etwa wenn Kogler von „Bremsen[n], die beeinflusst sind von diversen Lobbyisten und Gasagenten“ spricht (ER 2024: 2) oder erklärt, eine Stimme für die Grünen erhöhe „die Chance [...], dass die Rechtsextremen nicht in die Regierung kommen“ (vgl. ER 2024: 8). Gleichzeitig finden sich auch Passagen, in denen vereinfachende Gegenüberstellungen ausdrücklich relativiert werden. Im Zusammenhang mit Integrationsfragen betont Kogler beispielsweise: „Es gibt halt solche und solche“ (ER 2024: 5) und verweist sowohl auf bestehende Probleme als auch auf gelungene Beispiele gesellschaftlicher Teilhabe.

Insgesamt zeigt sich für die Regierungsphase, dass Freund-Feind-Dichotomisierungen punktuell eingesetzt werden, insbesondere im Zusammenhang mit sozial- und steuerpolitischen Fragen sowie in der Abgrenzung gegenüber bestimmten politischen Positionen. Während die Regierungserklärung stärker von Formulierungen des gemeinsamen politischen Handelns geprägt ist, treten entsprechende Gegenüberstellungen in den dialogischen Formaten häufiger hervor. Die identifizierten Beispiele bleiben dabei an konkrete politische Themen und Diskussionszusammenhänge gebunden und entwickeln sich nicht zu einer durchgängigen Gegenüberstellung gesellschaftlicher Gruppen.

Die Analyse der Regierungsphase zeigt, dass Werner Kogler komplexe politische Sachverhalte wiederholt mithilfe von **Komplexitätsreduktion** erläutert. Im Unterschied zur zuvor analysierten Freund-Feind-Dichotomisierung steht dabei nicht die Konstruktion gesellschaftlicher Gegensätze im Vordergrund. Vielmehr dienen die identifizierten Passagen dazu, politische Vorhaben greifbarer zu machen und abstrakte Zusammenhänge verständlich darzustellen.

Bereits in der Regierungserklärung 2020 finden sich mehrere Hinweise auf eine solche vereinfachende Darstellung komplexer Inhalte. So beschreibt Kogler das neu geschaffene Klimaschutzressort als „eigentlich ein Doppelministerium“ (vgl. RE 2020: 1) und reduziert damit einen umfangreichen Zuständigkeitsbereich auf eine leicht nachvollziehbare Formel. Ebenso

werden politische Kompromissprozesse vereinfacht erklärt, wenn Kogler festhält: „In Wahrheit gibt es nur eine Welt. [...] Aber [...] mehrere Sichtweisen auf diese Welt, in unserem Fall zwei“ (RE 2020: 3–4). Gleichzeitig finden sich in der Regierungserklärung auch Passagen, die einer übermäßigen Vereinfachung eher entgegenwirken. So verweist Kogler im Zusammenhang mit europäischen Entscheidungsprozessen ausdrücklich auf die Vielzahl beteiligter Akteur*innen und Interessenlagen. Eine durchgängige Reduktion politischer Zusammenhänge auf einfache Ursache-Wirkungs-Muster ist daher nicht nachweisbar.

In der Pressestunde 2020 treten Strategien der Komplexitätsreduktion deutlich häufiger hervor. Besonders auffällig ist dabei die explizite Orientierung an Verständlichkeit. So erklärt Kogler die Dynamik exponentieller Infektionsverläufe mit den Worten: „Die exponentiellen Ausbreitungskurven, ich sage immer explosionsartig, damit es die Leute besser verstehen“ (PS 2020: 1). Auch die Belastungsgrenzen des Gesundheitssystems werden anhand konkreter Elemente beschrieben: „Das ist ein Intensivbett, das ist ein Beatmungsgerät [...] ein besonders geschultes Personal“ (PS 2020: 2). Wirtschaftspolitische Maßnahmen fasst Kogler in einem „Dreischritt“ zusammen – „retten [...], dann Steuer entlasten [...] und dann [...] uns aus der Krise herausinvestieren“ (vgl. PS 2020: 7) – und reduziert damit ein komplexes Maßnahmenpaket auf eine überschaubare Struktur. Auch wirtschafts- und finanzpolitische Zusammenhänge werden teilweise anhand konkreter Personengruppen erläutert. So verweist Kogler im Zusammenhang mit der Finanzierung der Corona-Schulden auf die „Supermarktkassiererin“ (PS 2020: 8) sowie auf „Millionäre und Milliardäre“ (vgl. PS 2020: 8), wodurch abstrakte Verteilungsfragen anhand leicht nachvollziehbarer Beispiele veranschaulicht werden. Im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen greift Kogler wiederum auf konkrete und alltagsnahe Erläuterungen zurück, wenn er von „Mäntel[n] für die Häuser“ (PS 2020: 14) oder dem „1 Million Dächer Programm“ (PS 2020: 14). Die Pressestunde zeichnet sich somit insbesondere durch die wiederholte Übersetzung komplexer Sachverhalte in leicht verständliche Beispiele aus.

Auch in der Elefantenrunde 2024 zeigt sich eine starke Orientierung an konkreten Veranschaulichungen. Komplexe steuerpolitische Fragestellungen werden etwa durch die Gegenüberstellung illustriert, dass „die, die viel haben und einen SUV fahren, [...] mehr Pendlerpauschale [kriegen] als der, der ein kleines Auto hat“ (ER 2024: 1). Budgetpolitische Überlegungen erläutert Kogler mithilfe konkreter Vergleichszahlen aus unterschiedlichen Politikbereichen, während sozialpolitische Maßnahmen anhand bestimmter Berufsgruppen – „Pflegerinnen“, „Angestellten in den Krankenhäusern“ oder „Polizisten und Polizistinnen“ (vgl. ER 2024: 2) – veranschaulicht werden. Darüber hinaus werden komplexe Sachverhalte durch eingängige Vergleiche greifbar gemacht. So wird Bodenschutz mit „mehr Hochwasserschutz [...] und damit

mehr Menschenrecht“ in Verbindung gebracht (vgl. ER 2024: 3). Im Bereich der Integration greift Kogler auf persönliche Erfahrungen und konkrete Einzelfälle zurück, während sicherheitspolitische Fragen über alltagsnahe Analogien erläutert werden, beispielsweise mit der Formulierung: „Wenn in Ihren Nachbarstaaten gemordet und vergewaltigt wird, bleiben sie hinter der Hecke sitzen und sagen: Wir sind neutral“ (ER 2024: 7).

Zusammenfassend zeigt sich, dass Komplexitätsreduktion in der Regierungsphase vor allem über konkrete Beispiele, alltagsnahe Vergleiche und leicht nachvollziehbare Erklärungen erfolgt. Während die Regierungserklärung diesbezüglich insgesamt zurückhaltender ausfällt und stellenweise die Vielschichtigkeit politischer Prozesse ausdrücklich hervorhebt, treten entsprechende Muster in den dialogischen Formaten deutlich häufiger auf. Besonders die Pressestunde und die Elefantenrunde sind durch den Versuch gekennzeichnet, abstrakte politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Zusammenhänge verständlich und greifbar zu vermitteln. Einzelne Hinweise auf Personalisierungen komplexer Zusammenhänge finden sich zwar vereinzelt, stehen jedoch insgesamt nicht im Zentrum der analysierten Beiträge. Insgesamt überwiegen damit Formen der vereinfachenden Veranschaulichung gegenüber einer konsequenten Zuschreibung von Verantwortlichkeiten an bestimmte Akteur*innen.

Die Maxime des **„Dinge beim Namen Nennens“** zeigt sich vor allem in der direkten Bezeichnung von Problemlagen, der ausdrücklichen Kennzeichnung eigener Standpunkte sowie in Formulierungen, die Sachverhalte als offensichtlich oder unmissverständlich erscheinen lassen.

In der Regierungserklärung 2020 tritt die Maxime zurückhaltend auf. Die Rede ist insgesamt stärker auf Konsens und gemeinsame Gestaltung ausgerichtet, enthält jedoch einzelne Passagen, in denen Kogler Bewertungen oder politische Positionen mit Nachdruck formuliert. So erklärt er: „In Wahrheit gibt es nur eine Welt“ (RE 2020: 3–4) und präsentiert die Aussage dadurch als grundlegende Tatsache. Auch die Feststellung, dass Mercosur „schlicht abzulehnen ist“, weist einen hohen Grad an sprachlicher Eindeutigkeit auf (vgl. RE 2020: 4). Im Zusammenhang mit Hasskampagnen hält Kogler fest: „Weil Österreich ist nicht so! Wer seine Heimat liebt, der spaltet sie nicht“ (RE 2020: 2). Auch die geplanten Transparenzmaßnahmen begründet er mit dem Hinweis, dass es „genug Anlässe dazu in diesem Land“ gebe (vgl. RE 2020: 6). Direkte Problembezeichnungen oder ausdrückliche Klarstellungen treten in der Regierungserklärung damit zwar auf, erscheinen jedoch insgesamt zurückhaltender als in den dialogischen Formaten.

In der Pressestunde 2020 zeigt sich die Maxime in Formulierungen, die Sachverhalte als selbstverständlich oder offenkundig darstellen. So erklärt Kogler auf die Frage, ob Menschen

bereits geleistete Strafzahlungen infolge nicht eingehaltener COVID-Maßnahmen zurückbekämen: „Selbstverständlich. Aber es muss natürlich rechtsstaatlich geklärt werden“ (vgl. PS 2020: 3). An anderer Stelle beschreibt er bestimmte Entwicklungen als „offenkundig nicht geglückt“ (vgl. PS 2020: 5). Darüber hinaus werden Probleme ausdrücklich benannt. Dies zeigt sich etwa in der Feststellung: „Ja, Fehler sind mit Sicherheit passiert, an verschiedenen Stellen“ (PS 2020: 6). Politische Positionen werden ebenfalls direkt gekennzeichnet. Im Zusammenhang mit Vermögenssteuern erklärt Kogler: „Das ist eine Position der Grünen, das ist meine Position, das ist eine politische Position“ (PS 2020: 8).

Besonders deutlich tritt die Maxime in der Elefantenrunde 2024 hervor. Wiederholt formuliert Kogler politische Bewertungen und eigene Positionen in unmissverständlicher Weise. So bezeichnet er die Pendlerpauschale als „eine böse Kampagne“ (vgl. ER 2024: 1), kritisiert Budgetvorschläge als „nicht ganz seriös“ (vgl. ER 2024: 2) und bewertet ein großes Ausmaß an Maßnahmen als „völlig illusorisch“ (vgl. ER 2024: 2). Zugleich wird die direkte Benennung mehrfach ausdrücklich eingefordert. Dies zeigt sich etwa in der Aussage: „Es sind die Länder, und man muss es wirklich mal aussprechen“ (ER 2024: 4). Auch Problemlagen werden explizit benannt. So erklärt Kogler: „Es gibt Probleme, was die Migration oder die Integration betrifft“ (ER 2024: 5), und konkretisiert diese anschließend mit der Feststellung: „das ist die Deutsche Frage“ (ER 2024: 5). Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine verweist er darauf, er sei „klipp und klar der Meinung“ (vgl. ER 2024: 7), während politische Positionierungen mit Formulierungen wie „deshalb sage ich ganz klar“ eingeleitet werden (vgl. ER 2024: 8). Die Elefantenrunde weist damit die stärkste Ausprägung der Maxime innerhalb der Regierungsphase auf.

Auffällig ist, dass sich die direkte Benennung vor allem auf konkrete politische Kontroversen, die Bewertung aktueller Entwicklungen sowie die explizite Kennzeichnung eigener Positionen bezieht. Die Befunde tragen dazu bei, politische Sachverhalte als klar erkennbar und eindeutig beschreibbar erscheinen zu lassen. Probleme, Bewertungen und politische Positionen werden sprachlich festgelegt und als unmittelbar benennbar präsentiert. Dadurch wird die eigene Argumentation auf klar definierte Problemlagen und Standpunkte gestützt.

Zwischen den Formaten zeigen sich Unterschiede hinsichtlich der Ausprägung der Maxime. Während die Regierungserklärung durch eine insgesamt zurückhaltendere und stärker konsensorientierte Ausdrucksweise geprägt ist, treten direkte Benennungen und ausdrückliche Klarstellungen in Pressestunde und Elefantenrunde deutlich häufiger hervor. Besonders in den dialogischen Formaten werden politische Positionen explizit gekennzeichnet, Probleme unmittelbar benannt und Bewertungen ohne erkennbare Abschwächung formuliert. Insgesamt ist die

Maxime in allen drei Beiträgen nachweisbar, ihre Ausprägung fällt jedoch unterschiedlich stark aus.

Befunde für **abwertende Zuschreibungen** fallen innerhalb der Regierungsphase unterschiedlich stark aus. In der Regierungserklärung 2020 treten entsprechende Zuschreibungen nur vereinzelt auf. Die Rede ist insgesamt durch eine konsensorientierte Grundhaltung geprägt und enthält lediglich wenige eindeutig abwertende Formulierungen. Hinweise auf die Maxime finden sich etwa in der Warnung vor „falschen Führern und Verführern“ (RE 2020: 3). Auch die Charakterisierung bestimmter Positionen als Ausdruck „ideologischer Verblendungen“ sowie die Aussage, man solle nicht „dagegen ankrakeel[n]“ (vgl. RE 2020: 6), weisen abwertende Elemente auf (vgl. RE 2020: 6). Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass sich diese Zuschreibungen überwiegend auf Haltungen oder Formen der Kritik beziehen und nur selten gegen konkret benannte politische Gegner*innen gerichtet sind. Insgesamt erscheint die Maxime in der Regierungserklärung daher nur eingeschränkt nachweisbar.

Auch in der Pressestunde 2020 finden sich einzelne Hinweise auf abwertende Zuschreibungen. So wird der Opposition unterstellt, „ungetrübt von jedem Sachverstand“ zu argumentieren (vgl. PS 2020: 7). Darüber hinaus treten negative Bewertungen insbesondere im Zusammenhang mit konkreten Aussagen oder Verhaltensweisen auf. Dies zeigt sich etwa in der Reaktion auf die Bezeichnung einer WWF-Expertin als „widerwärtiges Luder“, die Kogler als „eine Entgleisung“ sowie als „wirklich unsäglich und nicht hinnehmbar“ beschreibt (vgl. PS 2020: 15). Sichtbar wird dabei, dass die Abwertungen in der Pressestunde überwiegend an konkrete Situationen gebunden bleiben und seltener der generellen Herabsetzung politischer Gegner*innen dienen.

Besonders deutlich tritt die Maxime in der Elefantenrunde 2024 hervor. Wiederholt werden politische Positionen, Handlungsweisen oder Akteur*innen durch saloppe und zugespitzte Formulierungen negativ markiert. So spricht Kogler von „Bremsern“ (ER 2024: 2), die von „Lobbyisten und Gasagenten“ (ER 2024: 2) beeinflusst würden, bezeichnet bestimmte wirtschaftspolitische Vorstellungen als „Germanen-Voodoo-Ökonomie“ (ER 2024: 2) und kritisiert andere Vorschläge als „Hausnummernaufzählung“ (ER 2024: 2) oder „Budgetkürzungsphantasien“ (ER 2024: 8). Auch politische Kommunikationsweisen werden abgewertet, wenn von Personen die Rede ist, die Themen „hochjazzen und in die Luft plärren“ (ER 2024: 5). Schließlich finden sich direkte negative Zuschreibungen gegenüber politischen Akteur*innen, etwa in der Bezeichnung als „Rabauken“ (ER 2024: 8). Die Elefantenrunde weist damit die stärkste Ausprägung der Maxime innerhalb der Regierungsphase auf.

Die identifizierten Beispiele zeigen, dass negative Zuschreibungen vor allem zur sprachlichen Markierung bestimmter Positionen, Verhaltensweisen oder Akteur*innen eingesetzt werden. Dadurch werden Bewertungen verdichtet und Distanz zu den jeweiligen Gegenständen der Kritik hergestellt. Innerhalb der Regierungsphase zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Ausprägung der Maxime. Während die Regierungserklärung nur wenige entsprechende Beispiele enthält und die Pressestunde vor allem anlassbezogene Abwertungen aufweist, treten in der Elefantenrunde wiederholt saloppe und zugespitzte Zuschreibungen auf. Insgesamt ist die Maxime in allen drei analysierten Beiträgen nachweisbar, ihre Intensität sowie ihre sprachliche Ausgestaltung unterscheiden sich jedoch deutlich zwischen den einzelnen Formaten.

Für die Maxime der **Froschperspektivierung** finden sich im untersuchten Regierungskorpus nur wenige eindeutige Befunde. In der Regierungserklärung 2020 konnten keine eindeutigen Beispiele für eine Froschperspektivierung festgestellt werden. Zwar finden sich vereinzelt biografische oder alltagsnahe Bezugnahmen, eine Darstellung politischer Sachverhalte aus der Perspektive konkreter Alltagserfahrungen oder unmittelbar Betroffener ist in der Regierungserklärung jedoch nicht eindeutig nachweisbar.

In der Pressestunde 2020 lassen sich hingegen einzelne Beispiele feststellen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Zusammenhang mit den pandemiebedingten Einschränkungen im Sportbereich. Kogler verweist auf „die vielen Kinder und Jugendlichen in den Vereinen“ sowie auf „hunderttausende Amateursportlerinnen und Amateursportler“ (PS 2020: 3). Die politischen Maßnahmen werden dadurch mit konkreten Freizeit- und Alltagserfahrungen verbunden. Auch die Erläuterung der Regelungen für Hochzeiten erfolgt über eine unmittelbar nachvollziehbare soziale Situation. Kogler verweist darauf, dass bei Hochzeiten „in den vielen, vielen Stunden, die man beisammen ist, der Meter Abstand nicht unbedingt sicher durchgehend eingehalten wird“ (vgl. PS 2020: 5). Pandemiopolitische Maßnahmen werden dadurch anhand einer vertrauten Alltagserfahrung erläutert.

In der Elefantenrunde 2024 finden sich ebenfalls einzelne Hinweise auf Froschperspektivierung. Besonders deutlich tritt diese im Zusammenhang mit integrationspolitischen Fragen hervor. Kogler begründet das zweite verpflichtende Kindergartenjahr damit, „weil man dort sehr leicht Deutsch lernt als Kind mit vier, mit viereinhalb Jahren“ (vgl. ER 2024: 5). Integrationspolitische Fragestellungen werden dadurch anhand einer konkreten Alltagserfahrung von Kindern nachvollziehbar gemacht. Darüber hinaus verweist er auf „diese tägliche warme Mahlzeit zu Mittag“ und macht Kinderarmut anhand einer unmittelbar nachvollziehbaren Situation

greifbar (vgl. ER 2024: 5). Schließlich führt Kogler konkrete Integrationsbeispiele an, etwa „afghanische unbegleitete Minderjährige“, denen ein Lehrplatz verschafft werden sollte, sowie eine „syrische Familie, mit drei Generationen“, die ein Lebensmittelgeschäft betreibt (vgl. ER 2024: 6). Gesellschaftspolitische Fragestellungen werden dadurch anhand konkreter Lebenssituationen erläutert.

Die Funktion dieser sprachlichen Strategie besteht darin, politische Themen über konkrete Personen und Betroffenheiten zugänglicher zu machen. Politische Entwicklungen erscheinen dadurch näher an der Lebenswirklichkeit der Adressat*innen und können leichter nachvollzogen werden. Im Vergleich zu den übrigen Maximen weist die Froschperspektivierung im Regierungskorpus jedoch eine geringe Ausprägung auf. Eindeutige Befunde finden sich in den dialogischen Formaten Pressestunde und Elefantenrunde, während sie in der Regierungserklärung nicht nachweisbar ist.

Für die Maxime **„Ich bin eine*r von euch“** finden sich im untersuchten Regierungskorpus nur vereinzelte eindeutige Befunde. Zwar verwendet Kogler in allen drei Beiträgen wiederholt kollektive Bezugnahmen, diese beziehen sich jedoch häufig auf die Bundesregierung, die Grünen oder politische Institutionen. Nicht jede Wir-Konstruktion kann daher als Ausdruck geteilter Perspektiven zwischen Sprecher und Adressat*innen gewertet werden.

In der Regierungserklärung 2020 konnten keine eindeutigen Beispiele für die Maxime festgestellt werden. Die verwendeten kollektiven Bezugnahmen dienen überwiegend der Beschreibung politischer Zusammenarbeit, gemeinsamer Verantwortung innerhalb der Regierung oder institutioneller Prozesse. Eine ausdrückliche Herstellung von Nähe zwischen Sprecher und Adressat*innen im Sinne gemeinsamer Erfahrungen oder Zugehörigkeit ist nicht nachweisbar.

In der Pressestunde 2020 finden sich hingegen einzelne Hinweise auf die Maxime. Dies tritt vor allem im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie hervor. Kogler bedankt sich „bei allen in Österreich Lebenden“, weil sie „so großartig mitgemacht haben“ (vgl. PS 2020: 1), und beschreibt die Bewältigung der Krise als gemeinsame gesellschaftliche Leistung. Ähnlich wirkt die Aussage, man habe „hier wirklich was als Bevölkerung auch, nicht nur die Regierung“ erreicht (PS 2020: 1), da Regierung und Bevölkerung als Teil einer gemeinsamen Anstrengung dargestellt werden. Im Zusammenhang mit den Einschränkungen im Mannschaftssport stellt Kogler zudem persönliche Betroffenheit her, wenn er erklärt: „Mir geht es auch so!“ (vgl. PS 2020: 3). Kogler positioniert sich dadurch als jemand, der die beschriebenen Einschränkungen ebenfalls erlebt und nachvollziehen kann.

In der Elefantenrunde 2024 bleibt die Maxime nur punktuell erkennbar. Zahlreiche Wir-Bezüge beziehen sich auf die Grünen, die Regierungsarbeit oder politische Verantwortung und stellen daher keine eindeutigen Belege dar. Ein Hinweis auf die Herstellung gemeinsamer Perspektiven findet sich jedoch in der Aussage: „Die Sehnsucht nach Frieden. Das eint uns doch alle“ (ER 2024: 7). Hier wird eine übergeordnete Gemeinsamkeit hervorgehoben, die über parteipolitische Zugehörigkeiten hinausweist.

Die kollektiven Bezugnahmen tragen dazu bei, politische Aussagen in einen gemeinsamen Erfahrungs- und Bezugsrahmen einzubetten. Einzelne Themen erscheinen dadurch punktuell nicht ausschließlich als politische Herausforderungen, sondern auch als Anliegen, die Sprecher und Adressat*innen gleichermaßen betreffen. Im untersuchten Regierungskorpus bleibt diese Form der Näheherstellung jedoch auf einzelne Situationen beschränkt.

Die Befunde verteilen sich ungleich auf die untersuchten Formate. In der Regierungserklärung ist die Maxime nicht eindeutig nachweisbar. In der Pressestunde tritt sie vor allem im Zusammenhang mit den gemeinsamen Erfahrungen während der Pandemie hervor. In der Elefantenrunde finden sich lediglich vereinzelte Hinweise auf die Konstruktion geteilter Perspektiven. Insgesamt zählt die Maxime damit nicht zu den dominierenden sprachlichen Mustern der Regierungsphase.

Im untersuchten Regierungskorpus finden sich mehrere Belege für suggestive pathetische **Dramatisierung und Emotionalisierung**. Die Maxime tritt jedoch nicht gleichmäßig auf, sondern konzentriert sich vor allem auf Krisen-, Sicherheits- und Klimathemen. Nicht jede zugespitzte oder saloppe Formulierung wird dabei als Beleg gewertet, da einzelne Passagen stärker anderen Maximen zuzuordnen sind.

In der Regierungserklärung 2020 zeigt sich die Maxime punktuell. Besonders deutlich wird sie im Zusammenhang mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und klimapolitischen Zukunftsfragen. Kogler spricht vom „Versuch der Spaltung unserer Heimat“, wenn gesellschaftliche Entwicklungen „mit Hasskampagnen verunmöglicht werden soll[en]“ (RE 2020: 2). Die Folgen gesellschaftlicher Polarisierung erscheinen dadurch als besonders bedeutsam. Auch im Bereich Klimaschutz tritt die Dramatisierung hervor, wenn Kogler von der „drohenden Klimakrise“ spricht und betont, man sei „die erste Generation“, die deren Auswirkungen bereits spüre, zugleich aber „wohl die letzte, die noch maßgeblich was dagegen tun kann“ (vgl. RE 2020: 5). Die Regierungserklärung enthält damit einzelne eindeutige Belege, bleibt insgesamt jedoch stärker erklärend als emotionalisierend.

In der Pressestunde 2020 ist die Maxime vor allem im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie nachweisbar. Die Tragweite gesundheitspolitischer Maßnahmen wird hervorgehoben, wenn Kogler erklärt, es solle in Österreich „niemand sterben, der nicht sterben müsste, bloß weil die Intensivmedizin nicht ausreicht“ (vgl. PS 2020: 2). Besonders eindrücklich erfolgt die Emotionalisierung in der Bezugnahme auf Bergamo, wo „die Militärkonvois, die Leichen und die Särge in den Süden geführt haben“ (vgl. PS 2020: 6). Auch wirtschaftspolitische Entscheidungen werden punktuell dramatisiert, etwa wenn Kogler davor warnt, dass ein Heraussparen aus der Krise „Zustände wie in den dreißiger Jahren“ riskiere (vgl. PS 2020: 7). Im Zusammenhang mit dem Klimaschutz finden sich ebenfalls deutliche Bedeutungssteigerungen. Kogler bezeichnet diesen als „die ganz, ganz große Menschheitsfrage“ (PS 2020: 3) sowie als „die größte Herausforderung der Menschheitsgeschichte“ (PS 2020: 15). Darüber hinaus unterstreicht die Warnung, politische Fehlentscheidungen könnten „alles [...] zerstören“ (vgl. PS 2020: 13), die wahrgenommenen Konsequenzen politischen Handelns.

In der Elefantenrunde 2024 tritt die Maxime insbesondere im Zusammenhang mit Umwelt- und Sicherheitspolitik hervor. Im Bereich des Bodenschutzes beschreibt Kogler die Natur als verletztes Gegenüber und erklärt: „Wir haben ihr zu viele Wunden zugefügt“ (vgl. ER 2024: 3). Deutlich stärker ausgeprägt ist die Emotionalisierung jedoch in den Passagen zum Ukrainekrieg. Kogler verweist auf „Kinderkrankenhäuser mit den Kindern, wo die Krebs haben“, die beschossen würden (vgl. ER 2024: 6), spricht von „Putins bestialische[m] Angriffskrieg“ (ER 2024: 7) und nennt schwerste Gewaltverbrechen, wenn er formuliert, dass „gemordet, massenvergewaltigt wird und Kinder verschleppt werden“ (vgl. ER 2024: 7). Die Folgen militärischer Gewalt werden dadurch in besonders eindringlicher Weise dargestellt.

Auffällig ist, dass sich die Dramatisierung und Emotionalisierung in der Regierungsphase auf wenige zentrale Themenfelder konzentriert. Besonders häufig betrifft sie die Corona-Pandemie, die Klimakrise, internationale Konflikte sowie Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Viele andere politische Themen werden demgegenüber überwiegend sachlich behandelt. Mehrere potenzielle Belege wurden nicht in die Gesamtauswertung aufgenommen, da sie stärker anderen Maximen zuzuordnen sind. Dies betrifft insbesondere abwertende Zuschreibungen gegenüber politischen Gegner*innen oder saloppe Formulierungen, deren dramatisierende Funktion nicht eindeutig nachweisbar ist. Durch die wiederholte Hervorhebung möglicher Folgen und Risiken erscheinen einzelne politische Themen als besonders dringlich und bedeutsam. Die ausgewählten Themen werden dadurch nicht als gewöhnliche politische Sachfragen dargestellt, sondern als Entwicklungen mit erheblichen gesellschaftlichen Konsequenzen. Insgesamt ist die Maxime im Regierungskorpus klar nachweisbar. Ihre Ausprägung bleibt

jedoch auf einzelne Themenfelder beschränkt und zeigt sich nicht durchgängig im gesamten Regierungskorpus.

Im untersuchten Regierungskorpus zeigt sich die Maxime der **eintrichternden Wiederholung** vor allem in der wiederholten Bezugnahme auf zentrale politische Themen und Argumentationsmuster. Die Wiederholung betrifft dabei weniger einzelne Schlagwörter als vielmehr bestimmte politische Kernanliegen, die im Verlauf der Beiträge mehrfach aufgegriffen und aus unterschiedlichen Perspektiven erläutert werden. Im Unterschied zu anderen Maximen dient sie nicht der Vereinfachung komplexer Zusammenhänge oder der emotionalen Zuspitzung, sondern der fortlaufenden Verankerung ausgewählter Themen innerhalb der politischen Argumentation.

Bereits in der Regierungserklärung 2020 finden sich entsprechende Muster. Besonders deutlich zeigt sich dies im Bereich des Klima- und Umweltschutzes. Kogler verweist wiederholt auf die Notwendigkeit einer ökologischen Transformation und greift verschiedene Aspekte dieses Themenfeldes erneut auf, etwa die ökologische Steuerreform, den Ausbau erneuerbarer Energien oder das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 (vgl. RE 2020: 5). Auch Europa fungiert als wiederkehrender Bezugspunkt. Fragen europäischer Zusammenarbeit, gemeinsamer Verantwortung und der Rolle Österreichs innerhalb der Europäischen Union werden mehrfach thematisiert (vgl. RE 2020: 2–4).

In der Pressestunde 2020 zeigt sich die Maxime besonders deutlich. Trotz der thematischen Vielfalt des Interviews kehrt Kogler wiederholt zu denselben politischen Kernanliegen zurück. Dies betrifft zunächst die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen. Wiederholt werden die Notwendigkeit staatlicher Unterstützungsmaßnahmen, Investitionen und wirtschaftlicher Erholung thematisiert (vgl. PS 2020: 1–13). Gleichzeitig fungiert der Klima- und Umweltschutz als kontinuierlicher Bezugspunkt der Argumentation. Unabhängig davon, ob über Konjunkturprogramme, Gebäudesanierungen, Energiepolitik oder europäische Wiederaufbauprogramme gesprochen wird, werden die jeweiligen Themen regelmäßig mit klimapolitischen Zielsetzungen verknüpft (vgl. PS 2020: 7–15). Darüber hinaus greift Kogler mehrfach die Vorstellung auf, dass Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung gemeinsam gedacht werden müssten. Die Verbindung ökologischer und ökonomischer Aspekte bildet damit ein wiederkehrendes Deutungsmuster innerhalb der Pressestunde.

Auch in der Elefantenrunde 2024 bleibt die eintrichternde Wiederholung erkennbar. Trotz wechselnder Themen und Gesprächspartner*innen kehrt Kogler regelmäßig zu denselben politischen Schwerpunkten zurück. Besonders häufig betrifft dies den Klima- und Umweltschutz.

Fragen des Bodenschutzes, der Energiewende, der Klimapolitik und der ökologischen Transformation werden in unterschiedlichen Zusammenhängen wiederholt aufgegriffen (vgl. ER 2024: 1–5). Ebenso werden sozialpolitische Themen mehrfach aktiviert, etwa im Zusammenhang mit Kinderarmut, Pflege, Teuerung oder Integration (vgl. ER 2024: 2–5). Die Wiederholungen entstehen dabei häufig aus dem Gesprächsverlauf heraus, indem unterschiedliche Fragestellungen erneut auf dieselben politischen Kernanliegen bezogen werden.

Auffällig ist, dass sich die Wiederholungen in der Regierungsphase auf eine vergleichsweise begrenzte Zahl von Themen konzentrieren. Besonders häufig betrifft dies den Klima- und Umweltschutz, soziale Fragen, die Bewältigung gesellschaftlicher Krisen sowie die Verbindung ökologischer und wirtschaftlicher Zielsetzungen. Unterschiedliche Themenfelder werden dabei immer wieder auf dieselben grundlegenden politischen Anliegen zurückgeführt.

Durch diese wiederholten Bezugnahmen bleiben bestimmte politische Schwerpunkte dauerhaft präsent und erhalten innerhalb der Argumentation besonderes Gewicht. Die Wiederholung trägt dazu bei, zentrale Deutungsmuster über unterschiedliche Kommunikationssituationen hinweg zu stabilisieren und politische Prioritäten hervorzuheben. Zwischen den Formaten zeigen sich dabei Unterschiede in der Ausgestaltung. Während die Regierungserklärung stärker durch die programmatische Wiederholung zentraler Vorhaben geprägt ist, entstehen entsprechende Muster in Pressestunde und Elefantenrunde häufiger im Verlauf der Diskussion. Die grundlegende Funktion, politische Kernanliegen kontinuierlich im Fokus zu halten, bleibt jedoch über alle drei Beiträge hinweg erkennbar.

Nach Prüfung der Regierungserklärung 2020 finden sich keine eindeutigen Belege für die Maxime der **kalkulierten Ambivalenz**. Nachweisbar wäre diese Maxime dann, wenn politische Positionen bewusst offengehalten, unterschiedliche Interpretationen ermöglicht oder zentrale Aussagen strategisch mehrdeutig formuliert würden. Dies lässt sich im vorliegenden Material nicht feststellen.

Potenziell relevant erscheinen jene Passagen, in denen Kogler die Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien beschreibt. So spricht er von einem „Pakt für eine Regierung [...] mit zwei sehr unterschiedlichen Zugängen und Parteien“ und erklärt, dass sich die Parteien „im Einzelnen [...] an unterschiedlichen Stellen stärker oder weniger stark [...] durchgesetzt“ hätten (vgl. RE 2020: 4). Diese Aussagen lassen jedoch keine bewusste Mehrdeutigkeit erkennen. Vielmehr werden unterschiedliche politische Ausgangspositionen sowie die Kompromisshaftigkeit des Regierungsprogramms ausdrücklich benannt.

Auch die Formulierung, man wolle bei der CO₂-Bepreisung „das beste Modell finden“ (vgl. RE 2020: 5), könnte zunächst als offene Positionierung verstanden werden. Im weiteren Verlauf wird jedoch deutlich, dass die Einführung der Maßnahme grundsätzlich vorgesehen ist und lediglich ihre konkrete Ausgestaltung noch näher bestimmt werden soll (vgl. RE 2020: 5).

Auf Grundlage der Regierungserklärung 2020 lässt sich die Maxime der kalkulierten Ambivalenz daher nicht nachweisen. Vereinzelt finden sich Formulierungen, die auf politische Kompromissbildung oder offene Detailfragen verweisen. Diese bleiben jedoch nicht dauerhaft mehrdeutig, sondern werden im weiteren Verlauf erläutert oder konkretisiert. Ein Muster bewusst offengehaltener oder strategisch mehrdeutiger Positionierungen ist in der Regierungserklärung nicht erkennbar.

Im untersuchten Regierungskorpus finden sich mehrere Belege für die Maxime der **Erlösungs- oder Befreiungsverheißung**. Sie zeigt sich insbesondere dort, wo bestehende Krisen, gesellschaftliche Herausforderungen oder politische Defizite mit der Aussicht auf Verbesserungen und zukünftige Entwicklungen verbunden werden. Nicht jede Ankündigung politischer Maßnahmen wurde dabei als Beleg gewertet. Entscheidend ist vielmehr, ob politische Probleme ausdrücklich als bearbeitbar dargestellt und mit konkreten Perspektiven ihrer Überwindung oder Verbesserung verknüpft werden.

In der Regierungserklärung 2020 tritt dieses Muster vor allem in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, Sozialpolitik sowie politische Transparenz hervor. Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit Österreichs Rolle in Europa. Kogler betont, dass Österreich „ein Beitrag in Europa und in der Welt leisten [kann] zu mehr Frieden, Vertrauen und [...] Stabilität“, bezeichnet dies als „unsere Aufgabe“ und ergänzt: „Diesen Beitrag wollen wir leisten. Darauf können Sie sich verlassen“ (RE 2020: 3). Bestehende Herausforderungen erscheinen dadurch nicht als unveränderbar, sondern als Entwicklungen, auf die politisch Einfluss genommen werden könne. Im Bereich des Klima- und Umweltschutzes werden wiederholt Perspektiven grundlegender Veränderung eröffnet. Die Formulierung vom „Einstieg in den Umstieg“ (RE 2020: 5) verweist auf einen umfassenden Transformationsprozess, während das Ziel, Österreich solle „2040 klimaneutral sein“ (vgl. RE 2020: 5), eine konkrete Zukunftsperspektive formuliert. Die angesprochenen Herausforderungen werden dadurch nicht ausschließlich als Problem beschrieben, sondern mit der Möglichkeit erfolgreicher politischer Gestaltung verbunden. Auch in sozialpolitischen Zusammenhängen finden sich entsprechende Befunde. So verweist Kogler auf die Bedeutung von „Armutsbekämpfung“ und der „Sicherung des Sozialstaats“ und beschreibt

einzelne Maßnahmen als „wesentliche[n] Beitrag zu mehr Chancengleichheit“ und zur Integration (vgl. RE 2020: 6). Im Zusammenhang mit Arbeitsmigration äußert er zudem die Hoffnung, „dass sich auf diese Art und Weise der Diskurs entsprechend mitverändert“ (vgl. RE 2020: 6). Gesellschaftliche Probleme werden somit wiederholt mit der Aussicht auf positive Entwicklungen verbunden. Auch die angekündigten Reformen im Bereich der Informationsfreiheit und Transparenz zielen auf strukturelle Verbesserungen ab. Kogler spricht in diesem Zusammenhang vom „größten Transparenzpaket der letzten Jahrzehnte“ und betont, bestehende Regelungen „völlig modernisieren“ zu wollen (RE 2020: 6–7).

In der Pressestunde 2020 entstehen entsprechende Zukunfts- und Verbesserungsperspektiven vor allem als Reaktion auf konkrete Nachfragen. Wirtschaftspolitisch verbindet Kogler die Krise mit der Vorstellung, sich „aus der Krise herausinvestieren“ zu können (vgl. PS 2020: 7). Eine vergleichbare Perspektive entwickelt er auf europäischer Ebene. So erklärt er, Europa habe „die Chance, hier aus der Krise herauszukommen“ (vgl. PS 2020: 12), und formuliert das Ziel, die Europäische Union „stärker aus dieser Krise herauszuführen, als sie hineingeschlittert ist“ (PS 2020: 13). Gegenwärtige Krisen werden damit nicht als dauerhafte Zustände beschrieben, sondern mit der Aussicht auf positive Entwicklungen verknüpft. Im Bereich des Klimaschutzes zeigt sich dies ebenfalls deutlich, wenn Kogler betont: „Klimaschutz schafft Arbeitsplätze und ist eine Riesenwirtschaftschance“ (PS 2020: 14). Die ökologische Transformation erscheint dadurch nicht nur als notwendige Reaktion auf bestehende Probleme, sondern zugleich als Quelle neuer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Möglichkeiten. Gegen Ende der Sendung verbindet Kogler schließlich verschiedene Krisen miteinander und hält fest: „Bekämpfen wir die Gesundheitskrise, die Wirtschaftskrise und die Klimakrise mit ähnlichen Maßnahmen. Na, dann haben wir viel weitergebracht“ (PS 2020: 15). Die gleichzeitige Bearbeitung mehrerer Herausforderungen wird dadurch ausdrücklich als erreichbar dargestellt.

Auch in der Elefantenrunde 2024 lässt sich die Maxime nachweisen, wenngleich sie hier stärker an einzelne Diskussionsthemen gebunden bleibt. Dies wird insbesondere sichtbar im Zusammenhang mit dem Klima- und Bodenschutz. Kogler erklärt, im Klimaschutz sei „noch nie so viel weitergegangen wie jetzt“ (vgl. ER 2024: 1). Die Aussage bleibt dabei nicht bei der Hervorhebung bereits erreichter Erfolge stehen, sondern impliziert die Möglichkeit, die eingeleitete Entwicklungen als grüne Partei mit Regierungsbeteiligung fortzuführen. Bereits erreichte Veränderungen erscheinen dadurch als Ausgangspunkt weiterer Verbesserungen. Auch Bodenschutz wird mit konkreten Zukunftsperspektiven verknüpft, wenn Kogler argumentiert, dieser bedeute „mehr Hochwasserschutz“ und damit „mehr Menschenschutz“ (vgl. ER 2024: 3). Die bestehende Problemlage wird somit mit der Aussicht auf eine Verringerung zukünftiger

Schäden verbunden. Darüber hinaus spricht Kogler im Zusammenhang mit dem Bodenschutz davon, eine „Trendwende“ einleiten zu wollen, wodurch bestehende Entwicklungen ausdrücklich als veränderbar beschrieben werden (vgl. ER 2024: 4). Im Bereich der Integrationspolitik verbindet er das verpflichtende zweite Kindergartenjahr schließlich mit besseren Deutschkenntnissen, mehr Integration und einem „Riesenbeitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut“ (vgl. ER 2024: 5). Gesellschaftliche Herausforderungen erscheinen dadurch wiederholt als politisch bearbeitbar.

Auffällig ist, dass sich die Erlösungs- und Befreiungsverheißungen in der Regierungsphase auf jene Themenfelder konzentrieren, die bereits die übrige Argumentation prägen. Besonders häufig betrifft dies den Klima- und Umweltschutz, die Bewältigung gesellschaftlicher Krisen, soziale Fragen, Europa sowie politische Transparenz. Mehrere potenzielle Belege berühren dabei auch andere Maximen. So kann die Formulierung vom „Einstieg in den Umstieg“ zugleich als sprachliche Verdichtung gelesen werden; im vorliegenden Zusammenhang wurde sie jedoch berücksichtigt, weil sie einen grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungsprozess beschreibt. Ebenso wurden Aussagen mit dramatisierenden Elementen nur dann aufgenommen, wenn sie zusätzlich eine konkrete Perspektive der Verbesserung oder Problembewältigung eröffneten.

Die Funktion dieser sprachlichen Strategie besteht darin, politische Handlungsmöglichkeiten sichtbar zu machen und die Vorstellung zu vermitteln, dass bestehende Probleme nicht dauerhaft festgeschrieben sind. Politische Herausforderungen erscheinen dadurch wiederholt als Aufgaben, die durch politisches Handeln bearbeitet und zumindest teilweise überwunden werden können. Im Vergleich der Formate zeigen sich Unterschiede in der Ausgestaltung dieser Maxime. Während die Regierungserklärung Zukunftsperspektiven überwiegend programmatisch entfaltet, entstehen entsprechende Verheißungen in Pressestunde und Elefantenrunde häufiger im Zusammenhang mit konkreten Nachfragen und aktuellen politischen Diskussionen. Die grundsätzliche Orientierung auf erreichbare Verbesserungen bleibt jedoch über alle drei Beiträge hinweg deutlich erkennbar.

Zwischenfazit

Die Analyse der sprachkritischen Maximen nach Reisigl zeigt, dass die untersuchten Beiträge der Regierungsphase durch eine unterschiedlich starke Ausprägung der einzelnen sprachlichen

Strategien gekennzeichnet sind. Nicht alle Maximen lassen sich gleichermaßen deutlich nachweisen; vielmehr variiert ihr Auftreten sowohl zwischen den einzelnen Beiträgen als auch in Abhängigkeit vom jeweiligen Kommunikationsformat.

Während einige Maximen lediglich punktuell nachweisbar sind, prägen andere die untersuchten Beiträge in unterschiedlicher Intensität. Für die kalkulierte Ambivalenz konnten keine eindeutigen Belege festgestellt werden. Auch die Froschperspektivierung sowie die Maxime „Ich bin eine*r von euch“ treten insgesamt zurückhaltender auf und beschränken sich überwiegend auf einzelne Passagen der dialogischen Formate. Freund-Feind-Dichotomisierungen lassen sich zwar vereinzelt nachweisen, entwickeln sich jedoch nicht zu einer durchgängigen Gegenüberstellung eines homogenen „Volkes“ und einer klar definierten Gegengruppe. Demgegenüber zeigen sich insbesondere die Komplexitätsreduktion, die direkte Benennung politischer Sachverhalte, die eintrichternde Wiederholung zentraler Anliegen sowie Formen der Dramatisierung und Emotionalisierung wiederholt in den untersuchten Beiträgen. Auch Erlösungs- und Befreiungsverheißungen sowie abwertende Zuschreibungen sind in einzelnen Kontexten deutlich erkennbar.

Zugleich verdeutlicht die Analyse die Bedeutung des jeweiligen Kommunikationsformats für die konkrete Ausgestaltung der sprachlichen Strategien. Die Regierungserklärung 2020 weist insgesamt eine stärker programmatische und konsensorientierte Struktur auf. Die identifizierten Maximen treten hier häufig in Form langfristiger Zielsetzungen, politischer Vorhaben oder institutioneller Veränderungsperspektiven auf. In den dialogischen Formaten Pressestunde 2020 und Elefantenrunde 2024 zeigen sich demgegenüber häufiger spontane Reaktionen auf konkrete Fragestellungen, wodurch vereinfachende Veranschaulichungen, direkte Positionierungen, Dramatisierungen oder abwertende Zuschreibungen verstärkt hervortreten. Die Ausprägung einzelner Maximen scheint damit nicht ausschließlich von den behandelten Themen abhängig zu sein, sondern auch durch die jeweiligen kommunikativen Rahmenbedingungen beeinflusst zu werden.

Insgesamt entsteht das Bild einer politischen Kommunikation, die durch eine situationsabhängige und unterschiedlich stark ausgeprägte Verwendung der untersuchten Maximen gekennzeichnet ist. Einzelne sprachliche Strategien treten wiederholt hervor, ohne jedoch sämtliche Beiträge gleichermaßen zu prägen. Die Regierungsphase erscheint damit weder als sprachlich homogen noch als durch einzelne Maximen durchgehend bestimmt. Vielmehr zeigt sich eine differenzierte Verwendung verschiedener sprachlicher Strategien, die in engem Zusammenhang mit den jeweiligen Themen und Kommunikationssituationen steht.

Die gewonnenen Befunde werden im anschließenden Vergleich mit den Ergebnissen der Oppositionsphase systematisch gegenübergestellt. Ziel ist es, auf dieser Grundlage jene Entwicklungen sichtbar zu machen, die sich im Übergang von der Oppositions- zur Regierungsrolle in der Verwendung der untersuchten sprachkritischen Maximen zeigen.

6.3 Vergleich der Oppositions- und Regierungsphase

Nach der getrennten Analyse der Oppositions- und Regierungsphase erfolgt nun die vergleichende Betrachtung der Ergebnisse. Ziel dieses Kapitels ist es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Sprachgebrauch Werner Koglers herauszuarbeiten und jene Entwicklungen sichtbar zu machen, die sich im Übergang von der Opposition zur Regierungsverantwortung in den einzelnen Analysekatégorien beobachten lassen. Die Gegenüberstellung erfolgt getrennt nach den Befunden der pragmatisch-semantischen Analyse und der Analyse der sprachkritischen Maximen nach Reisigl.

6.3.1 Vergleich der pragmatisch-semantischen Analyse

Im Vergleich der pragmatisch-semantischen Befunde der Oppositions- und Regierungsphase zeigen sich sowohl deutliche Kontinuitäten als auch Verschiebungen innerhalb der verwendeten **Leit- und Schlüsselbegriffe**. Mehrere zentrale Themenfelder bleiben über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg bestehen, treten jedoch teilweise in veränderten Zusammenhängen auf und strukturieren die politische Argumentation auf unterschiedliche Weise.

Eine besondere Stabilität weist der *Klimaschutz* auf. Bereits in der Oppositionsphase stellt er mit 33 dokumentierten Nennungen den häufigsten Leitbegriff des Korpus dar und wird wiederholt mit Fragen gesellschaftlicher Zukunftsgestaltung verknüpft (vgl. EW 2019: 2; NRW 2019: 1–3). Auch in der Regierungsphase bleibt *Klimaschutz* mit 29 Nennungen ein dominierender Bezugspunkt der politischen Kommunikation. Gleichzeitig verändert sich die Art seiner Einbettung. Während *Klimaschutz* in den Oppositionsreden vor allem als Ausdruck politischen Handlungsbedarfs und als Bestandteil eines umfassenden gesellschaftlichen Veränderungsanspruchs erscheint, wird er in der Regierungsphase verstärkt mit konkreten Maßnahmen, wirtschaftspolitischen Überlegungen und bereits umgesetzten Vorhaben verbunden (vgl. RE 2020: 4–5; PS 2020: 14; ER 2024: 1). Die zentrale Bedeutung des Themenfeldes bleibt somit erhalten, auch wenn sich die Kontexte seiner Verwendung verschieben.

Ähnliches gilt für das Bedeutungsfeld der *Verantwortung*. In beiden Phasen fungiert *Verantwortung* als normativer Bezugspunkt politischen Handelns. Die konkrete Ausgestaltung unterscheidet sich jedoch. In der Oppositionsphase dient der Begriff unter anderem dazu, politisches Nichthandeln zu kritisieren und politische Verantwortung einzufordern. Gleichzeitig finden sich Formen der Selbstzuschreibung, etwa im Zusammenhang mit der Mitverantwortung für das Ausscheiden der Grünen aus dem Nationalrat (vgl. EW 2019: 2, 6; ER 2019: 1). In der Regierungsphase steht *Verantwortung* häufiger im Zusammenhang mit der Übernahme politischer Gestaltung und gemeinsamer Regierungsarbeit. Bezugnahmen auf das Handeln „aus Verantwortung für Österreich“ sowie auf die gemeinsame Verantwortung innerhalb der Regierung treten dabei in den Vordergrund (vgl. RE 2020: 4; ER 2024: 9). *Verantwortung* bleibt somit ein durchgängiger Leitbegriff, wird jedoch in den beiden Phasen unterschiedlich akzentuiert.

Auch *Gerechtigkeit* zählt in beiden Phasen zu den wiederkehrenden Wertbezügen. In der Oppositionsphase wird der Begriff insbesondere im Zusammenhang mit sozialen Ungleichheiten verwendet (vgl. NRW 2019: 3; PS 2019: 11). In der Regierungsphase treten ebenfalls sozial- und wirtschaftspolitische Fragestellungen in den Vordergrund. Thematisiert werden unter anderem die Entlastung von Personen mit geringem Einkommen sowie die stärkere finanzielle Beteiligung jener Bevölkerungsgruppen, die über größere finanzielle Ressourcen verfügen (vgl. PS 2020: 8–9; ER 2024: 2). Die grundsätzliche Orientierung an Gerechtigkeitsvorstellungen bleibt damit bestehen, während sich die konkreten politischen Kontexte verändern.

Demokratie fungiert ebenfalls phasenübergreifend als zentraler Wertbegriff. In der Oppositionsphase wird *Demokratie* unter anderem im Zusammenhang mit innerparteilichen Verfahren positiv hervorgehoben (vgl. EW 2019: 1). In der Regierungsphase treten demgegenüber stärker institutionelle und rechtsstaatliche Aspekte hervor. *Demokratie* erscheint nun wiederholt als schützenswerter Wert, der gestärkt und immer wieder neu begründet werden müsse (vgl. RE 2020: 2–3). Gleichzeitig gewinnt mit der *Rechtsstaatlichkeit* ein weiterer normativer Bezugspunkt an Bedeutung, der in den Oppositionsanalysen nicht in vergleichbarer Weise dokumentiert wurde (vgl. RE 2020: 2).

Neben diesen Kontinuitäten lassen sich auch Leit- und Schlüsselbegriffe identifizieren, die jeweils einzelne Phasen besonders prägen. Die Oppositionsphase wird zusätzlich durch Begriffe wie *Zeitenwende*, *Comeback* und *Zusammenhalt* strukturiert. Das Bedeutungsfeld des *Comebacks* steht dabei in engem Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Grünen und ihrer Rückkehr in den Nationalrat (vgl. ER 2019: 1; NRW 2019: 5). Die *Zeitenwende* fungiert als übergeordneter Deutungsrahmen, innerhalb dessen politische Verantwortung, Klimaschutz und

gesellschaftliche Veränderungen verortet werden (vgl. NRW 2019: 1). *Zusammenhalt* tritt insbesondere im europäischen Kontext als positiver Gegenpol zu gesellschaftlicher Spaltung hervor (vgl. EW 2019: 1). In der Regierungsphase treten demgegenüber *Europa* und *Sicherheit* deutlicher hervor. *Europa* wird wiederholt mit internationalen Kooperationsprozessen sowie konkreten politischen Maßnahmen verknüpft (vgl. RE 2020: 2–4; PS 2020: 11–13). *Sicherheit* gewinnt insbesondere im Zusammenhang mit außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen an Bedeutung (vgl. RE 2020: 3, 6; ER 2024: 6).

Darüber hinaus zeigen sich Unterschiede in der formatbezogenen Ausgestaltung einzelner Leitbegriffe. In der Oppositionsphase treten *Zeitenwende* und *Comeback* insbesondere in den Wahlkampfreden hervor. *Klimaschutz*, *Verantwortung* und *Gerechtigkeit* lassen sich hingegen sowohl in monologischen als auch in dialogischen Formaten nachweisen. In der Regierungsphase zeigt sich eine vergleichbare Stabilität insbesondere für *Klimaschutz* und *Verantwortung*. *Europa* und rechtsstaatliche Wertbezüge erscheinen vor allem in der Regierungserklärung und der Pressestunde, während sicherheitsbezogene Aspekte insbesondere die Elefantenrunde 2024 prägen.

Die sprachliche **Selbst- und Fremdpositionierung** stellt in beiden Untersuchungsphasen einen wiederkehrenden Bestandteil der Beiträge Werner Koglers dar. Dabei zeigt sich, dass sowohl Formen der Selbstbeschreibung als auch der Abgrenzung gegenüber politischen Mitbewerber*innen in Opposition und Regierung präsent bleiben, ihre konkrete Ausgestaltung jedoch Veränderungen unterliegt.

In der Oppositionsphase steht die **Selbstpositionierung** der Grünen häufig im Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus dem Nationalrat und der damit verbundenen Perspektive einer politischen Rückkehr. Die eigene politische Gruppe erscheint als handlungsfähige Gemeinschaft, die Rückschläge verarbeitet und trotz schwieriger Ausgangsbedingungen weiterhin politische Gestaltung beansprucht. Bezugnahmen auf den „Wiederaufbau“, die Bewegung „Zurück zu den Grünen“ sowie die Beschreibung des eigenen Handelns als „umfallen, aufstehen, weiterkämpfen“ (vgl. ER 2019: 1) verweisen auf diese Form der Selbstbeschreibung. Ergänzt wird dieses Bild durch die Betonung von Engagement, Beharrlichkeit und politischer Überzeugung, die unabhängig von institutionellen Ressourcen als Grundlage politischen Handelns dargestellt werden (vgl. EW 2019: 11).

Die Regierungsphase weist ebenfalls zahlreiche Formen der Selbstpositionierung auf, setzt jedoch andere Akzente. Die Darstellung der Grünen erfolgt nun häufiger über gemeinsame Regierungsarbeit, fachliche Kompetenz und politische Umsetzung. Kogler hebt sowohl die

Qualifikationen grüner Regierungsmitglieder hervor als auch die Zusammenarbeit innerhalb des grünen Teams (vgl. RE 2020: 1–2; PS 2020: 5, 8). Daneben werden konkrete Ergebnisse sowie die enge Verbindung der Grünen mit klima- und umweltpolitischen Themen betont (vgl. ER 2024: 5, 8). Die eigene politische Gruppe erscheint damit weiterhin als handlungsfähig, die Handlungsfähigkeit wird jedoch zunehmend im Kontext politischer Verantwortung und bereits erfolgter Gestaltung beschrieben.

Vergleichbar sind die Befunde in Bezug auf die **Wir-Konstruktionen**. In beiden Phasen verweist das Pronomen „wir“ auf unterschiedliche Bezugsgruppen und dient dazu, politische Anliegen als gemeinschaftliche Aufgaben zu markieren. Die konkrete Reichweite dieser Bezugnahmen variiert jedoch. Während in der Oppositionsphase insbesondere bewegungsbezogene Formen eines parteiinternen Wir hervortreten, die die angestrebte politische Rückkehr der Grünen in den Nationalrat begleiten, finden sich daneben gesellschaftlich und europäisch erweiterte Wir-Konstruktionen, die politische Herausforderungen als gemeinsame Verantwortung rahmen (vgl. NRW 2019: 2, 5; EW 2019: 11). In der Regierungsphase wird das Wir verstärkt zur Beschreibung gemeinsamer Regierungsarbeit eingesetzt (vgl. RE 2020: 4). Gleichzeitig bleiben parteibezogene und vereinzelt gesellschaftlich erweiterte Bezugnahmen bestehen (vgl. RE 2020: 2, 5; PS 2020: 1; ER 2024: 8). Die Verwendung kollektiver Bezugnahmen erweist sich damit als stabiles Element des Sprachgebrauchs, während sich die dominierenden Bezugsgruppen verändern.

Im Bereich der **Fremdpositionierungen** zeigen sich ausgeprägte Unterschiede. Die Oppositionsphase ist durch zahlreiche unmittelbare und teilweise zugespitzte Zuschreibungen gegenüber politischen Mitbewerber*innen geprägt. Wiederkehrend sind Hinweise auf mangelnde Einsicht, politische Versäumnisse sowie offen wertende Charakterisierungen politischer Entscheidungen und handelnder Personen. Fremdpositionierungen erfolgen unter anderem über Begriffe wie „Unterlassungstäterschaft“, „Verantwortungsverweigerer“, „Klimawandelleugner“ oder wertende Zuschreibungen wie „dumpfbackig“ und „hirnlos“ (vgl. EW 2019: 1, 2, 6; NRW 2019: 1, 5; ER 2019: 2; PS 2019: 7). Gleichzeitig zeigt sich innerhalb der Pressestunde eine stärkere Tendenz zu relativierten und als persönliche Einschätzung gekennzeichneten Bewertungen (vgl. PS 2019: 1–2).

Auch in der Regierungsphase bleiben kritische Fremdpositionierungen nachweisbar, insbesondere im Zusammenhang mit budget-, klima- oder migrationspolitischen Konflikten (vgl. ER 2024: 2, 4–5). Im Unterschied zur Oppositionsphase finden sich jedoch häufiger auch positive Bezugnahmen auf andere politische Akteur*innen. Einzelne Politiker*innen werden aus-

drücklich für ihre Arbeit gewürdigt oder in bestimmten Sachfragen als konstruktive Partner*innen dargestellt (vgl. PS 2020: 1; ER 2024: 3–4). Zugleich fällt auf, dass die Regierungserklärung nur wenige eindeutig belegbare Fremdpositionierungen enthält. Die sprachliche Positionierung anderer politischer Akteur*innen erscheint in der Regierungsphase insgesamt weniger homogen und umfasst sowohl Kritik als auch punktuelle Formen der Anerkennung.

Die **Zukunftsbezüge, metaphorischen Ausdrucksweisen und sprachlichen Verdichtungen** stellen in beiden Untersuchungsphasen einen bedeutsamen Bestandteil des analysierten Sprachgebrauchs dar. In beiden Phasen werden politische Entwicklungen nicht ausschließlich sachlich beschrieben, sondern wiederholt durch zeitliche Perspektivierungen, bildhafte Ausdrucksweisen und verdichtete sprachliche Formulierungen strukturiert.

Im Bereich der **Zukunftsbezüge** zeigt die Oppositionsphase eine enge Verknüpfung von gegenwärtigen Problembeschreibungen mit Vorstellungen politischer und gesellschaftlicher Veränderung. Zukunft erscheint dabei häufig als Handlungsraum, der mit Transformation, klimapolitischer Umkehr und parteipolitischer Erneuerung verbunden wird. Dies zeigt sich unter anderem in Begriffen wie *Zeitenwende*, *Comeback* und *Wiederaufbau* sowie in Formulierungen rund um *Umstieg* und *Umkehr*, die auf zukünftige Entwicklungen verweisen (vgl. ER 2019: 2; PS 2019: 13). Zukunftsbezüge treten zudem häufig im Zusammenhang mit Klimaschutz auf, etwa durch Verweise auf kommende Generationen oder konkrete zeitliche Bezugspunkte wie das Jahr 2030 beziehungsweise die nächsten zehn Jahre (vgl. EW 2019: 6; NRW 2019: 5; ER 2019: 6).

Auch in der Regierungsphase finden sich Zukunftsbezüge in allen untersuchten Beiträgen. Im Unterschied zur Oppositionsphase treten sie jedoch häufiger gemeinsam mit konkreten Zeitmarkierungen, politischen Maßnahmen sowie längerfristigen Zielsetzungen auf. Dies zeigt sich beispielsweise in Bezugnahmen auf die ökologische Steuerreform, das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 oder institutionelle Reformvorhaben wie das Transparenzpaket und den Ausbau der Kinderbetreuung (vgl. RE 2020: 5–6). In den dialogischen Formaten beziehen sich Zukunftsbezüge zudem auf zeitnah erwartete Entwicklungen, etwa im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie oder der europäischen Krisenbewältigung (vgl. PS 2020: 1, 4, 6, 12–13). Gleichzeitig bleiben längerfristige Perspektiven erhalten, beispielsweise im Zusammenhang mit Bodenschutzmaßnahmen oder sicherheitspolitischen Entwicklungen (vgl. ER 2024: 4, 6).

In beiden Phasen spielen Bewegungs- und Veränderungsmetaphern eine zentrale Rolle. In der Oppositionsphase treten sie insbesondere im Zusammenhang mit gesellschaftlichem Wandel, klimapolitischer Transformation und der politischen Rückkehr der Grünen auf. Eine

besonders stabile Metapher bildet dabei der Übergang vom „fossilen Zeitalter“ zum „Solarzeitalter“, der in allen vier Oppositionsbeiträgen nachweisbar ist (vgl. ER 2019: 6; PS 2019: 12; EW 2019: 7; NRW 2019: 5). Auch in der Regierungsphase bleiben Bewegungs- und Verkehrsmetaphern präsent. Sie treten jedoch vermehrt im Zusammenhang mit politischen Maßnahmen, Fortschritt und konkreten Entwicklungsschritten auf. Beispiele hierfür sind Formulierungen wie „den Einstieg in den Umstieg schaffen“ (RE 2020: 5), „voranschreiten“ (vgl. RE 2020: 4), „auf der Überholspur“ (vgl. ER 2024: 1), „Bremsen“ (vgl. ER 2024: 2) oder die Vorstellung, einen „Waggon [...] auf die Schiene“ zu bekommen (vgl. PS 2020: 15). Während Bewegungsmetaphorik in der Oppositionsphase häufig mit umfassenderen Veränderungsprozessen verbunden ist, erscheint sie in der Regierungsphase verstärkt im Kontext konkreter politischer Entwicklungen.

Die Oppositionsphase weist eine große Bandbreite wiederkehrender metaphorischer Felder auf. Dazu zählen **Metaphern** aus den Bereichen Arbeit und Handwerk, Bau und Konstruktion, Körper und Emotion, Kampf und Konflikt, Technik sowie Zeit und Dringlichkeit. Auch in der Regierungsphase finden sich unterschiedliche metaphorische Bildbereiche. Insbesondere die dialogischen Formate enthalten zahlreiche alltagsnahe bildhafte Formulierungen. Neben konventionalisierten phraseologischen Wendungen wie „unter einen Hut bringen“ oder „mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen“ finden sich auch situativ entwickelte metaphorische Ausdrücke wie „mit der Gießkanne herumpritscheln“ (vgl. PS 2020: 10, 14). In der Elefantenrunde treten zusätzlich räumliche, theaterbezogene und musikalische Bilder auf, beispielsweise „Nebel geworfen“, „vor den Vorhang“ holen oder Probleme „hochjazzen“ (vgl. ER 2024: 4–5). Während die Regierungserklärung überwiegend einzelne wiederkehrende Bildbereiche enthält, weisen die dialogischen Formate eine größere Bandbreite alltagsnaher und situativ entwickelter Metaphern auf.

Ein vergleichbares Bild ergibt sich bei sprachlichen **Verdichtungen** und Gegensatzkonstruktionen. In der Oppositionsphase finden sich zahlreiche Verdichtungen in unterschiedlichen Themenfeldern. Neben bereits genannten Begriffen mit verdichtender Funktion treten weitere Ausdrücke wie Unterlassungstäterschaft, Klimawandelleugner oder Überlebensfrage hinzu (vgl. NRW 2019: 5; ER 2019: 2; EW 2019: 6–8). Ergänzt werden diese durch Kurzformeln wie „Zukunft wird aus Mut gemacht“, „Ordnung und Menschlichkeit“ oder „saubere Umwelt und saubere Politik“ (vgl. EW 2019: 12; PS 2019: 4, 8–9; NRW 2019: 2). Auch Gegensatzkonstruktionen treten wiederholt auf. Beispiele hierfür sind „Zusammenhalt oder Spaltung“ oder die Gegenüberstellung von „Schlusslicht“ und „Vorreiter“ (vgl. EW 2019: 1–2; NRW 2019: 2).

Sprachliche Verdichtungen lassen sich auch in der Regierungsphase nachweisen. Sie treten dort insbesondere in der Elefantenrunde 2024 hervor. Dazu zählen Einzelbegriffe wie *Superministerium* oder *Germanen-Voodoo-Ökonomie* (ER 2024: 2, 5) sowie die formelhafte Aussage „Da muss man nicht nur fordern, sondern auch fördern“ (ER 2024: 5). Darüber hinaus finden sich Gegensatzkonstruktionen wie „mit der Natur [...] und nicht gegen die Natur“, die Gegenüberstellung hoher Steuerbelastung für jene, „die arbeiten“, und eines „Steuerparadies[es]“ für jene, „die Millionen erben“, oder die Formulierung von „denjenigen, die viel leisten, aber wenig verdienen“ (ER 2024: 2, 4). Während sprachliche Verdichtungen in der Oppositionsphase über mehrere Beiträge hinweg in unterschiedlichen Themenfeldern dokumentiert wurden, treten die in der Regierungsphase nachgewiesenen Verdichtungen stärker in einzelnen Kommunikationssituationen hervor.

Kontinuitäten bestehen somit insbesondere in der wiederkehrenden Verbindung von Zukunftsperspektiven mit Fragen des Klimaschutzes sowie in der Nutzung von Bewegungs- und Übergangsmetaphorik. Die Oppositionsphase ist durch umfassende Veränderungssemantiken, Zukunftsvisionen, Umbruchsbilder sowie durch zahlreiche verdichtete Kurzformeln und Gegensatzpaare gekennzeichnet. In der Regierungsphase werden Zukunftsbezüge verstärkt mit konkreten Maßnahmen, zeitlichen Bezugspunkten und politischen Zielsetzungen verknüpft. Metaphorische und verdichtende Ausdrucksweisen bleiben dabei erhalten, treten jedoch stärker im Zusammenhang mit spezifischen politischen Sachfragen und dialogischen Kommunikationssituationen hervor.

6.3.2 Vergleich der funktionalen Analyse anhand sprachkritischer Maximen

Im Vergleich der Oppositions- und Regierungsphase bleibt die **Freund-Feind-Dichotomisierung** in beiden Untersuchungszeiträumen nachweisbar, ist jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt und erhält andere Schwerpunkte. In beiden Phasen werden politische und gesellschaftliche Konflikte entlang von Gegensätzen strukturiert. Die Dichotomisierungen verlaufen überwiegend entlang konkreter politischer, ideologischer oder gesellschaftlicher Konfliktlinien.

In der Oppositionsphase zählt die Maxime zu den besonders prägenden Mustern. In allen vier untersuchten Reden werden politische Gegner*innen wiederholt den Grünen beziehungsweise den von ihnen vertretenen politischen Anliegen gegenübergestellt. Besonders deutlich wird dies in den Wahlkampfreden, in denen Kogler Gegensätze zwischen proeuropäischen Kräften und „Europazerstörer[n]“ (EW 2019: 3), zwischen Klimaschutz und klimapolitischer Untätigkeit sowie zwischen den Grünen und der türkis-blauen Bundesregierung herausarbeitet.

Die damalige Regierung wird dabei unter anderem als „blau-blaue Koalition“ beschrieben, während den Türkisen zugeschrieben wird, „mittlerweile die Rechtspopulisten“ zu sein (vgl. NRW 2019: 3). Auch in Pressestunde und Elefantenrunde bleibt diese Struktur erkennbar, tritt dort jedoch stärker situativ und themengebunden auf, etwa in der Kritik an der Zusammenarbeit von ÖVP und FPÖ oder in der Bezeichnung der damaligen Bundesregierung als „Unterlassungstäter und Klimawandelleugner“ (ER 2019: 2).

In der Regierungsphase treten Freund-Feind-Dichotomisierungen ebenfalls auf, erscheinen aber insgesamt weniger als durchgehende Struktur. Besonders in der Regierungserklärung 2020 sind sie zurückhaltender ausgeprägt. Zwar werden dort „alte Nationalismen“ und „neue[r] Rechtsextremismus“ (RE 2020: 2) demokratischen Grundwerten gegenübergestellt, zugleich finden sich aber auch Formulierungen, die gemeinsame politische Gestaltung betonen. Die Aussage, es gehe nicht darum, „wer hat jetzt gewonnen oder nicht“, sondern darum, „was Gemeinsames zustande zu bringen“ (RE 2020: 4), zeigt, dass dichotome Gegenüberstellungen hier nicht im Vordergrund stehen.

Deutlicher treten solche Strukturen in der Regierungsphase in den dialogischen Formaten hervor. Während in der Oppositionsphase politische und ideologische Gegensätze besonders stark hervortreten, werden in der Pressestunde 2020 und der Elefantenrunde 2024 häufiger soziale und steuerpolitische Gegensätze markiert. Kogler stellt etwa „die kleinen und kleinsten Einkommensbezieherinnen“ jenen gegenüber, bei denen „Millionäre und Milliardäre [...] einen Beitrag leisten müssen“ (vgl. PS 2020: 8), oder verweist darauf, dass „jene, [...] die am meisten haben“ auch „am meisten [...] zahlen müssen“ (PS 2020: 9). In der Elefantenrunde 2024 wird diese Struktur weitergeführt, wenn Österreich für jene, „die Millionen erben“, als „Steuerparadies“ beschrieben wird, während Gruppen wie Pfleger*innen, Krankenhausangestellte oder Polizist*innen mehr Unterstützung erhalten sollten (vgl. ER 2024: 2).

Als Kontinuität bleibt festzuhalten, dass Kogler politische Wirklichkeit in beiden Phasen über Gegensätze strukturiert und die eigene politische Position wiederholt in Relation zu Gegenpositionen dargestellt wird. Ebenfalls konstant bleibt der negative Befund, dass keine umfassende Volk-Elite-Dichotomie im engeren Sinn nachweisbar ist. Unterschiede zeigen sich jedoch in den thematischen Schwerpunkten der identifizierten Gegenüberstellungen. In der Oppositionsphase dominieren politische und ideologische Abgrenzungen, insbesondere gegenüber ÖVP, FPÖ, Rechtsextremismus und nationalistischen Strömungen, während in der Regierungsphase häufiger sozial- und steuerpolitische Gegensätze dokumentiert werden. Politische Abgrenzungen bleiben jedoch weiterhin nachweisbar. So finden sich auch 2024 Bezüge auf

„Bremsen“, „Lobbyisten und Gasagenten“ (ER 2024: 2) sowie auf die Möglichkeit, „dass die Rechtsextremen nicht in die Regierung kommen“ (vgl. ER 2024: 8).

Auch hinsichtlich der Formate bleibt eine Kontinuität erkennbar. In der Oppositionsphase entfalten die Wahlkampfreden die stärkste dichotomisierende Wirkung, während Pressestunde und Elefantenrunde stärker situative Gegenüberstellungen enthalten. In der Regierungsphase zeigt sich ein anderes Verhältnis: Die Regierungserklärung ist vergleichsweise zurückhaltend, während in den dialogischen Formaten häufiger entsprechende Gegenüberstellungen dokumentiert werden. Damit bleibt die Maxime in beiden Phasen nachweisbar, unterscheidet sich jedoch hinsichtlich ihrer Ausprägung, ihrer thematischen Schwerpunktsetzung sowie ihrer formatbezogenen Verteilung.

Die Analyse der **Komplexitätsreduktion** verdeutlicht, dass vereinfachende Darstellungen politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge sowohl in der Oppositions- als auch in der Regierungsphase eine relevante Rolle spielen. In beiden Untersuchungszeiträumen greift Werner Kogler auf konkrete Beispiele, bildhafte Veranschaulichungen und leicht nachvollziehbare Erklärungen zurück, um abstrakte Sachverhalte greifbarer zu machen. Gleichzeitig zeigen sich Unterschiede hinsichtlich der eingesetzten sprachlichen Verfahren sowie der Stärke, mit der diese Muster in den einzelnen Formaten hervortreten.

Für die Oppositionsphase lässt sich feststellen, dass komplexe Entwicklungen wiederholt auf überschaubare Deutungsmuster verdichtet werden. Besonders ausgeprägt ist dies in der Europawahlrede, in der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse auf zentrale Erklärungsansätze reduziert werden. Dies zeigt sich etwa in der Beschreibung des Brexits als Folge von „null Verantwortung, null Orientierung, null Plan und schon gar keine Lösung“ (EW 2019: 4) oder in der Darstellung langfristiger Transformationsprozesse als „Umstieg vom fossilen Zeitalter ins Solarzeitalter“ (EW 2019: 7). Daneben treten in der Oppositionsphase wiederholt Personalisierungen politischer Verantwortung auf. So werden komplexe politische Vorgänge einzelnen Akteur*innen oder Parteien zugeschrieben, beispielsweise in der Formulierung, „die Ausführungstäter sitzen in der türkisen Parteizentrale“ (NRW 2019: 3). Insbesondere in Pressestunde und Elefantenrunde werden politische Zusammenhänge darüber hinaus mithilfe von Metaphern und alltagsnahen Vergleichen erläutert, etwa durch die Beschreibung einer politischen „Burg“ (vgl. PS 2019: 2) oder den Vergleich der Eurofighter mit einem „Luft-Ferrari“ beziehungsweise „Gebraucht-Fiat“ (ER 2019: 8).

Auch in der Regierungsphase finden sich Beispiele für die sprachliche Reduktion komplexer Sachverhalte. Dabei stehen vor allem konkrete Erläuterungen und leicht verständliche

Veranschaulichungen im Vordergrund. Bereits in der Regierungserklärung wird das Klimaschutzressort als „eigentlich ein Doppelministerium“ beschrieben (vgl. RE 2020: 1). Besonders deutlich treten entsprechende Muster in den dialogischen Formaten hervor. In der Pressestunde 2020 werden exponentielle Infektionsverläufe „explosionsartig, damit es die Leute besser verstehen“ (PS 2020: 1) erläutert, die Belastungsgrenzen des Gesundheitssystems anhand konkreter Beispiele veranschaulicht (vgl. PS 2020: 2) und wirtschaftspolitische Maßnahmen in einem „Dreischritt“ zusammengefasst (vgl. PS 2020: 7). Auch die Elefantenrunde 2024 zeichnet sich durch anschauliche Beispiele und Vergleiche aus, etwa im Zusammenhang mit der Pendlerpauerschale (vgl. ER 2024: 1) oder bei der Erläuterung sicherheitspolitischer Fragestellungen (vgl. ER 2024: 7).

Als Kontinuität zeigt sich, dass die Reduktion von Komplexität in beiden Phasen dazu genutzt wird, politische Zusammenhänge verständlicher darzustellen. Dies erfolgt wiederholt über konkrete Beispiele, alltagsnahe Vergleiche und bildhafte Erläuterungen. Phasenübergreifend greifen insbesondere die dialogischen Formate auf entsprechende Strategien zurück.

Unterschiede werden vor allem bei der Art der Vereinfachung sichtbar. Während Personalisierungen politischer Verantwortung in der Oppositionsphase wiederholt dokumentiert werden, treten entsprechende Zuschreibungen in der Regierungsphase deutlich seltener auf. Die Regierungsanalyse hält ausdrücklich fest, dass Personalisierungen lediglich vereinzelt nachweisbar sind und insgesamt nicht im Zentrum der untersuchten Beiträge stehen. Stattdessen dominieren dort Formen der vereinfachenden Veranschaulichung. Darüber hinaus finden sich in der Regierungsphase einzelne Passagen, die die Vielschichtigkeit politischer Entscheidungsprozesse ausdrücklich betonen und damit einer konsequenten Reduktion komplexer Zusammenhänge entgegenstehen. Ein entsprechender negativer Befund wird für die Oppositionsphase nicht dokumentiert.

In der Oppositionsphase weist insbesondere die Europawahlrede die stärkste Ausprägung der Komplexitätsreduktion auf, während die Nationalratswahlrede häufiger Personalisierungen politischer Verantwortung nutzt. Pressestunde und Elefantenrunde greifen demgegenüber verstärkt auf Metaphern, Analogien und alltagsnahe Bilder zurück. In der Regierungsphase fällt die Regierungserklärung insgesamt zurückhaltender aus, wohingegen die dialogischen Formate besonders häufig konkrete Beispiele und leicht verständliche Erklärungen einsetzen. Insgesamt bleibt die Komplexitätsreduktion in beiden Untersuchungszeiträumen als wiederkehrendes sprachliches Muster erkennbar, unterscheidet sich jedoch hinsichtlich ihrer konkreten Ausgestaltung und ihrer formatbezogenen Schwerpunktsetzung.

Die Maxime des „**Dinge beim Namen Nennens**“ lässt sich sowohl für die Oppositions- als auch für die Regierungsphase nachweisen. Gleichzeitig zählt sie in keiner der beiden Phasen zu den besonders dominanten sprachlichen Mustern, sondern tritt überwiegend eingebettet in größere argumentative Zusammenhänge auf.

Für die Oppositionsphase lässt sich feststellen, dass direkte Benennungen vor allem im Zusammenhang mit Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und politischer Integrität auftreten. So verweist Kogler darauf, dass in Österreich „die armen Kinder bekämpft werden, aber nicht die Kinderarmut“ (NRW 2019: 2), und markiert soziale Ungleichheit damit als klar benennbare politische Problemlage. Ebenso fordert er ein „korruptionsfreie[s] Österreich“ (NRW 2019: 2) und verweist darauf, dass „Korruptionsfreiheit oder ned amal der Weg dorthin [...] keine Selbstverständlichkeit ist“ (NRW 2019: 2). Auch klimapolitische Herausforderungen werden als eindeutig identifizierbare Missstände dargestellt. Dies zeigt sich etwa in der Bezeichnung Österreichs als „Schlusslicht im Klimaschutz“ (vgl. EW 2019: 2). Darüber hinaus kritisiert Kogler die europäische Agrarpolitik als „kranken System[s]“, aus dem „keine gesunden Lebensmittel rauskommen“ könnten (EW 2019: 9).

Auch in der Regierungsphase bleibt die Maxime erkennbar. Direkte Benennungen beziehen sich hier jedoch häufiger auf aktuelle politische Kontroversen, die Bewertung konkreter Entwicklungen sowie die ausdrückliche Kennzeichnung eigener Positionen. In der Regierungserklärung 2020 finden sich einzelne Formulierungen mit hohem Grad an sprachlicher Eindeutigkeit, etwa wenn Mercosur als „schlicht abzulehnen“ bezeichnet wird (vgl. RE 2020: 4) oder Kogler erklärt: „In Wahrheit gibt es nur eine Welt“ (RE 2020: 3–4). Insgesamt tritt die Maxime in diesem Format jedoch zurückhaltender auf. In der Pressestunde 2020 werden Probleme und politische Positionen wiederholt ausdrücklich benannt. So erklärt Kogler: „Ja, Fehler sind mit Sicherheit passiert, an verschiedenen Stellen“ (PS 2020: 6), und hält im Zusammenhang mit Vermögenssteuern fest: „Das ist eine Position der Grünen, das ist meine Position, das ist eine politische Position“ (PS 2020: 8). Besonders deutlich zeigt sich die Maxime in der Elefantenrunde 2024. Dort bewertet Kogler politische Vorschläge als „nicht ganz seriös“ (vgl. ER 2024: 2) oder „völlig illusorisch“ (vgl. ER 2024: 2), fordert ein, bestimmte Aspekte „wirklich mal aus[zu]sprechen“ (ER 2024: 4), und stellt fest: „Es gibt Probleme, was die Migration oder die Integration betrifft“ (ER 2024: 5).

Als Kontinuität lässt sich festhalten, dass die Maxime in beiden Phasen dazu beiträgt, politische Sachverhalte als klar erkennbar und eindeutig beschreibbar erscheinen zu lassen.

Probleme, Bewertungen und politische Standpunkte werden sprachlich festgelegt und als unmittelbar benennbar präsentiert. Die direkte Benennung dient damit phasenübergreifend der argumentativen Bezugnahme auf klar definierte Problemlagen und Positionen.

Unterschiede zeigen sich insbesondere hinsichtlich der thematischen Schwerpunkte. Während die Oppositionsphase vor allem durch die direkte Benennung sozialer Missstände, klimapolitischer Defizite und Fragen politischer Integrität geprägt ist, beziehen sich entsprechende Formulierungen in der Regierungsphase häufiger auf aktuelle politische Kontroversen, die Bewertung konkreter Entwicklungen sowie die ausdrückliche Kennzeichnung eigener Positionen, wie sie insbesondere in den dialogischen Formaten dokumentiert wird.

Für die Oppositionsphase wird hervorgehoben, dass die Wahlkampfreden etwas mehr prägnante Problembezeichnungen enthalten, während direkte Benennungen in Pressestunde und Elefantenrunde stärker in argumentative Zusammenhänge eingebettet bleiben. Insgesamt fallen die Unterschiede zwischen den Formaten jedoch gering aus. In der Regierungsphase zeigt sich dagegen eine deutlichere Variation. Während die Regierungserklärung insgesamt zurückhaltender und stärker konsensorientiert ausfällt, treten direkte Benennungen und ausdrückliche Klarstellungen in Pressestunde und Elefantenrunde häufiger hervor. Die Elefantenrunde 2024 weist dabei die stärkste Ausprägung der Maxime innerhalb der Regierungsphase auf.

Als negativer Befund bleibt festzuhalten, dass die Maxime in keiner der beiden Phasen zu den dominierenden sprachlichen Mustern zählt. Sie ist zwar durchgehend nachweisbar, entfaltet ihre Wirkung jedoch überwiegend im Zusammenspiel mit anderen argumentativen Strategien. Insgesamt bleibt das „Dinge beim Namen Nennen“ somit über beide Untersuchungszeiträume hinweg als wiederkehrendes sprachliches Muster erkennbar. Unterschiede zeigen sich vor allem hinsichtlich der thematischen Schwerpunkte der direkten Benennungen sowie der Stärke ihrer Ausprägung in den einzelnen Formaten.

Die Gegenüberstellung der beiden Untersuchungszeiträume zeigt, dass **abwertende Zuschreibungen** sowohl in der Oppositions- als auch in der Regierungsphase als sprachliches Muster nachweisbar sind. In beiden Phasen werden politische Positionen, Verhaltensweisen oder Akteur*innen durch wertende und negativ konnotierte Formulierungen markiert. Die Ausprägung der Maxime variiert jedoch sowohl zwischen den Untersuchungszeiträumen als auch zwischen den einzelnen Formaten.

Für die Oppositionsphase lässt sich feststellen, dass abwertende Zuschreibungen wiederholt zur negativen Kennzeichnung politischer Gegner*innen eingesetzt werden. Besonders deutlich tritt die Maxime in den Wahlkampfreden hervor. In der Europawahlrede richtet sich

die Kritik vor allem gegen rechtspopulistische, nationalistische und europaskeptische Akteur*innen. So bezeichnet Kogler politische Gegner*innen als „Europazerstörer“ (EW 2019: 3) oder spricht vom „Geplärre der Rechten“ (EW 2019: 4). Auch in der Nationalratswahlrede finden sich mehrfach zugespitzte und polemische Zuschreibungen. Die Türken werden etwa als „Sekten-Anbetungsverein“ bezeichnet (NRW 2019: 3), politischen Mitbewerber*innen werden „genetische Defekte“ zugeschrieben (NRW 2019: 2), und ihre Integrität wird mit der Formulierung „moralisch devastiert“ (NRW 2019: 4) infrage gestellt. In Pressestunde und Elefantenrunde bleiben entsprechende Muster ebenfalls erkennbar, treten jedoch stärker im Zusammenhang mit konkreten Diskussionen auf. So wird etwa von „Geisterfahrer[n]“ gesprochen (PS 2019: 2), oder die damalige Bundesregierung als „Unterlassungstäter und Klimawandelleugner“ bezeichnet, die in der türkis-blauen Bundesregierung „fuhrwerken“ würden (ER 2019: 2).

Auch in der Regierungsphase sind abwertende Zuschreibungen nachweisbar, ihre Ausprägung fällt jedoch je nach Format unterschiedlich aus. In der Regierungserklärung 2020 treten entsprechende Beispiele nur vereinzelt auf. Hinweise auf die Maxime finden sich etwa in der Warnung vor „falschen Führern und Verführern“ (RE 2020: 3), in der Bezugnahme auf „ideologische[] Verblendungen“ (vgl. RE 2020: 6) oder in der Aufforderung, nicht „dagegen ankrakeel[n]“ zu sollen (vgl. RE 2020: 6). Auch die Pressestunde 2020 weist einzelne Beispiele auf. So wird der Opposition unterstellt, „ungetrübt von jedem Sachverstand“ zu argumentieren (vgl. PS 2020: 7). Weitere Abwertungen bleiben an konkrete Situationen gebunden, etwa wenn Kogler die Bezeichnung einer WWF-Expertin als „widerwärtiges Luder“ als „eine Entgleisung“ sowie als „wirklich unsäglich und nicht hinnehmbar“ beschreibt (vgl. PS 2020: 15). Die stärkste Ausprägung der Maxime innerhalb der Regierungsphase zeigt sich in der Elefantenrunde 2024. Dort spricht Kogler von „Bremsern“ (ER 2024: 2), die von „Lobbyisten und Gagsagenten“ beeinflusst würden (ER 2024: 2), bezeichnet wirtschaftspolitische Vorstellungen als „Germanen-Voodoo-Ökonomie“ (ER 2024: 2) und kritisiert politische Vorschläge als „Hausnummernaufzählung“ (ER 2024: 2) oder „Budgetkürzungsphantasien“ (ER 2024: 8). Darüber hinaus finden sich Zuschreibungen wie „Rabauken“ (ER 2024: 8) oder Formulierungen über Personen, die Themen „hochjazzen und in die Luft plärren“ (ER 2024: 5).

Als Kontinuität lässt sich festhalten, dass abwertende Zuschreibungen in beiden Phasen zur sprachlichen Distanzierung von kritisierten Positionen und Akteur*innen beitragen. Die Maxime dient in beiden Untersuchungszeiträumen dazu, Kritik sprachlich zu verdichten und die Abgrenzung gegenüber den jeweiligen Gegenständen der Kritik zu verstärken.

Unterschiede zeigen sich vor allem hinsichtlich der Gegenstände der Abwertung. In der Oppositionsphase richten sich die negativen Zuschreibungen besonders gegen politische Gegner*innen, die als Gegenspieler*innen zentraler grüner Anliegen positioniert werden. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Klimaschutz, Europapolitik, politische Integrität sowie den Umgang mit Rechtsextremismus. In der Regierungsphase beziehen sich entsprechende Formulierungen demgegenüber häufiger auf konkrete Positionen, Verhaltensweisen oder einzelne Aussagen. Die Regierungserklärung weist darüber hinaus nur eingeschränkt Befunde für diese Maxime auf, da sich die wenigen abwertenden Zuschreibungen überwiegend nicht gegen ausdrücklich benannte politische Gegner*innen richten.

In der Oppositionsphase zeigen die Wahlkampfreden die stärkste Ausprägung der Maxime, während Pressestunde und Elefantenrunde häufiger situative und themengebundene Zuschreibungen enthalten. In der Regierungsphase fällt die Regierungserklärung insgesamt deutlich zurückhaltender aus, die Pressestunde weist vor allem anlassbezogene Abwertungen auf, während die Elefantenrunde 2024 wiederholt saloppe und zugespitzte Zuschreibungen enthält. Die Intensität und sprachliche Ausgestaltung der Maxime unterscheiden sich damit innerhalb der Regierungsphase stärker zwischen den einzelnen Formaten.

Abwertende Zuschreibungen bleiben durchgehend nachweisbar, ihre Ausprägung variiert jedoch deutlich in Abhängigkeit vom jeweiligen Format und den behandelten Themen. Insgesamt erweist sich die negative Markierung politischer Positionen, Verhaltensweisen und Akteur*innen somit in beiden Untersuchungszeiträumen als wiederkehrendes sprachliches Muster, das jedoch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen erkennen lässt.

Eindeutige Hinweise auf eine **Froschperspektivierung** finden sich in beiden Untersuchungszeiträumen lediglich vereinzelt, wodurch die Maxime insgesamt eine vergleichsweise geringe Ausprägung aufweist.

Innerhalb der Oppositionsphase finden sich eindeutige Befunde ausschließlich in den dialogischen Formaten. In den beiden Wahlkampfreden konnten hingegen keine entsprechenden Beispiele identifiziert werden. In der Pressestunde werden gesellschaftliche Problemlagen anhand konkreter Lebenssituationen veranschaulicht. Dies zeigt sich etwa im Zusammenhang mit Fragen der Bildungsgerechtigkeit, wenn Kogler erläutert, man könne „den Weg eines ganz, ganz jungen Menschen ein paar Jahre vorzeichnen“, abhängig vom Bildungsstand der Eltern (PS 2019: 10). Auch migrationspolitische Entscheidungen werden über die Perspektive unmittelbar Betroffener greifbar gemacht, wenn von Lehrlingen die Rede ist, die trotz erfolgreicher

Integration „von ihrem Lehr- und Arbeitsplatz weg verhaftet werden“ (PS 2019: 7). In der Elefantenrunde 2019 wird die Perspektive eines LKW-Fahrers aufgegriffen, dessen Arbeitsbedingungen als „verheerend“ beschrieben werden, während zugleich auf zukünftige Veränderungen im Berufsalltag verwiesen wird (vgl. ER 2019: 2). Langfristige Transformationsprozesse werden dadurch anhand einer konkreten Lebens- und Arbeitssituation erläutert.

Auch in der Regierungsphase bleibt die Froschperspektivierung insgesamt selten. In der Regierungserklärung 2020 konnten keine eindeutigen Beispiele festgestellt werden. Dagegen finden sich in den dialogischen Formaten einzelne Hinweise auf die Maxime. In der Pressestunde 2020 werden pandemiepolitische Maßnahmen mit konkreten Alltagserfahrungen verknüpft. Kogler verweist etwa auf „die vielen Kinder und Jugendlichen in den Vereinen“ sowie auf „hunderttausende Amateursportlerinnen und Amateursportler“ (PS 2020: 3). Ebenso erläutert er die Regelungen für Hochzeiten anhand einer unmittelbar nachvollziehbaren sozialen Situation (vgl. PS 2020: 5). In der Elefantenrunde 2024 werden integrations- und sozialpolitische Fragestellungen wiederholt über konkrete Lebenssituationen veranschaulicht. Dies zeigt sich etwa in der Bezugnahme auf Kinder, die im verpflichtenden Kindergartenjahr Deutsch lernen (vgl. ER 2024: 5), auf die Bedeutung „diese[r] tägliche[n] warme[n] Mahlzeit zu Mittag“ im Zusammenhang mit Kinderarmut (vgl. ER 2024: 5) oder anhand konkreter Integrationsbeispiele wie „afghanische[n] unbegleitete[n] Minderjährige[n]“ (vgl. ER 2024: 6).

Als Kontinuität lässt sich festhalten, dass politische Themen in beiden Phasen dort über eine Froschperspektivierung vermittelt werden, wo konkrete Personen oder unmittelbar Betroffene in den Mittelpunkt rücken. Unterschiede zeigen sich vor allem hinsichtlich der thematischen Schwerpunkte. In der Oppositionsphase beziehen sich die identifizierten Beispiele insbesondere auf soziale Ungleichheit, Bildungsgerechtigkeit, Migration und berufliche Lebenswelten. In der Regierungsphase treten demgegenüber vor allem pandemiebezogene Alltagserfahrungen sowie integrations- und sozialpolitische Fragestellungen in den Vordergrund. Die Froschperspektivierung wird somit in beiden Phasen zur Veranschaulichung politischer Themen eingesetzt, erfolgt jedoch anhand unterschiedlicher lebensweltlicher Bezugspunkte.

Eindeutige Befunde finden sich in beiden Untersuchungszeiträumen ausschließlich in den dialogischen Formaten. Während in der Oppositionsphase weder die Europa- noch die Nationalratswahlrede entsprechende Beispiele enthalten, bleibt die Froschperspektivierung in der Regierungsphase auch in der Regierungserklärung 2020 nicht eindeutig nachweisbar. Die Pressestunden sowie die Elefantenrunden erweisen sich demgegenüber phasenübergreifend als jene Formate, in denen politische Fragestellungen häufiger über konkrete Alltagserfahrungen und die Perspektive unmittelbar Betroffener erläutert werden.

Die Froschperspektivierung bleibt in beiden Untersuchungszeiträumen insgesamt selten und stellt damit ein deutlich weniger prägendes sprachliches Muster dar. Unterschiede zeigen sich vor allem hinsichtlich der thematischen Bezugspunkte, während die Konzentration auf dialogische Formate phasenübergreifend bestehen bleibt.

Die Maxime „**Ich bin eine*r von euch**“ weist in den beiden Untersuchungszeiträumen deutliche Unterschiede hinsichtlich ihrer Ausprägung auf. Während die Herstellung kollektiver Zugehörigkeit in der Oppositionsphase zu den besonders prägenden und kontinuierlich auftretenden sprachlichen Mustern zählt, lässt sie sich in der Regierungsphase lediglich punktuell nachweisen.

Für die Oppositionsphase zeigt sich eine ausgeprägte Tendenz zur Konstruktion kollektiver Identität. Über alle vier untersuchten Reden hinweg positioniert sich Kogler wiederholt als Teil einer größeren Gemeinschaft und stellt politische Ziele, Herausforderungen und Aufgaben als gemeinsame Anliegen dar. Besonders deutlich tritt dies in den beiden Wahlkampfreden hervor. In der Europawahlrede werden die Grünen als politische Gemeinschaft mit gemeinsamen Werten und Zielsetzungen präsentiert, wenn etwa von einem gemeinsamen „Auftrag“ die Rede ist (EW 2019: 3) oder Kogler erklärt: „Und wir Grünen, wir werden Teil davon sein“ (EW 2019: 3). Auch die Aussage „Wir brauchen Europa und Europa braucht uns“ (EW 2019: 11) verweist auf die Konstruktion einer umfassenderen politischen Gemeinschaft. Vergleichbare Muster finden sich in der Nationalratswahlrede, in der Unterstützer*innen ausdrücklich in die politische Gemeinschaft einbezogen werden und die „Bewegung ‚Zurück zu den Grünen‘“ als gemeinsames Projekt erscheint (NRW 2019: 5). Darüber hinaus werden gemeinsame Verantwortung und gemeinsame Fehlbarkeit hervorgehoben. Auch in Pressestunde und Elefantenrunde bleibt die Maxime nachweisbar, wenngleich die Wir-Konstruktionen dort stärker zur Betonung gemeinsamer Verantwortung und kollektiver Erfahrungen eingesetzt werden.

Demgegenüber fällt die Ausprägung der Maxime in der Regierungsphase deutlich zurückhaltender aus. Zwar finden sich auch hier einzelne Hinweise auf die Herstellung gemeinsamer Perspektiven, diese bleiben jedoch auf bestimmte Situationen beschränkt. In der Regierungserklärung 2020 konnten keine eindeutigen Beispiele identifiziert werden, da sich die verwendeten Wir-Bezüge überwiegend auf politische Zusammenarbeit, institutionelle Verantwortung oder Regierungsprozesse beziehen. In der Pressestunde 2020 treten entsprechende Befunde vor allem im Zusammenhang mit den gemeinsamen Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie auf. So beschreibt Kogler die Bewältigung der Krise als gemeinsame gesellschaftliche Leistung und erklärt, man habe „hier wirklich was als Bevölkerung auch, nicht nur die

Regierung“ erreicht (PS 2020: 1). Auch die Aussage „Mir geht es auch so!“ (vgl. PS 2020: 3) stellt persönliche Betroffenheit her und verweist auf geteilte Erfahrungen. In der Elefantenrunde 2024 bleibt die Maxime ebenfalls punktuell. Die Aussage „Die Sehnsucht nach Frieden. Das eint uns doch alle“ (ER 2024: 7) hebt eine übergeordnete Gemeinsamkeit hervor, die über parteipolitische Zugehörigkeiten hinausweist.

Als Kontinuität lässt sich festhalten, dass die Herstellung von Nähe zwischen Sprecher und Adressat*innen in beiden Phasen über die Betonung gemeinsamer Anliegen, Erfahrungen oder Bezugspunkte erfolgt. Nicht jede Wir-Konstruktion stellt dabei einen eindeutigen Beleg für die Maxime dar, da kollektive Bezugnahmen teilweise auch Parteien, Regierungsarbeit oder politische Institutionen betreffen.

Die deutlichsten Unterschiede betreffen die Intensität und die konkrete Ausgestaltung der Näheherstellung. In der Oppositionsphase wird die Konstruktion eines kollektiven „Wir“ wiederholt zur politischen Selbstpositionierung genutzt. Die politische Gemeinschaft umfasst dabei die Partei, ihre Unterstützer*innen sowie teilweise breitere gesellschaftliche Gruppen. Gemeinsame Zielsetzungen, Verantwortung und politische Projekte stehen im Vordergrund. In der Regierungsphase treten entsprechende Muster demgegenüber wesentlich seltener auf. Die identifizierten Beispiele beziehen sich vor allem auf konkrete gesellschaftliche Erfahrungen oder übergeordnete Gemeinsamkeiten und entwickeln sich nicht zu einem durchgängigen Element der politischen Selbstpositionierung.

In der Oppositionsphase ist die Maxime unabhängig vom jeweiligen Kommunikationsformat nachweisbar und entfaltet insbesondere in den Wahlkampfreden eine stark mobilisierende Funktion. In Pressestunde und Elefantenrunde bleibt die Maxime ebenfalls nachweisbar, wird jedoch häufiger mit gemeinsamer Verantwortung oder kollektiven Erfahrungen verknüpft. In der Regierungsphase verteilt sich die Maxime deutlich ungleich auf die untersuchten Beiträge. Während die Regierungserklärung keine eindeutigen Befunde aufweist, finden sich in Pressestunde und Elefantenrunde lediglich vereinzelte Hinweise auf die Konstruktion geteilter Perspektiven.

Ein negativer Befund ergibt sich insofern, als die Maxime in der Regierungsphase nicht zu den dominierenden sprachlichen Mustern zählt. Im Gegensatz dazu stellt die Konstruktion eines kollektiven „Wir“ in der Oppositionsphase eines der prägendsten und zugleich kontinuierlichsten Elemente der politischen Selbstpositionierung dar. Insgesamt zeigt sich somit eine deutliche Veränderung hinsichtlich der Ausprägung der Maxime. Während die Konstruktion eines kollektiven „Wir“ in der Oppositionsphase zu den besonders prägenden sprachlichen Mustern zählt, bleibt sie in der Regierungsphase auf einzelne Situationen beschränkt.

Für beide Untersuchungszeiträume finden sich deutliche Hinweise auf suggestive pathetische **Dramatisierung und Emotionalisierung**.

In der Oppositionsphase tritt die Maxime besonders deutlich in den beiden Wahlkampfreden hervor. Die Dramatisierung richtet sich vor allem auf den Klimawandel, europäische Werte, politische Verantwortung und gesellschaftliche Zukunftsfragen. In der Europawahlrede werden klimapolitische Herausforderungen wiederholt als existenziell bedeutsam dargestellt. Dies zeigt sich etwa in der Bezeichnung des Klimawandels als „drohende Klimakatastrophe“ (vgl. EW 2019: 4, 9) oder in der Feststellung, die Klimaschutzfrage sei mittlerweile „eine Überlebensfrage“ (vgl. EW 2019: 7). Auch die Aussage, man sei „die erste Generation“, die die Auswirkungen der Klimakrise spüre, zugleich aber „die letzte, die noch was tun kann“ (vgl. EW 2019: 6), unterstreicht die Dringlichkeit politischen Handelns. Vergleichbare Muster finden sich in der Nationalratswahlrede, in der Kogler wiederholt von einer „Zeitenwende“ spricht (NRW 2019: 1) und politische Entwicklungen als historisch bedeutsame Umbrüche beschreibt. Darüber hinaus wird die Dringlichkeit politischen Handelns hervorgehoben, wenn erklärt wird, „die Zeit läuft uns davon“ (NRW 2019: 1). In Pressestunde und Elefantenrunde bleibt die Maxime ebenfalls nachweisbar, tritt jedoch punktueller auf und ist stärker an konkrete Diskussionen gebunden.

Auch in der Regierungsphase finden sich mehrere eindeutige Belege für suggestive Dramatisierung und Emotionalisierung. Die entsprechenden Formulierungen konzentrieren sich jedoch auf andere thematische Schwerpunkte. In der Regierungserklärung 2020 tritt die Maxime vor allem im Zusammenhang mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und klimapolitischen Zukunftsfragen hervor. So wird etwa auf den „Versuch der Spaltung unserer Heimat“ verwiesen (RE 2020: 2), während die Klimakrise erneut als Entwicklung mit weitreichenden Folgen dargestellt wird (vgl. RE 2020: 5). Besonders deutlich zeigt sich die Maxime in der Pressestunde 2020, in der die Corona-Pandemie im Mittelpunkt steht. Die Tragweite gesundheitspolitischer Entscheidungen wird hervorgehoben, wenn erklärt wird, es solle „niemand sterben, der nicht sterben müsste, bloß weil die Intensivmedizin nicht ausreicht“ (vgl. PS 2020: 2). Die Bezugnahme auf Bergamo, wo „die Militärkonvois, die Leichen und die Särge in den Süden geführt haben“ (vgl. PS 2020: 6), verstärkt die emotionale Dimension zusätzlich. In der Elefantenrunde 2024 konzentrieren sich entsprechende Befunde insbesondere auf sicherheits- und umweltpolitische Themen. Besonders eindringlich fallen dabei die Passagen zum Ukrainekrieg aus, in denen unter anderem von „Putins bestialische[m] Angriffskrieg“ (ER 2024: 7) sowie von Situationen berichtet wird, in denen „gemordet, massenvergewaltigt wird und Kinder verschleppt werden“ (vgl. ER 2024: 7).

Die Maxime trägt in beiden Untersuchungszeiträumen dazu bei, ausgewählten politischen Themen besonderes Gewicht zu verleihen und ihre gesellschaftliche Tragweite hervorzuheben. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Dramatisierung und Emotionalisierung in beiden Phasen auf bestimmte Konfliktfelder konzentriert bleibt und nicht sämtliche politischen Inhalte gleichermaßen erfasst.

Unterschiede zeigen sich insbesondere hinsichtlich der thematischen Schwerpunktsetzung. Während die Oppositionsphase vor allem durch die Dramatisierung von Klimawandel, europäischen Grundwerten und gesellschaftlichen Zukunftsfragen geprägt ist, konzentrieren sich die entsprechenden Befunde in der Regierungsphase stärker auf Krisen- und Sicherheitsthemen wie die Corona-Pandemie oder den Ukrainekrieg. Klimapolitische Fragestellungen bleiben hingegen in beiden Untersuchungszeiträumen ein wiederkehrender Gegenstand entsprechender Formulierungen.

Die Maxime weist in der Oppositionsphase ihre stärkste Ausprägung in den beiden Wahlkampfreden auf, während Pressestunde und Elefantenrunde stärker situationsgebundene und punktuelle Befunde enthalten. In der Regierungsphase bleibt die Regierungserklärung insgesamt zurückhaltender und stärker erklärend ausgerichtet, während Pressestunde und Elefantenrunde häufiger Hinweise auf emotionalisierende und dramatisierende Formulierungen aufweisen.

Ein vollständiges Durchdringen sämtlicher politischer Themen durch die Maxime lässt sich für keine der beiden Phasen feststellen. Vielmehr konzentriert sie sich auf ausgewählte Konfliktfelder, deren gesellschaftliche Bedeutung und wahrgenommene Folgen besonders hervorgehoben werden.

Die **eintrichternde Wiederholung** zählt zu den besonders kontinuierlich auftretenden sprachlichen Mustern des untersuchten Korpus. In beiden Untersuchungszeiträumen greift Kogler wiederholt auf zentrale politische Anliegen und Deutungsmuster zurück und verankert diese über unterschiedliche Kommunikationssituationen hinweg innerhalb seiner Argumentation. Die Wiederholung bezieht sich dabei weniger auf einzelne Schlagwörter als auf die fortlaufende Aktivierung derselben politischen Kernanliegen.

Als Kontinuität lässt sich zunächst festhalten, dass in beiden Untersuchungszeiträumen eine vergleichsweise begrenzte Zahl politischer Themen dauerhaft im Mittelpunkt steht. Besonders deutlich betrifft dies den Klima- und Umweltschutz, der sowohl in der Oppositions- als auch in der Regierungsphase einen stabilen Bezugspunkt der Argumentation bildet. Unter-

schiedliche Themenfelder werden regelmäßig auf grundlegende politische Anliegen zurückgeführt. Die wiederholten Bezugnahmen stabilisieren zentrale Deutungsmuster und verleihen politischen Prioritäten über verschiedene Kommunikationssituationen hinweg Beständigkeit.

Während die Maxime in beiden Untersuchungszeiträumen deutlich nachweisbar bleibt, verschieben sich die politischen Themen, auf die sich die Wiederholungen beziehen. In der Oppositionsphase konzentrieren sich die entsprechenden Bezugnahmen insbesondere auf den Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, politische Integrität, die Zukunft Europas sowie die politische Rolle der Grünen. Besonders deutlich tritt dies in der Nationalratswahlrede hervor, in der die Rückkehr der Grünen in den Nationalrat, die Vorstellung eines politischen *Comebacks* sowie die Bewegung „Zurück zu den Grünen“ mehrfach aufgegriffen werden (vgl. NRW 2019: 1–5). Auch Fragen des Klima- und Umweltschutzes, der sozialen Gerechtigkeit sowie politischer Integrität werden über verschiedene Formate hinweg wiederholt thematisiert (vgl. EW 2019: 1–12; PS 2019: 1–16; ER 2019: 1–10).

In der Regierungsphase bleibt das grundlegende Muster erhalten, die inhaltlichen Schwerpunkte verändern sich jedoch teilweise. Neben dem weiterhin präsenten Klima- und Umweltschutz treten verstärkt die Bewältigung gesellschaftlicher Krisen, soziale Fragen sowie die Verbindung ökologischer und wirtschaftlicher Zielsetzungen in den Vordergrund. Bereits in der Regierungserklärung werden unterschiedliche Aspekte ökologischer Transformation mehrfach aufgegriffen, etwa die ökologische Steuerreform, der Ausbau erneuerbarer Energien oder das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 (vgl. RE 2020: 5). Besonders deutlich zeigt sich die Maxime in der Pressestunde 2020. Trotz der thematischen Breite des Interviews kehrt Kogler regelmäßig zur Bewältigung der Corona-Pandemie, zu staatlichen Unterstützungsmaßnahmen sowie zur Verbindung wirtschaftlicher Erholung mit klimapolitischen Zielsetzungen zurück (vgl. PS 2020: 1–15). Auch in der Elefantenrunde 2024 werden Klima- und Umweltschutz, sozialpolitische Fragestellungen sowie Integrationsfragen in unterschiedlichen Zusammenhängen erneut aufgegriffen (vgl. ER 2024: 1–5).

Die Veränderungen zeigen sich folglich weniger in der Wiederholungsstrategie selbst als in den politischen Themen, die durch die wiederholten Bezugnahmen hervorgehoben werden. Während in der Oppositionsphase insbesondere die politische Rolle der Grünen, die Rückkehr in den Nationalrat sowie Fragen politischer Integrität dauerhaft präsent sind, rücken in der Regierungsphase die Bewältigung gesellschaftlicher Krisen sowie die Verbindung ökologischer und ökonomischer Zielsetzungen stärker in den Mittelpunkt. Klimapolitische Anliegen bleiben hingegen in beiden Untersuchungszeiträumen ein stabiler Bestandteil der politischen Argumentation.

Die Wahlkampfreden dienen im Zuge der Oppositionsphase in besonderem Maße der wiederholten Platzierung zentraler Kernbotschaften. In Pressestunde und Elefantenrunde entstehen entsprechende Muster dagegen häufiger aus dem Gesprächsverlauf heraus, indem unterschiedliche Fragestellungen auf dieselben politischen Anliegen bezogen werden. Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Regierungsphase. Während die Regierungserklärung stärker durch die programmatische Wiederaufnahme zentraler Vorhaben geprägt ist, entwickeln sich entsprechende Wiederholungen in Pressestunde und Elefantenrunde vor allem im Verlauf der Diskussion. Unabhängig vom jeweiligen Kommunikationsformat trägt die Wiederholung dazu bei, politische Schwerpunkte dauerhaft sichtbar zu halten.

Die eintrichternde Wiederholung erfasst in beiden Untersuchungszeiträumen nicht sämtliche politischen Themen gleichermaßen, sondern konzentriert sich auf eine begrenzte Zahl zentraler Anliegen. Insgesamt erweist sie sich als eines der konstantesten sprachlichen Muster des untersuchten Korpus. Zwar lassen sich Verschiebungen hinsichtlich der thematischen Ausgestaltung feststellen, die grundlegende Funktion der wiederholten Aktivierung politischer Kernanliegen bleibt jedoch über beide Untersuchungszeiträume hinweg stabil.

Die Maxime der **kalkulierten Ambivalenz** ist in keinem der beiden Untersuchungszeiträume eindeutig nachweisbar. Ein wiederkehrendes Muster bewusst mehrdeutiger, strategisch offengehaltener oder unterschiedlich interpretierbarer Aussagen lässt sich auf Grundlage des untersuchten Materials nicht feststellen.

Für die Oppositionsphase wurde festgehalten, dass Kogler zwar wiederholt allgemeine politische Leitbegriffe wie Gerechtigkeit, Verantwortung, Zusammenhalt, Zukunft oder Veränderung verwendet, diese im jeweiligen Kontext jedoch konkretisiert. Sie werden mit politischen Forderungen, Problembeschreibungen oder Zielsetzungen verbunden und bleiben damit nicht dauerhaft offen. Auch in den dialogischen Formaten, in denen strategisch mehrdeutige Antworten grundsätzlich denkbar gewesen wären, formuliert Kogler seine Positionen überwiegend konkret und benennt politische Forderungen ausdrücklich (vgl. EW 2019: 1–12; NRW 2019: 1–5; PS 2019: 1–10; ER 2019: 1–10).

Auch für die Regierungsphase ergibt sich kein abweichender Befund. Einzelne Formulierungen erscheinen zunächst potenziell offen, werden im weiteren Kontext jedoch erläutert oder konkretisiert. Dies betrifft etwa Aussagen zur Zusammenarbeit der Regierungsparteien, in denen unterschiedliche politische Ausgangspositionen sowie die Kompromisshaftigkeit des Regierungsprogramms ausdrücklich benannt werden (vgl. RE 2020: 4). Ebenso verweist die Formulierung, man wolle bei der CO₂-Bepreisung „das beste Modell finden“ (vgl. RE 2020: 5),

nicht auf eine grundsätzliche Offenheit hinsichtlich der Maßnahme selbst, sondern auf deren noch ausstehende Ausgestaltung.

Formatbezogene Unterschiede sind bei dieser Maxime nicht erkennbar. Für die Oppositionsphase wird ausdrücklich festgehalten, dass auch Pressestunde und Elefantenrunde kein Muster bewusst mehrdeutiger oder offengehaltener Aussagen erkennen lassen. Für die Regierungsphase gilt entsprechend, dass politische Kompromisse oder offene Detailfragen nicht als Ausdruck kalkulierter Ambivalenz erscheinen, sondern im weiteren Verlauf erläutert oder konkretisiert werden.

Der Vergleich zeigt damit, dass kalkulierte Ambivalenz weder in der Oppositions- noch in der Regierungsphase als sprachliches Muster nachweisbar ist. Die analysierten Beiträge sind vielmehr überwiegend durch konkrete Problembenennungen, explizite politische Zielsetzungen und vergleichsweise eindeutige Positionierungen gekennzeichnet. Der negative Befund stellt damit selbst ein Ergebnis des Vergleichs dar.

Die **Erlösungs- und Befreiungsverheißung** ist in beiden Untersuchungszeiträumen deutlich erkennbar. Politische Herausforderungen erscheinen wiederholt nicht als unveränderbare Zustände, sondern werden mit Perspektiven gesellschaftlicher Verbesserung und politischen Gestaltungsmöglichkeiten verknüpft.

Bestehende politische und gesellschaftliche Herausforderungen werden regelmäßig mit umfassenden Zukunftsperspektiven und Vorstellungen grundlegender Veränderung verknüpft. Dies betrifft insbesondere den Klima- und Umweltschutz, die Zukunft Europas sowie soziale Fragen. Vor allem in den Wahlkampfreden werden entsprechende Perspektiven über längere Passagen hinweg entfaltet und in größere gesellschaftliche Transformationsvorstellungen eingebettet. So erscheint Europa als politisch gestaltbares Projekt, das geschützt und weiterentwickelt werden könne (vgl. EW 2019: 3), während der wiederholt aufgegriffene Übergang „vom fossilen Zeitalter ins Solarzeitalter“ (vgl. EW 2019: 7; NRW 2019: 5) ebenso wie die Feststellung „Es ist nie zu spät zur Umkehr“ (NRW 2019: 2; ER 2019: 2) die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderung betonen. Auch in den dialogischen Formaten bleiben entsprechende Zukunftsperspektiven erkennbar, sind jedoch stärker an konkrete politische Fragestellungen gebunden. Politische Herausforderungen erscheinen dort wiederholt als bewältigbar und werden mit positiven Entwicklungsmöglichkeiten verbunden (vgl. PS 2019: 9, 12, 14; ER 2019: 2, 4, 6).

Auch in der Regierungsphase werden politische Herausforderungen wiederholt mit Perspektiven ihrer Bewältigung oder Verbesserung verknüpft. Die Zukunftsperspektiven werden

dabei häufiger im Zusammenhang mit bereits eingeleiteten Maßnahmen, konkreten politischen Vorhaben oder aktuellen Krisensituationen formuliert. Dies zeigt sich etwa in der Regierungserklärung, in der klimapolitische Ziele, sozialpolitische Maßnahmen oder Reformvorhaben im Bereich der Transparenz mit ausdrücklich formulierten Entwicklungsperspektiven verbunden werden (vgl. RE 2020: 3, 5–7). In der Pressestunde stehen insbesondere die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen im Vordergrund. Gegenwärtige Krisen werden dabei wiederholt mit der Möglichkeit positiver Entwicklungen verknüpft, etwa wenn Kogler davon spricht, sich „aus der Krise herausinvestieren“ zu können (vgl. PS 2020: 7), oder die ökologische Transformation als „Riesenwirtschaftschance“ beschreibt (vgl. PS 2020: 14). Auch in der Elefantenrunde 2024 werden gesellschaftliche Herausforderungen als politisch bearbeitbar dargestellt, beispielsweise im Zusammenhang mit Bodenschutz oder integrationspolitischen Maßnahmen (vgl. ER 2024: 3–5).

Die Unterschiede zwischen den Untersuchungszeiträumen betreffen damit weniger die grundsätzliche Orientierung auf Verbesserungen als deren konkrete Ausgestaltung. Während die Oppositionsphase stärker von visionären Zukunftsbildern und umfassenden Transformationsvorstellungen geprägt ist, treten in der Regierungsphase häufiger konkrete politische Maßnahmen, bereits erreichte Fortschritte und die Bewältigung aktueller Krisen in den Vordergrund. Die Perspektive gesellschaftlicher Veränderbarkeit bleibt jedoch in beiden Phasen erhalten.

In den Wahlkampfreden der Oppositionsphase werden Zukunftsperspektiven häufiger programmatisch entfaltet und in größere gesellschaftliche Entwicklungserzählungen eingebettet. In Pressestunde und Elefantenrunde entstehen entsprechende Verheißungen überwiegend im Zusammenhang mit konkreten Nachfragen und aktuellen Diskussionen. Ein ähnliches Muster zeigt sich in der Regierungsphase. Während die Regierungserklärung Zukunftsperspektiven stärker programmatisch formuliert, werden sie in den dialogischen Formaten häufiger an konkrete politische Problemstellungen und deren mögliche Bearbeitung geknüpft.

Insgesamt erweist sich die Erlösungs- und Befreiungsverheißung als ein kontinuierlich nachweisbares sprachliches Muster des untersuchten Korpus. Über beide Untersuchungszeiträume hinweg werden politische Herausforderungen wiederholt mit der Vorstellung verknüpft, dass gesellschaftliche Entwicklungen gestaltbar sind und durch politisches Handeln verbessert werden können.

7 Diskussion

Ziel des folgenden Kapitels ist es, die Ergebnisse der Analyse im Hinblick auf die formulierten Forschungsfragen zu diskutieren und in den bestehenden Forschungsstand einzuordnen. Zunächst werden die zentralen Befunde der Untersuchung zur Beantwortung der Forschungsfragen herangezogen. Anschließend erfolgt eine theoretische Reflexion der Ergebnisse sowie eine Überprüfung der zu Beginn der Arbeit formulierten Hypothesen. Abschließend werden die Grenzen der Untersuchung aufgezeigt und mögliche Ansatzpunkte für weiterführende Forschung diskutiert.

7.1 Beantwortung der Forschungsfragen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Untersuchung im Hinblick auf die in Kapitel 1 formulierten Forschungsfragen zusammengeführt und diskutiert. Die Ergebnisse zeigen, dass sich im populistischen Sprachgebrauch Werner Koglers sowohl Kontinuitäten als auch Unterschiede zwischen der Phase vor der Nationalratswahl 2019 und der Phase politischer Verantwortung unter Regierungsbeteiligung beobachten lassen. In beiden Untersuchungszeiträumen treten sprachliche Muster auf, die im Rahmen dieser Arbeit als populistische Sprachmuster beschrieben wurden. Unterschiede zeigen sich dabei insbesondere in deren Funktion und konkreter Ausgestaltung im Zusammenhang mit der jeweiligen politischen Rolle.

Als Gemeinsamkeit ist hervorzuheben, dass zentrale sprachliche Muster in beiden Phasen bestehen bleiben. Zu den wiederkehrenden Elementen zählen bestimmte Themenfelder, Formen der Emotionalisierung, Zukunftsbezüge sowie Strategien der Vereinfachung und Dichotomisierung. Darüber hinaus treten Muster der Selbst- und Fremdpositionierung sowie Erlösungs- und Befreiungsverheißungen in beiden Untersuchungszeiträumen auf. Dies zeigt, dass populistische Sprachmuster nicht ausschließlich an eine bestimmte politische Rolle gebunden sind.

Unterschiede werden hingegen vor allem in der Funktion und Ausprägung dieser Muster sichtbar. Während der Sprachgebrauch in der Oppositionsphase stärker auf Mobilisierung, Abgrenzung und die Formulierung grundlegender Veränderungsforderungen ausgerichtet ist, rücken in der Regierungsphase Aspekte der Verantwortungsübernahme, die Legitimation politischen Handelns sowie die Darstellung konkreter Lösungsansätze stärker in den Vordergrund. Zukunftsbezüge bleiben dabei erhalten, werden jedoch häufiger mit politischen Maßnahmen und deren Umsetzung verknüpft.

Darüber hinaus konnten charakteristische Ausprägungen des populistischen Sprachgebrauchs Werner Koglers identifiziert werden, die über unterschiedliche Kommunikationssituationen hinweg Bestand haben. Besonders auffällig ist die Verbindung populistischer Sprachmuster mit wiederkehrenden thematischen Schwerpunktsetzungen. Der Sprachgebrauch Werner Koglers ist durch Bezugnahmen auf *Klimaschutz*, *Verantwortung*, *Gerechtigkeit* und *Demokratie* sowie durch eine ausgeprägte Zukunftsorientierung geprägt. Zukunftsbezüge dienen dabei häufig der Bewertung politischer Entwicklungen sowie der Begründung politischen Handelns.

Die Ergebnisse zeigen zudem, dass populistische Sprachmuster im untersuchten Material nur selten isoliert auftreten. Strategien der Vereinfachung, Emotionalisierung und Dichotomisierung werden vielmehr häufig miteinander kombiniert und durch Metaphern, Wiederholungen sowie Zukunftsentwürfe ergänzt. Die konkrete Ausgestaltung dieser Muster variiert jedoch in Abhängigkeit von Thema, Kommunikationssituation und politischer Rolle.

Die Ergebnisse erlauben keine pauschale Zuschreibung einer populistischen Identität zum untersuchten Akteur, sondern beziehen sich ausschließlich auf das Auftreten und die konkrete Ausgestaltung populistischer Sprachmuster im analysierten Material.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass sich Unterschiede im populistischen Sprachgebrauch Werner Koglers weniger auf das grundsätzliche Vorhandensein entsprechender Sprachmuster als vielmehr auf deren Funktion und konkrete Ausgestaltung beziehen.

7.2 Einordnung der Ergebnisse in den Forschungsstand

Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung lassen sich in mehrfacher Hinsicht in den bestehenden Forschungsstand einordnen. Einerseits stützen sie zentrale Annahmen aktueller Ansätze der Populismusforschung, andererseits verdeutlichen sie, dass populistische Sprachmuster in Abhängigkeit von politischen Rollen unterschiedliche kommunikative Funktionen erfüllen können.

Zunächst sind die Befunde mit Moffitts Verständnis von Populismus als politischem Stil vereinbar. Dieser beschreibt Populismus als ein Repertoire sprachlicher und performativer Mittel, das in unterschiedlichen politischen und kulturellen Kontexten eingesetzt werden kann (vgl. Moffitt 2016: 38, 50). Zudem versteht er Populismus als Spektrum, dessen Ausprägung variieren kann und das keinen binären Aufbau aufweist (vgl. Moffitt 2016: 45–46). Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung stützen dieses Verständnis. Die in Kapitel 7.1 dargestellten Unterschiede zwischen Oppositions- und Regierungsphase verdeutlichen, dass populistische

Sprachmuster unterschiedliche kommunikative Funktionen erfüllen können, ohne grundsätzlich zu verschwinden. Die Befunde zeigen somit, dass populistische Sprachmuster nicht statisch sind, sondern an unterschiedliche politische Rahmenbedingungen angepasst werden können.

Darüber hinaus lassen sich die Ergebnisse mit Schäfers Überlegungen zur linkspopulistischen Sprache in Verbindung bringen. Schäfer stellt fest, dass Unterschiede im Sprachgebrauch häufig weniger auf den Grad des Populismus zurückzuführen seien als vielmehr auf ideologische Positionierungen (vgl. Schäfer 2021: 201). Die vorliegende Untersuchung stützt diese Annahme. Die identifizierten populistischen Sprachmuster sind eng mit thematischen Schwerpunktsetzungen verknüpft, die in der Forschung mit linkspopulistischer Kommunikation in Verbindung gebracht werden. Dies spricht dafür, dass die konkrete Ausgestaltung populistischer Sprachmuster wesentlich durch die ideologische Einbettung politischer Kommunikation beeinflusst wird.

Auch die theoretischen Überlegungen von De Cleen und Stavrakakis erweisen sich im Hinblick auf die Ergebnisse als anschlussfähig. Die Autor*innen gehen davon aus, dass sich Rechts- und Linkspopulismus weniger in ihren grundlegenden kommunikativen Mechanismen als in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung unterscheiden (vgl. De Cleen / Stavrakakis 2021: 11–12). Die vorliegende Untersuchung bestätigt diese Annahme. Die Ergebnisse zeigen, dass typische populistische Strukturmerkmale auch im analysierten Material auftreten, ihre konkrete Ausgestaltung jedoch von den jeweiligen thematischen Schwerpunktsetzungen geprägt wird. Unterschiede zwischen rechts- und linkspopulistischen Kommunikationsweisen scheinen sich daher vor allem auf der Ebene ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzungen zu zeigen.

Darüber hinaus liefern die Ergebnisse Hinweise darauf, dass die von Reisigl formulierten sprachkritischen Maximen auch für die Analyse linkspopulistischer Kommunikation gewinnbringend eingesetzt werden können. Obwohl die Maximen im Rahmen eines Sammelbandes zum Rechtspopulismus vorgestellt wurden (vgl. Reisigl 2002: 166–169), erwiesen sie sich in der vorliegenden Untersuchung als geeignet, wiederkehrende sprachliche Muster systematisch zu erfassen und funktional einzuordnen. Die Befunde legen nahe, dass die zugrunde liegenden kommunikativen Strategien nicht ausschließlich auf bestimmte politische Lager beschränkt sind. Zugleich zeigt sich jedoch, dass einzelne als populistisch beschriebene sprachliche Strategien im untersuchten Material nicht oder nur vereinzelt auftreten. Dies betrifft insbesondere die Froschperspektivierung sowie Formen kalkulierter Ambivalenz. Die Ergebnisse deuten somit darauf hin, dass sich die konkrete Ausgestaltung populistischer Sprachmuster in Abhängigkeit von politischen und ideologischen Kontexten unterscheidet.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass populistische Sprachmuster weder als statisches noch als ausschließlich oppositionelles Phänomen verstanden werden können. Vielmehr variieren ihre Funktionen und Ausprägungen in Abhängigkeit von politischen Rollen, ideologischen Schwerpunktsetzungen und kommunikativen Kontexten.

7.3 Reflexion der Hypothesen

Auf Grundlage der dargestellten Ergebnisse werden im Folgenden die zu Beginn der Arbeit formulierten Hypothesen reflektiert. Die erste Hypothese ging davon aus, dass sich im Sprachgebrauch des untersuchten Akteurs populistische Elemente nachweisen lassen, die sich anhand sprachlicher Strategien systematisch beschreiben lassen. Die Ergebnisse bestätigen diese Annahme. Die Untersuchungen identifizierten wiederkehrende sprachliche Muster, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit als populistische Sprachmuster beschrieben wurden. Die Ergebnisse zeigen somit, dass sich populistische Elemente im untersuchten Material systematisch erfassen und analysieren lassen.

Die zweite Hypothese nahm an, dass Unterschiede im populistischen Sprachgebrauch zwischen Wahlkampfphase und Regierungsbeteiligung festzustellen seien, wobei in der Oppositionsphase eine stärkere Ausprägung populistischer sprachlicher Strategien zu erwarten sei. Die Ergebnisse bestätigen diese Hypothese nur teilweise. Zwar konnten Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen herausgearbeitet werden, diese betreffen jedoch weniger das grundsätzliche Vorhandensein populistischer Sprachmuster als deren Funktion und konkrete Ausgestaltung. Da populistische Sprachmuster auch in der Regierungsphase nachweisbar waren, lässt sich kein genereller Rückgang populistischer Kommunikation unter Regierungsverantwortung feststellen.

Die dritte Hypothese bezog sich auf die Annahme, dass sich mit der Übernahme politischer Verantwortung Unterschiede im Sprachgebrauch zeigen, die sich in einer veränderten Verwendung populistischer sprachlicher Strategien äußern. Die Ergebnisse bestätigen diese Hypothese. Die Untersuchung zeigt, dass sich mit dem Wechsel von der Oppositions- in die Regierungsrolle insbesondere die kommunikativen Funktionen populistischer Sprachmuster verschieben.

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse die formulierten Hypothesen weitgehend. Die Befunde unterstreichen die Relevanz eines differenzierten und kontextsensiblen Zugangs zur Untersuchung populistischer Kommunikation. Zugleich zeigen die Ergebnisse, dass populistische

Sprachmuster nicht losgelöst von den politischen Rahmenbedingungen betrachtet werden können, innerhalb derer sie verwendet werden.

7.4 Grenzen der Untersuchung

Die Untersuchung wurde als Einzelfallstudie konzipiert und konzentriert sich ausschließlich auf den Sprachgebrauch Werner Koglers. Ziel war es nicht, Aussagen über die Partei Die Grünen als Ganzes oder über die populistische Kommunikation anderer politischer Akteur*innen zu treffen. Vielmehr ermöglichte die Einzelfallstudie eine differenzierte Analyse eines konkreten Untersuchungsgegenstandes.

Die Untersuchung basiert zudem auf einem ausgewählten Korpus politischer Redebeiträge aus der Oppositions- und Regierungsphase. Die bewusste Beschränkung auf diese Kommunikationssituationen ermöglichte einen systematischen Vergleich unter unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die beiden Untersuchungszeiträume auf unterschiedlich umfangreichen Korpora beruhen. Während für die Oppositionsphase vier Beiträge analysiert wurden, umfasst die Regierungsphase drei Beiträge. Zudem verteilen sich die untersuchten Regierungsbeiträge auf die Jahre 2020 und 2024, wodurch unterschiedliche politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen in die Analyse einfließen.

Andere Formen politischer Kommunikation blieben hingegen außerhalb des Untersuchungsrahmens. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass Unterschiede zwischen den Untersuchungszeiträumen nicht ausschließlich auf die politische Rolle als Oppositions- beziehungsweise Regierungsakteur zurückgeführt werden können. Ebenso könnten unterschiedliche kommunikative Formate, thematische Schwerpunktsetzungen sowie außergewöhnliche gesellschaftliche Ereignisse – insbesondere die COVID-19-Pandemie – Einfluss auf den Sprachgebrauch genommen haben. Darüber hinaus blieben mögliche Einflüsse durch die Entstehungsbedingungen politischer Reden, die Rezeption der Beiträge durch das Publikum sowie alternative Kategorisierungen des Materials außerhalb des Untersuchungsrahmens.

7.5 Ansatzpunkte für weiterführende Forschung

Die vorliegende Untersuchung bietet Einblicke in den populistischen Sprachgebrauch Werner Koglers im Spannungsfeld zwischen Oppositions- und Regierungsrolle. Gleichzeitig ergeben sich aus den gewonnenen Erkenntnissen verschiedene Ansatzpunkte für weiterführende Forschung. Da die Arbeit als Einzelfallstudie angelegt ist, erscheint zunächst eine Ausweitung auf

weitere politische Akteur*innen sinnvoll. Vergleichende Untersuchungen könnten zeigen, inwieweit die vorliegenden Ergebnisse über den untersuchten Einzelfall hinaus Bestand haben oder ob es sich um spezifische Merkmale des Sprachgebrauchs Werner Koglers handelt.

Darüber hinaus könnte ein stärkerer Fokus auf unterschiedliche ideologische Ausrichtungen weitere Erkenntnisse liefern. Insbesondere vergleichende Untersuchungen rechts- und linkspopulistischer Kommunikationskontexte könnten dazu beitragen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede populistischer Sprachmuster systematisch herauszuarbeiten. Weitere Forschung könnte zudem andere Formen politischer Kommunikation berücksichtigen. Während sich die vorliegende Arbeit auf ausgewählte Redebeiträge konzentrierte, könnten insbesondere soziale Medien, Interviews oder informellere Kommunikationssituationen zusätzliche Einblicke in die Verwendung populistischer Sprachmuster ermöglichen.

Schließlich könnte das gewählte qualitative Vorgehen durch quantitative Zugänge ergänzt werden. Während die vorliegende Untersuchung eine differenzierte Analyse kommunikativer Funktionen ermöglichte, könnten größere Korpora und quantitative Verfahren dazu beitragen, die Verbreitung bestimmter sprachlicher Muster systematisch zu erfassen und die Vergleichbarkeit zukünftiger Untersuchungen zu erhöhen.

Insgesamt verdeutlichen diese Ansatzpunkte, dass die Erforschung populistischer Sprache weiterhin ein vielschichtiges Forschungsfeld darstellt. Die vorliegende Arbeit leistet einen Beitrag zur differenzierten Betrachtung populistischer Kommunikation im österreichischen Kontext und zeigt zugleich, dass insbesondere die Wechselwirkungen zwischen sprachlichen Mustern und politischen Rollen weitere wissenschaftliche Aufmerksamkeit verdienen.

8 Fazit und Ausblick

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede im populistischen Sprachgebrauch Werner Koglers zwischen der Phase vor der Nationalratswahl 2019 und der Phase politischer Verantwortung unter Regierungsbeteiligung herauszuarbeiten. Darüber hinaus wurde untersucht, welche charakteristischen Ausprägungen die identifizierten Sprachmuster aufweisen. Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde ein qualitatives Untersuchungsdesign gewählt, das Beiträge Werner Koglers aus der Oppositions- und Regierungsphase miteinander vergleicht. Die Kombination aus pragmatisch-semantischer Analyse und funktionaler Einordnung anhand sprachkritischer Maximen erwies sich als geeignet, wiederkehrende sprachliche Muster und deren kommunikative Funktionen sichtbar zu machen.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass die im Rahmen dieser Arbeit beschriebenen populistischen Sprachmuster in beiden Untersuchungszeiträumen auftreten. Dabei treten bestimmte Themenfelder und sprachliche Muster kontinuierlich auf. Wiederkehrende Bezugnahmen auf *Klimaschutz*, *Verantwortung*, *Gerechtigkeit* und *Demokratie* strukturieren den Sprachgebrauch über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg. Ebenso bleiben Formen der Emotionalisierung, Zukunftsbezüge, Strategien der Vereinfachung und Dichotomisierung sowie Muster der Selbst- und Fremdpositionierung in beiden Phasen bestehen. Auch Erlösungs- und Befreiungsverheißungen erweisen sich als ein kontinuierlich nachweisbares sprachliches Muster des analysierten Korpus. Politische Herausforderungen werden in beiden Untersuchungszeiträumen wiederholt mit Perspektiven gesellschaftlicher Verbesserung und politischen Gestaltungsmöglichkeiten verknüpft.

Gleichzeitig macht die Untersuchung deutlich, dass sich die konkrete Ausgestaltung dieser Sprachmuster im Zusammenhang mit der jeweiligen politischen Rolle verändert. Während der Sprachgebrauch in der Oppositionsphase stärker auf Mobilisierung, Abgrenzung und die Formulierung grundlegender Veränderungsforderungen ausgerichtet ist, rücken in der Regierungsphase Aspekte der Verantwortungsübernahme, die Legitimation politischen Handelns sowie die Darstellung konkreter Lösungsansätze stärker in den Vordergrund. Zukunftsbezüge bleiben zwar erhalten, werden jedoch häufiger mit politischen Maßnahmen, institutionellen Prozessen und bereits erreichten Fortschritten verknüpft. Auch Selbst- und Fremdpositionierungen verändern sich: Kritische Zuschreibungen gegenüber politischen Mitbewerber*innen treten weiterhin auf, werden jedoch teilweise durch Bezugnahmen auf Zusammenarbeit und punktuelle Anerkennung anderer politischer Akteur*innen ergänzt.

Ein weiterer zentraler Befund besteht darin, dass populistische Sprachmuster im untersuchten Material nur selten isoliert auftreten. Vielmehr zeigt sich ein Zusammenspiel verschiedener sprachlicher Strategien, die sich gegenseitig verstärken und je nach Thema, Kommunikationssituation und politischer Rolle unterschiedlich ausgestalten. Die Ergebnisse verdeutlichen somit, dass populistische Sprache nicht als starres Bündel einzelner Merkmale verstanden werden kann, sondern als ein dynamisches Repertoire kommunikativer Mittel, dessen konkrete Ausprägung kontextabhängig variiert.

Die Ergebnisse sind vor dem Hintergrund des gewählten Untersuchungsdesigns einzuordnen. Aufgrund des qualitativen Einzelfalldesigns lassen sich die gewonnenen Erkenntnisse nicht auf andere politische Akteur*innen oder Parteien übertragen. Zugleich ermöglichte die bewusste Fokussierung auf einen einzelnen Untersuchungsgegenstand eine vertiefte Analyse

sprachlicher Muster und ihrer kommunikativen Funktionen unter unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen.

Für zukünftige Forschung ergeben sich daraus verschiedene Anschlussmöglichkeiten. Denkbar wären vergleichende Untersuchungen weiterer politischer Akteur*innen sowie parteiübergreifende Analysen. Darüber hinaus erscheint eine Verbindung qualitativer und quantitativer Verfahren vielversprechend, um die Reichweite der identifizierten Muster systematischer zu erfassen. Auch ein stärkerer Fokus auf redeformatbedingte Unterschiede stellt einen interessanten Untersuchungsgegenstand dar.

Zusammenfassend zeigt die vorliegende Arbeit, dass sich im Sprachgebrauch Werner Koglers sowohl Kontinuitäten als auch Veränderungen populistischer Sprachmuster beobachten lassen. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass politische Rollen die konkrete Ausgestaltung dieser Sprachmuster beeinflussen und somit unterschiedliche kommunikative Funktionen hervorbringen können. Die Befunde zeigen, dass populistische Sprachmuster nicht ausschließlich an oppositionelle Kommunikationskontexte gebunden sind, sondern sich unter veränderten politischen Rahmenbedingungen funktional anpassen können. Damit leistet die Arbeit einen Beitrag zum Verständnis populistischer Sprache im österreichischen Kontext.

Literaturverzeichnis

- APA (2017): Peter Pilz sagt, seine Partei wird „nie zum Leben erweckt“. In: Der Standard (Online). URL: <https://www.derstandard.at/story/2000062089399/peter-pilz-sagt-seine-partei-wird-nie-zum-leben-erweckt> [Zugriff: 17.12.2021].
- Bundesministerium für Inneres (2017): Nationalratswahl 2017. (Online). URL: https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/start.aspx [Zugriff: 16.12.2021].
- Bundesministerium für Inneres (2019): Nationalratswahl 2019. (Online). URL: https://www.bmi.gv.at/412/nationalratswahlen/nationalratswahl_2019/start.html [Zugriff: 18.12.2021].
- Bundeskanzleramt (2019ff): Bundesministerinnen und Bundesminister, Staatssekretärinnen. (Online). URL: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/bundesministerinnen-und-bundesminister.html> [Zugriff: 16.12.2021].
- Burkhardt, A. (Hg.) (2019): Handbuch Politische Rhetorik. Berlin/Boston: De Gruyter (Handbücher Rhetorik, Band 10).
- Canovan, M. (1981). Populism. London: Junction Books.
- Decker, F. / Lewandowsky M. (2009). Populismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Online). URL: <http://www.bpb.de/41192/was-ist-rechtspopulismus> [Zugriff: 18.12.2021].
- Decker, F. (2006). Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, F. (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: Verl. f. Sozialwissenschaften. 9–32.
- Diehl, P. / Bargetz, B. (Hg.) (2024). The Complexity of Populism. New Approaches and Methods. Oxon/New York: Routledge.
- De Cleen, B. / Glynos, J. (2021). Beyond populism studies. In: Journal of Language and Politics 20 (2). 178–195. (Online). DOI: 10.1075/jlp.20044.dec [Zugriff: 04.04.2026].
- De Cleen, B. / Stavrakakis, Y. (2021). Advances in the study of the connections between populism and nationalism. In: Populisme. La Revue (1). (Online). URL: https://populisme.be/articles_sc/le-tude-du-populisme-et-dunationalisme-sous-le-prisme-de-la-dt-distinctions-et-articulations/ [Zugriff: 01.04.2026].
- De Cleen, B. [u. a.] (2025). Discourse theory and the turn to practice. Lessons from the populist moment. In: Journal of Language and Politics 24 (1). 1–24.
- Fieschi, C. (2004). Fascism, Populism and the French Fifth Republic: In the Shadow of Democracy. Manchester: University Press.
- Fuchs, C. (2020). Online Nationalism and Social Media Authoritarianism in the Context of the ÖVP/FPÖ Government in Austria. In: Nationalism on the Internet. Abingdon: Routledge. 179–244.
- Girnth, H. / Spieß, C. (2006). Dimension öffentlich-politischen Sprachhandelns. In: Girnth, H. / Spieß, C. (Hg.): Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen. Berlin: Erich Schmidt (Philologische Studien und Quellen, Heft 200). 7–16.
- Girnth, H. (2015). Sprache und Sprachverwendung in der Politik: Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Berlin, München, Boston: De Gruyter.
- Grossalber, T. (2012). Rechtspopulismus in der Sprache von H.C. Strache. Eine sprachwissenschaftliche Analyse. Wien: Universität Wien.
- Hartleb, F. (2005). Rechtspopulistische Parteien. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung (Online). URL: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=7ba461df-3133-b991-d308-a5789a5d9d4f&groupId=252038 [Zugriff: 18.10.2021].

- Hartleb, F. (2017). Linkspopulismus – ein vernachlässigtes Phänomen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Online). URL: <https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/261244/linkspopulismus-ein-vernachlaessigtes-phaenomen> [Zugriff: 17.12.2021].
- Hawkins, K. (2010). *Venezuela's Chavismo and Populism in Comparative Perspective*. Cambridge: University Press.
- Hunger, S. / Paxton, F. (2022). What's in a buzzword? A systematic review of the state of populism research in political science. In: *Political Science Research and Methods* 10: 617–633.
- Hofer rechnet mit Kritik an Plakat-Slogan (2016). In: *Kurier* (Online). URL: <https://kurier.at/politik/inland/hofburg-wahl-hofer-rechnet-mit-kritik-an-plakat-slogan/227.463.976> [Zugriff: 17.12.2021].
- Houwen, T. (2011). *The non-European roots of the concept of populism*. Sussex European Institute Working Paper, Bd. 120. Brighton: Sussex European Institute, University of Sussex.
- Jörke, D. / Selk, V. (2017). *Theorien des Populismus zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Kern, D. (2022). *Populistische Sprache von Politiker*innen auf der Social Media Plattform Facebook*. Wien: Universität Wien.
- Kissler, H. (2025). *Populistische Kommunikation in Österreich. Eine Analyse des Sprachgebrauchs der Parteivorsitzenden und des politischen Wandels*. Wien: Universität Wien.
- Klein, J. (2019). *Politik und Rhetorik*. Wiesbaden: Springer.
- Krause, A. (2019). Populismus – kein neues Phänomen. In: *Neue politische Literatur* 64 (1). 235–236. (Online). DOI: 10.1007/s42520-018-0014-5 [Zugriff: 22.12.2021].
- Kroisleitner, O. / Minkin, C. (2015). Die Grünen zwischen Politisierung und Populismus. In: *Der Standard* (Online). URL: <https://www.derstandard.at/story/2000023873549/die-gruenen-zwischen-poli-tisierung-und-populismus> [Zugriff: 16.12.2021].
- Laclau, E. (2005). *On Populist Reason*. London: Verso.
- Machleidt, E. (2020). *Der Einsatz ideologisch aufgeladener politischer Sprache am Beispiel rechtspopulistischer Parteien im deutschsprachigen Raum*. Wien: Universität Wien.
- Moffitt, B. (2016). *The global rise of populism. Performance, political style, and representation*. Stanford: University Press.
- Mudde, C. (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39 (4): 541–563.
- Mudde, C. (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: University Press.
- Mudde, C. / Kaltwasser, C. R. (2019). *Populismus. Eine sehr kurze Einführung*. Bonn: Dietz.
- Müller, J.-W. (2020). *Was ist Populismus? Ein Essay*. 6. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Niehr, T. (2014). *Einführung in die Politolinguistik: Gegenstände und Methoden*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Parlament Österreich (2025). *Sitzplan & Mandatsverteilung* (Online). URL: <https://www.parlament.gv.at/recherchieren/personen/nationalrat/sitzplan> [Zugriff: 13.10.2025].
- Poier, K. / Saywald-Wedl, S. / Unger, H. (2017). *Die Themen der „Populisten“*. Baden-Baden: Nomos.
- Puhle, H. J. (1986). Was ist Populismus? In: Dubiel, H. (Hg.): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 12–32.
- Reisigl, M. (2002). „Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen.“ Von populistischen Anrufungen, Anbieterungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen. In: Eismann, W. (Hg.): *Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität*. Wien: Czernin. S. 149–198.
- Scharsach, H.-H. (2002). *Europas Populisten. Rückwärts nach rechts*. Wien: Ueberreuter.

- Schäfer, J. (2021). Die Sprache der Populisten. Eine politikwissenschaftliche Sprachanalyse. Baden-Baden: Nomos.
- Strick, S. (2021). Rechte Gefühle: Affekte und Strategien des digitalen Faschismus. Bielefeld: transcript.
- Taggart, P. A. (2000). Populism. Concepts in the social sciences. Buckingham u. a.: Open University Press.
- Thömmes, A. / Thomeczek, P. (2019). Wo stehen die Parteien in Österreich? Eine Analyse der Parteiprogramme zur Nationalratswahl 2019. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung (Online). URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/15698.pdf> [Zugriff: 16.12.2021].
- Trestl, S. (2017). Rechtspopulismus in der Sprache von Norbert Hofer – Eine sprachwissenschaftliche Analyse ausgewählter Reden zur Bundespräsidentenwahl 2016. Wien: Universität Wien.
- Wengeler, M. (2019). Gibt es Linkspopulismus? In: Römer, D. / Spieß, C. (Hg.): Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie (OBST). Duisburg: Universitätsverlag Rhein-Ruhr. 95: 243–259.
- Weyland, K. (2001). Clarifying a Contested Concept: Populism in the Study of Latin American Politics. In: Comparative Politics 34: 1–22.
- Wolf, T. (2017). Rechtspopulismus. Überblick über Theorie und Praxis. Wiesbaden: Springer.

Korpusverzeichnis

- Elefantenrunde zur Nationalratswahl 2019 mit Werner Kogler, 26.09.2019. Video auf YouTube. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=v4Z-OB6ck4U> [Zugriff: 16.06.2026].
- Elefantenrunde zur Nationalratswahl 2024 mit Werner Kogler, 26.09.2024. Videomitschnitt des ORF, erworben am 09.04.2026.
- Pressestunde mit Werner Kogler, 11.09.2019. Video auf YouTube. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=HNXcEY2Toww> [Zugriff: 16.06.2026].
- Pressestunde mit Werner Kogler, 21.06.2020. Video auf YouTube. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=8bnqgkfKCTc> [Zugriff: 16.06.2026].
- Regierungserklärung. Rede von Werner Kogler, 10.01.2020. Video auf YouTube. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=c-jKooGfPUE> [Zugriff: 16.06.2026].
- Wahlkampfede Europawahl. Rede von Werner Kogler, 19.03.2019. Video auf YouTube. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=oth3-L2EOu4> [Zugriff: 16.06.2026].
- Wahlkampfede Nationalratswahl. Rede von Werner Kogler, 10.09.2019. Video auf YouTube. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=0fuHqecB2IE> [Zugriff: 16.06.2026].

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht über die im Korpus berücksichtigten Redebeiträge 26

Zusammenfassung

Die vorliegende Masterarbeit untersucht den populistischen Sprachgebrauch des österreichischen Politikers Werner Kogler und vergleicht dessen Ausprägung in der Oppositionsphase vor der Nationalratswahl 2019 mit jener während der anschließenden Regierungsbeteiligung. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwiefern sich populistische Sprachmuster in Abhängigkeit von unterschiedlichen politischen Rollen verändern.

Grundlage der Analyse bildet ein Korpus ausgewählter öffentlicher Redebeiträge aus den Jahren 2019, 2020 und 2024. Berücksichtigt werden sowohl monologische Formate (Wahlkampfreden und Regierungserklärung) als auch dialogische Formate (Pressestunden und Elefantenrunden). Die Untersuchung erfolgt in zwei Schritten: Zunächst werden die Beiträge mithilfe einer pragmatisch-semantischen Analyse hinsichtlich wiederkehrender Themen, Leitbegriffe und sprachlicher Auffälligkeiten untersucht. Anschließend werden die identifizierten Muster anhand der sprachkritischen Maximen nach Reisigl funktional eingeordnet.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich populistische Sprachmuster in beiden Untersuchungszeiträumen nachweisen lassen, sich jedoch in ihrer Ausprägung und Funktion unterscheiden. Während die Oppositionsphase stärker von mobilisierender Rhetorik, kollektiven Selbstpositionierungen und visionären Zukunftsentwürfen geprägt ist, rücken in der Regierungsphase Problemlösungen, politische Verantwortung und die Bewältigung aktueller Krisen in den Vordergrund. Gleichzeitig bleiben zentrale sprachliche Strategien, insbesondere im Bereich des Klima- und Umweltschutzes, über beide Phasen hinweg bestehen. Die Arbeit leistet damit einen Beitrag zur Erforschung linkspopulistischer Sprache und zeigt, dass sich populistischer Sprachgebrauch mit veränderten politischen Rollen wandeln kann, ohne seine grundlegenden kommunikativen Muster vollständig aufzugeben.

Anhang

Die im Anhang dokumentierten Transkripte sind jeweils eigenständig paginiert. Die Seitenangaben in den Quellenverweisen beziehen sich auf die Seitennummerierung des jeweiligen Transkripts.

Anhang A: Europawahlrede 2019 (EW 2019)

Anhang B: Nationalratswahlrede 2019 (NRW 2019)

Anhang C: Pressestunde 2019 (PS 2019)

Anhang D: Elefantenrunde 2019 (ER 2019)

Anhang E: Regierungserklärung 2020 (RE 2020)

Anhang F: Pressestunde 2020 (PS 2020)

Anhang G: Elefantenrunde 2024 (ER 2024)

Anhang A:
Europawahlrede 2019 (EW 2019)
Veröffentlichungsdatum: 19.03.2019

Ja, dankeschön. Liebe Delegierte. Geschätzte Presse. Ich fange gleich bei der Birgit Hebein an, sie hat begrüßt und das letzte Mal hatten wir schon. Das letzte Mal hatten wir schon am Kongress im November, die Frage: Was ist los mit der Stadt? Jetzt haben wir das zehnte Mal hintereinander Wien als lebenswerteste Stadt der Welt ausgewiesen. Na, so ein Pech aber auch. Was macht ihr da? Ja, der Fluch der Realpolitik. Das ist ja alles jetzt gar nicht so bemerkenswert. Vielleicht ja, wenn man das schon gewohnt ist. Wie super alles, vieles funktioniert. Nicht alles, aber vieles. Ja, aber es ist ja, bevor wir uns Europa zuwenden, schon sehr aufreizend. Ich denke, wir haben hier noch eine diplomatische Formulierung mit aufreizend, dass in den Parteizentralen von Türkis und Blau mit den dümmsten, dumpfbackigsten und was weiß ich welchen Argumenten auf die Bundeshauptstadt eingedroschen wird. Das ist doch völlig absurd. Das ist widerwärtig, was fahren, was fahren die überhaupt für einen Plan? Sollen wir die letzten werden? Nein. Wien ist eine der lebenswertesten Städte der Welt, obwohl es noch viel zu verbessern gibt. Das wissen auch wir Grüne. Wir setzen uns nicht mit allem durch. Aber an dieser Stelle und hier wäre ja nicht nur die Wiener Delegation da, sondern auch, nachdem wir uns ja in Öffnung üben, auch einige Menschen so dazu gekommen sind, eine größere Zahl aus Wien, dann soll das einfach mal erwähnt werden. Und danke dafür Birgit Hebein. [Applaus] David Ellensohn. David Ellensohn für den Klub. Und Peter Kraus. Und noch einmal: Warum die drei? Natürlich weil das wirklich eine herausragende demokratische Leistung war, wie diese Spitzenwahl organisiert wurde.

Bei der Gelegenheit ist es wahrscheinlich auch nur angebracht hinzuweisen, dass auch Maria Vassilakou und Christoph Chorherr hier einen riesigen Anteil haben. Und ich kann nur empfehlen. Dann ist Schluss mit den Werbedurchsagen. Ja. Ich kann nur empfehlen. Auf Facebook gibt es das, sicher auf YouTube. Die Abschlussrede des Christoph Chorherr, wie er Stadt sieht. Die Menschen in der Stadt. Die Politik in der Stadt. Was das überhaupt ist, Politik im kommunalen Raum. Überhaupt das Politische, der Gestaltungsanspruch, der Durchsetzungsanspruch. Auf welche Schwierigkeiten man stößt, welche Allianzen man schmieden kann, eine Lehrstunde in Sachen produktiver Politik, wo man was erreichen kann. Und das ist auch grün. Das hatten wir das letzte Mal. Und die Wiener Grünen zeigen ja, dass sie inhaltlich programmatisch auf festen Fundamenten stehen, aber auch einiges und gar nicht so wenig und immer mehr umsetzen. Und das ist doch was. Das ist eine Empfehlung, eine Empfehlung für die Wiener Grünen, weil wir wissen ganz genau, dass die nächste Auseinandersetzung nach der Europawahl. Keine Sorge, ich lasse sie nicht aus. Ja, dass die nächste Auseinandersetzung vor allem hier stattfinden wird. Und wenn schon welche herumlaufen und Fehdehandschuhe herum-schmeißen oder wie die das nennen, dort die Schmissigen. Ist mir auch jetzt erst aufgefallen: schmeißen schmiss. Na dann. Ja, dann nehmen wir ihn doch. Dann nehmen wir ihn doch. Genau wie Birgit Hebein und Michel Reimon gesagt haben, geht es doch darum, mit dieser Republik diese Auseinandersetzung zu führen. [Applaus] Und dann geht es eben um die großen Fragen auch wieder. Nicht nur in Europa, selbst in Wien, in Österreich. Zusammenhalt oder Spaltung? Unsere Antwort ist klar. Stärke durch Zusammenhalt und nicht Schwäche durch Spaltung. Das ist grün. [Applaus] Und deshalb sollen auch, obwohl wir ja gerade eine besondere Phase (...) gerade durchmachen, die Bundesgrünen. Und deshalb soll nicht nur erkannt werden, was das Richtige, Gescheite und Gute der Grünen ist. Ihr wisst, an der Stelle sollen sie uns doch Gutmenschen schimpfen, wenn ihnen schlechte lieber sind. Na bitte. Rein mit den Grünen, rein mit den grünen Stärken, rein in die Parlamente, rein in die Regierungen.

Und das ist unser Auftrag. Daran hat sich nichts geändert. Ganz im Gegenteil. Ganz im Gegenteil. [Applaus] Und die Nachfrage und die Sehnsucht nach Grün, nach den Visionen, nach den Ideen und den Plänen, die steigt ja ständig. Wir spüren sie ja schon längst wieder. Wir können mit unserem kleinen Team gar nicht alle Fragen beantworten. Sie sind meistens positiv gemeint. Ja, so ist es auch. Und seien wir das Angebot dafür. Und zwar auf allen Ebenen jetzt eben. (...) Eben auch, was die europäische betrifft. Ich habe ein paar Stichwörter aufgenommen. Wir basteln schnell jetzt einmal ein gemeinsames Vortragskonzept. Die meisten wissen ja, dass ich die Mappe nur deshalb mitbringe, damit ich so tun kann, als ob ich vorbereitet wäre. [Lachen] Diese Woche, ich nehme den Michel Reimon, diese Woche drei Ereignisse: Gestern Fridays for Future. Erster weltweiter Klimastreik. (...) Gute Sache. Die jungen Menschen nehmen mehr oder weniger ihr Schicksal selber in die Hand. Nachdem die Erwachsenengeneration auf vielen Ebenen vielleicht gerade nicht wir unbedingt, aber viele der sogenannten politischen Mitbewerber auslassen, absichtlich auslassen. Man fragt sich gerade in Österreich. Wir sind Schlusslicht im Klimaschutz. Wie es dazu kommen kann, dass wir so einen jungen Kanzler haben, der so zukunftsvergessen ist, dass da nichts geht. Es ist eine Schande für Österreich, dass die Europäische Union, die Europäische Union muss Österreich antreiben, damit in Umwelt und Klimaschutz überhaupt noch was passiert, wo wir doch immer Vorreiter waren. Aber wir haben es schon herausgearbeitet. Man muss nicht unbedingt Philosophie studiert haben. Es gibt eine Verantwortung dafür, was man tut. Aber mittlerweile gibt... Mittlerweile wird immer drängender und dringender die Erkenntnis, dass es auch dafür eine Verantwortung gibt. Wofür, dafür und wofür man nichts tut. Das ist Unterlassungstäterschaft, nicht weniger werfen wir der türkis-blauen Regierung vor. Und da können sie sich hundertmal hinstellen. [Applaus] In den Boulevardzeitungen. Sich mit Millionen dort einkaufen und dann die Welt erklären, was sie nicht alles tun.

Bei Plastik, sonst was etc. ziehen wir Plastik an dieser Stelle nur kurz vor. Ja. Das hat ja auch mit Umwelt zu tun, mit Klima, weil da so viel Kohlenstoff gebunden drinnen ist. Aber es ist gut. Es ist gut, wenn die Bundesregierung jetzt irgendwo ein halbes Jahr schneller was einführt, was sie ohnehin müsste, weil es nämlich die Union durchgesetzt hat wieder. So schlecht ist die Union gar nicht in Umweltfragen. Also dann blättern wir kurz zurück. Michel und Moni werden vielleicht Zeugnis geben können. Was hat denn die österreichische Delegation, entschuldige, die österreichischen Abgeordneten, speziell von Türkis, also damals noch schwarz, gemacht. Die haben das im Europäischen Parlament regelmäßig boykottiert und dagegen gestimmt. Eine gewisse Frau Abgeordnete Köstinger, die jetzt als Umweltministerin herumturnt, hat sich dort ungeniert als Agrarlobbyistin aus dem Fenster gelehnt.

Ja, wenn jetzt was passiert, soll es uns recht sein. Es ist nie zu spät zur Umkehr. Aber wer war es denn, der es immer getrieben hat im Europäischen Parlament? Es waren die europäischen Grünen, es war die grüne Fraktion. Und das lässt sich nachweisen, wer in dem Parlament jetzt transparent dazu ist, im österreichischen, und deshalb wissen wir auch, wer sich wie benommen hat dort und wer wie abgestimmt hat. Und da sieht man wieder, wie günstig und wichtig das ist, dass *immer wieder auch* die dicken Bretter gebohrt werden. Und ja, es kommt was raus. Am Schluss. Es kommt zumindest meistens was raus und das ist doch hoffnungsgebend. Und deshalb dürfen wir da nicht lockerlassen. So ist es auch.

Und das ist grün. Nicht aufgeben. [Applaus] Ja, auch wenn es so ist, dass die Bretter, die wir bohren, immer dicker werden. Die Zeit scheint davonzulaufen. Aber da kommen wir dann noch hin. Ich habe ja eigentlich ein Vortragskonzept versprochen. Also Fridays for Future, Brexit-Debatte im britischen Unterhaus, drei Tage und halbe Nächte und Abstimmungen.

Man fragt sich schon, man fragt sich schon, wie die dort Verantwortung interpretieren. Aber da werden wir gleich hinkommen, denke ich. Und dann am Anfang der Woche, Montag, Dienstag, im üblichen Rad das Treffen der Finanzminister der Eurogruppe am nächsten Tag ECOFIN. Ja, der Michel hat schon angedeutet, was das eigentlich für ein Sammelsurium ist dort. Das sind drei Dinge, die können wir schon hernehmen. Fangen wir an mit den großen Fragen, wo der Brexit vielleicht Zeugnis abliefern kann. Und wie es dort zugeht. Ich hätte es ja nicht für möglich gehalten und damit mit Philipp Blom zu sprechen, (...) was auf dem Spiel steht (...) oder in Frageform: Es steht viel auf dem Spiel. Es geht um viel. Es geht um nicht mehr oder weniger als um die europäischen Werte. Und aufpassen. Es geht um Europa im Sinne der europäischen Werte und nicht bloß nur um die Union, weil die wollen wir ja verbessern, deshalb treten wir ja an, das ist nicht immer unbedingt das Gleiche. Und ihr wisst ja, was an der Stelle kommt, wer Europa und diese Werte, die hier erkämpft wurden, liebt. Also wer Europa liebt, soll, muss, will auch die Europäische Union verändern. Na selbstverständlich. Das ist kein Widerspruch. Das geht zusammen. Die intellektuelle, intellektuelle Leistung vollbringen die Grünen, und das ist ein ganz normaler demokratischer Vorgang, dass wir uns dort bewerben, kandidieren und die Union verbessern wollen. Aber Europa ist ja viel mehr. Und das ist plötzlich alles in Gefahr. Was ich damit auch verbinde, auch wenn es hochtrabend klingt. *Freiheit. Demokratie sogar. Rechtsstaatlichkeit. Menschenrechte. Menschenwürde. Minderheitenschutz* bei der Gelegenheit. *Pressefreiheit*. Apropos Freiheit. Da nicht weit von hier, keine 100 Kilometer südöstlich, das sehen wir ja, da werden wir. Diesen Ort, diesen Fidesz und Orban sollten wir uns dann auch kurz zuwenden. Aber nicht nur das sehen wir ja, was alles schon wieder möglich ist. Das sind alles die Hawara von unserer Bundesregierung, sonst hätte ich das gar nicht erzählt. Vielleicht ja, weil ich ja immer angehalten werde, über den Klimaschutz zu reden. Aber das können wir nicht auslassen, das können wir nicht auslassen, weil da geht es auch um übergeordnete, um übergeordnete Dinge und Werte. Und jetzt sehen wir dieses Europa. Diese europäischen Werte sind einem mehrfachen Angriff ausgesetzt. Sie stehen ja nicht nur in Frage, sie werden offen angegriffen. Von den alten Nationalisten, die wieder hervorkommen, die hervorkriechen. Und dazu gesellen sich die neuen Rechtsextremen, und die haben nichts Gutes vor. Das ist ja erkennbar. Ja, die Sprengmeister, (...) die geben das sogar zu. Die brüsten sich damit, die Europazerstörer. Ja, die gibt es. [wird lauter] Und es wird eine Gegenbewegung geben, die versucht, Europa zu schützen. Wir brauchen nicht nur ein Europa, das schützt, es muss mittlerweile auch Europa geschützt werden vor diesen Nationalisten und Rechtsextremen. [Applaus] Und das wird eine Gegenbewegung geben. Und wir Grünen, wir werden Teil davon sein. Das ist unser Auftrag, Das ist grün.

Wenn man es positiv formuliert, könnte man auch sagen, es braucht einen neuen europäischen Zusammenhalt. Da bin ich auch völlig davon überzeugt. Gegen diese Nationalisten und Rechtsextremen. Aber es gibt ja einen doppelten Angriff. Mit dem haben wir uns schon länger beschäftigt, spätestens seit der Finanzkrise. Ja, auch dieses Konzept des Wirtschaftens in einem System des globalisierten, ungezügelten, hemmungslosen Turbo-Finanzkapitalismus. Und das ist nicht übertrieben. Da kommen die einzelnen Staaten und selbst solche großen Gemeinschaften wie die Union in Bedrängnis. Jetzt wäre aber die Union genau was aufgrund ihrer Größe. Man muss ja, man kann das ja nicht mehr einzelstaatlich alles angehen, dass wir hier was, dass wir hier was gegenhalten könnten. Aber oft ist es so, dass man den Eindruck hat, dass tausende Lobbyisten durch die Drehtüren gehen in den Mitgliedsstaaten. Mittlerweile ist es kein europäisches Phänomen allein, kein Brüsseler, Tausende Lobbyisten im Konzernauftrag aus- und ein-gehen.

Und leider die Politik, die aus diesem Unionsgetriebe herauskommt, halt dann auch öfter so aussieht. Der Michel hat es ja beschrieben. Wir haben also einen doppelten Angriff. Die Rechten und diejenigen, die von diesem Escortservice von irgendwelchen zahnlosen Regierungen profitieren und das sind die Konzerne. Jawohl, wir dürfen sie auch so benennen. Ja, nicht weil es taktisch gescheit ist, dem Bösen ein Gesicht zu geben, sondern weil es so ist, weil es so ist. Sagen, was ist. Es gibt diese großen Zusammenhänge und auch da kommt Europa unter Druck. Und auch da muss man gegenhalten. Und die Konzepte dafür gibt es und die sind jedenfalls auch bei den Grünen zu finden. Wenn der Wettbewerb was zusammenbringt, soll es uns recht sein. Alleine wir entdecken dort nicht sehr viel. [Applaus] Wir werden ja auf die Glaubwürdigkeit noch eingehen.

Und dieser doppelte Angriff ist es, den es abzuwehren gilt. Schauen wir uns das Brexit Beispiel an, dass ich sozusagen mein kleines Versprechen einlöse. Was ist die Geschichte des Brexit? Wir erkennen ganz klar, dass in einer sogenannten Kampagne, wäre nicht schlecht, wenn es eine demokratische Auseinandersetzung gibt, es die verantwortungslosen Nationalisten waren und sind, die ohne jeden Genierer den größtmöglichen Schaden stiften. Es war ja erkennbar hier auf offener Bühne mit dem Benzinkanister herumgerannt. Vor den Abstimmungen, nachdem sich dort der Regierungschef, der damalige Bill, vertan hat. Aber es muss ja nicht sein. Man könnte ja eine andere Auseinandersetzung führen. Nein, nein, alles versprochen und nichts gehalten. Jeden Blödsinn erzählt. Die Vernaderer. Und dann, als die Bude lichterloh brannte, haben sie sich sofort aus dem Staub gemacht. Am nächsten Tag. Sogar wurde erwähnt, noch die ganzen Versprechen, dass jetzt ein paar 100 Millionen Pfund mehr am Tag da sind. Das geht sich alles nicht aus. Leider ja. Blödes Plakat. Haben wir halt falsch. Haben wir halt falsch geschrieben und sind selber aus der Verantwortung geflüchtet. So waren sie doch, die Herren Farage und wie die alle heißen dort. Aber auch andere. Und wenn man sich das Gesamtkonstrukt im Nachhinein anschaut und das können wir lernen vom Brexit und wie es dazu kam, dass dieses Geplärre der Rechten immer das gleiche Schema hat ja keine Lösung am Schluss, aber zunächst null Verantwortung. Da haben Sie einmal gestartet, dann, wenn es so weit ist, null Orientierung, null Plan und schon gar keine Lösung. Keine Lösung. Aber laut plärren.

Und das ist immer das Gleiche mit diesen Rechten. Möglichst viel aufblasen, möglichst viel einfache – unter Anführungszeichen natürlich – Antworten geben, wo es gar nicht so leicht wäre, einfache Antworten zu geben. Aber dann, aber dann niente. Null. Nichts. Und das sollten wir daraus lernen. Und da müssen wir wieder. Aber es ist ein Auftrag an die anderen. Auch weil, es hat zwei Seiten die Geschichte. Ja, es ist der Auftrag an die anderen, dass man sich da hinstellen muss und argumentieren ja, das, wovon wir überzeugt sind oder auch der eine oder andere Mitbewerber, dass wir dieses, was wir für richtig halten, eben selber auch populär machen. Das ist schon unsere Verantwortung auch, weil wenn wir sehen, wo das besonders verfangen hat in Großbritannien. Dann wird man sehen, dass das natürlich in den Gebieten war, wo die ganz hohe Exit sozusagen Exit Stimmen hatten für den Brexit. Dort, wo sie sich abgehängt fühlen, die Leute und die Regionen gibt es zuhauf in Großbritannien. Das ist schon auch wahr. Also das sollte man schon mitnehmen. Aber grundsätzlich ist es so, wie ich zuvor gesagt habe, und dann wird es eben darauf ankommen, wer hier die klareren Konzepte hat und eben überzeugen kann und will. Und die Auseinandersetzungen gehen ja auch darüber hinaus noch um Folgendes: Es ist aufgrund der Probleme also dann sowas wie Umweltprobleme, Klima, drohende Klimakatastrophe oder auch die Frage, wie man sich das Wirtschaftssystem einrichtet. Wie geht denn das überhaupt noch? Und da sind wir ja auch schon wieder dabei, dass diese Partei, diese Vaterlandskrieger und wie sie alle heißen, mit ihren nationalistischen Argumenten da ja völlig ins Leere fahren.

Weil entweder, wir kennen das, entweder Nationalismus wird scharf gestellt, dann halte ich es mit Mitterrand. Nationalismus führt früher oder später zu Krieg. Oder er ist wie so oft auch gemeint. Ich will das gar nicht unterstellen. Es ist ein Placebo. Aber was hast du von einem Placebo? Nicht viel. Da kommen eben keine Antworten raus. Und genau das ist der Punkt. Da hilft es nicht, wenn man einzelstaatlich heruntut. Wenn man die. Wenn man die großen Fragen beantworten will. Da hilft es nichts. Das ist nach geradezu die Verwerfung und die Abdankung des Politischen an sich. Wer das nicht kapiert hat, wer nicht kapiert, dass wir für das, was heute zu tun und zu lösen ist, auch nicht nur, nicht nur, aber auch größere Einheiten brauchen, der hat überhaupt nichts kapiert oder der will nichts kapieren. Der will nämlich, dass diese Neoliberalen und alle anderen durchmarschieren. Weil dann nämlich genau die Politik rauskommt, wenn die kleinen Staaten auf sich selber zurückgeworfen sind. Da werden sie noch mehr gegeneinander ausgespielt, als jetzt eben schon. [Applaus] Also geht es darum, dass wir dieses erkennen müssen. Und deshalb ist es für uns so ein Staatengebilde wie die Union so wichtig. Man müsste fast eins erfinden. Jetzt ist es nicht das Gleiche. Wir hätten ein Besseres. Ja, aber es ist nun mal da. Und so viel Realpolitik muss sein. Man muss es hier verbessern wollen und wie ich meine, radikal verbessern.

Was ist unser Europa? Ökologisch. Wir werden es gleich hören. (...) Sozial. Und dann ist auch die Friedensfrage eine zunehmend wichtigere und drängendere wieder. Und es soll republikanisch organisiert sein. Res publica, die öffentliche Sache. Die Beteiligung aller. Warum haben wir nicht eine Verfassung, die damit beginnt, dass die Staaten und die Regierungschefs und irgendwer, sondern die Bürgerinnen und Bürger dieses Kontinents. Und dann schreibt es weiter. Das wäre doch was. Das ist grün. [Applaus] Und deshalb geht es um eine Republik. Und dann haben wir eine Vision von einer ökologischen, sozialen Friedensrepublik Europa. Das ist doch was. Dafür kämpfen wir. Und ja, man möchte meinen: Okay, wer braucht das schon? Wer braucht schon Europa? (...) Wir brauchen Europa. Speziell in Österreich. Wir brauchen Europa. Die Antwort wird euch nicht überraschen. Aber mittlerweile, wie erwähnt, braucht auch Europa uns. Und darum geht es. Und dazu müssen wir uns trotz aller Kritik bekennen und in diese Richtung arbeiten. Kritik an der Union. So, und jetzt wollen wir schauen, wo die Union was leisten muss, wo sie vor allem verbessert werden muss. Ja. Umwelt. Klimaschutz. Fridays for Future noch einmal. Ja, das war schon ermutigend. Ja, ich finde diese Schilder da hab ich sogar eins mitgenommen von dort, was auf der Wiese gelegen ist. Blöderweise habe ich es vergessen, aber es gibt dann ein anderes Schild. Also heute ist es sehr. Heute ist es sehr multimedial. Es gibt Schilder. Und. Also ich finde es super, was da oben steht, wie kreativ die jungen Leute sind. Ja, make the planet cool again, super mit zwei Sonnenbrillen. Wo ist denn heute meine Sonnenbrille? Make the planet cool again. Ja, in Wahrheit heißt das was. Das ist planet first climate first, nature first, human beings first. Das ist grün. Der Mensch im Mittelpunkt.

Es wird auch eine Aufgabenstellung sein, worauf uns die jungen Menschen hinweisen, das ist in Wahrheit die Verantwortlichkeit an die Verantwortlichen geht, dass sie ihre Hausaufgaben machen, dass dieser Planet überhaupt bewohnbar bleibt. Und dann sind wir bei dem Punkt, Ja. Das hat mir fast am besten gefallen. Was diese Schwänzerei-Debatte betrifft. Ja. Sozusagen. (...) Macht ihr eure Hausaufgaben, dann machen wir unsere. [Applaus] Thank you for this. Dann machen wir unsere. Ja. Und, und hätten die diese Aufmerksamkeit, wenn sie, wenn sie jetzt am Samstag oder am Sonntag eine kleine Demo machen. Nein, es ist natürlich geradezu konstitutiv. Rudi Anschober hat es geschrieben. Es ist geradezu konstitutiv, dass das so organisiert wird, weil die gleichen Medien. Da gibt es in Österreich ein paar, die da jetzt wieder komisch herumspekulieren, ob das überhaupt alles sein darf. Die hätten ja genau gar nichts geschrieben sonst.

Sind wir doch ehrlich und deshalb ist das eine vernünftige und gute Sache. Das ist ja wohl völlig klar.

Und diese Verantwortungsverweigerer, die muss man halt erwischen. Ein paar haben wir identifiziert im Kanzleramt. Ja, So. So, und jetzt ist es natürlich, was auch mit dem zu tun hat, wo die Grünen wieder besonders gefragt sind. Das ist ja völlig klar. Ja, wir wissen, wir haben die Antworten, die Konzepte. Aber wir müssen mit vollem Karacho und auch mit Emotion da reingehen. Und mir fällt auf und das ist mir erst gekommen. Eine kleine Anekdote: Bei meiner Vortragstour, ja, jetzt ist es fürs Buchen fast zu spät, weil fast keine Termine sind. War in Gleisdorf... Das war fast zufällig. Es ist in der Oststeiermark, da ist das mein Schulstandort. Dort habe ich maturiert. Und dann habe ich dort diskutiert mit einem ORF-Redakteur. Dann bin ich bei der Gelegenheit nochmal draufgekommen. Das war im Jahr 1980, im Juni, bei der schriftlichen Matura in Deutsch. Da waren drei Themen. Eins davon war aber, nachdem eben zuvor die bundesdeutschen Grünen gegründet wurden: Ist es sinnvoll, dass es auch in Österreich eine grüne Partei gibt? [Lachen] Das war das Thema. Ich, völlig überfordert, nachdem ich mich ja nur für Fußball und Partys interessiert habe. Man merkt es mir heute nicht an, aber der Knie-schaden ist kein kleiner. Ja, wir. Wir bemühen uns da, wie haben alles. Blutige Finger, blutige Knie, Blut, Schweiß und Tränen-Reden sind gefragt. Na ja, aber jetzt zum jetzt, zum ersten ja, ich war direkt ein bisschen berührt oder ergriffen, wie ich darauf gekommen bin. Und ich hatte das Thema genommen. Ja. Und ich habe die Frage mit ja beantwortet. [Applaus] Obwohl, ich wäre ja zwei Jahre vorher fast von der Schule geflogen. Das ist. Das ist kein Scherz. Und dann, nachdem offensichtlich die Begründung dafür über die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit einer grünen Partei in dieser Deutschmatura, haben sie mir eine Matura mit Auszeichnung umgehängt. Ja, habe ich noch nie erzählt, aber weil in seiner Biografie geniert man sich eher für so was. Aber in dem Fall, in diesem Fall, ja.

Aber was hat mich so ergriffen? Ich habe mich an was erinnert. Ich habe mich erinnert. An ein Bild, an ein Plakat, das eigentlich ikonografisch wurde. Und jetzt dürfen wir wieder ein bisschen inhaltlich werden. Niemals zuvor war die Aussage die Erkenntnis, ich will gar nicht sagen Satz, die Erkenntnis, dass wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt haben. So wertvoll wie heute, noch niemals zuvor. Und da haben wir es gefunden, dank unserer fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So hat das ausgesehen. Wer sich erinnert. Also ich bin alt genug, ich brauche mich nicht mehr verstecken. [ruft Folgendes] Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt! Jawohl, so ist es. Und es läuft die Zeit. Es läuft die Zeit. Es ist anders als damals. Wir haben noch Zeit bis 2030. In der Frage des Klimaschutzes. Und es gibt nicht mehr so viele große Wahlen bis dorthin auf diesem Globus. Aber die europäischen... Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind eine der wichtigsten in dieser Sache. Und machen wir diese Wahl zur Auseinandersetzung um einen Klimaschutz, der diesen Namen verdient. Machen wir die Wahl zur Klimawahl! [Applaus]

Da darf man schon klatschen. Da darf man schon klatschen. Aber aufstehen muss man auch noch nicht an dieser Stelle. Und es ist auch richtig. Und bleiben wir mal bei den großen Zusammenhängen und den großen Aussagen, auch wenn wir sie schon selber oft genug gehört haben. Aber machen wir es so wie die anderen. Wiederholen wir die Botschaften, die richtig sind. [spricht lauter] Und richtig ist auch, dass wir die erste Generation sind, die die Auswirkungen dieser Klimakrise, der drohenden Katastrophe zu spüren bekommt. Aber mit Sicherheit die letzte, die noch was tun kann. Das ist so was von richtig. Und wer sagt denn das in dieser Deutlichkeit? Was ist mit unserem Kanzler? Was ist? Wie kann das alles sein, was ich vorher beschrieben habe? Vielleicht müsste man das Ganze umdeuten. Weil wir gerade beim Worden sind, ja. Vielleicht sollte man ihm klarmachen, dass es auch so etwas geben könnte, wie eine CO²-Route zu schließen.

Das geht sich auch noch aus. *Das wäre ein Auftrag.* Aber das Thema ist zu ernst.

Noch eine Erkenntnis ist essenziell. Das betrifft auch die blauen Freunde. Ja, bei uns haben es die Klimawandelleugner mitten auf die Regierungssitze geschafft. Ich meine, ich will es der ÖVP nicht unbedingt unterstellen. Aber es geht ja nicht nur um die Frage rechts. Es geht auch um solche Fragen. Außerdem sind die Rechten immer die, die gegen den Klimawandel auftreten, gegen, die gegen den Klimaschutz auftreten. Michel hat es genau ausgeführt.

Ja, die möglicherweise auch von der Erdöllobby abhängig sind, von dort bezahlt werden. Nicht nur von Putin, nicht nur von Putin. Das geht im Übrigen, wenn man sich anschaut, die Salvini-Finanzierung, das geht dann lustigerweise über Erdölkonzerne, da werden wir nachschauen. Im Übrigen ist der Exkanzler, der ja unseren, unseren Jungkanzler dauernd berät, jetzt bei Lukoil Aufsichtsrat worden oder irgendsowas Ähnliches. Auch sehr interessant, ja, auch sehr interessant. Also russischer Fossilkonzern. Ja. Apropos Fossil, es geht um nicht weniger als um den Umstieg vom fossilen Zeitalter ins Solarzeitalter mit allen wirtschaftlichen Chancen.

Wir müssen jetzt investieren. Wenn die Leut, die Leut, die Leut sind viel gescheiter, wenn argumentiert wird, zum Beispiel von Wirtschaftstreibenden oder von denen, die dem Kurz die halben Millionen umme schieben. Ja. (...) Genauso schaut seine Politik aus. Wenn die argumentieren, Klimaschutz ist teurer. Ja, ja, dann können wir denen nur antworten: Kein Klimaschutz ist noch viel teurer. Das ist doch logisch. Die ganze Finanzierungsfrage hängt ja... du musst dich dann ja rauskaufen. So viel Regelwerk gibt es ja mittlerweile schon. Du musst dich ja wieder rauskaufen. Und auch haben wir die ganzen Schäden bei den künftigen Generationen. Das kostet ja alles was und umgekehrt ist es von Vorteil, wenn man dabei ist. Die, die zuerst investieren, das hat natürlich was mit Wettbewerb zu tun bei unserem Wirtschaftssystem. Aber die, die dabei sind, wir haben in Österreich und in Europa jede Voraussetzung. [wird lauter] Dieser Kontinent ist reich genug, muss innovativ genug sein und schlicht und ergreifend der Taktgeber des globalen Klimaschutzes werden. [Applaus]

Das ist die Aufgabe. Immerhin ist es ja so, dass wir nicht nur 10% der CO²-Emissionen von diesem Kontinent aus haben. Ja, wenn man die Produktionskreisläufe anschaut. Ich will da nicht zu technisch werden, aber es ist trotzdem wichtig. Wenn wir aber anschauen, dass ganze Produktions- und Konsumverhalten, also das, was alles importiert wird, im Übrigen aufgrund von beschissenen Handelsverträgen und Ausbeutung anderer Kontinente, dann haben wir 25 % Emissionen von Europa ausgehend. Und da ist es schon. Da ist schon was zu tun.

Und wir wollen was tun und dafür treten wir an und die Klimaschutzfrage ist nicht mehr *irgendeine* Lebensfrage. Das ist mittlerweile eine *Überlebensfrage*. Das ist schlicht und ergreifend die Wahrheit. Und wenn wir auch wieder auf vernünftige Aussage... Wir haben, wir haben nur diesen Planeten, es gibt keinen Planeten B. Wenn diese Aussage richtig ist, dann kämpfen wir um nicht mehr oder weniger als um unseren Heimatplaneten. Jawohl, *Heimat*. Wir lassen uns diesen Begriff nicht von den Rechten fladern. [Applaus] Genauso wie die Heimat Europa mit ihren Werten der Französischen Revolution vor dieser Rasselbande geschützt werden muss. Und jetzt können wir das schnell durchdeklinieren. Es ist nicht so schwer, aber ich habe versprochen, wir machen keinen Fachvortrag. Ich bin nur vorbelastet. Energiewende, Verkehrswende, Energiewende. Ja, sofort. 100 % Erneuerbare sind möglich auf dem ganzen Kontinent. Und es ist ja schon mehr als die halbe Miete, wenn man die schädlichen Subventionen, die in Kohlekraft reingehen oder auch in Österreich in andere Energieträger.

Das wird nur immer versteckt, wenn wir damit aufhören würden. Da rede ich noch gar nicht von einer ökologisch sozialen Steuerreform. Nur das, nur das. Aber was müssen wir uns anhören?

Was schreiben die Zeitungen? Oft, weil irgendwelche Lobbyisten da reinrennen. Ja, ich scheue die Auseinandersetzung nicht. Auf Ökostrom wird hingehaut, weil der angeblich was kostet. Ja, eh. Aber wenn man endlich einmal eine volkswirtschaftliche Rechnung machen würde, da braucht man nicht einmal studiert haben, dann würde man draufkommen, dass diese Systeme mittlerweile schon nicht nur die ökologischeren, sondern deshalb auch, aber nicht nur deshalb auch, auch schon die ökonomischeren Systeme sind. [Applaus] Und *diese* Erkenntnis muss man durchsetzen und durchtreiben.

Und das gleiche bei der Verkehrswende. Es ist ja pervers und absurd, wenn wir mit der Eisenbahn fahren, was wir uns immer bemühen von hier nach Berlin, nach Hamburg, werden wir schauen, wie Straßburg und Brüssel geht. Wir nehmen uns da einiges vor. Dass das ein Vielfaches davon kostet, als wenn ich mir einen Flieger setze. Das ist ein perverses System. Das gehört vom Kopf auf die Füße gestellt. Und auch dazu brauchen wir Europa. Das nicht die Umweltzerstörung steuerfrei gestellt ist und das, was gut ist, kostet besonders viel. Das ist ja völlig verkehrt herum. Aber diese einfachen Erkenntnisse, die können wir schon durchbringen und weiterbringen. Tatsächlich. Tatsächlich. Nicht so bei unserer Bundesregierung. Die hatten wir ja.

Apropos, wir waren in Katowice. Annalena Baerbock. Bas Eickhout. Tom Waitz [...] War lustig. Irgendwo in so einem Camper geschlafen? Hintern Kohlekraftwerk. In einem maroden Wald. Sehr spooky, Sehr spooky. [Lachen] Aber eigentlich waren wir ja nur die Vorgruppe zu Greta Thunberg. [Lachen] Aber wir haben auch was zustande gebracht. Und wir haben, das muss ich weglassen. So viel Erfolgsbilanz haltest ja gar nicht aus. Aber wir haben was gesehen. Wir waren eingeladen. Auch eine Ehre im Greenpeace, im Greenpeace Climate Hub. Und die haben jeden Tag. Und die haben jeden Tag, jeden Abend sowas vergeben wie das Fossil of the Day. Das ist jetzt irgendwas. Nichts Gutes. Fossil halt.

Und am ersten Abend was hören und sehen wir den Fossil of the Day goes to *Austria*. Austria twelve points. *Völlig zu Recht*. Weil nämlich die Vorsitzführung bei der Ratspräsidentschaft danebengegangen ist und nicht nur... Ja. Also wer meine rhetorischen Dinge kennt, wird wissen, dass jetzt eine kleine eckige Klammer kommt. Ratspräsidentschaft. Da war nix von Brückenbauen, da war was von Gräben aufreißen, da war auch alles verhaut beim Brexit. Die haben nichts. Es war schwierig, keine Frage. Sie haben nicht viel weitergebracht. Aber dafür, dass man nichts weiterbringt, hätte man nicht so viele Hunderte, so viele zig Millionen rausschmeißen müssen. Für diese Gipfel, die die organisiert haben, hätt's eine Fototapete von Salzburg auch getan. Mit Sicherheit. Nichts gegen Salzburg. Nichts gegen Salzburg. Da haben wir gerade gewonnen. Ja, Martina Berthold. Vielen Dank. Rudi Hemetsberger. Im ganzen Land gehalten oder zugelegt auf hohem Niveau. Wir verneigen uns. Danke. Salzburg.

Ja, und dann, ist halt eine blöde Bilanz... Kann man nichts machen. Da müssen wir uns fremdschämen. Aber zurück zum Klimaschutz. Zu Recht, zu Recht, weil nämlich Österreich Schlusslicht ist. Und wir werden nicht lockerlassen. Die österreichische Regierung, mithilfe der Union im Übrigen, anzutreiben, dass was weitergeht. Die legen einen angeblichen Klimaplan vor. Das ist ein Klimaschutzloch, kein Plan.

Da ist nichts drin, da ist nichts drin. Die Union wird das aufdecken und wir werden. Wir werden hier auch nicht lockerlassen, weil selbst auf Bundesebene, in der außerparlamentarischen Opposition, haben wir bewiesen, dass wir hier sehr viel Druck aufbauen können. Und ich kann euch gleich einladen, weil wir den Bas Eickhout gesehen haben. Am 22. März, das ist nicht mehr lange hin, machen wir den nächsten großen Klimakongress aus europäischer und österreichischer Perspektive. Ja, also auch für die Medien, weil da einmal Sommer eine seltsame, seltsame Zeit war. Wo sind die Grünen? Ja, wir machen andauernd was.

Wir arbeiten seit Frühjahr dran. Mit den wenigen Mitteln, die wir haben, machen wir mehr als die Bundesregierung mit ihren, mit ihren hundertten Kabinettsmitarbeitern und mit ihren zig Millionen an Werbeausgaben. Das ist ein eigener Punkt. Das könnt ihr euch für die Fragerunde aufhalten. Da haben wir was vorbereitet. [Applaus] Es war also völlig zu Recht.

Und was wir noch brauchen, ist die Agrarwende. Und da bin ich zuversichtlich, dass wir heute noch was davon hören werden. Aber warum ist das so wichtig? Das ist einer der wichtigsten Punkte des Klimaschutzes, wurde lange vernachlässigt. Da geht es um gesunde Lebensmittel am Schluss auch. Aber es geht auch darum, das System umzuorganisieren. Das ist eine europäische Aufgabe. Hunderte Milliarden, auch ein paar von Österreich dabei, gehen in der Budgetperiode in ein perveres Landwirtschaftssystem. Gigantische Tierfabriken, vergiftete Böden. Ihr kennt es. Das kann man auch ganz anders haben. Wir werden es hören.

Aber eine Erkenntnis darf ich schon wieder anbringen. Aus diesem kranken System können keine gesunden Lebensmittel rauskommen. Das ist aber wichtig, dass wir so etwas organisieren wie eine Landwirtschaft, wo das Tierwohl vorne steht, wo das Artensterben gestoppt wird. Ganz wichtig. Und wo endlich weniger Gift in Umlauf gesetzt wird. Wo sind wir denn? Wo sind wir denn? Das ist eine Aufgabe. Hat alles mit Klimaschutz und Umweltschutz zu tun.

Genauso wie diese Verbrennung der fossilen Stoffe auch sehr viel Luftverschmutzung im alten Sinn anrichtet. Wir wissen das in Graz. Judith Schwentner hat sich da jetzt anständig rein... Jetzt, von heute gerechnet vier Tage, Studie im Max Planck Institut: Nur in Europa Lebenszeitverkürzung durch Luftverschmutzung, das ist jetzt nicht CO², sondern Feinstaub und alle Schadstoffe, zwei Jahre durchschnittlich. Das sind statistische Größen. Aber wir haben ja auch Zahlen für Österreich, wo wir das im Rechnungshof wieder zusammengetragen haben verschiedene Studien, dass wir in Österreich ein bis eineinhalb Jahre haben, die meiste Lebenszeitverkürzung im Übrigen in Graz, so lebenswert diese Stadt ist, aber da kann man doch was tun. Und plötzlich passt Umweltschutz und Klimaschutz und Luft und der Schutz einer guten Luft wunderbar zusammen. Auch das ist grün. Die Dinge gemeinsam zu denken und gemeinsam anzugehen. Und ich bin da sehr zuversichtlich, dass da einiges passiert. Auch was die Abpufferung der schädlichen Folgen des Klimawandels, der Klimakatastrophe oder zumindest des Wandels betrifft. Wenn es darum geht, dass wir hier in den Städten für kühleres Klima sorgen, wo es geht.

Wir haben mittlerweile apropos Gesundheit [spricht lauter] mehr Hitzetote im Sommer als Verkehrstote das ganze Jahr. Das sollte man einmal erzählen, das Thema ist nicht wichtig. Das ist es doch. So, und wenn wir sehen, wie das Ganze zusammenhängt mit, mit der Macht der Konzerne und der globalisierten Wirtschaft, dann werden wir auch erkennen. Dann werden wir auch erkennen, dass die Macht in Wahrheit noch viel geballter ist und dass da gröber was getan werden muss. Ich empfehle das Buch von Hans Jürgen Jakobs: Wem gehört die Welt. Was kann man dort? Es ist ganz einfach. Muss man nicht studiert haben. Ganz einfach. So eine Schwarten. Ich habe eins mit. Der, der die gescheiteste Frage stellt, kriegt das Buch geschenkt. [Lachen] Die 200 größten Player sind... Da geht es nicht nur um die Konzerne, sondern um die dahinterliegenden Finanzmächte und Jongleure. Also das ist ja noch einmal gepolt hinten. Diese, diese Holdings. Sagen wir es einfach wie Blackrock, Blackstone. Ja, da kommen wir drauf, dass die 200 größten, die dort beleuchtet sind, so viel, so viel Vermögen disponieren, in gar nicht so langer Zeit. Und damit natürlich die Weltwirtschaft beeinflussen. Das ist dreimal so hoch wie die ganze Wirtschaftsleistung der Europäischen Union. Und die zehn größten haben immer noch ein Vielfaches der Wirtschaftsleistung von Deutschland. Und dort, wenn du das liest, kommst du zu dem Schluss. Geld ist eine Waffe, so wie die das verwenden. Geld ist eine Waffe und deshalb muss man dagegenhalten.

Und die Europäische Union wäre ja genau dazu geeignet, was zu tun, wenn man denn was tun wollte. Du hast es bei die Handelsverträge. Du hast es in der Frage der Steuergerechtigkeit, die hier nicht kommt, Michel hat es angesprochen. Und was sehen wir dort? Wir sehen, dass diese Verträge immer zugunsten der Konzerne ausgehen. Ceta wäre nicht so ein Problem. Grundsätzlich gilt auch, dass... da geht die Welt nicht unter. Aber ein Giftzahn ist besonders übel, der drinnen ist, dass nämlich die demokratischen Gesetzgebungs- und Verordnungsmöglichkeiten in den Ländern, erstens in der Union, aber auch bei uns, zum Beispiel in Österreich, bis hinunter zu den Kommunen eingeschränkt wird. Ist es notwendig? Ist nicht notwendig, ist auch nicht sinnvoll. Und das ist der Hintergrund dieser sogenannten Freihandelsverträge, das darf man gar nicht sagen. Das hat mit Freiheit nichts zu tun. Das sind Knebelungsverträge, das ist das richtige Wort. Und wir sind natürlich für Handel, aber für fairen Handel und vernünftigen Handel. Das ist doch völlig klar. Und nicht den Konzernen, die eh schon so viel Macht haben, noch mehr geben. Deshalb sage ich, die werden eskortiert von einer willfährigen Politik, auch in Österreich.

Die Sozialdemokraten machen eine Abstimmung in der Partei. Dann geht es hin und her. Volksbegehren und nachher? (...) Wer veranlasst die Unterschrift? Der damalige sozialdemokratische Kanzler, assistiert von einem roten Klubobmann. Ihr dürft raten, wer das ist. So. Das Gleiche bei der Steuergerechtigkeit. Auch da haben wir Österreich in der Regel und das waren rot-schwarze Regierungen, die meiste Zeit, die Regierungen, hakelige Formulierung, die Regierungen rot-schwarz, jetzt türkis-blau haben sich oft benommen wie die Regierungen von Schurkenstaaten. Es ist eine wahre Aussage. Das kann man durchdeklinieren, das kann man durchdeklinieren, wenn es darum geht, um die Offenlegung, um die Transparenz... Sie haben sogar die Datenannahme verweigert, wie es darum gegangen ist, diese ganzen CDs entgegenzunehmen. Liechtenstein-CD und wie sie alle heißen, damit ihre, damit die, die denen die Parteispenden zahlen, noch rechtzeitig wieder rauskommen mit ihren Steuerberatern. Die Steuerberater, die zuerst mit denen die Milliarden nach Liechtenstein transferiert haben, haben dann noch Zeit gekriegt, um sie wieder woanders zu verstecken. Das ist das System Österreich. Und von so einer, von so einem System kann man doch nicht erwarten. Das ist alles Larifari, was ich da lese, dass ausgerechnet der Herr Löger und der Herr Kurz jetzt für die Konzernbesteuerung eintreten. Völlig *lächerlich*, völlig *unglaublich*. Und es wird genau viel zu wenig getan. Das wird 1000 Milliarden Steuerbetrug haben und Verlust in Europa, hunderte Milliarden davon nur durch die Unternehmen. [Applaus] Und Österreich spielt konsequent auf der falschen Seite. Und die haben nur gute Umfragen, weil sie genau wissen, dass den Leut das mittlerweile nicht mehr wurscht ist, wie das geht.

Sie wissen es ganz genau und deshalb tun sie so herum. Und das, was die da als Konzern-Digitalsteuer verkaufen, ist in Wahrheit eine lächerliche, eine lächerliche Mickey Maus. Nicht einmal den Namen wert. Werbeabgabe für irgendein bisschen was, wenns im Netz und online ist. Das muss man durchschauen. Aber tun tun sie so wie die Kämpfer für alles und jedes. Wie immer in Österreich. Und leider waren da die Roten, wie gesagt, auch oft genug dabei. Genauso wie sie dabei waren. Stichwort Konzerne, den Banksystemen hunderte, hunderte Millionen und in der Summe über 10 Milliarden in Österreich. Das ist fünfmal die Eurofighterflotte. Ja, Schrauben, Schmiergeld alles drinnen. So viel Geld haben die den Bankkonzernen hinübergeschoben unter tatkräftiger Mithilfe der Sozialdemokratie. Die waren oft noch schlimmer als die Schwarzen. Novotny, wie sie alle heißen. Ja, so ist es auch. Und deshalb glaube ich, dass wir hier, apropos glauben, durchaus einen Glaubwürdigkeitsanspruch haben. Wir werden das Thema *nicht* auslassen in den Diskussionen. Wir werden es *nicht* auslassen und wir werden auch die SPÖ nicht auslassen, damit die endlich einmal das tut, was sie plakatiert. [Applaus]

Ein kurzes Wort zu jenen, die sagen, uns zurufen, Leute, Leute, es geht bei der Wahl nicht nur um Europa, es geht auch um die Zukunft der Grünen. Und was sagen wir denen? Ihr habt recht, Sie haben recht. Es geht auch um die Zukunft der Grünen. Verdammt noch einmal! Jawohl. Es war ein harter Weg bis hierher. Steinig, wie man sagt. Ja. Ich sagte ja, wir kommen dorthin. Blut, Schweiß und Tränen. Ja. Deshalb hat mir der Taxler heute die Finger eingezwickelt, damit es schön zusammenpasst. (...) Ich habe auch, ich hätte mir sogar ein blutiges Auge zugelegt. Aber das sieht man jetzt nicht so in der Kamera, denke ich. Aber mit Tränen im Auge. Das ist nicht so meins. Da war ich nicht dabei. Obwohl, Trauerarbeit war wichtig. Blut meinerseits. Aber jetzt kommt der Schweiß. Ja, wir haben kein Geld. Wir haben wenig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. [spricht lauter] Aber wir haben Herzblut und Überzeugung. Und mit dem werden wir rennen und laufen. Das ist grün. Und deshalb müssen... Und deshalb müssen wieder die Grünen rein. Weil auch das Europäische Parlament braucht eine starke österreichische Stimme für Klimaschutz. Für Gerechtigkeit. Wir sind doch dort der parlamentarische Arm und die Anwältinnen und Anwälte für all dieses. Wer hat denn das sonst schon? Die haben den Umweltschutz immer nur in den Sonntagsreden und Feiertagsschriften und in Wahrheit denunzieren sie ihn, wo sie können. Was ist denn mit der dritten Piste? Waldviertelautobahn? Lobauautobahn? Ja, Andi Schieder, bitte melden, von den anderen reden wir gar nicht. Die Neos haben wir jetzt ausgelassen. Okay, gut. Also bei den Handelsverträgen. Hui, hui. Also eine Philosophie. Gestern habe ich mit der Frau Gamon erst diskutiert. Die ist immer lustig. Eigentlich. Aber komisch auch. Eine Philosophie, die das sagt. Wenn jeder auf sich selber schaut, ist schon auf alle geschaut. Das ist nichts für uns. Da haben wir was Besseres, da haben wir was Besseres. [Applaus]

Sozialer Zusammenhalt, sozialer Zusammenhalt kann nur gelingen, wenn auch das Wirtschaftssystem sozial ist. Und wenn, und wenn es so etwas gibt wie Solidarität, auch unter den Menschen, unter den Beziehungen und innerhalb der Organisationen, in einer Gemeinschaft. Und auch weil wir bei Europa sind zwischen den Staaten. Und dann sind wir wieder dort, was wir wollen. Wir wollen ein Europa, das ökologisch ist und solidarisch ist. Wir wollen ein Europa, das demokratisch organisiert ist. Und deshalb bin ich wieder bei dem Punkt: Wer braucht das schon? Viele brauchen es zumindest. Ich habe noch nie Adenauer zitiert. Ja, nie. Mir war das immer sehr seltsam, aber eigentlich ein bisschen witzig. Ja, das ist das, was mir von ihm bekannt ist. Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern? Es gibt aber auch einen anderen Adenauer. Europa. Das war der Traum von wenigen. Aber es wurde zur Hoffnung von vielen. *Und mittlerweile ist es eine Notwendigkeit für alle. Wir brauchen Europa und Europa braucht uns.* Auch für die Friedens..., auch für die Friedenspolitik, die immer wichtiger wird. Und Monika Vana hat sich da sehr engagiert, was die Rüstungsbudgets und -ausgaben betrifft. Vielen Dank dafür. Also vielfältig engagiert, nicht nur in der sozialen Frage, kompetent und engagiert. Monika Vana. Aber wenn wir hinschauen, was die Neos da reden von der europäischen Armee und sonst was, darf man ja. Also ich bin da ja sehr open minded, darf man ja. Wir haben eine andere Vorstellung, auch was die Rolle der Neutralität betrifft. Das ist jetzt nicht so wesentlich. Können Sie alles fragen? Aber... Die essenzielle Frage des Friedens. Ja, es ist schon richtig. Es ist eine gigantische Geschichte dieser Union, dass Frankreich und Deutschland nach 45 wieder so zusammengefunden haben. Ich ziehe meinen Hut. Es ist gigantisch, was passiert ist nach 89, Auch wenn es große Schwierigkeiten jetzt gibt mit den, mit den 2004 beigetretenen Ländern.

Wir hatten das das letzte Mal. Was das bedeutet hat, jedenfalls für mich persönlich, der fast am Eisernen Vorhang aufgewachsen ist. Wie wir dann 2004 die Europahymne gesungen haben auf diesen Grenzstationen. [Applaus] Dann ist Europa doch ein Versprechen. Das muss nur eingelöst werden. Und in der Friedensfrage ist es ganz evident und deshalb ein Punkt nur. Der Beitritt des Westbalkans, ganz wesentlich, finde ich, ja, und eines der übelsten und schlimmsten, bis heute geht es mir so, Erlebnisse für mich war 1995, muss man sich vorstellen, ja, 40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs passiert so was wie Srebrenica. Jetzt können wir über die Union schimpfen, was wir wollen. [spricht lauter] Aber eines sage ich euch: Wenn die damals in der Union gewesen wären oder jetzt in der Union, und die Konflikte würden heraufdräuen, dann hätte es diese Massaker nicht gegeben, auch ohne UNO-Schutztruppen, die versagt haben. Es hätte dieses Massaker *nicht* gegeben. Und das sieht man ja, was die Europäische Union für eine starke, friedensstiftende Kraft im Inneren hat.

Aber es geht auch um den Frieden nach außen. Wenn die da herumreden, Stichwort PESCO Rüstungsbudgets, *schauen* wir uns das an, die haben ein Vielfaches, von USA rede ich gar nicht und NATO insgesamt, aber ein Vielfaches... Nur Großbritannien, jetzt eben noch, Frankreich, Deutschland haben schon das Drei- bis Vierfache, nur die drei, des Rüstungsbudgets von Russland. Und insgesamt ist es natürlich ein noch größeres Vielfaches. Ja, wovon reden wir denn da? Ja, und wenn wir Putin kritisieren, geht es immer darum, dass wir Putin kritisieren. So wie der Michel mit seinem guten Buch. Aber wir kritisieren nicht das russische Volk an sich. Das muss, ist ja ganz wichtig. Und Österreich könnte da was anders machen. Diplomatisch auf Augenhöhe. In der Kreisky-Tradition und nicht auf den Knien herumrutschen, das wäre eine andere Außenpolitik. Und deshalb. [zeigt auf Bildschirm] Jetzt ist das Motto da weg, weil ich dauernd selber im Bild bin. *Mutig für Europa*. Wir haben da einen kleinen Screenshot vorbereitet. Ein Tweet vom Herrn Bundeskanzler. Den würde ich für die Fragerunde empfehlen, und bevor jetzt endgültig alle glauben, ich rede noch eine Stunde. Also bitte ein Tweet vom Herrn Bundeskanzler. Ich sage nicht, was er beschrieben hat. Das heben wir uns auf bitte für die auf, für die Fragerunde, aber *mutig* für Europa. Wir hatten auch das schon. Die Wiener Grünen hatten es einmal und die deutschen Grünen. Ein Kongressmotto, eben auch eines. Zukunft wird aus Mut gemacht. Ja, aber nicht nur. Nicht nur. Es lebt auch von einer Vision, von Ideen. Von einem Plan. Und dann von der Tat. Und *mutig* wollen auch wir zur Tat schreiten. Weil wir haben was vor. Wir haben es nicht leicht, aber wir haben was vor. Und wir geben nicht auf.

Anhang B:
Nationalratswahlrede 2019 (NRW 2019)
Veröffentlichungsdatum: 10.09.2019

KOGLER: Dankeschön. Erstens für euer Kommen und Ausharren. Wir werden das Wetter auch noch besser machen. [Anm: es regnet] Zweitens: Danke, Leonore. Danke, Robert. Danke, Sybille. Eigentlich ist tatsächlich schon alles gesagt. [lachen] Wir haben in der Vorbesprechung beschlossen, dass wetterbedingt die Rede auf 55 Minuten verkürzt wird. [lachen] So hört man mich da hinten überhaupt? Weil ich höre mich nicht. Okay, auch mal was Neues. Ja, Freundinnen und Freunde. Folgendes. Wir stehen vor einer Zeitenwende. (...) In Österreich. Hoffentlich in Europa. Und wenn wir es nicht kapieren (...) dann kriegen wir am Planeten ein Problem, also steht sogar die Menschheit vor einer Zeitenwende. Und das ist gut so! Und die Grünen haben hier einen Auftrag, einen globalen, einen europäischen und einen österreichischen. Und dem wollen wir uns hier und jetzt zuwenden. Aber wenn es so ist, dass wir vor einer Zeitenwende stehen, also vor Wendezeiten und es immer noch genug gibt, die das nicht kapieren wollen. Da drüben [zeigt] Jetzt gerade nicht. Jetzt sitzen sie in der VP-Zentrale, aber zuvor, eben noch vor wenigen Monaten im Kanzleramt. Die nicht kapieren, dass Schluss sein muss mit ihrer ewigen „Robert hats gesagt“-Unterlassungstäterschaft, weil die Bretter, die wir bohren müssen, werden immer dicker, nur die Zeit läuft uns davon. Und deshalb und deshalb wir viel schneller in die Klimaschutzmaßnahmen hineinkommen müssen. Wer also nicht kapiert, dass wir vor dieser Zeitenwende stehen oder zumindest zu stehen haben. Der steht selber völlig daneben. [Applaus] Und na ja, an der Stelle an der Stelle war noch kein Applaus vorgesehen. Aber, aber ich meine schon. Ich meine es schon ernst bis hierher, natürlich. Weil wir natürlich auch vor einer Veränderung stehen. Weil die österreichischen Grünen auch wieder was beitragen wollen und können. Und ich fürchte auch müssen. Und jetzt fürchte ich es nicht mehr, weil wir die Chance haben auf das größte politische Comeback der Zweiten Republik. [Applaus]

Ja, dafür sind wir auch in dieser Wahl angetreten. Dafür haben wir Ibiza nicht bestellt. Das waren andere, wahrscheinlich. Die Ibiza-Koalition. Also zurück zum Ernst. Ja, wir treten an. Wir nehmen die Chance, die sich jetzt bietet, umso schneller in den Nationalrat zurückzukehren, weil was diese Zeitenwende auch braucht in Österreich ist eben dieses Comeback der Grünen in den Nationalrat. Und vor lauter vielen guten Umfragen haben es ja viele schon wieder vergessen. Aber ja, die Grünen sollen zurück. Da drüben ist das dann renovierte Parlament. [zeigt] Manchmal habe ich den Verdacht, das ist gerade deshalb umgebaut worden, weil wir nicht drinnen sind. Ein praktischer Zusammenfall. [Lachen und Applaus] Aber ja. Und zurück zu den Grünen heißt auch: Wählt die Grünen wieder rein! Zunächst ins österreichische Parlament! [wird lauter] Weil *wir* werden *da* gebraucht. Und es hat trotz dieses Betriebsunfall in unserer Geschichte *nie einen Zweifel* daran gegeben, dass grüne Ideen, grüne Vorhaben, grüne Visionen gebraucht werden und wir haben *nicht* aufgegeben und sind jetzt wieder die Vertreterinnen dieser Vision. Und wie ich meine, zu Recht. Und darauf könnt *ihr* und alle österreichischen Grünen stolz sein. [Applaus]

Und also werden wir gefragt, ja. Wofür denn auch dieses Comeback? Ja, nicht nur für Umwelt und Klimaschutz. Da ist schon so viel gesagt worden, da brauche ich heute noch nicht so viel. Aber ja, wir wollen ein Österreich, das wegkommt vom letzten Platz. Leider ist es so, das muss man sich einmal vorstellen vom letzten Platz im europäischen Klimaschutz, möglicherweise auf den ersten jedenfalls von den Nachzüglern zu den Vorreitern, zum Umwelt- und Klimaschutzland Nummer eins.

Das ist doch ein Auftrag. Aber den bringen *die* nicht zustande ohne Grüne. Und auch deshalb müssen wir wieder rein. [Applaus]

Mit allen Chancen für die Wirtschaft, auch für die Wirtschaft. Jawohl. Aber auch in der sozialen und gerechten Abmischung. Und ja, das geht. Deshalb gibt es uns ja. Deshalb sind die Grünen gegründet worden, um den Beweis zu erbringen und die Notwendigkeit zu erfüllen, dass Umweltschutz, Wirtschaft (...) und *vor allem* soziale Gerechtigkeit unter einen Hut gehen. Und diese Mischung. Die kriegst du nur mit Grün. [Applaus]

Wir werden uns aus diesem Grunde kurz den politischen Mitbewerbern zuwenden müssen, weil die haben alle in ihrer ideologischen Geschichte genetische Defekte, weil sie da Auslassungen drinnen haben. Aber zunächst zum Positiven. Wir *wollen* eben Österreichs Umwelt und Klimaschutzland, *aber wir wollen auch* ein Österreich der Gerechtigkeit und da ist in letzter Zeit so viel angerichtet worden, dass man wieder etwas zurücktreten müssen zum Positiveren. [wird wieder lauter] Und es kann nicht so bleiben, dass in diesem Land, in diesem *reichen* Land, die armen Kinder bekämpft werden, aber nicht die Kinderarmut. Und immer wieder aufs Neue stellen wir fest, dass Korruptionsfreiheit oder ned amal der Weg dorthin in diesem an sich so schönen Land keine Selbstverständlichkeit ist. Und auch dazu braucht es die Grünen: Für ein korruptionsfreies Österreich. Und deshalb heißt es ja: Saubere Umwelt und saubere Politik. [Applaus]

Ja, (...) wo fangen wir an? Fangen wir bei beim türkisen Mitbewerb an. Und dass die jetzt nicht viel mit Klimaschutz am Hut haben, ist ja bekannt. Möglicherweise sind sie an dieser Stelle resozialisierbar. Wir werden es ja testen (...) müssen wahrscheinlich. An der Stelle nur ein kleiner Hinweis. Ja, wir müssen in den Nationalrat zurück. Aber wenn gleichzeitig richtig ist, dass mittlerweile und Gott sei Dank eine größere Mehrheit in Österreich diese türkis-blaue Koalition nicht mehr will und einer der größten und wichtigsten Aufgaben des Nationalrats ist, zur Regierungsbildung beizutragen, [wird lauter] dann werden wir nicht nur nicht auf der Flucht sein, sondern offensiv das Gespräch suchen, um zu schauen, um zu schauen und auszuloten, ob eine Wende, wie ich es angekündigt habe, in diesem Land möglich ist, nämlich eine Wirtschaftswende, eine Verkehrswende, eine Energiewende und eine Agrarwende.

Obwohl mit dieser türkisen Truppe die Wahrscheinlichkeit sehr, sehr gering ist. Aber trotzdem und darauf können sich die Leute verlassen, weil auch das ist mittlerweile ein Wahlmotiv. Aber es liegt dann auch an den anderen, die Kilometer zu machen und sogar umzukehren. Da oder dort. Aber bekanntermaßen. (...) Wenn sich die ein bisserl ihrer christlichen Tradition besinnen würden, würden sie nachschlagen und draufkommen: Aha, da steht's ja. Es ist nie zu spät zur Umkehr. [Applaus]

Aber wir alle waren wahrscheinlich weniger belustigt als erschüttert, was man da bei dieser, bei dieser Ibiza-Vorführung gesehen hat.

Und Robert Habeck hat ja einen super Spruch gefunden. Ja, haben die in dieser türkisen Parteizentrale keinen Fernseher. Sind die nicht auf dem Social Media? Man weiß es nicht. Oder sind die in einer speziellen Blase, dass sie nicht mitkriegen, was ihr ehemaliger oder möglicherweise leider immer noch zukünftiger Koalitionspartner da angerichtet hat, da angerichtet hat? (...) Aber mit denen halten wir uns heute nicht auf. Ihr kennt ja das. Insofern ein paar Wiederholungen müssen sein. Das ist einer der wenigen Dinge, die man von Herrn Kurz lernen kann. Ein paar Dinge wiederholen? Ja, also der blaue Kreislauf. Ihr wisst es ja zuerst. Zuerst plärren in der Opposition auch immer wieder erfolgreich sein Oppositionsbank, dann Regierungsbank. Und ihr wisst es schon: dann Anklagebank. Ja, also selbst den, selbst in diesen, selbst in diesen Kreisen kann man das immer wieder wiederholen. Aber um die geht es mir gar nicht.

Das ist eh alles selbstverständlich. Blau, Blau ist von rechts nach rechtsextrem abgedriftet und diesen Platz haben die Türkisen eingenommen, im Übrigen, die sind mittlerweile die Rechtspopulisten und insofern hatten wir eine blau-blaue Koalition und deshalb gehört es wieder umgewendet. Davon reden wir auch. Es braucht auch eine politisch ethische Wende in diesem Land. Und jetzt reden wir aber noch einmal, und jetzt reden wir aber noch einmal von diesen Türkisen da drüben. Wer hat es denn ermöglicht, dass die in die Regierung kommen, obwohl bekannt war, dass die Blauen immer wieder auf diese schiefe Bahn geraten. Vom Rechtsextremismus und von den hunderttausenden Einzelfällen, die ja mittlerweile schon ganze Festzelte füllen würden, rede ich ja gar nicht, (...) sondern von der Sauberkeit in der Politik. Und jetzt sind es aber die Türkisen. Das ist sehr interessant. Ja, wenn wir uns diese kurzen Ausschnitte anschauen, da kündigt der Herr Strache an oder beschreibt eigentlich nur, was wie diese Heidi Horten – wer es nicht weiß eine Milliardärin – dazu übergehen könnte, Spenden zu Stückeln, am Rechnungshof vorbei und letztendlich in Höhe von Millionen Parteien zu fördern, um nicht zu sagen zu schmieren. Ich darf Herrn Kurz zitieren: Würde, hat er im 17er-Wahlkampf gesagt, würde man am Rechnungshof intransparent was vorbei schummeln, würde zu Recht der Verdacht entstehen, dass die oder in dem Fall seine Politik käuflich ist. Und an einer einzigen Stelle würden wir ihm Recht geben mit genau seinem eigenen Zitat. Und die Politik der Türkisen hat regelmäßig den Eindruck erweckt, dass sie *tatsächlich käuflich* war. Und deshalb und deshalb geht es auch um diese Beweisführung hier. Und was der Strache angekündigt hat. Es ist sehr interessant. Also Gudenus, Strache, man, man weiß nicht was im Tee war, ja, irgendwas, irgendwas zu viel Red Bull, aber irgendwas mit Wahrheit auch. Veritas. Und der sagt aber was. Und kündigt was an, wozu die Blauen zu langsam waren oder zu ungeschickt, weil die Ausführungstätter dieser Aktion der Spendenstückelung bis zu einer Million von einer Milliardärin, die namentlich benannt wurde, hat wirklich stattgefunden, aber organisiert von den Türkisen. Das muss man sich einmal anschauen, das hat sie jetzt wirklich gegeben. (...) Weiß ich nicht wie oft. Zehn oder 20-mal, bis sie eben *ertappt* wurden, auf frischer Tat. Hat es diese 49.000 € Spenden an die Türkisen gegeben, weil 50.000 Rechnungshof meldepflichtig und zwar ad hoc gewesen. Also das gibt es ja alles wirklich. Und das Kuriose ist jetzt aber, alle glauben, die Blauen sind Gauner, aber die Ausführungstätter sitzen in der türkisen Parteizentrale. [Applaus] Und Würde. Und. Robert Habeck könnte darüber ja vielleicht was sagen. Hätten wir ein ähnlich strenges Gesetz, das für verschiedene Delikte, und dafür kämpfen wir, dieses einzuführen, apropos Sauberkeit in der Politik, für viele verschiedene Komponenten rund um illegale Finanztatbestände bei Parteien und dafür Strafbestimmungen einführen, so wie in der Bundesrepublik welche existieren, dann würde sich heute zumindest der halbe politische Parteivorstand der Türkisen im Hefn treffen müssen. Jawohl. [Applaus] So.

Aber ja, so geht es in der Geschichte. Vor zwei Jahren nicht einmal, ja nicht einmal, ich meine heute hat sich der ganze Sekten-Anbetungsverein wieder in Bewegung gesetzt auf Österreich-Tour. Es gibt ja noch ausreichend viele. Ja, aber vor zwei Jahren oder vor eineinhalb Jahren war ja der Eindruck, dieser junge Politiker kann auf Wasser gehen. Zumindest haben sie den Eindruck vermittelt. Heute ist er als U-Boot unterwegs. [lachen und Applaus] Und zwar immer dann. Und zwar immer dann, wenn es um Verantwortung für das Treiben seiner Truppe geht. Und jetzt erleben wir, dass dauernd irgendwelche Skandale sind. Und der Skandal besteht darin, dass die Türkisen das Opfer sind. Also wir wissen es ja nicht genau. Insofern ist der Nationale Sicherheitsrat ja vielleicht das Richtige, das zu prüfen, weil entweder, entweder es gibt wirklich einen Angriff von außen, das muss man, das ist ernst, das muss man bekämpfen, da muss man was tun. Oder die erfinden das alles, weil noch ist das nicht geklärt und vorauseilend

Oder die erfinden das alles, weil noch ist das nicht geklärt und vorauseilend sich zu immunisieren gegen das, was da noch kommt, was möglicherweise schon in den Redaktionen der österreichischen Zeitungen liegt, die ich an der Stelle ja nur ermutigen kann, so weiter fortzufahren und sich auch nichts mehr gefallen zu lassen. [Applaus] Aber mit dieser moralischen Devastiertheit einer, einer Regierungspartei. Da muss man Schluss machen. Und da stehen wir als Gewissen, da stehen wir im besten Sinne des Wortes als Gewissen dagegen. Und da werden wir auch was, und da werden wir auch was versuchen einzulösen. Aber ja, der Kanzler, der Exkanzler. Es ist schon interessant, dass ein junger Mensch so erfolgreich ist. Und das kritisiere ich überhaupt nicht. Wirklich nicht. Also ich finde das beeindruckend tatsächlich. Wir haben ja selber Gott sei Dank auch sehr viele Junge. Das ist nicht das Thema. Ganz im Gegenteil. Ich habe es immer schon gesagt. Also ja, und wir reden auch miteinander und das ist gut so! Ich halte das für richtig und wichtig. Aber die Schwierigkeiten, die die aufmachen und mit ihrer, mit ihrer ganzen Art von Politik, Message Control etc. das ist das Problem. Das ist das wirkliche Problem. Und deshalb und deshalb werden wir an jeder Stelle diese Auseinandersetzung suchen und finden und unsere Überzeugungen dagegenstellen im besten Sinne des Wortes. [Applaus] Tun wir weiter. Sonst würde ja, sonst würde ja die Sozialdemokratie und die Roten zu kurz kommen, aber eh nur. Das war nicht beabsichtigt, aber eh nur in diesem Sinne, da wird es auch wieder sehr ernst. Also meine Einschätzung ist in der politischen Geschichte, da kann man jetzt schon über 100 Jahre zurückgreifen, ist die Sozialdemokratie die Bewegung, der wir am meisten zu verdanken haben als Bürgerinnen und Bürger und Generationen vor uns, nämlich weil auf friedliche Art und Weise ein, sozusagen ein sozialer Ausgleich geschaffen wurde, so gut es eben ging in diesen Wirtschaftssystemen. Das war ein historischer Verdienst, aber der hat in Österreich und auch eine gewisse Durchlüftung der Gesellschaft nach 68, aber das war in Österreich mit Kreisky dann vorbei. Das war dann vorbei. Und was die Roten und die Sozialdemokratie seitdem abliefern, ist eigentlich eher schon fast traurig. Tragisch. Ja, muss man einfach mal sagen Sorry. Ja, sorry, es gibt neue Bewegungen und da gehören wir dazu, die sich *was* vornehmen? Soziale Gerechtigkeit und Umwelt unter einen Hut zu bringen und nicht immer dann, wenn die große Zeitenwende ansteht, von der wir begonnen hatten, verlässlich auf der falschen Seite dagegen spielen. Immer, wenn es um Klima und Umweltschutz geht. Jetzt ist es der Klimaschutz. Ja, also ich glaube, die mag ich ja sehr gern. Die Vorsitzende, die Spitzenkandidatin, die Kollegin Rendi-Wagner scheint da offensichtlich völlig falsch beraten zu sein mit dem Auftreten. Ja, die halten, die mehr als die Türkisen. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Ja, selbst der Hofer hat's kapiert, dass er da nicht dauernd gegen den Wind usw. Aber die schon. Die bringen laufend Argumente, warum keine CO²-Bepreisung geht, warum man diese Maßnahmen nicht setzen darf, warum man das nicht machen darf. Unter dem falschen Vorhalt und der widrigen Behauptung, dass das alles unsozial sei. Es muss irgendwann einmal auch die Sozialdemokratie in diesem Land kapieren, dass Umweltschutz und Gerechtigkeit und ein vernünftiges Wirtschaftssystem unter einen Hut gehen. Ja, wo leben die denn? [Applaus]

Und deshalb erinnere ich mich ja andauernd, aber erst. Ich hatte es ja verdrängt, ich hatte es ja verdrängt. Aber als Schüler noch zu Zwentendorf-Zeiten als eine ganz große Zeitenwende eingeleitet wurde, finde ich, in Österreich, ja, als wir als eines der wenigen Länder die Atomkraft abgeschworen haben, obwohl schon ein fertiges Kraftwerk dagestanden hat. Das hat mich dann mitpolitisiert als noch nicht einmal 17-Jährigen. Aber was ich bemerkt habe, dass es eine Partei gibt, die mit vollem Karacho und allem Einsatz und mit den blödesten Argumenten für diese Atomkraft war und nachher wie alles vorbei war und längst alles klar war.

Dann sind sie alle dafür. Okay. Besser als nicht. Besser als nicht. Und in Hainburg, wo viele von uns waren und Einzelne sich eine blutige Nase geholt haben, war es die rote Funktionärsmannschaft. Mannschaft, ja, Auf der anderen Seite der Donau, die hinübergerufen hat, dass die Polizei, also damals noch Gendarmerie, die die Studenten, die dort waren, und die jungen Leute, dass sie die verkloppen sollen. Das war die rote Linie, weil die Studenten waren die, die angeblich nichts arbeiten. Das war die rote Diktion. Das ist heute auch alles anders. Ja, Gott sei Dank. Aber auch da wieder ein historisches Beispiel. Das ist nicht so ewig her. Ja, wo die völlig auf der falschen Seite waren. Und heute sind sie bei jedem Nationalparkfest dabei. In der ersten Reihe, da haben wir gar keinen Platz, weil sich die Roten immer vordrängeln. [Applaus] Und so ist das eben. So ist es eben.

Und jetzt, und jetzt, wo es darum geht, die ganz große Zeitenwende einzuleiten, die großen Räder zu drehen, die wir eh nicht über Nacht herbringen, das will ja niemand. Wir brauchen aber die nächsten zehn Jahre. Und dann wird es kritisch. Wir brauchen jetzt den Einstieg in den Umstieg. Es geht jetzt um den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter und um den Einstieg in das Solarzeitalter. Und es müssen auch *die* mal *endlich* kapieren. [Applaus] Und nicht dauernd dagegenreden.

Ja, und dazu gibt es die Grünen. Deshalb müssen wir wieder in den Nationalrat, weil es eine bittere Lücke war für den Klimaschutz, für den Umweltschutz, für den Naturschutz und auch für bestimmte Gerechtigkeitsfragen und Fragen der politischen Ethik und Aufklärung. Dass das alles, dass das alles gefehlt hat. Ja, wir sind auch nicht unfehlbar. Das sagt ja keiner. Auch wir machen Fehler. Wir sind schon lange nicht die besseren Menschen. Waren wir eh noch nie. (...) Ja, aber trotzdem ist es gut, wenn wir dieses Comeback organisieren. Und zurück zu den Grünen heißt eben auch zurück zu den Wurzeln der Grünen. Und das war immer so, auch wenn man zwischendurch einen anderen Eindruck hatte. Dass bei uns Ökologie, Gerechtigkeit und viele anderen Fragen wie Robert Habeck schon einmal gesagt hat: Wir sind ja eigentlich eine Vollsortiment-Partei, aber jetzt eben genau das in der Auslage steht, was [wird lauter] so bitter gebraucht wird Ökologie, Gerechtigkeit und ja, auch die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern. Und ja, auch die Bildungsfrage. Und ja, auch die [Applaus] die Frage der Armutsbekämpfung an allen Stellen. Und so weiter und so fort. Aber mit diesen Themen wollen wir eben zurück in den Nationalrat. Dafür gibt es die Bewegung. Zurück zu den Grünen. Und jetzt vielen, vielen Dank an die europäischen Grünen. Robert Habeck hat es gesagt, die uns so unterstützen, auch an die deutschen Kolleginnen und Kollegen Annalena Baerbock, die heute auch nicht da sein kann, aber sonst sehr unterstützend wirkt. Natürlich bei Robert Habeck selbst und auch bei euch. Jetzt ist die Chance und nehmt die bitte und geht da jetzt weg und hinaus und *überzeugt* so viele Österreicherinnen und Österreicher wie möglich (...) für dieses Comeback, für dieses größte Comeback der Zweiten Republik. Die Bewegung Zurück zu den Grünen braucht also auch euch. Vielen Dank fürs Dasein. Und jetzt geht's los.

Anhang C:
Pressestunde 2019 (PS 2019)
Veröffentlichungsdatum: 11.09.2019

DANNHAUSER: Heute in drei Wochen sind die Wahllokale bereits einige Stunden geöffnet. Manche schließen dann schon bald wieder. Bis dahin aber wird intensivst wahlgekämpft. Einen schönen Sonntag, meine Damen und Herren, herzlich willkommen zur Pressestunde. Wir nehmen uns heute und an den nächsten beiden Wochenenden gleich zweimal eine Stunde Zeit, um in der Pressestunde ausführlich Themen und Positionen der Spitzenkandidaten abzuklopfen. Den Anfang macht Werner Kogler, der Spitzenkandidat der Grünen. Er hätte wohl selbst vor einem Jahr nicht gedacht, dass er hier in dieser Funktion und vor allem mit durchaus guten Aussichten auf Erfolg sitzen wird. Herr Kogler. Vielen Dank fürs Kommen.

KOGLER: Danke für die Einladung. War ja auch nicht immer selbstverständlich.

DANNHAUSER: Einen schönen Sonntag wünsche ich Ihnen. Die Fragen stellt mit mir Hubert Patterer. Er ist Chefredakteur der Kleinen Zeitung. Vielen Dank für die Anreise aus Graz. Es ist ja in der stressigen Wahlkampfzeit ein Termin nach dem anderen. Einen schönen Sonntag wünsche ich.

PATTERER: Gerne. Guten Morgen.

DANNHAUSER: Herr Kogler. Bevor wir zu den Wahlkampfthemen an sich kommen, eine aktuelle Frage. Es gab ja in der vergangenen Woche eine Datenklau-Affäre bei der ÖVP. Wie sicher sind denn die Daten der Grünen?

KOGLER: Ja, da bin ich der Schlechteste, den Sie befragen können. Ich bin da nicht sehr affin. Ich hoffe, dass das alles, dass das alles zum halbwegs Guten steht. Ich weiß ja nur, dass wir, solange wir auch die Mittel dazu hatten, wie wir noch im Nationalrat vertreten waren und entsprechend stark als Partei, sich unsere Zuständigen da sehr bemüht haben. Es hat sich bei uns ja vieles dramatisch verändert dadurch, dass wir nicht mehr im Nationalrat waren, was die Ressourcen betrifft, die wir haben. Also ich glaube gar nicht, also ich wüsste gar nicht, wer jetzt bei uns, ob wir überhaupt was haben und wer ein IT-Mitarbeiter aller ist.

DANNHAUSER: Aber sie hoffen das alles einigermaßen funktioniert.

KOGLER: Wie gesagt, dazu bekenne ich mich. Ich bin da eigentlich ziemlich ungeeignet, das zu beurteilen.

PATTERER: Haben Sie das Gefühl, dass die Parteien da generell, wenn Sie, wenn Sie das so, so arglos erzählen, sehr achtlos und sorglos mit ihren Servern, Daten umgehen?

KOGLER: Den Eindruck habe... Das kann ich auch nicht recht beurteilen. Da sage ich aber was anderes dazu. Ich habe den Eindruck grundsätzlich nicht. Ich sage nur, ich habe ein bisschen den Überblick verloren, weil wir so viel Organisationsreduktion vornehmen mussten. Bei der ÖVP scheint mir etwas anderes, dann doch ins Politische zu kommen, der Fall zu sein. Entweder entweder, es handelt sich hier wirklich um einen groben Angriff, dann stellen sich natürlich die Fragen der eigenen Vorkehrungen an Sicherheit. Da kann ich wirklich nichts dazu sagen. Dann ist es aber eh gut, wenn das angeschaut wird vom Nationalen Sicherheitsrat. Aber mir, mich, mich beschleicht eher der Verdacht, dass das eine Art Voraus-Immunsisierung ist. Dahingehend, dass die ÖVP offensichtlich Kenntnis davon hat, dass über Dinge, die bei denen sich abspielen, die nicht immer korrekt gelaufen sind, genügend Material draußen ist. Und da stellt man sich halt hin und sagt, es sind nicht nur die Daten geklaut worden. Das finde ich interessant. Datenklau ist ja nicht so ungewöhnlich, so schlimm das wäre, sondern gleich vorsichtshalber Sie seien auch manipuliert, verfälscht, ergänzt worden. Also daran. Daran könnte ich, könnte ich jetzt nicht erkennen, was die vorhaben. Würden die, wie gesagt sich eine Art Impfung geben wollen für das, was nachher kommt. Dann müsste man es so machen. Ich hoffe, das wird aufgeklärt.

PATTERER: Sie meinen, diese Geschichte sei auch von der ÖVP ausgeschmückt worden, um sich prophylaktisch als Opfer zu stilisieren? Das ist eigentlich ein ungeheuerlicher, eine ungeheure Mutmaßung und wäre, wenn es stimmen würde, politischer Selbstmord.

KOGLER: Das weiß ich nicht. Es ist jedenfalls der Versuch. Es ist ja nicht der erste. Es hat sich auch der Parteivorsitzende schon hingestellt. Zu Beginn des Sommers und von irgendwelchen Mails gesprochen, die gar keiner kannte. Also mein Eindruck ist, und das kann man ja in Diskussionen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen verfolgen bzw. auf Twitter oder so, dass die die selber, die sich selber da auch in Verdacht bringen, nach dem Motto: Ich baue mir jetzt mal eine schöne Burg drumherum, damit nichts sein kann, wenn was ist.

DANNHAUSER: Also die Flucht nach vorne und eine gewisse Art von Selbstinszenierung.

KOGLER: Die Flucht nach vorne ist es nicht. Es ist eine Doppelstrategie. Erstens der Versuch einer Abschirmung, sage ich ja gerade eine Art Immunisierung, und gleichzeitig inszeniert man sich noch als Opfer. Was wirklich wahr ist, kann ich aber tatsächlich nicht sagen. Das soll am besten aufgeklärt werden. Ja.

DANNHAUSER: Aber das zeugt ja von einem großen Maß an Misstrauen gegen den politischen Mitbewerber.

KOGLER: Das habe ich auch an der Stelle.

DANNHAUSER: Nur an der Stelle?

KOGLER: An anderen auch. Aber da werden wir vielleicht noch drüber reden.

PATTERER: Gestern haben Sie ihm moralische Devastiertheit vorgeworfen. Der Partei.

KOGLER: Nein, das habe ich der ÖVP vorgeworfen, insbesondere vielmehr schlicht mit dieser neuen, dieser neuen Türkisen hier, weil die mehreres gemacht haben, trotz jeder Warnung sich da eingelassen haben auf eine Koalition mit der von rechts nach rechtsextrem gehenden freiheitlichen Partei. Und selber also die sind von rechts nach rechtsextrem und selber ist man in den Positionen oft rechtspopulistisch geworden im europäischen Zusammenhang. Da haben Sie sich als Geisterfahrer betätigt und behaupten, sie seien eine Europapartei. Salvini und Orban wurden verteidigt. Jetzt ja nicht mehr, aber zwischendurch war so. Alles, also alles Vorgänge, die nicht wirklich, die nicht wirklich hübsch sind. Und was zum Schluss dazu gekommen ist, das finde ich überhaupt das Auffälligste, der Strache und der Gudenus sind zurückgetreten. Aber die haben Dinge angekündigt, die die FPÖ möglicherweise noch gar nicht gemacht hat, aber die ÖVP schon. Die ÖVP hat, genau wie Strache angekündigt hat, am Rechnungshof vorbei zehn, zwanzig, 49 Tausend Euro Spenden genommen, das Gesetz umgangen von einer Milliardenin. Und das, der Herr Kurz hat uns im letzten Wahlkampf noch erklärt, würde er so was machen, würde er sich dem, würde er sich dem Verdacht käuflicher Politik aussetzen. Das hat er gemacht und das habe ich kommentiert.

DANNHAUSER: Herr Kogler. Tun wir vielleicht ein bisschen strukturierter vorgehen, damit die Menschen uns vielleicht folgen können, welche Themen wir abarbeiten? Ich nehme an, zum Thema Datensicherheit. Das belassen wir, weil Sie sind kein Experte. Wir sind wahrscheinlich auch keine Datensicherheitsexperten. Gehen wir zu unserem ersten großen Thema, nämlich der Frage: Welche Koalitionen würden die Grünen eingehen nach der Wahl? Oder wollen sie unbedingt regieren? Denn wenn man sich den Wahlkampf bisher anschaut, dann haben sie des Öfteren gesagt: Na, wir sind ja nicht auf der Flucht. Also das heißt, wir würden uns einer Regierungsbeteiligung nicht entziehen. Beim Wahlkampfauftakt gestern haben sie dann sogar auch noch offensivst mehrfach davon gesprochen, dass die Grünen schon regieren sollen. Warum eigentlich? Und ist das so?

KOGLER: Das sind trotzdem ein paar Punkte. Also erstens habe ich gestern genau einmal davon gesprochen und dass wir nicht auf der Flucht sein können, das habe ich öfter gesagt. Das ist zutreffend. Aber nicht nur nicht auf der Flucht, sondern offensiv das Gespräch suchen. Aber zunächst einmal und das war 95 % oder 99 % Teil dieser angesprochenen Wahlkampfrede, geht es jetzt einmal darum, dass die Grünen wieder reinkommen. Das ist ja nicht nur unser Ziel. Also wir suchen zuerst einmal das Bündnis und die Koalition mit den Wählerinnen. Das haben wir ja das letzte Mal sozusagen ausgiebiger verspielt. Und das ist unser Hauptanliegen. Und das ist ja für viele das Hauptmotiv, die Grünen wieder zu stärken. Also die Bewegung zurück zu den Grünen findet ja statt. Jetzt kommt aber Folgendes hinzu: Wenn wir im Nationalrat sind, dann ist es ja eine der Aufgaben des Parlaments. Es gibt ja mehrere von dem Budget Erstellen bis Gesetze machen, vor allem die Regierung kontrollieren, ist im Übrigen auch sehr wichtig, das können wir besonders gut, aber ja auch zur Regierungsbildung beizutragen. Und da werden wir das Gespräch suchen. Aus dem Grund, weil türkis-blau in Österreich von der Zustimmung her schon lange nicht mehr so toll dasteht und keine Mehrheit hat in der Zustimmung. Die meisten grünen Wählerinnen und Wähler das wohl auch nicht wollen.

PATTERER: Aber bis Ibiza hat diese Regierung einen Zuspruch gehabt wie kaum eine Regierung zuvor. Davor haben sie keinen Respekt?

KOGLER: Die Leute haben, die Leute, haben ja Fernseher und Videos zu Hause, aber offensichtlich nicht in der ÖVP-Parteizentrale oder Handys. Und hier geht es jetzt der schlicht und ergreifend darum, dass wir das Gespräch suchen wollen. Dazu gibt es die nützlichen Institutionen. Das heißt, denke ich auch so Sondierungsgespräche, ob und das ist es ja, ob es zu Verhandlungen überhaupt kommt oder gar zu einem Abschluss. Da werden Sie viel mehr Zitate finden. Das halte ich für ziemlich unwahrscheinlich. Und darüber hinaus habe ich den Eindruck und da erhebe ich aber wirklich einen massiven Vorwurf, dass die Türkisen möglicherweise der Herr Kurz selber oder vor allem er es ja nicht nur nicht ausschließen, mit dieser rechtsextremen FPÖ weiterzumachen und im Übrigen auch sonst gerne Geld grapschen, sondern die haben das noch einmal vor. Das ist das Wahrscheinlichste. Wenn wir sagen, es gibt was Besseres, dann müssen wir uns dem stellen. So einfach ist aber, die Wahrscheinlichkeit ist sehr gering.

DANNHAUSER: Aber Herr Kogler, das hört man ja schon, dass es in Wien, dass es durchaus schon Vorgespräche zwischen Grünen und Türkisen gibt. Gibt es diese?

KOGLER: Nein, ich kenne keine. Wenn Sie darauf anspielen.

KOGLER: Wenn Sie darauf anspielen, dass ich den Herrn Parteivorsitzenden Kurz einmal getroffen habe, dann ist das zutreffend. Wir haben uns ja auch im Rahmen einer Veranstaltung der Kleinen Zeitung einmal gesprochen. Das ist ja das Richtige und Normale, dass...

PATTERER: Die Handynummern ausgetauscht.

KOGLER: Die haben wir vorher schon gehabt. Aber das verteidige ich ja auch, um Gottes willen, wenn die, wenn die Parteivorsitzenden nicht mehr miteinander reden, dann wird es schnell einmal finster in unserer parlamentarischen Demokratie.

PATTERER: Wie gut können Sie mit ihm? Wenn Sie zu zweit am Tisch sitzen.

KOGLER: Ja, dazu kenne ich ihn zu wenig. Ich kenne ihn von früher besser, wie er noch Integrationsstaatssekretär war. Da hat er auch wesentlich offener gewirkt, und wir haben dort öfter gesprochen. Jetzt, jetzt war es, wie Sie ja im Übrigen auch mit anderen Parteivorsitzenden stattfindet, ein Routinegespräch. Und, mein Gott, das, das mag ich nicht kommentieren. Also mein, mein, mein Eindruck ist, dass er momentan halt schon unsicherer ist, aber nicht wegen dieses Gesprächs, sondern als vor zwei Jahren. Also man hat ja geglaubt damals. Das wurde ihm zugeschrieben. Vielleicht tut man ihm Unrecht.

Es wurde ihm zugeschrieben, dass er über Wasser gehen kann. De facto, ja. Momentan ist er bei den ganzen Fragen, die ich aufgeworfen habe. Halb illegale Parteifinanzierung, kein abgrenzendes Verhältnis zu Rechtsextremen. Die Frau Stenzel. Der Fall ist ja gerade wieder eingespielt worden. Die haben ja, die Blauen, haben ja jeden Tag fast einen Einzelfall. Ganze Bierzelte füllen sich mit rechtsextremen Einzelfällen immer weiter nach oben. Er findet keine ab. Doch er findet natürlich. Der hat die in die Regierung geholt und der will das noch einmal. Und er findet keine Abgrenzung. Das ist ja der Punkt. Jetzt reden wir ja gerade über den Herrn Kanzlerkandidaten. Da haben Sie ja völlig recht. Also ist er über Wasser gegangen und jetzt ist er bei all diesen Dingen ein U-Boot. Das ist schon ein kleiner Change.

DANNHAUSER: Aber das heißt, die Sympathie ist jetzt nicht besonders groß.

KOGLER: Das ist keine Frage von Sympathie.

DANNHAUSER: Na ja, bei der letzten Regierung hat man zumindest behauptet, dass man dass sich alle so gut verstehen und dass das alles so super funktioniert. Also ja, ist das keine Grundlage für eine Koalition, dass man sich grundsätzlich versteht.

KOGLER: Ich habe ganz andere Gedanken als mich damit zu beschäftigen, ob mir irgendeine Koalition oder irgendein Mensch in dieser Koalition sympathisch ist oder nicht. Wir waren eineinhalb Jahre damit beschäftigt, die Wiederauferstehung der Grünen zu organisieren. Das ist schneller und erfolgreicher gelungen als geglaubt. Und das müssen wir jetzt einlösen. Das ist. Darüber mache ich mir Gedanken, dass man wieder in den Nationalrat kommt.

DANNHAUSER: Dann gehen wir es anders an. Dann fragen wir doch mal: 100% ihrer Politik können die Grünen mir eigentlich nur in der Opposition insofern umsetzen, als sie sie dann voll und ganz vertreten können. In jeder Regierung muss man auf gewisse Dinge verzichten und Kompromisse eingehen. Ist es das, was die Grünen in dieser Situation verkraften könnten?

KOGLER: Wir haben bewiesen, dass wir auf allen Ebenen gescheite Politik machen können und nicht nur mit Hirn, sondern auch mit Herz. Ob das jetzt die Koalitionen in den Bundesländern sind, dort wird das sicherlich bevorzugt gegenüber anderen Varianten in den jeweiligen Bundesländern, wenn man da Meinungsumfragen macht oder machen würde. So und umgekehrt sind wir ausgewiesene oder gut ausgewiesene Oppositionspolitikerinnen, denke ich. Das ist ja das Normalste der Welt, dass es beides gibt. Ich verwahre mich gegen beides, gegen beides oder spreche gleichzeitig für beides. Auch die Abgeordnetenarbeit in einem Parlament ist wichtig, und das haben die Grünen bewiesen mit ihren vielen Aufdeckarbeiten. Wenn ich allein daran denk, dass wir im Fall des HYPO-Skandals durch die parlamentarische Aufklärung letztendlich dazu beigetragen haben, dass ein je nach Kurswert ein bis eineinhalb Milliarden, wahrscheinlich mehr, an Steuergeld gerettet wurde und zurückgeholt wurde. Dann ist es doch, dann ist es doch super Arbeit. Ja, da gibt es welche, die das gleiche Geld einfach rausschmeißen in Regierungsfunktion. Also so kann man das ja alleine nicht beantworten. Und der zweite Punkt ist, dass wenn regiert wird, völlig logisch ist, wenn sie das meinen. Aber es ist für mich logisch, dass Kompromisse gemacht werden müssen. Und ich verwahre mich auch, wenn wir unser parlamentarisch demokratisches System fortsetzen wollen, dass man den Kompromiss denunziert. Aber beides ist ehrenhaft und normal. Opposition betreiben und Regierung, das brauchen wir.

PATTERER: Herr Kogler, Sie verlangen schon vorab von Sebastian Kurz, wenn es dazu käme, dass er viele Kilometer wird gehen müssen, wie Sie es wörtlich genannt haben, und dass er sogar auch, auch zur Umkehr fähig sein sein wird müssen. Warum sollte das der Wahlsieger, der er mutmaßliche sein wird, warum sollte er das tun?

KOGLER: Ja, muss er ja nicht.

PATTERER: Ist es nicht, ist es nicht moralisch hochmütig, so etwas einzufordern?

KOGLER: Nein, ich sage ja gerade, unser Hauptziel ist, dass die Grünen wieder in den Nationalrat kommen und dort wieder zu neuer Stärke kommen. Wir haben ja im Nationalrat ganz viel weitergebracht, auch in der Umweltpolitik, die eineinhalb Jahre nicht dort waren. Im Nationalrat ist manches um 30 bis 40 Jahre zurückgedreht worden. Also wenn man dort was bewegen. Man kann nicht immer so tun, als ob man nur in der Regierung etwas bewegen könnte. Sollte es zu diesen Gesprächen kommen, wohlgeordnet und nicht Verhandlungen, dann wird das Gegenstand sein, weil es sonst keinen Sinn macht. Das müsste sich auch die Sozialdemokratie überlegen bei Gesprächen mit, mit der türkisen ÖVP. Was unterscheidet eine neue Konstellation massiv von der alten türkisen-blauen? Sonst brauchst du ja gar nicht zu reden anfangen. Und das ist ja genau meine Botschaft. In solchen Gesprächen ist, das auszuloten und die heute Wahrscheinlichkeit genau deshalb für sehr gering, weil eben eine solche Kehrtwende zumindest in einem Punkt in einigen Punkten stattfinden.

DANNHAUSER: Schauen wir uns das einmal konkret an.

PATTERER: Was sind das für Punkte?

DANNHAUSER: Schauen wir uns vielleicht ein paar Punkte konkret an, aber vielleicht nennen Sie selbst welche. Aber es gibt ja doch einiges, was im grünen Wahlprogramm steht, was die Grünen seit Jahren vertreten, wo die ÖVP ja eine 180 Grad Wende vollziehen müssten. Ich nehme an...

KOGLER: Wir haben unser Wahlprogramm aber nicht wegen der ÖVP geschrieben. Und ob die sich umnorden müssen, sondern, oder wieder einkriegen. Wir haben das geschrieben, weil wir ein Angebot machen. Was kriegt man, wenn man die Grünen wieder in den Nationalrat wählt?

DANNHAUSER: Ist schon, ist schon klar.

KOGLER: Wir können jetzt zwei Stunden über Regierung reden. Aber wenn wir das grüne Programm reden, dann reden wir über das grüne Programm.

DANNHAUSER: Aber loten wir es ein bisschen aus? Wo sind Schnittmengen? Wenn es eine Koalition mit den Grünen geben könnte, dann wäre das von den Umfragen her ja rein rechnerisch nur möglich mit ÖVP, Neos und Grünen. Da wären die Grünen ja quasi ein bisserl. Naja, ein bisserl. Man muss es ja von realistischer Basis aus betrachten. Also wäre das eine Dreiervariante, wo ÖVP und Neos sicher näher aneinander sind als die Grünen. Da wär man ein bisserl immer der Außenseiter-Partner. Wäre das schon ein gewisses Problem glauben Sie?

KOGLER: Na ja, das ist in keiner Silbe, glaube ich, Teil unseres Programms. Aber da würde ich Ihnen recht geben. Selbstverständlich. Und nicht nur da. Ich halte das erst recht für unwahrscheinlich, so eine Dreierkoalition, weil das erstens in Österreich ganz wenig Tradition hat und dann die Schnittmengen noch geringer werden in einigen Teilen. Also das, an das denke ich schon gleich überhaupt nicht.

PATTERER: Aber auf der anderen Seite das Böse ist und, und alle Optionen auch entweder unwahrscheinlich sind oder gegen Null gehen. Was? Was soll denn dann passieren?

KOGLER: Ja, dass man mal Gespräche beginnt. Aber ich, ich sehe, ich sehe das eigentlich dann... Das war ja meine Aussage. Ich sehe das dann eigentlich in der Eintrittswahrscheinlichkeit, also für noch unwahrscheinlicher, dass es zu sowas kommt.

PATTERER: Würden Sie, wenn es sich ausginge, was sehr, sehr unwahrscheinlich ist, auch eine Regierung gegen den großen Wahlsieger bilden wollen?

KOGLER: Ja, also ich habe ja noch kein Gefühl, wer der größte Wahlsieger sein wird.

PATTERER: Es schaut aus, als ob er gesetzt sei.

KOGLER: Na ja, was es nicht gibt, ist ein Kanzlerduell unter Anführungszeichen. Obwohl es eigentlich immer Nationalratswahl ist.

Also das Einzige, was ich da heraushöre, ist, dass die Sozialdemokratie sich selbst offensichtlich eine Zeit lang falsch beraten hat, indem sie so eines ausgerufen hat. Das scheint wirklich so zu sein. Ob jetzt, ob jetzt die Türkisen die größte Wahlsieger sind, das weiß ich nicht. Jetzt müssen wir mal wählen. Jetzt müssen wir uns einmal mit unseren Programmen bewerben.

DANNHAUSER: Und schauen, was davon. Schauen wir uns vielleicht jetzt einmal an, klopfen wir ein paar Themen ab. Welche? Welche Bereiche? Auf welche Dinge könnten Sie in einer Koalition dann auch absolut nicht verzichten? Fangen wir an, zum Beispiel im Bereich Klima. Haben Sie einen, haben Sie den Vorschlag, das Ende des Autobahnbaus. Ist das etwas, worauf Sie beharren würden?

KOGLER: Zuerst muss ich einmal erklären, warum das nützlich ist. Ich sage am Schluss, es wird für alles immer...

PATTERER: Weil alle Autobahnen verstopft sind.

KOGLER: Es wird für alles immer Kompromisse geben müssen, so es zu diesen unwahrscheinlichen, echten Verhandlungen kommt. Aber warum ist es vernünftig, den Autobahnausbau über weite, über weite Strecken zu stoppen? Also ich habe mir das genau angeschaut. Diejenigen Baulose, die gebaut werden, werden natürlich gebaut, das ist ja keine Frage. Mir geht es um die großen Räder, die man drehen muss. Und da ist ja die Sozialdemokratie mindestens so gefährdet. Wir können nicht so tun, als ob das Geld auf den Bäumen wächst. Zusätzliche Steuererhöhungen werden ja nicht sinnvoll sein. Also müssen wir umschichten, wenn wir das Geld brauchen für den Nahverkehr, für die klassischen ÖPNV-Ausbauten und vor allem auch für den Fernverkehr und die Nachtzüge. Dann muss es ja herkommen. Und siehe da wir haben vier, 16 Milliarden sind 4 % der Wirtschaftsleistung. Das ist sehr, sehr viel Geld, damit sie die Leute etwas vorstellen können, dass wir das aus der Autobahnphilosophie, die völlig pervers ist, wenn man um fünf 6 Milliarden durchs Waldviertel Autobahn bauen, dort rausziehen und investieren in den Schienenausbau. Das ist die Aussage an dieser Stelle. Wenn die anderen nicht so schlau sind. Die Befürchtung habe ich auch. Es ist dasselbe wie beim massiven Flughafenausbau. Der ist ja semiöffentlich, kostet viele Milliarden und dann reden immer alle von Klimaschutz. Auch die von Ihnen angesprochenen Türkisen plakatieren und inserieren um Millionen und in der Praxis wollen sie es nicht. Wir sind die Einzigen, die das wollen.

DANNHAUSER: Wir müssen abkürzen, weil sonst bleiben wir bei ganz wenigen Themen stecken. Und wir hätten eine schöne, lange Liste, wo man ein bisschen einen Einblick kriegen würde. Also ich halte fest Autobahnausbau muss nicht alles gestoppt werden.

KOGLER: Wir haben vorgeschlagen, dass wir... Es gibt ja noch viel mehr Projekte, dass wir 16 Milliarden rausziehen und das in öffentlichen Verkehrsmitteln...

DANNHAUSER: Haben wir schon. Dritte Piste am Flughafen.

KOGLER: Das ist eine andere Frage. Die ist ja schon, man muss..

PATTERER: Der Verwaltungsgerichtshof hat entschieden. Rechtsstaatlich ist, das...

KOGLER: Sage ich ja. Ich sage ja ganz, ich sage das ist juristisch genauso. Das ist juristisch durch. Aber wenn man dem Flughafenmanagement redet, Er kommt. Ob sie gebaut wird, ist ja die Frage. Wenn man mit denen redet, dann erinnert vor 5 bis 10 Jahren. Und zweitens macht, machte, Konjunktiv, das nur einen Sinn, wenn 30, eher 40% zusätzliche Flugbewegungen auftauchen? Wollen wir das? Eher nein. Brauchen wir das? Nein. Also nehmen wir auch dort das Geld raus und geben es woanders. Sie können...

PATTERER: Sie können in Bratislava auftauchen.

KOGLER: Nein, nein, das ist ja. Das ist ein unsinniges Argument. Das höre ich immer. So einfach ist ja dieses alles nicht. Abgesehen davon muss man ja im europäischen Kontext die Verkehrs- und damit diese Kurz- und Mittelstreckenflüge umbauen.

DANNHAUSER: Zu dem Thema kommen wir noch. Das Klimathema würde ich größer behandeln, da können wir das alles intensiv diskutieren.

KOGLER: Ja, aber dort liegen die Milliarden, die wir brauchen, das war ja vorher Ihre Frage.

DANNHAUSER: Das könnte man intensiv diskutieren. Aber ein Punkt, wo die Grünen mit anderen Parteien nicht so auf einer Linie sind, vor allem nicht mit den Türkisen: Flüchtlinge. Was? Was ist da etwas, was Sie als Koalitionsbedingung stellen würden, ist Abschieben von Lehrlingen zum Beispiel da dabei, dass das nicht mehr sein darf?

KOGLER: Ja, wir haben ein Programm und ein Projekt, was das genau beinhaltet. Ob das dann eine Bedingung wäre? Ich sehe ja, Sie reden immer von Verhandlungen, die ich gar nicht sehe. Nur es muss das jedes Mal das Herz dazu sagen. In der Sache selber ist es hochvernünftig. Die Türkisen haben ja teilweise jetzt schon eingeschwenkt, weil es Meinungsumfragen gibt, die das mehrheitsfähig machen.

PATTERER: Bei denen, die drinnen sind in der Ausbildung.

KOGLER: Jetzt ist es noch immer nicht synchron. Die, die die Vorgangsweise das stimmt, dass unser Projekt geht ja so zunächst. Das betrifft im Übrigen vorläufig nicht so viele. Erstens einmal überhaupt einen Anspruch auf Ausbildung herstellen. Da täten wir uns wahrscheinlich schon wieder unterscheiden. Die, die jetzt drinnen sind, sind gemeint, dass genau diejenigen, die sich gut integrieren, insoweit sie eine Arbeit gesucht, gefunden haben, auch im Asylwerberstatus. Dort lernen sie, werden ja auch ausgebildet, genau von ihrem Lehr- und Arbeitsplatz weg verhaftet werden. Das ist erstens hirnlos, weil wir sie brauchen in der Wirtschaft. Es haben ja ganz viele ÖVP-Wirtschaftstreibende unsere grünen Resolutionen unterschrieben von Rudi Anschöber, der das betrieben hat. Und es ist auch herzlos, aber es ist, es ist einfach in der Kombination einfach ungeschickt und dumm. Und ich glaube, die würden das verstehen, dass man das nicht braucht. Und dann würden wir so weit gehen wie in der Bundesrepublik. Dort ist, wenn die Lehre abgeschlossen ist, weil das ist ja dann schon wieder der türkise Text, dann muss man sofort abschieben. Gescheiter ist, wenn man die Leute eh braucht, dass man sie noch zwei, drei Jahre in Beschäftigung hat und dann und dann und dann wohl wieder. In Österreich heißt das Rechtsinstitut humanitäres Bleiberecht. Das wäre eine Möglichkeit, so vorgeht, so machen die das in der Bundesrepublik und nutzen mehrere gleichzeitig.

DANNHAUSER: Bevor man jetzt jedes Mal haben darf, also falls die Koalition diesen Satz zu sagen, war das anders. Was ist Ihr Herzensthema? Wo Sie sagen, das ist etwas, worauf, das ist so quasi grünes Kernthema bei den Flüchtlingen. Eine andere Geschichte. Rettung im Mittelmeer. Wie? Wie schaut das aus? Also sollen sie. Es gab ja auch von Exkanzler Kurz immer wieder, wie soll man sagen, also negative Meldungen zu den zu den NGOs, die die Flüchtlinge retten. Soll das in Zukunft möglich sein? Wollen Sie das verbieten? Wie soll, wie soll das ausschauen?

KOGLER: Na ja, da steht ja das internationale Seerecht dagegen, dass man das verbietet. Ich finde ja die Debattenverschiebung, die wir haben und ich nehme an, dass das eine provokante, provokante Frage ist an der Stelle. Die Debattenverschiebung, ob überhaupt jemand vorm Ertrinken rettet. Wie weit sind wir denn schon gekommen?

PATTERER: Herr Kogler, das ist nicht die Frage.

KOGLER: Doch das war eben die Frage

PATTERER: Das Seerecht sagt, dass der nächstgelegene Hafen nach der Rettung angesteuert werden muss.

KOGLER: Das ist das nächste, aber zuerst ist einmal die Frage, die Frage war ja, ob Private hier retten dürfen.

DANNHAUSER: Es gab ja auch Diskussionen in Italien. Es wurden, es gab Verhaftungen, es wurde eine Kapitän verhaftet.

KOGLER: Das sehe ich auch nicht, auch nicht für richtig an, weil diejenigen, die sozusagen einspringen und Menschenleben retten, dafür nicht bestraft werden sollen. Das ist ja ganz einfach. Und dann wird die, dann wird die Debatte vielleicht in, in den Folgefragen eine Spur komplexer, zugegeben. Aber wenn es um Menschenleben geht, ist das für mich klar und das sollte hoffentlich auch für die Mehrheit klar sein. Die nächste Frage war ja immer die staatliche Seerettung. Also, und da finde ich schon, dass die Union, also wo am besten die Union sich wieder auch Hirn und Herz nehmen sollte oder ein Herz fassen, um hier gemeinschaftlich vorzugehen. Das ist ja nur deshalb schwierig, weil dann interessanterweise einzelne Mitgliedsstaaten, die am lautesten schreien, dann hier blockieren. Im Übrigen hat der österreichische Innenminister das wundert uns ja nicht. Jetzt ist es ja nicht mehr. Hat hier völlig auf der auf der falschen Seite wieder herum agiert.

DANNHAUSER: Aber jetzt sind, sind Flüchtlingsströme weltweit im Gange. Es gibt Schätzungen vom UNHCR, dass weltweit 70 Millionen auf der Flucht sind. Wenn man da...

PATTERER: Der Pakt mit der Türkei bröckelt.

DANNHAUSER: Ja. Wenn man jetzt davon ausgeht, dass auch nach Europa wieder mehr kommen. Gibt es für Sie eine Grenze oder eine, eine Zahl, wo Sie sagen, so viele Menschen soll Österreich aufnehmen, so viele Menschen kann man integrieren?

KOGLER: Na ja, die aktuellen Zahlen sind so niedrig wie auf dem niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre sowohl in der Union als auch, also in der gesamten Union, als auch in Österreich. Das ist das eine. Die Frage ist: Was passiert künftig? Dass der Erdogan immer wieder herumzündelt, ist nun nicht neu. Drittens haben wir, auch wenn das sehr, sehr schwer durchsetzbar ist. Wir wissen das. Und da haben wir eine andere Position als zumindest einige andere Parteien in Österreich, dass wir sehr wohl für die Kontrolle der Außengrenzen sind. Ich bin auch niemand, der den Türkeiakt an sich jetzt komplett verteufelt, weil da bestimmte auch durch den Migrationsforscher Knaus, vernünftige Dinge eingewoben sind. Aber, aber die, die Kontrolle der Außengrenzen scheint mir das Wesentlichste zu sein. Und das wird dann für dort, für diejenigen, die sozusagen erkennbare, erkennbare Gründe haben, die Verfahren und das geht auf die behördliche Struktur zurück und auch im Ablauf und in der Anwendung von Vorschriften, das vereinheitlicht wird in Europa und im Übrigen auch dann entsprechend verteilt. Und wer da nicht mitmacht, soll auch durchaus finanzielle Sanktionen erfahren. Es kann ja nicht sein, dass der Orban, der der ganzen Union nicht nur an dieser Stelle, sondern an vielen anderen mindestens so auf der Nase herumtanzt. Dass die, dass der pro Kopf die größten Förderungen kriegt. Also nichts gegen die Ungarn, aber es wird ja dann eh kleptokratisch nur auf die Seiten kommt. Also in Ungarn ist mittlerweile am Rande zu einer Semi-Diktatur und zu einem failed state.

PATTERER: Da muss man Viktor Orban. Ich habe gestern...

KOGLER: Sie reden immer so gern vom Herrn Kurz und mich unterscheidet vom Herrn Kurz das Verhältnis zum Orban und deshalb beschreibe ich, wie der Herr Orban ist. Und dem sollte man nicht mehr so viele Milliarden geben.

PATTERER: Ich würde gerne über die Grünen reden. Herr Kogler, eine aktuelle Trend-Umfrage der Zeitschrift Trend hat ergeben, dass nur 4% der Bürger in diesem Land den Grünen zutrauen, die Migration unter Kontrolle zu halten.

Ist das nicht blamabel und eigentlich ein Anlass, auch die Position, bestimmte Positionen der Grünen in dieser doch immer noch sehr wesentlichen Frage einer Revision zu unterziehen?

KOGLER: Ich denke nicht. Ich richte mich erstens nicht nach Meinungsumfragen. Ich weiß auch gar nicht, ob die stimmen. Ich warne auch vor den vielen guten Meinungsumfragen für uns. Wieso sollen uns dann angeblich 10 bis 15% wählen? Und in dieser Frage, in dieser Frage ist nicht nur Haltung, sondern auch Vernunft gefragt. Und die, weil das vorher noch offengeblieben ist. Die Vernunft sagt, dass man das Thema nicht ständig hysterisiert. Das ist alles bewältigbar. Das ist ja die entscheidende Botschaft. Jetzt wurde von 70 Millionen weltweit geredet. Ich glaube, es sind sogar noch mehr. Mit der Klimakatastrophe werden es noch mehr werden, da oder dort. Aber in der Regel handelt es sich um Binnenflüchtlinge. Und ich sage klipp und klar, wenn es um diese Bürgerkriegskonflikte im Nahen Osten geht, das, was man landläufig als Kriegsflüchtlinge bezeichnet. Da gilt, dass man unbedingt einmal vor Ort die Flüchtlingslager gut ausstatten muss. Das ist ja nicht passiert. Österreich war ja mittendrin. Täter unter, unter, unter und mit Sebastian Kurz, damals noch als Außenminister. Da haben wir noch fest diskutiert und gestritten. Sogar an der Stelle, weil die Flüchtlingslage im wahrsten Sinne des Wortes ausgehungert wurden im 13er, 14er oder 15er Jahr. Da kann man ja viel mehr machen. Reden wir alle von Fluchtursachen bekämpfen und, und in Wahrheit passiert das Gegenteil. Das ist ja auch mal ein Weg.

PATTERER: Aber Herr Kogler, Sie könnten hergehen und sagen okay, die neue Linie heißt wenn ich das frei übersetze Integration vor Zuzug. Wenn wir hernehmen den jüngsten Integrationsbericht, ein Viertel aller jungen Leute haben nicht Deutsch als Umgangssprache. Das ist doch furchtbar.

KOGLER: Wir sind ja wirklich voran, wenn es um Integration geht. Das ist ja dieses Beispiel. Ausbilden statt abschieben ist ja einer der wesentlichsten Punkte. Wir sind auch nicht die gewesen, die die Deutschkurse gestrichen haben. Dort, wo wir in den Bundesländern regieren, versuchen wir, das alles im Sinne dieser Integrationsmaßnahmen aufzufangen. Ich gebe Ihnen ja recht. Und ansonsten war, wenn es schon ein Thema gab bei den Grünen, aus unserer Sicht eine völlig falsche Zuschreibung, gegen die wir uns zu wenig gewehrt haben. So nach dem Motto Jetzt über Boulevard gesprochen. Nicht für, nicht für Ihre Zeitung und nicht für das Haus hier. Aber die dummen Grünen oder um nicht Ärgeres zu sagen Die, die wollen immer. Ja, die wollen immer von der ganzen Welt rein holen. Das ist doch ein völliger Schwachsinn. Und das, was aber zu bewältigen wäre, das halte ich für bewältigbar. Aber nach den Prinzipien durchaus, und das ist vielleicht eine Spur neu im Reden drüber, einfach Ordnung und Menschlichkeit, Humanität und Ordnung. Das ist, äh, das ist ganz einfach vernünftig. Nein, das sagen wir schon die ganze Zeit. Jedenfalls seit ich Vorsitzender bin. Das ist ein vernünftiger, aber auch ein menschlicher Zugang.

DANNHAUSER: Kommen wir vielleicht noch zu einem anderen Thema. Schließen wir das Flüchtlingsthema ab. Im Bereich Soziales, Arbeit steht in Ihrem Wahlprogramm Sie wollen die 35-Stunden-Woche und den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche wieder, wieder abschaffen. Da sind aber NEOS und ÖVP genau anderer Meinung. Ist es realistisch, dass sie so was durchsetzen? Warum glauben Sie, dass eine 35-Stunden-Woche überhaupt machbar ist?

KOGLER: Was wir durchsetzen, ist eine völlig andere Frage. Aber warum, warum? Ich glaube, dass die Formulierung lautet ja, dass die zwölf, der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche in dieser Form korrigiert werden sollten. Vielleicht nicht. Man muss da ja darauf hinweisen. Und das ist eine Grundsatzfrage. Wo sind Arbeitsverhältnisse, wo die Macht sozusagen symmetrisch verteilt ist zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und dem, und dem Arbeitgeber.

Dort macht es durchaus Sinn, wenn die sich außerhalb von Korsetts treffen können. Aber das setzt ja immer voraus, dass nicht der eine schwächer ist als der andere. Weil sonst führen diese gesetzlichen Schleusenöffnungen dazu, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich da nicht so gut dagegen wehren können, das genauso machen müssen. Das ist ein Prinzip. Das heißt, wir sind nicht gegen jede Flexibilisierung. Das heißt, und dann an dieser Stelle, an dieser Stelle, wo Arbeitgeber die Möglichkeit haben, die die Arbeitnehmer in einer Art und Weise dazu zu vergattern. Das wollen wir so nicht. Deshalb steht es ja im Programm.

DANNHAUSER: Also freiwillig 60 Stunden, ja, wenn einer will.

KOGLER: 60 Stunden ist aber noch einmal was anderes als die zwölf Stunden am Tag, die 60 Stunden Durchrechnung, gibt es ja jetzt auch schon ähnliche Instrumente für, für immer, immer, immer aufgemacht für diejenigen, die hier im Arbeitsverhältnis sozusagen auf Augenhöhe sich begegnen können, wie man das dann auf gesetzlicher oder auch Verordnungsweise implementiert, ist ja tatsächlich eine Lösung.

PATTERER: Die 12 Stunden würden Sie schlucken?

DANNHAUSER: Ich bin jetzt ein bisschen ratlos.

KOGLER: Nein, für die meisten nicht schlucken. Wir würden was anderes wollen. Wir würden die Regelung von früher bevorzugen. Das wird sich auch nicht wundern. Das haben wir immer so vertreten. Was ich nur sage, ist, dass es an anderen Stellen Flexibilisierungsansätze geben könnte, die beiden Seiten nutzt. Aber das ist so konstruiert, dass in der Regel die Arbeitnehmerinnen, die, die Schwächeren sind. Und das ist nicht gut.

PATTERER: Aber es gibt de facto keinen wie immer gearteten Volkszorn mehr. Ja, man hat das Gefühl auch, dass die Unternehmerschaft sehr besonnen und verantwortungsvoll mit dieser...

KOGLER: Ja, es gibt schon am Anfang wurden schon Fälle bekannt, wo das, tatsächlich sind Befürchtungen eingetreten. Aber ich habe das im Detail gar nicht alles, alles verfolgt. Grundsätzlich, grundsätzlich. Dafür habe ich den grundsätzlichen Zugang gemeint, wie man da, wie man da navigieren kann.

DANNHAUSER: Sie haben bei einer Diskussion auch gesprochen davon, dass das Leistungsprinzip das größte ist, einer der größten Missstände in der Gesellschaft.

PATTERER: Ich glaube, es war bei der Diskussion in Salzburg auf Einladung der Bundesländerzeitungen. Da hat Sebastian Kurz, über den wir heute nicht zu viel reden wollen. Da haben Sie recht. Aber er hat gesagt, er wolle am Leistungsprinzip in Bezug auf Bildung und Schule festhalten. Worauf sie erwidert haben, das Leistungsprinzip sei eines der größten Missstände der Gesellschaft. Haben Sie ein Problem mit dem Leistungsbegriff?

KOGLER: An dieser Stelle das wäre eines der größten Missverständnisse. Missstand ist es auch. Warum? Die Debatte ging so. Die ist erst wenige Tage her und war unter Beteiligung Ihrer Zeitung. War eine sehr gute Debatte im Übrigen. Dass die Behauptung lautete, dass wir, das Bildungssystem soll ungefähr so bleiben, wie es ist. Wir haben hier völlig andere Vorstellungen von der Vorschulpädagogik über, über die Pflichtschulen, anschließend usw. und mehr gemeinsame Schule und mehr Ganztagsangebot. Das ist das. Die wollen das nicht offensichtlich. Ich, mein Argument war ganz anders. Dass ich, das wiederhole ich kurz, in Österreich, es ist ja tatsächlich OECD-mäßig belegt, so ziemlich die meisten Mittel in Bildung gehen pro Schüler und relativ wenig rauskommt. Aber was noch viel schlimmer ist, und das ist auch belegt, dass in Österreich Bildung de facto vererbt wird. Dazu gibt es zwei Indikatoren, dass die... Du kannst den Weg eines ganz, ganz jungen Menschen ein paar Jahre vorzeichnen, fast mit 99-prozentiger Wahrscheinlichkeit, abhängig davon, was die Eltern selber für einen Bildungsstand haben.

Bzw. hängt die oft zusammen, was sie für ein Einkommen haben. Und das ist einer der größten Ungerechtigkeiten, die es gibt. Gegen die will ich ankämpfen. Und das hat damit zu tun, dass man das Bildungssystem an ein paar Stellen ändert. Und das ist das Gegenteil von Leistungsprinzip. Leistungsprinzip heißt ja wohl, dass auch die Kinder aus, aus Haushalten mit ärmeren Eltern besser vorankommen können. Und die Durchlässigkeit ist in Österreich in ganz Europa am geringsten. Wenn es eine Leistung... Es ist umgekehrt. An der Stelle habe ich für das Leistungsprinzip plädiert. Würde es ein Leistungsprinzip geben, nämlich im Sinn von Begabungsförderung und dann tun... Dann würde ja die Bildungsstatistik eine völlig andere sein. Das ist doch mein Argument. Und in Österreich kann man nicht davon weg, dass einfach die Kinder der Reichsten und der, jener und jener Eltern, die selber einen hohen Bildungsstand haben, einfach ihre Bildungskarriere mit viel besseren Chancen starten. Das finde ich zutiefst ungerecht. Und Ungerechtigkeit...

PATTERER: Mit Leistung könnte man das nicht kompensieren? In diesem System.

KOGLER: Ich sage das ist nicht Leistungsprinzip. Ich sage wir brauchen, wir brauchen ein anderes Schulsystem. Also ich habe ja nur behauptet, das, was der Herr Kurz gesagt hat, ist nicht Leistungsprinzip.

DANNHAUSER: Das Prinzip Leistung ist ja auch eine gesellschaftspolitische Ansage, Ideologie. Stehen Sie für das Prinzip Leistung in einer Gesellschaft oder eher nicht? Da gibt es ja zwei unterschiedliche Denkweisen.

KOGLER: Das kommt ja darauf an, welchen Lebensbereich man anschaut. Das würde jetzt gar zu einfach. Sonst die, die in der in der Ökonomie ist es dort vernünftig, finde ich, wo es zumindest bestimmte Anreize gibt, damit man nicht nur in einer Planwirtschaft picken. Mir ist aber das Prinzip der Solidarität und des Ausgleichs mindestens so wichtig, weil wir ja sonst nicht vorankommen. Man hat ja da die großen Ideologien drinnen. Liberale oder Neoliberale kommen daher und letztlich verkünden die ja, wenn jeder auf sich selber schaut, ist insgesamt auf alle geschaut. Das ist einer der größten Irrtümer in der Weltgeschichte.

PATTERER: Aber jetzt sind wir auf der Ebene der Allerweltsethik. Darf ich noch einmal zurückkommen zu dem Punkt.

KOGLER: Ich sage ja nur das Leistungsprinzip, das Leistungsprinzip, wenn man es denn so verstehen wollte, hat an verschiedener Stelle schon einen Sinn. Etwa beim Steuersystem. Da ist es in Österreich ja genau verkehrt herum wieder. Was ist denn dann Leistung. In Österreich, ich traue mich das durchaus anzusprechen, ja, zahlen Millionenerben und Stiftungsmilliardäre, außer Parteispenden an die ÖVP, gar nichts. Null, niente. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Das ist das Gegenteil von Leistungsprinzip. Hätten wir ein leistungsgerechtes Steuersystem. An dieser Stelle würden Millionenerbschaften, also wenn du 10 Millionen verdienst für die Teile ab der ersten Million bis zur zehnten Million in unserem Konzept zum Beispiel 25 % Steuer zahlen? Das ist sehr wenig, was einer zahlt, der gescheit arbeitet. Also man muss, man muss schon.

PATTERER: Dürfen wir Sie bitten, ein bisschen präziser zu werden. Wir versuchen nämlich doch auch, ihre Ideologie, ihre Denkwelt hinter den, hinter den Wuchtern sichtbar zu machen für die, für die Zuschauer. Was hat denn, hätte denn die Wirtschaft zu erwarten, möglicherweise zu befürchten, wenn, wenn die Grünen mitregieren?

KOGLER: Die Wirtschaft? Die Wirtschaft?

PATTERER: Frage an den Volkswirt.

KOGLER: Ja, ich weiß nicht, ob das an der Stelle ein Kompliment ist. Aber es stimmt, ich bin ausgebildeter Umweltökonom und an der Stelle vielleicht... Wir sind der festen Überzeugung, und das schon seit 20, 30 Jahren, dass Wirtschaft und Umwelt und eben eingebettet in einer großen Gerechtigkeitskonstruktion unter einen Hut gehen.

Das muss das Wichtigste sein. Insofern hat die Wirtschaft dort, wo sie innovativ ist, genau gar nichts zu befürchten, sondern würde Vorteile ziehen. Also diese ganze Frage, dass wir rein müssen in wesentlich mehr Klimaschutzmaßnahmen und unsere Ziele zu erfüllen, wäre gut für viele Regionen, für viel regional Wirtschaft und vor allem für viele Betriebe. Und es werden auch Arbeitsplätze in modernerer Art für die Zukunft ganz klar. Würden wir das nicht machen, was ihr droht, jetzt, würden wir dafür in den nächsten zehn Jahren ziemlich genau 10 Milliarden Strafzahlung leisten.

PATTERER: Kompetenzfeld ist es keines, nicht? Kann man das so sagen?

KOGLER: Ich sage ja gerade die, das weiß ich nicht. Ich sage ja nur, was wir wollen. Und seit Alexander Van der Bellen Bundesvorsitzender war, haben wir immer Wirtschaftsprogramme beschrieben, geschrieben und vorgestellt, zum Teil auch mit der Industrie. Wie das ausschauen kann. Wir müssen ja rein in den Umbau der Industriegesellschaft, raus aus dem fossilen Zeitalter und rein ins Solarzeitalter. Und da liegen ganz viele Chancen drin. Die Volkswirtschaften, die vorne dran investieren, werden die Vorteile haben. Die, die hinten dran sind, könnten schon ein paar Kosten mehr haben.

DANNHAUSER: Herr Kogler, jetzt sind wir so richtig über dieses Thema schon in das Hauptwahlkampfthema, das es bisher gegeben hat. Wenn man nur eines herauspicken hat können, dann war das die Klimakrise. Das hat ja auch den Grünen, muss man sagen, sicher sehr viel genutzt. Das ist also eines ihrer Leib und Magen Themen. Aber ich würde das jetzt gern einmal nicht von der Seite angehen. Was sind die Forderungen von denen? Was sind die Forderungen von denen? Sondern schauen wir es uns vielleicht einmal ganz konkret an: Wie würde denn die Erde so ausschauen, wenn sie ihre Forderungen umsetzen? Was gibt es da für Änderungen? Also wie konkret? Welche Auswirkungen gäbe es da, wenn es jetzt weniger Ölprodukte oder keine Ölprodukte gäbe, nur mehr zweimal in der Woche Fleisch.

KOGLER: Das behaupten wir aber nicht.

DANNHAUSER: Gehen wir mal der Reihe nach durch. Zum Beispiel weniger Flugreisen. Wie würde Wien zum Beispiel als Touristenstadt ausschauen? Wenn man sagt, die Leute sollen nur mehr mit der Bahn fahren, also Touristen aus Asien oder aus Amerika, kann man sich dann wahrscheinlich abschminken. Die werden kaum mit dem Schiff kommen. Also ist das ein Ziel, das man nicht mehr diese Fernreisen unternimmt?

KOGLER: Ja, aber Sie müssen dann schon zur Kenntnis nehmen, wenn sie in ihre Fragen, was man sieht, welche Vorhalte reinpacken, die wie ich genau nicht sage, dass sie die zunächst einmal widerlege. Es werden die Flüge nicht abgedreht. Das ist. Ich weiß nicht, wo sowas herkommt.

DANNHAUSER: Aber Ziel ist schon, dass sie sagen, die Leute sollen mit dem Zug fahren.

KOGLER: Unser Ziel ist natürlich, dass bei den Binnenflügen und bei den Kurzstrecken und Mittelstreckenflügen innereuropäisch weniger geflogen wird. Und dazu gibt es mehrere sinnvolle Instrumente. Ich fahre ja selber sehr viel mit dem Zug. Das haben wir im Europawahlkampf gehabt, das Thema etwa nach Berlin, öfter nach Straßburg oder Brüssel. Das ist eben nicht immer. Ja, ich fliege auch manchmal, dass man das gleich haben. Aber es geht ja um ganz was anderes auch noch. Es muss ja ein perverses System vom Kopf auf die Füße gestellt werden, dass diejenigen, die mit der Eisenbahn fahren, die gleiche Strecken zum Teil drei, viermal so viel zahlen als jene, die fliegen. Da stimmt doch was nicht. Und weil wir können nicht Fridays for future zujubeln und dann sagen, wir machen keine Maßnahmen. Aber die Maßnahme ist nicht, dass der asiatische Tourist jetzt mit dem Segelboot über die halbe Welt kutschiert, oder was?

Mit Verlaub, sondern die Maßnahme lautet, dass einer der perversesten Privilegien, die es im Steuersystem gibt, beseitigt wird, nämlich dass Kerosin, Flugbenzin endlich einmal das kostet, was auch die Mineralölsteuer für den Autofahrer ausmacht. Das bewegt ein bisschen was. Lange nicht alles. Und in die Maßnahmen müssen wir rein. Man muss einfach anfangen. Wir müssen mit einem Einstieg in den Umstieg schaffen. Nicht überall, woanders werden sie geringer. Es gibt mit uns keine Steuererhöhungen. Die Geschichte ist so: Dort, wo Privileg in dieser Art herrscht, wir haben es ja beim Dieselpri­vileg für, für die PKW, aber vor allem für die LKW das, was Transit anheizend ist, 20 % dadurch, dass wir diese Preise einmal klarstellen und geradestellen. Und wenn dadurch die eine oder andere Abgabenerhöhung notwendig ist, dann wird es an anderer Stelle zurückgegeben. Wozu führt das? Dass umweltschädliches Verhalten, vor allem Industrie­produktion, aber auch Mobilitätsverhalten von mir aus und das genau teurer wird. Und woanders werden jene Produkte und Dienstleistungen billiger, wo es umweltfreundlicher zugeht? Das ist ja der Sinn der Sache, das ist ja Marktwirtschaft. Also das Schlechte wird tatsächlich teurer und im gleichen Ausmaß wird Besseres günstiger.

DANNHAUSER: Das heißt, man würde zum Beispiel mit einer Kerosinsteuer das direkt in den Bahnverkehr investieren oder in Bahntickets oder so ähnlich.

KOGLER: Das Geld hat am Schluss ja kein Mascherl, wie wir Ökonomen sagen, aber im Prinzip, ja. Also wir würden so vorgehen, damit das Argument von vorher auch konsistent bleibt. Überall wo es um Steuer andrehen geht wird zurückgenommen, auch im Abgabebereich. Wir haben aber gleichzeitig, ist auch eine Frage von Finanzströmen, ganz viele Subventionen in Europa, aber vor allem in Österreich, die umweltschädliches Verhalten sozusagen noch fördern und da und dieses Geld nimmt man raus, um woanders zu investieren. Und dann haben wir noch diese schädlichen Investments... Man muss unterscheiden Subventionen, Investitionen und Steuern. Und bei den Subventionen haben wir über 1 % der Wirtschaftsleistung in völlig falsche Richtung. Das würden wir umsteuern. Damit könnte man zum Beispiel Bahnfahrten verbilligen. Dann subventioniert man nicht falsches Verkehrsverhalten, sondern umweltfreundliches. Bei den Investitionen, das hatten sie ja vorher selber aufgerufen. Deshalb ist mir das ja so wichtig, weil wir haben ja das Finanzierungskonzept dahinter. Wir sagen ja dazu, dass wir nicht mehr jede Autobahn bauen, damit wir das Geld nehmen für den Eisenbahnausbau. Da ist es wieder ein Infrastrukturargument und bei den Steuern immer das Gleiche. Das uralte Prinzip einer echten ökologisch sozialen Steuerreform. Wir geben auf bestimmte Bereiche, die unerwünscht sind, mehr Steuersätze drauf und dort, wo erwünschtes Verhalten jetzt bestraft wird, das ist insbesondere die Schaffung von Arbeitsplätzen in Österreich, die berühmten Lohnnebenkosten. Da sind wir Weltmeister, das verhindert Arbeitsplätze. Da muss man runter. So, und am Schluss und am Schluss kommt es zu keiner Abgabenerhöhung. Aber eben zu dieser berühmten Umsteuerung. Und die wollen wir ja.

PATTERER: Sie sagen jetzt, dass das diese CO² Steuern sind. Ich weiß, Ihnen gefällt der Begriff nicht. Nicht, nicht rasend gut. Keine Auswirkungen auf die kleinen Leute, auf die sozial Schwächeren hätte. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Nehmen wir an, mir fällt ein, die die Billa Kassiererin, die sich ein Stück Wohlstand erarbeitet hat und im Flugzeug nach Mallorca sitzt, um 200 €. Jetzt kann es sein, dass dieser Flug dann in Zukunft 400 € kostet. Neben ihr ist gesessen vielleicht ein Chefredakteur oder eine Politikchefin oder ein Bundessprecher. Der wird dann bei 400 € auch noch dort sitzen. Aber die Billa Kassiererin vermutlich dann nicht mehr. Sie erzählen nicht die ganze Story will ich damit sagen.

KOGLER: Außerdem ist glaub ich, die Bepreisung jetzt im Kerosinbereich führt auf keinen Fall zur Verdoppelung der Ticketpreise, weil die Kalkulation da ganz anders läuft. Was langfristig ist, ist eine andere Frage. Kurzfristig geht es darum, ab jetzt könnten manche sagen, das ist zu wenig um einige Prozent.

Bei den Billigfliegern wird das natürlich mehr sein, weil dann die Relation eine andere ist. Aber das noch dazu. Typischerweise wird ja vorgehalten, dass die dann mit Pendeln und sonst was Probleme kriegt. Da muss man aber wissen, dass diese Umsteuerung und diese Rückvergütung ja so organisiert wird, dass und das heißt ja deshalb auch so, also erstens deshalb oft eine CO² Steuer, weil es insgesamt ökologisch soziale Steuerreform ist und die beinhaltet nicht nur, dass für die Arbeitgeber die Arbeitsplatzkosten geringer werden, es ist die Hälfte der Einnahmen, circa die zweite Hälfte geht in Form eines Klimabonus an die Personen, an die Menschen zurück. In der Regel und das sind ja alle, fast alle Klimawissenschaftler und Ökonomen gehen in die Richtung. Das heißt, es gibt beispielsweise bei einem Volumen von 8 Milliarden Ökosteuern in Neuen würde pro Kopf über 500 € pro Jahr einen Klimabonus zurückgegeben werden. Das wäre in einem Vier-Personen-Haushalt 2.000 €. Und das führt wozu? Abschließendes Argument oder zum Ergebnis eigentlich, dass die unteren Einkommen sogar bessergestellt sind als die oberen. Weil in der Regel die unteren Einkommen weniger Energie, also die die untere Einkommensschichten sozusagen, die dazugehören, die konsumieren weniger Energie als die Reichen. Das heißt, die haben am Schluss netto mehr.

DANNHAUSER: Kommen wir vielleicht konkret zu einem anderen Thema in Österreich, auch in anderen Ländern wird das Elektroauto sehr gepriesen. Es ist auch so ein gewisser Hype. Es interessieren sich sehr viele Leute dafür. Viele können es sich aber nicht leisten. Also die sind ja doch erheblich teurer als andere Autos. Deswegen ist die Zulassungsrate oder die Zahl der Autos, die mit Elektroantrieb herumfahren, in Österreich noch immer verschwindend gering. Also derzeit haben es angeschaut 26.000 zu 5 Millionen PKW insgesamt. Also auch wenn man es also chic findet, es hat nicht jeder die Möglichkeit. Ein Problem zum Beispiel ist ja auch diese Schnelltankmöglichkeit. Und da hat man mir erklärt, es ist so, dass eine schnelle, also eine Steckdose für Schnelltankung zum Beispiel in Wien, wenn man das in einer Garage macht, so viel Anschlusswert braucht wie 20 Wohnungen. Wenn das jeder hat, wohin führt das? Also ist das überhaupt... Um die Frage konkret zu machen, ist das massentauglich?

KOGLER: Ja, also Anschlusswert ist was anderes als elektrische Arbeit, die reingeht und also der Energieverbrauch. Letztendlich würden wir die komplette österreichische Autoflotte, und 2050 wird es ja wohl soweit sein sollen und müssen. Das ist ja Vertragsverpflichtung. Aber noch 30 Jahre Zeit sind das weit unter 10 % des jetzigen, des jetzigen Stromverbrauchs. Da geistern völlig falsche Zahlen herum jetzt. Ich gebe Ihnen in einem recht. Ja, selbstverständlich. Jetzt ist das ja alles infrastrukturell auf der einen Seite, aber auch von den Angeboten der, der Fahrzeuge noch in den Kinderschuhen. Aber das wird sich natürlich dramatisch ändern. Warum das? Ja, weil, das ist ja nichts Neues, weil die Lernkurve in der Industrie und in der Produktion dazu führen wird, dass die immer besser werden auf der einen Seite und auch immer günstiger diese Fahrzeuge. Das ist jetzt Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für das herzubringen. Und genau dafür haben wir ein Konzept gemacht, wo die, wo die anderen sich schon mal...

DANNHAUSER: Prinzipiell gibt es einen Gegensatz Am Land haben die Menschen Einfamilienhäuser, wo sie sich selbst Steckdosen bauen können. Es ist aber nicht so praktikabel, weitere Strecken mit einem Elektroauto zu fahren. In der Stadt, wo es sinnvoll wäre, haben wenig Leute die Möglichkeit, sich selbst Ladestationen zu bauen.

KOGLER: Aber das ist eine Frage der oder? Ja, jetzt. Aber es muss und nein deshalb, weil es in ein paar Jahre schon ganz anders sein kann. Aber das ist eben Aufgabe von Wirtschafts- und Umweltpolitik, das herzustellen. Weil stellen Sie sich vor, es hätte, es wäre Jahrhunderte immer so argumentiert worden, wir würden ja heute noch mit Pferdekutschen unterwegs sein. Es gibt genug Innovationsmöglichkeiten. Und da sind ja auch die Chancen für die Wirtschaft, nach denen ich vorher gefragt wurde.

Und selbstverständlich ist es so, dass vor allem in Neubauten, das schon von der Bauordnung her vorgeschrieben sein muss, das wird sich so entwickeln, dass, wenn die Politik und im Übrigen gibt es Länder, wo die Quote dieser Elektroautos samt zugehörigem Infrastruktursystem ein Vielfaches höher ist als in Österreich. Geht jetzt schon. Aber in zehn Jahren, das ist unser, damit wir was Konkretes haben wieder, in zehn Jahren ist unser genaues Konzept und der Vorschlag parallel mit der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Schweiz. Es wird alles so kommen. Wahrscheinlich. Im Übrigen, dass nur mehr neu, wohlgemerkt neu zugelassen werden. Abgasfreie Autos, das werden im LKW und Busbereich vielleicht, vielleicht schon wasserstoffgetriebene sein, aber im PKW Bereich mit hoher Wahrscheinlichkeit und wesentlich verbesserter Akkutechnologie Elektroautos für die, die unbedingt Auto fahren müssen. Das muss man sich trauen.

KOGLER: Ab 2030 nur, und was würde denn das bedeuten? Die ganze Infrastruktur muss sich dorthin entwickeln und ausrichten. Andere Länder, viele, nicht wenige, haben ab 2025. Wir diskutieren ja wirklich so wie in 1905, wo es darum gegangen ist, ob irgendwann dieser seltsame Benzinmotor die Pferde ablösen würde. Nur das ist schneller gegangen, als die geglaubt haben.

DANNHAUSER: Es gibt aber auch viele Entwicklungen, die sich nicht durchgesetzt haben.

KOGLER: Aber wir haben ja die Aufgabe, dass sie jetzt die klimafreundlichen Entwicklungen durchsetzen. Sonst bleibt ja alles eine Sonntagsrede. Das ist ja genau mein Ansatz. Und es gibt in allen Bereichen, im Gebäudebereich, im Energiebereich, im Autobereich, im Lebensmittelbereich, überall gibt es genug Möglichkeiten einzusteigen in den Umstieg.

PATTERER: Ganz kurze Fragen mit, mit der Bitte um kurze Antworten. Gestern ging ich in ihrem Heimatland in der Steiermark, die die Airpower, eine Großveranstaltung Flugschau zu Ende. Sollen in Zukunft solche Großveranstaltungen verboten werden?

KOGLER: Ich denke nicht verbieten, aber dass wir mit öffentlichen Mitteln das mindestens zum Drittel oder im schlimmsten Fall zur Hälfte mitfinanzieren mit Steuergeld. Das halte ich dann doch für pervers.

PATTERER: Ist Fleisch zu billig?

KOGLER: Indirekt ja, weil es einen gigantischen Tierfabriken erzeugt wird mit massivem Tierleid. Das Soja deshalb so billig von Südamerika kommt, weil dort der Amazonas brennt. Und deshalb wird richtig gesteuert, die Landwirtschaft dazu führen und Subventionen umgelenkt, dass das diese Art Fleisch teurer wird und das regionale, biologische wird billiger werden.

DANNHAUSER: Und wie wollen Sie die Österreicher vom Fleischtiger zu eher anderen Essern machen?

KOGLER: Ich will ja nur, dass die Preise passen. Es kann ja nicht sein, dass die, die sich ökologisch verhalten immer viel, viel mehr zahlen als die...

PATTERER: Sie wollen nicht bessere Menschen aus den Österreichern machen. Das war mal ein Kernsatz der Grünen.

KOGLER: Erstens stimmt das denke ich nicht. Den müssen Sie mir zeigen. Und ich meine. Mein Leitsatz war immer, da bin ich ja, glaube ich, sogar irgendwo gelobt worden, nur weil wir glauben und davon sind wir überzeugt, die besseren Ideen zu haben, sind wir noch nicht die besseren Menschen. Da rennen Sie bei mir offene Türen ein.

DANNHAUSER: Lassen Sie uns deshalb gleich zu Ihrer Person zum Schluss noch kommen. Sie sind jetzt so was, wie man immer sagt, in der Politik, der Wunderwutzi der Grünen, haben aber gesagt, den Parteivorsitz wollen Sie nur interimistisch übernehmen. Wie lange oder wollen Sie ihn jetzt länger haben?

KOGLER: Das Mandat war vorgesehen, bis dass ich richtig rechne, 2022 im Herbst. Und ich bin da sehr zuversichtlich, dass wir auch schon neue Kandidatinnen und Kandidaten dann haben. Ich habe sehr viele junge, vor allem aus den Bundesländern, dazu gebracht und Quereinsteigerinnen. Also ich muss das nicht weitermachen.

DANNHAUSER: Aber es sind die Grünen jetzt zur One-Man-Show geworden?

KOGLER: Nein, gar nicht. Im Gegenteil. Wenn Sie sich anschauen, die Liste der Nationalratskandidatinnen und -kandidaten, dann sehen Sie, dass wir dort Zulauf von Global 2000, von Greenpeace, andere Quereinsteigerinnen.

DANNHAUSER: Noch eine kurze, wir sind fast am Schluss.

PATTERER: Ja, die betrifft die Stilistik auch, auch ihre Sprache. Wir haben ja heute auch ganz kurz. Sie wollen offenbar mit Ihrer kraftvollen, manchmal rustikalen Sprache die Grünen für das Wirtshaus öffnen. Ist dem so? So werden Sie aber als möglicher Vizekanzler nicht reden können?

KOGLER: Ja, aber da ist mir das Wirtshaus dann lieber.

DANNHAUSER: Also Ihnen wird manchmal zugeschrieben, dass Sie ein Wahlkampftrambo sind. Das ist keine Beleidigung Ihrer Meinung nach.

KOGLER: Nein, ich bin ja jetzt auch schon als Volkswirt apostrophiert worden. Die sind typischerweise eh ein bisschen anders. Ja, ich halt beides.

PATTERER: Nach uns kommt jetzt Peter Pilz wird hier Platz nehmen. 40 % der Grünwähler hätten gerne, wenn er im Parlament bleibt, werden sie ihm eine Art von politischem Asyl geben? Ist das denkbar?

KOGLER: Diese Anfrage ist mir auch neu. Ich kann mich ihm jedenfalls nicht so schlecht, wie viele glauben und er weiß es auch.

DANNHAUSER: Vielen herzlichen Dank für die interessante, kurzweilige Stunde. Wir haben viele Themen angesprochen. Es gäbe noch viel, aber so ist das in einem Wahlkampf. Wir müssen jetzt Schluss machen und freuen uns, wenn wir ihnen ausreichend Antworten gegeben haben. Es geht aber gleich weiter mit geballter Information, denn auf Sie wartet gleich die nächste spannende Diskussionsrunde, die nächste zweite Pressestunde hier an diesem Sonntag. Auf dem Sessel von Werner Kogler wird gleich Peter Pilz Platz nehmen und meine Kollegin Helmar Poschner wird Sie begrüßen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Sonntag. Vielen Dank.

Anhang D:
Elefantenrunde 2019 (ER 2019)
Veröffentlichungsdatum: 26.09.2019

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

REITERER: Herr Kogler, was würde Eva Glawischnig über Sie sagen? Wie würde sie Sie beschreiben?

KOGLER: Na ja, ich denke. Ich weiß es ja auch zum Teil. Dass sie sagen würde: Ja, umfallen, aufstehen, weiterkämpfen. Das ist ja nicht die schlechteste Eigenschaft, die Bewegung Zurück zu den Grünen organisieren. Wiederaufbau, ja.

REITERER: Schwäche.

KOGLER: Comeback gelungen? Hoffentlich ja. Die, die, die aufbrausende Ungeduld. Aber ich glaube, sie würde mir nachsehen, dass es die Ungeduld des grünen Herzens ist.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

WOLF: Werner Kogler, Ihr größter Pallawatsch bisher und Ihre Erkenntnis daraus?

KOGLER: Na ja, das ist nicht so schwierig zu erraten. Und natürlich habe ich Mitverantwortung, dass die Grünen zumindest vorübergehend nicht im Nationalrat sind. Das hat auch mit unserem Auftreten und Erscheinungsbild zu tun gehabt, denke ich. Und was ich daraus gelernt habe, ist stärker einzulösen, was mir immer schon vorgeschwebt ist, dass wir nicht nur im Hörsaal, wo ich herkomme, eigentlich nicht im Hörsaal, sondern auch im Wirtshaussaal verstanden werden. Und zwar mit der Erkenntnis, dass auch wenn wir oder ich echt davon überzeugt sind, dass wir die besseren Ideen haben für die Welt, dass wir deshalb noch nicht die besseren Menschen sind.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

REITERER: Herr Kogler, die Knack... Der Knackpunkt in einer allfälligen schwarz-grünen Koalition wäre ohne Zweifel die Migration. Wie würden Sie da mit Sebastian Kurz und der ÖVP auf eine Linie kommen? Wie würden Sie die Wiener Grünen ins Boot holen, nachdem die auch nächstes Jahr Wahlen haben?

KOGLER: Also von hinten nach vorn. Es war ja schon im Jahr 2003 ein Unding, dauernd zu behaupten, aber das ist die Deutungsmacht der größeren, dass die Wiener Grünen nicht dafür verantwortlich gewesen wären, dass es keine schwarz-grüne Koalition gegeben hätte. Das war schon unter Wolfgang Schüssel, der nicht einmal einen einzigen Abfangjäger abstellen wollte, weil das Schmiegeld schon an den Flügeln geklebt hat. Ich war damals selber beteiligt. Es war eine meiner ersten politischen Taten, zu sagen: Okay, da stehen wir mit, da stehen wir auf. So geht das nicht weiter. Daran kann man ja einiges erkennen. Und was die jetzige türkise ÖVP betrifft, wird es wahrscheinlich notwendig sein, dass die wieder ein paar Bibelstellen hervor-kramen, die sie vom Weg auf schwarz...

REITERER: Vielleicht habe ich meine Frage zu wenig konkret. Ich wollte jetzt wirklich auf die Wiener Grünen eingehen. Wie sie die ins Boot holen würden beim Thema Migration.

KOGLER: Ja, Entschuldigung, die Wiener Grünen sind Teil der österreichischen Grünen. Ich sehe da überhaupt kein Problem. Ich sehe das Problem eher bei einer ÖVP, die ihre christlichen Wurzeln verloren hat. Und wir brauchen natürlich Menschenrechte und Menschenwürde, zumindest in einem Mindeststellenwert.

Im Übrigen füge ich hinzu, dass mindestens so sehr die Frage der Umkehr dieser Türkisen, was auch die ökosoziale Marktwirtschaft betrifft und den Klimaschutz, dass das genauso wichtig sein wird, weil dort sehe ich sie gerade auch nicht. Wir haben gerade erlebt, dass in dieser türkis-blauen Regierung Unterlassungstäter und Klimawandelleugner fuhrwerken. Also da haben wir anständig zu tun. Aber es ist ja nie zu spät zur Umkehr.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

WOLF: Zeitmäßig eine Punktlandung. Herr Kogler, wie überzeugen Sie denn einen LKW-Fahrer davon, dass er ausgerechnet den Grünen seine Stimme geben soll. Ihre Kamera?

PILZ: Billigere Lastwagen.

KOGLER: Erstens sind die LKW-Fahrer, also auch Sie, wirklich eine sozial benachteiligte Gruppe. Die Arbeitsbedingungen sind verheerend. Also die Grünen sind auch eine Partei der Gerechtigkeit, aber er kann auch einen in zehn Jahren einen wasserstoffbetriebenen LKW fahren. Er kann auch einen anderen fahren. Und das Wichtigste ist für alle Menschen und auch für den LKW-Fahrer der Klimaschutz. Sicher, lieber LKW-Fahrer werden mit mir morgen gemeinsam den Millionen Kindern in die Augen schauen wollen in der Zukunft, die hier in Österreich und in Europa auf die Straße gehen und für Klimaschutz kämpfen.

WOLF: Das war jetzt länger als 30 Sekunden.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

REITERER: Konrad Paul Liessmann hat diskutiert mit Helmut Brandstätter über diese Frage. Er ist ein Philosoph, aber eben in Bildungsfragen auch kompetent. Vielleicht nehmen Sie ihn auch als Experten, Herr Kogler. Die Grünen sind stolz auf ihren Ruf als Menschenrechtspartei. Aber der Eindruck, der entsteht. Sie schauen beim Thema Gleichberechtigung hierzulande ganz genau bis zur gendergerechten Sprache. Man könnte sagen bei den Österreichern streng, bei den Ausländern tolerant. Haben die Grünen bei den Frauenrechten von Flüchtlingen und Zuwanderern, ZuwanderInnen viel zu lange weggesehen?

KOGLER: Das denke ich nicht. Ich glaube, was diese aufgeworfene Frage der gendergerechten Sprache betrifft, möchte ich schon darauf hinweisen. Ich weiß, dass da ein Backlash gibt in letzter Zeit, aber auch als Mann. Es ist eben ein Unterschied, wie man sich ausdrückt und wie Frauen angesprochen werden. Das ist einmal das eine und das werde ich auch weiter verteidigen. Das zweite ist ja, mag sein, dass die Grünen ein Image bekommen haben. Wir sind ja selber dafür verantwortlich, wenn wir dem nicht widersprechen. Was ich hiermit tun möchte. Was tatsächlich, tatsächlich die Lösung der Frage, die Sie aufwerfen, das ist ja objektiv ein Problem ist, der kann sich ja nicht immer nur um Kopftuchverbot gehen und dann bei jedem Problem was auftaucht, schreit irgendwer Kopftuchverbot, wenn türkis-blau irgendetwas anstellt? Nein, es geht ja immer um die Ertüchtigung und die Ermächtigung, die die Selbstermächtigung der Frauen natürlich auch. Natürlich auch bei den Migrantinnen ist überhaupt keine Frage. Das ist unser Ansatz. Also ich würde das ehrlich gesagt fast ein bisschen zurückweisen.

REITERER: Aber Sie geben zu, dass die Grünen zu lange weggesehen haben?

KOGLER: Nein, gar nicht. Ich sage, wir lassen uns immer Image rauf dividieren, was nicht zutreffend ist.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

REITERER: Praktischerweise haben wir von den TV-Duellen die Tafeln von den Schülerinnen und Schülern aufgehoben. Völlig klar, Das Kreuz steht für Nein, das Grüne für Ja und meine erste Frage Wir wählen alle fünf Jahre den Nationalrat. Das wurde 2007 beschlossen. Ein einziges Mal, seitdem es beschlossen wurde, hat es fünf Jahre gehalten, von 2008 bis 2013. Die Frage: Wären Sie dafür, dass wir den Nationalrat wieder alle vier Jahre wählen? Grün, FPÖ und Jetzt wären dafür wäre dann interessant, wie das so wäre.

KOGLER: Das wäre länger als jetzt.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

REITERER: Eine Frage zum Schluss, bevor wir zum nächsten Thema kommen. Unsere Lieblingsfrage Haben Sie in der Politik schon mal die Unwahrheit gesagt?

KURZ: Bei Kleinigkeiten?

PILZ: Ich finde, man darf.

REITERER: Frau Meinl-Reisinger überlegt, auch der Herr Kogler überlegt.

MEINL-REISINGER: Wir sagen ja.

KOGLER: Im Zweifel ja.

MEINL-REISINGER: Und das ist dann unpopulär.

KOGLER: Ich weiß es nicht.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

[Kogler wird gefragt, wann er die Unwahrheit gesagt hat]

KOGLER: Ich habe mal vorsichtshalber das hier mit Ja beantwortet. Man weiß ja nie. Genau, Niemand ist unfehlbar. Aber eins fällt mir tatsächlich einfallen. Ich habe das in einem Interview gesagt, dass das ganze Jahr, da meine ich das 18er Jahr des Wiederaufbaus der Grünen, eigentlich immer recht einfach war. Es war nicht immer einfach.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

[Frau Meinl-Reisinger beschreibt, ihre Unwahrheit sei gewesen, dass sie leiser treten würde und mehr Zeit mit der Familie verbringen würde]

KOGLER: [reagiert] Jetzt steht sie immer mit mir herum.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

WOLF: Herr Kogler, Sie fordern so was Ähnliches: Eine Grundpension von 900 € ab 65 für alle steht in Ihrem Programm. Das heißt Pension vor 65 gibt es dann gar nicht mehr. Und das Frauenpensionsalter werden Sie mit einem Schlag von 60 auf 65 hinaufknallen?

KOGLER: Nein, das heißt das natürlich nicht. Das ist ja, die bestehenden Regelungen würden ja bleiben, aber ab dem Erreichen des 65. Lebensjahr. Das deckt sich wirklich total. Das muss ich auch nicht wiederholen. Gibt es eine dadurch massive Bekämpfung der Altersarmut vieler Frauen. Im Übrigen das hier diese Grundpension bezahlt wird und das ist auch finanzierbar. Mittlerweile erhöht sich das ja dann schon gegen 1.000 € sogar. Das ist das eine. Aber zu den anderen Punkten, die hier erwähnt wurden, weil da gibt es wirklich, wirklich Unterschiede. Erstens einmal lobe ich den Nationalrat, obwohl ich gar nicht drinnen bin.

Ja, für diese zusätzliche, über die gesetzliche Anpassung hinaus vorgesehenen 20 € zusätzlich bei einer Pension, bei einer Pension um 1.000 €. Und da ist wirklich ein Unterschied zwischen den Neos und uns, weil das berührt, das berührt mich wirklich unangenehm, auch was die zukünftige, die zukünftige Finanzierung betrifft oder diese Prognose der Automatik. Also wir sehen das ja auch so, solange das gesetzliche Pensionsalter nicht erreicht ist, brauchen wir diese Automatik nicht. Was in 20, 30 Jahren ist, werden wir sehen. Nur so viel muss schon klar sein. Diese Tendenzen, die hier kommen, die gehen ganz stark Richtung kapitalfinanziertes Pensionssystem. Und ich sage Wenn wir in Österreich weiterhin wirtschaftlich vernünftig agieren und auch sozial gerecht, dann geht sich das alles aus mit der Wertschöpfung. Das ist das berühmte Umlageverfahren, dass sich alle auf alles verlassen können. Und da ist ein massiver Unterschied im Gesellschaftsbild. Nämlich bei den Neos habe ich oft das Gefühl Ja, wenn jeder auf sich selber schaut, dann ist schon auf alle geschaut. Völlig falsch. Wir sollten alle gemeinsam auf uns schauen und da kommt die Grundsatzprogrammatik zur Anwendung. In, in verschiedenen Konzepten. Also wir stehen zur, zur Grundpension und das wird die Altersarmut der Frauen mit Sicherheit zumindest lindern.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

WOLF: In der nächsten Frage sind sich mutmaßlich Beate Meinl-Reisinger und Werner Kogler ziemlich uneins. Aber vielleicht können Sie einander in den folgenden drei Minuten überzeugen. Die Frage lautet Schuldenbremse in der Verfassung sinnvoll oder problematisch?

MEINL-REISINGER: Nachdem da vorher die Vorwürfe kamen von den Grünen kommen Sie sicher auch gleich wieder. Also bitte starten Sie, Herr Kogler.

KOGLER: Dankeschön. Ja. Mein Gott. Schuldenbremse. Die Politik lebt ja davon, dass immer agitatorische Begriffe verwendet werden. Und Schuldenbremse klingt ja recht gut. Da wird es wahrscheinlich, wenn man eine Umfrage machen wird, eine Mehrheit dafür geben. Sinnvoll ist das dann nicht und das ist leider die Regel, wenn das so gehandhabt wird, dass sich die Parlamente und die Regierungen ihres Spielraums berauben, hier Investitionen tätigen zu können in der Zukunft. Und das scheint so zu sein, was? Ich bin ja jetzt nicht im Nationalrat, aber im Wesentlichen ist der aktuelle Beschluss hier entlang des bundesdeutschen Modells orientiert. Also wir haben ja da den Textvergleich gemacht. Vielleicht kann mir ja sonst wer helfen, der im Nationalrat gerade ist. Und die führenden und die führenden Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland sagen selber, dieses Konstrukt ist schädlich und ist ein Unsinn, weil es nämlich im Ergebnis als Investitionsbremse wirkt. Wir brauchen jetzt eine Reihe von Klimaschutzmaßnahmen, da muss man investieren. Wir sind ja auch nicht die, die dauernd Steuersenkungen versprechen wie Sie im Übrigen während der Wahlen und sagen aber nie, wenn man sie einspart, wenn das auch noch gleichzeitig zutrifft, dann wird es natürlich besonders happig. Dann können wir bald gar nichts mehr investieren. Und das brauchen wir jetzt aber, das brauchen wir jetzt aber für den Klimaschutz, das halte ich für das wesentliche Argument.

MEINL-REISINGER: Wir sind in der Verantwortung der Nachhaltigkeit, nicht nur in ökologischer Hinsicht, sondern auch in ökonomischer Hinsicht. Das heißt, dass wir die Verantwortung haben, einen ordentlichen Haushalt zu hinterlassen. Was in den letzten Jahrzehnten passiert ist, ist, jedes Jahr neue Schulden zu machen. Und das ist letztlich der Schuldenrucksack, den alle jungen Menschen hier zahlen werden. Und ja, wir wollen eine Entlastung, weil ich davon überzeugt bin, und das spüren die Österreicher jeden Tag, dass sie zu viele Steuern zahlen.

Warum? Weil ihnen nichts mehr bleibt. Weil sie sich schwertun, damit etwas aufzubauen. Weil einfach viel zu wenig.

KOGLER: Die Schuldenbremse ist ja ganz was anderes. Die Schuldenbremse wird ja viel schwieriger, wenn Sie die Steuern anders ausrichten.

MEINL-REISINGER: Ich finde das jetzt ein bisschen unfair. Ich habe Ihren Monolog nicht gestört. Jetzt bitte. Darf ich auch aussprechen?

KOGLER: Ich bin hier nicht für die Redezeit.

MEINL-REISINGER: Es geht um die Entlastung der Menschen. Die ist uns wichtig. Weniger Steuern und ein ordentlicher Haushalt ist uns auch wichtig. Und wir haben uns das genau angeschaut. Es braucht natürlich die Flexibilität, aber wenn Sie so wollen. Wir haben unseren Keynes zu Ende gelesen. Das heißt nämlich, in den Zeiten, in denen die Konjunktur gut ist, ein konsolidiertes Budget zu machen, effizienter zu sein, Einsparungen, damit man genau diesen Spielraum hat. Und jetzt kommen wir übrigens in die Situation, dass die Wirtschaft sich eintrübt. In Deutschland gibt es sogar Kurzarbeit. Und das zeigt übrigens, wie wichtig Wirtschaftskompetenz in der nächsten Regierung sein wird. Und diese Wirtschaftskompetenz gibt es mit Neos.

WOLF: Sie hätten sogar noch elf Sekunden übrig.

KOGLER: Da würd ich ausführlich widersprechen wollen.

WOLF: Für ausführlich haben wir keine Zeit mehr.

KOGLER: Das weiß ich schon. Aber weil wir, weil wir damit in die Situation kommen, in einer Zeit, wo in Wahrheit der Staat null Zinsen zahlt, keine Klimaanleihen auflegen können etc. Es wäre jetzt gerade, bevor die Wirtschaftskrise kommt

MEINL-REISINGER: Das ist leider nicht wahr.

WOLF: Sie sind leider etwas störrisch, die drei Minuten sind jetzt schon deutlich vorbei. Ich habe den Eindruck, sie haben einander nicht ganz überzeugt. Vielleicht gelingt es in der nächsten Diskussion.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

WOLF: [...] Wir kommen zu unserem nächsten Themenblock. Gestern haben vier von Ihnen im Nationalrat mit sehr großer Mehrheit, nämlich die ÖVP, die SPÖ, die Neos und Jetzt gegen die Stimmen der FPÖ einen wichtigen Beschluss gefasst, jedenfalls einen viel beachteten Beschluss gefasst. Sie haben die Regierung dazu aufgefordert, in Österreich den Klimanotstand auszurufen.

REITERER: Ein symbolischer Akt. Der Vorteil von einem symbolischen Akt: Der kostet kein Geld. Aber die nächste Regierung muss Geld in die Hand nehmen. Wir haben gestern von den Klimaexperten und -expertinnen den Weltklimabericht vorgestellt, haben gehört, sie schlagen Alarm, sagen das Eis dieser Welt schmilzt und jeder wird davon betroffen sein. Gegen welche Maßnahmen vielleicht Ihr Widerstand schmilzt oder auch nicht, würde ich gern wissen. Ich stelle Ihnen die Wahl. Zwei Themen und Sie suchen aus, zu welchem Thema Sie eine Frage zum Thema Klimaschutz haben wollen. Ich fange mit Ihnen an, Herr Kogler. Atomkraft oder Industrie?

KOGLER: Die Industrie.

REITERER: Die Klima Jugendbewegung Fridays for Future hat die Klimakonzepte der Parteien ja zur Nationalratswahl durch hochrangige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Helga Kromp-Kolb überprüfen lassen. Die Grünen, Jetzt und NEOS haben zwar die besten Noten aller Parteien erhalten, aber es sei noch Luft nach oben. Bei der Industrie haben Sie nachgereicht.

Aber Herr Kogler, man hat sehr wenig über konkrete Vorschläge bei der Industrie gehört. Ist das schon eine Vorleistung für eine mögliche Koalition mit der industriefreundlichen ÖVP oder können Sie welche nennen?

KOGLER: Na ja, also erstens ist gestern die Benotung der Klimawissenschaft, nämlich genau des österreichischen Klimarats. Kromp-Kolb war dabei aber andere, auch die Führenden, eigentlich endgültig rausgekommen. Und das sind die Grünen einmal ganz knapp bei eins. Das ist ähnlich wie ein Schulnotensystem, NEOS bei zwei und dann geht es schon rauf. Nur damit wir das einmal klarstellen, ich habe das extra mitgebracht. Was die Industrie betrifft, ist es ja völlig klar: Da gilt das, was immer gilt: Fürchtet euch nicht, die auch nicht. Ja, wir haben ja jetzt schon bestimmte Deckelungsregelungen. Wir werden da nicht die Voest vertreiben, wenn sie die besten Technologien hat. Da gehört geforscht, dass wir in zehn Jahren dort auch selbst die Hochofentechnologie emissionsfrei herbringen. Und der Hauptpunkt ist doch: Wir müssen ja die Chancen in diesem Klimaschutz sehen, gerade für Gewerbe und Industrie. 1 Million Dächer im Photovoltaikbereich, Gebäudesanierung, Gebäudedämmung, abgasfreie Autos ab 2030, 2028 neuzulassen das sind überall neue Chancen. Wir fahren ja, Innovation muss sein. Wir fahren ja heute auch nicht mehr mit Pferdekutschen. Und hätten die sich in der Steinzeit das damals so gedacht? Die Steinzeit ist auch nicht zu Ende gegangen, weil denen die Steine ausgegangen sind. Es war immer Innovation. Und ja, das geht. Und da braucht es wirtschaftspolitische Instrumente und Rahmenbedingungen, die wurden hier gefragt. Im Übrigen genau das war das Thema und da sind wir haushoch Nummer eins.

REITERER: Ein konkreter Punkt, den Sie wollen von Industrie, also, wo Sie wirklich eine Forderung aufstellen würden.

KOGLER: Die Politik muss die Rahmenbedingungen setzen und das ist die große soziale Steuerreform. Das heißt, klimaschädliche Produktionsweisen werden tendenziell teurer und damit auch die Produkte am Schluss und die klimafreundlichen werden billiger. Das muss man irgendwann einmal verstehen. Rein ins Solarzeitalter, raus aus dem fossilen Zeitalter. Die Fred Feuersteins sitzen in der Bundesregierung und die Klimawandelleugner und die Unterlassungstäter und und. Die Sache ist völlig klar, sie ist klar. Fürchtet euch nicht.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

KURZ: [...] Bei der Industriepolitik wäre ich ganz, ganz vorsichtig, dass wir nicht den Fehler machen, Unternehmen aus Österreich zu vertreiben. Die Voest zum Beispiel hat 10 % der CO²-Emissionen von der Republik Österreich. Sie können mit einem Federstrich ein Gesetz machen, dass es für die Voest unattraktiv ist, in Österreich zu produzieren.

KOGLER: Will ja niemand.

KURZ: Dann gehen die.

KOGLER: Niemand will das.

KURZ: Dann gehen die nach Polen. Produzieren in Ungarn oder anderswo zu anderen Bedingungen. Dort sind die CO²-Emissionen dann noch höher und bei uns fallen die Arbeitsplätze weg.

REITERER: Aber zusammengefasst: Das Klimapaket von Deutschland ist kein Vorbild für Österreich. Fasse ich das richtig zusammen?

KURZ: Fassen Sie es nicht anders zusammen, als ich es gesagt habe. Ich bin jetzt gegen Copy-Paste des deutschen Modells. Es gibt Dinge, die sind sinnvoll. Ökologisierung, Pendlerpauschale. Und dann bitte, Frau Reiterer, sind es die Deutschen, die in Teilbereichen massiv hinterherhinken.

Wir sind als Bundesregierung hat keiner mitbekommen aus dem. Nicht nur aus dem Atomstrom. Den haben wir schon ewig nicht in Österreich, Gott sei Dank, auch aus Kohlekraftwerken ausgestiegen. Die Deutschen brauchen dafür bis 2034. Wissen Sie, wie viel CO²-Emissionen ein einziges Kohlekraftwerk hat? Also man muss schon in den richtigen Bereichen aufs Gas steigen.

KOGLER: Aber das war das Unternehmen selber.

REITERER: Aber Rendi-Wagner, Fliegen oder Fahrverbote?

KURZ: Unrichtig, wir haben das entschieden als Bundesregierung.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

WOLF: Gut, die Dinge sind im Fluss. Nächste Frage: Sollen die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei endgültig abgebrochen werden?

REITERER: Hier entscheidet sich Herr Kogler noch nicht so ganz, oder aber alle anderen sind dafür. Die letzte Frage zu diesem Thema. Deutschland und Frankreich haben am Montag in Malta sich bereit erklärt, Flüchtlinge aus der Seenotrettung im Mittelmeer aufzunehmen. Und sie suchen weitere Staaten, die sich freiwillig daran beteiligen sollen. Herr Hofer hat schon, bevor die Frage kommt, die Tafel Nein. Soll Österreich auch Flüchtlinge aus der Seenotrettung aufnehmen? Herr Kurz und Herr Hofer haben sofort gesagt Nein, Frau Reisinger auch nein.

KOGLER: Das sind 15 pro Monat. Haben wir das letzte Mal ausgerechnet.

PILZ: Gerechnet 15 Personen pro Monat.

KOGLER: Es handelt sich hier um 15 Personen.

RENDI-WAGNER: Man muss das präzisieren.

REITERER: Aber Sie haben ja Nein.

RENDI-WAGNER: Entschuldigung. Ich habe das falsch. Aber wenn wir das präzisieren. Die Frage.

REITERER: Warum? Nur ganz kurz.

KURZ: Weil es nicht bei 15 Personen bleibt, sondern das System ist einfach. Wenn die Menschen nach der Rettung nach Österreich oder Deutschland gebracht werden, kommen immer mehr. Es ertrinken immer mehr und darum müssen die Menschen nach der Rettung zurückgestellt werden in die Herkunfts- oder Transitländer.

KOGLER: Das ist ja wieder etwas anderes.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

[Norbert Hofer beschreibt, er würde beim Eurofighter bleiben und einen Advanced Jet Trainer beschaffen und das würde teuer.]

WOLF: Herr Kogler, Ihre Partei hat überhaupt ein ganz anderes Konzept. Sie wollen erstens trotz Volksbefragung 2013 ein Berufsheer und Sie wollen das Heer auf das absolut notwendige Maß verkleinern. Und Sie sagen auch, Kampfflugzeuge sind für Österreich viel zu teuer und nicht erforderlich. Da sagen jetzt ganz viele Menschen, die für das Heer sind und die für die Neutralität sind. Wir müssen aber unseren Luftraum überwachen. Wie würden Sie das denn machen?

KOGLER: Na ja. Erstens möchte ich vorausschicken, dass man nicht immer, um einen Dienst an der Gesellschaft zu tun, mit dem Militär an irgendeiner Grenze herumstehen muss. Ich war entsprechend lange Zeit Notarztsanitäter, weil da jetzt immer dieser, dieser Wettbewerb losgeht, natürlich als Zivildienstler.

Zweitens Berufsheer, ja, das haben wir damals so vereinbart, aber wesentlich eingeschränkt auf die Funktionen Katastrophenschutz, wenn es beim Bundesheer bleibt, internationale friedenserhaltende Einsätze und Abwehr von Cyberangriffen auf Republikseinrichtungen. Das ist ja dann wesentlich günstiger. Und außerdem stehlen wir nicht mehr den ganzen Kohorten junger Männer Lebenszeit. Das ist das. Es wäre sogar effizienter. Dritte Frage. Luftraumüberwachung. Sie sagen Gott sei Dank Überwachung und nicht Verteidigung. Also, da bin ich ja hier nicht der Einzige, Peter Pilz. Man muss es einfach fairerweise erwähnen. Wir haben, 15 Jahre lang kämpfen wir gegen diesen Unfug, der hier beschrieben wurde mit den Eurofightern. Das war von vornherein erkennbar, dass das erstens so wie es bestellt wurde uns milliardenmäßig über den Kopf wachsen wird. Genau das ist passiert. Schmiergeld inklusive. In Wahrheit, und das kann man wesentlich günstiger haben. Wenn schon, denn schon.

HOFER: Wie denn?

WOLF: Nämlich wie?

KOGLER: Entschuldigung, wir haben Luft-Ferraris bestellt. Und das noch schlechte. Das hätt's ein Gebraucht-Fiat auch getan.

WOLF: Welchen Gebraucht-Fiat würden Sie kaufen für den Luftverkehr?

KOGLER: Ich bin ja nicht der Beschaffungsexperte des Bundesheeres. Aber was wir damals aufgedeckt haben, ist, dass die Geschichte von vorn bis hinten geschoben war.

HOFER: Ja, aber eine Lösung bitte.

KOGLER: Und da zahlen wir heute noch dran. Und deshalb bin ich der Meinung, dass wir hier mit Gebrauchtflugzeugen und Kooperation mit anderen.

HOFER: Welches?

KOGLER: Ja, das ist ja nicht Aufgabe der Politik, das ist ja genau Ihr Zugang.

HOFER: Aber du bist ja der Experte, also sag welches.

KOGLER: Das ist ja genau Ihr Zugang immer, dass Sie einen bestimmten Typen ausrufen, und dann kommt es raus, entweder wie es früher war, da hat man mit den Schweden packelt und dort Schmiergeld gezahlt mit dem Gripen. Auch das haben wir aufgedeckt. Dann kommen die Eurofighter, da geht heute Schmiergeld nach Bayern und nach Baden-Württemberg und dann wieder zurück nach Österreich.

HOFER: Aber sag eine Lösung!

WOLF: Hiermit haben Sie die Spitze in der Redezeit übernommen und wir beenden das hier.

KOGLER: Ja, aber Gott sei Dank. Die fladern uns die Milliarden und sehen das überhaupt nicht ein. Das ist eine Kernkompetenz von Schwarz-Blau: Milliarden fladern.

WOLF: Sie sind sich da ja ohnehin mit Herrn Pilz einig, nehme ich mal an, so ganz genau weiß ich es nicht, weil Sie haben zwar diesmal ein Wahlprogramm, aber in dem steht nicht ein Wort über das Bundesheer.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

REITERER: Herr Kogler. Wird es eine persönliche Frage oder auch eine inhaltliche Frage, die Sie Herr Hofer, stellen?

KOGLER: Na ja, das muss sich ja nicht ausschließen. Er hat sich heute ja angetragen und was von Zöpferl-Diktatur geredet. Das fordert mich natürlich schon heraus, ob er das ernst meint. Morgen, morgen gehen Millionen Kinder und Jugendliche in Österreich, in Europa und auf der ganzen Welt auf die Straße. Wir sind nicht mehr oder weniger wollen als eine halbwegs gesicherte Zukunft.

Und ich frage mich schon, wie sie dazu kommen, derart danebenzugreifen und hier solche Begriffe zu verwenden. Sie haben die Gelegenheit, das zurückzunehmen. Wollen Sie das tun?

HOFER: Also ich habe gesprochen über den Beschluss des Klimanotstandes. Und ich glaube, dass ein Beschluss im Parlament, der einen Klimanotstand ausruft, überhaupt nichts verändert, sondern wir sind gewählt als Politiker, um Taten zu setzen. Und das ist unsere Aufgabe. Und deswegen habe ich den Klimanotstand kritisiert. Und ich habe nicht kritisiert, dass jetzt junge Menschen auf die Straße gehen. Das finde ich sehr bemerkenswert und auch wichtig. Aber nur ein Beschluss über einen Notstand ist ein Unsinn. Wir haben also, was kommt als nächstes? Notstand? Kriege? Keine Ahnung.

KOGLER: Jetzt weiß ich wie den Moderatoren es geht, weil er beantwortet die Frage nicht.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

KURZ: [...] Ich werde bis zum Sonntag energisch dafür kämpfen, dass es keine Mehrheit gegen uns gibt, weil meine große Sorge ist, dass die Umfragen zwar gut ausschauen, dass es dann aber am Ende noch eine leichte Verschiebung gibt und vielleicht diese drei Parteien [Anm.: SPÖ, NEOS, Grüne] gemeinsam eine Mehrheit haben.

MEINL-REISINGER: Sie kommen schneller mit der SPÖ zurecht als wir, das haben die letzten Gespräche gezeigt.

KURZ: Und dann ist Frau Rendi-Wagner Kanzlerin und nicht ich.

KOGLER: Aber den Text sage ich ja auch immer, die Grünen müssen mal rein.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

RENDI-WAGNER: Dann mache ich es ganz kurz vor der Frage, damit ich das jetzt ausgleiche. Welche Frage wurde Werner Kogler noch nie gestellt? Und ich glaube, das ist eine, die Ihnen noch nicht gestellt wurde. Was tun Sie gegen den Ärztemangel in Österreich? Ganz was anderes.

KOGLER: Schauen Sie, Sie wissen ja, dass der, dass die Gesundheitspolitik in Österreich völlig insofern danebenliegt, als dass eh alle Gesundheitspolitik angeblich machen, nur nicht die Gesundheitsministerin. Sie werden ja das auch erlebt haben, weil nämlich die Ärztekammer. Ich meine nichts gegen die Ärzte, aber gegen die Kammer, die Krankenhauserhalter, die Bundesländer und wie sie, wie sie alle sind, hier gegeneinander agieren. Aber in Wahrheit die Mittel nicht auf das fokussiert werden, wie man die, wie man das betrifft, vor allem den ländlichen Raum, jetzt natürlich auch sogar schon die Städte, wie ich höre, im ländlichen Raum wir mit dem System der Gruppenpraxen und mit, wo mehrere Ärztinnen und Ärzte gemeinsam wirken können und sie das auch besser aufteilen können, weil es sind ja die Arbeitsbedingungen, warum die ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte nicht mehr gern aufs Land gehen, dass wir in diese Richtung arbeiten müssen. Und ich glaube, wir haben hier immer wieder in diese Richtung Vorschläge gemacht. That's it.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

WOLF: Herr Pilz, welche drei positiven Charaktereigenschaften fehlen Ihnen?

PILZ: Können Sie mir irgendwie helfen?

WOLF: So gut kenne ich Sie nicht.

PILZ: Na gut. Welche positiven Charaktereigenschaften fehlen mir?

KOGLER: Soll ich dir helfen?

PILZ: Ja. Nein. Weil. Da kommt was Falsches raus. Also, mir fehlt möglicherweise Sanftmut. Möglicherweise. Aber da beginne ich schon zu zweifeln. Möglicherweise fehlt mir sogar Bescheidenheit. Und eine dritte fällt mir einfach nicht ein.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

WOLF: Okay, vielleicht passt das jetzt besser bei Herrn Kogler. Herr Kogler. Welches Gesetz haben Sie denn zuletzt gebrochen? Und Falschparken oder bei Rot über die Kreuzung gehen gilt jetzt nicht.

KOGLER: Wieso nicht?

WOLF: Weil uns was Interessanteres.

KOGLER: Ich bin wirklich bei Rot über die Kreuzung gegangen? Ja, tatsächlich. Ich bin auch darauf aufmerksam gemacht worden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

WOLF: Dass Sie nur bei Grün über die Kreuzung gehen, verstehe ich in Ihrem Fall.

KOGLER: Sowas passiert im Leben.

WOLF: Welches Gesetz haben Sie schon gebrochen?

KOGLER: Die Straßenverkehrsordnung hier, weiß ich nicht. Helfen Sie mir.

WOLF: Ach, so gut kenne ich Sie auch nicht. Ja.

KOGLER: Also, ich lass es mal, ich lass es mal bei der bei der Straßenverkehrsordnung. An dieser Stelle.

WOLF: Die Sonntagszeitung zahlen Sie immer?

KOGLER: Also, das kann ich. Das liegt schon sehr, sehr weit. Das liegt jetzt schon sehr, sehr weit zurück, dass das möglicherweise irgendwann einmal anders gewesen sein könnte. Aber ich hab jetzt ja dauernd die ePapers am Screen. Also jetzt gibt es keine Sonntagszeitung mehr.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

Anhang E:
Regierungserklärung 2020 (RE 2020)
Veröffentlichungsdatum: 10.01.2020

KOGLER: Danke, Herr Präsident. Herr Bundespräsident, Damen und Herren vor den Fernsehschirmen und an den diversen Livestreamdiensten, geschätzte Abgeordnete! Ich darf mich zunächst dem Dank anschließen. Danke an die Regierung Bierlein und ihre Mitglieder. Dank auch an die Verhandlerinnen und Verhandler beider Parteien. Es waren ja nicht nur Tage, es waren ja auch Nächte im Winterpalais. Man hat irgendwie ein Gefühl bekommen, warum das so heißt: Winterpalais. Und ich danke der österreichischen Bevölkerung für die Geduld, bis eben eine neue Regierung zustande gekommen ist. Wenn ich das jetzt richtig gelesen habe, waren es genau 100 Tage. Insofern bin ich schon bei den Zahlen. Ich habe gelesen, ich habe nicht nachgerechnet, aber das Durchschnittsalter dieser Bundesregierung ist circa 45 Jahre. Mithin also die jüngste Bundesregierung, die es bis jetzt gegeben hat. Und ich habe jetzt gerade eben geschätzt, Herr Bundeskanzler, dass Sie und ich den gleichen Beitrag zu diesem Durchschnittsalter geleistet haben, weil wir nämlich jeweils zwölf, 13 Jahre davon entfernt sind. Die Vorzeichen-Frage ist ja leicht beantwortet.

Ich darf, ich darf mein Redekonzept deshalb umstellen, weil Sie zuletzt die Regierungsmitglieder der ÖVP-Fraktion vorgestellt haben. Und ich möchte das auch gerne aus aktuellem Anlass umstellen und darf einmal und darf einmal erwähnen als erstes, dass es mich sehr freut, dass Leonore Gewessler das von vielen herbeigesehnte Mega-Resort... Ja, ich muss wirklich nachlesen. Danke für den Zwischenruf [Zwischenruf nicht hörbar], weil es nämlich wirklich so mega ist. Dieses Klimaschutzressort, das einen sehr, sehr langen Namen hat, eigentlich ein Doppelministerium ist. Also ich habe diese fünf Ministerien, die uns angedichtet wurden, in den in den Medien ja so interpretiert, weil es hier sich fast um ein Doppelministerium handelt, gleichsam sparsam mit einer Ministerin arbeitet also für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie. Das hätte ich wirklich nicht so ohne Weiteres hergebracht. Sie haben recht, liebe freiheitliche Fraktion. Ich möchte aber eines erwähnen, apropos, dass Leonore Gewessler hier sehr, sehr viel mitbringt für diese Funktion. Was viele wissen, ja, dass sie zuletzt Geschäftsführerin von Global 2000 war. Und ich denke, das ist einmalig in Europa, dass man von einer Nichtregierungsorganisation dieses Zuschnitts auf die Regierungsbank wechselt. Das macht uns schon ein bisschen stolz. [Applaus] Aber was Sie vielleicht nicht wissen, ist, dass sie auch auf europäischer Ebene aktiv war. Unter anderem bei mehreren Institutionen, jedenfalls aber bei der Green European Foundation.

Rudi Anschöber, der noch mehr beigetragen hat zur Veränderung des Durchschnittsalters, ist aber deshalb 16 Jahre. Möglicherweise hat er. Er ist jedenfalls auch das längste, längst dienende Regierungsmitglied hier und kann also auch die regionale Perspektive einbringen. Und die Elli Köstinger hier wohl auch unterstützen. Ein Landesregierungsmitglied, 16 Jahre, davon zwölf Jahre in aufrechter Koalition mit der ÖVP und hat dazu beigetragen... und hat dazu beigetragen, maßgeblich dazu beigetragen, dass Oberösterreich lange, lange Zeit in den einschlägigen Rankings ganz oben war, wenn es darum ging, festzustellen, wo Wirtschaft, soziale Absicherung und vor allem Umwelt mit allen Chancen für Arbeitsplätze und Wirtschaft an erster Stelle steht, ungefähr bei Regionen wie Baden-Württemberg, nur um sich zu orientieren. [Applaus] Jetzt ist er mit seinem breiten Wissen und Engagement, das haben sie alle erfahren... Jetzt ist er zuständig für Soziales, Gesundheit, Pflege, die wurde schon erwähnt, und Konsumentenschutz.

Ulrike Lunacek ist [...] Staatssekretärin im Ministerium für öffentlichen Dienst, Kunst und Kultur und Sport. Sie ist kompetent und anerkannt und erfahren, und zwar weit über Österreichs Grenzen hinaus, weit über Österreichs Grenzen hinaus.

Und das ist Ihnen vielleicht schon aufgefallen, dass mir hier die Betonung der europäischen Zusammenhänge immer wichtig ist. Da wird sicher viel gelingen. [Applaus]

Und natürlich last, last but not least Alma Zadic. Der aktuelle Anlass. Es waren ja lange Momente, habe ich gesagt, mit den Verhandlungen. Aber einer der berührendsten Momente [Nehammer nickt] der letzten Tage und Wochen für mich war, als ich die Eltern – Vater und Mutter – Zadic kennenlernen durfte bei der Angelobung beim Bundespräsidenten und mir noch einmal ganz kurz die Geschichte der Alma Zadic erzählt wurde. Sie wissen ja, sie ist als 10-Jährige gekommen, geflüchtet, aus dem Bosnienkrieg, in Favoriten aufgewachsen. Ich erspare Ihnen die weitere Biografie. Ich möchte nur beim Bundespräsidenten wieder anschließen, der gesagt hat: Mit Ihrer Ausbildung und mit Ihrer Berufserfahrung bis hierher? Wer, wenn nicht Alma Zadic, soll denn qualifiziert sein für das Justizministerium? Deshalb ein besonderes, eine besondere Begrüßung jedenfalls meinerseits für Alma Zadic auf der Regierungsbank. [Applaus]

Ja. Ich weiß ja nicht, ob ich für alle genau sprechen kann. Das wird mir wahrscheinlich gar nicht immer gelingen. Darauf werde ich noch zurückkommen. Aber was mir wichtig ist, ist schon auch festzustellen, was Heimat auch sein kann. Möglicherweise ist Heimat auch der Ort, wo die Herzen groß genug sind und die Hirne weit genug denken können, um zu erkennen, dass das möglich und sinnvoll ist, was hier gelungen ist. Und demgemäß bedeutet Heimatliebe auch dieses in einem friedvollen und respektvollen Miteinander zu ermöglichen und demgemäß (...) [Applaus] und demgemäß ist es der Versuch der Spaltung unserer Heimat, wenn dieses mit Hasskampagnen verunmöglicht werden soll. Aber ich danke allen an dieser Stelle hier auf der Regierungsbank und Ihnen als Abgeordneten und allen, die außerhalb des Hauses mitgewirkt haben, dem entgegenzuhalten, weil Österreich *ist nicht* so! Wer seine Heimat liebt, der spaltet sie nicht. [Applaus]

Ich darf zur, ich darf zur europäischen Frage kommen und darauf verweisen, dass der nunmehrige Kollege und mein besonderer Kollege als Regierungskoordinator Gernot Blümel hier an diesem Rednerpult vor wenigen Wochen erst, denke ich, hingewiesen hat, anlässlich einer aktuellen Europastunde auf Francis Fukuyama, der 1992 das Ende der Geschichte gekommen gesehen hat. Jedenfalls hat er ein Buch geschrieben, dem er diesen Titel gegeben hat. Wir haben uns schon öfter darüber unterhalten. Die Bedeutung, die Bedeutung Österreichs in Europa und was wir hier über weite Strecken mit Sicherheit gemeinsam auch für ein Europabild entwickeln können. Und dass das mit Sicherheit im Ergebnis eine proeuropäische Regierung ist. Aber ich möchte eben darauf zurückkommen, *warum* das so *wichtig* ist in der Gegenwart. Es war nämlich nicht so, dass das Ende der Geschichte gekommen ist. Fukuyama hatte ja festgehalten, dass das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, das dann über allem stehen würde, und der Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger zunächst vor dem Staat, aber auch, aber auch entsprechende Schutzrechte für die Bürger erzeugen soll. Dass das alles selbstverständlich ist und in einer logischen... Steht eh gar nicht was anderes... In einer logischen Zeitachse sozusagen zu verlaufen hat. So ein bisserl quasi, quasi Hegelsche Philosophie. Es war aber anders gekommen und wir haben das auch als Grüne sehr stark betont. Gar nicht, wo man im Nationalrat waren hier in Österreich, in der Wahlbewegung zum Europäischen Parlament, dass Dinge, die uns vor kurzem noch selbstverständlich erschienen sind, wesentliche Fundamente Europas und viele Werte, die ja auch Österreich groß gemacht haben: *Freiheit, Demokratie*, ja auch Menschenwürde und Menschenrechte und vor allem das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit gar nicht mehr so gesichert waren. Nicht in Österreich unmittelbar. Aber es immer wieder Bewegungen aufgetaucht sind, die zuletzt gerade einmal nicht so erfolgreich waren, die sich genährt haben aus alten Nationalismen und neuer Rechtsextremismus entstanden... Und ja, ich will auch nicht verhehlen, dass eine terroristische Bedrohung dazugekommen ist, oft auch aus religiös motiviertem, politischem Extremismus. Aber selbstverständlich war nicht mehr viel von dem.

Und deshalb ist es so wichtig, dass wir uns auf diese Werte besinnen und tatsächlich an dieser Stelle, wenn Sie so wollen, auch eine wehrhafte Demokratie mit immer wieder im Auge haben, stärken und immer wieder neu begründen. Gerade in Österreich sollte das wichtig sein vor dem Hintergrund unserer Geschichte, wo wir (...) [Applaus] Wo wir immer wieder über unseren Bezug nachdenken sollten zu falschen Führern und Verführern. Das heißt aber, dass Österreich in Europa, und so klein können wir gar nicht sein, um hier noch einen Beitrag zu liefern, gerade mit der [...] Tradition aus der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Gerade Österreich kann ein Beitrag in Europa und in der Welt leisten zu *mehr Frieden, Vertrauen* und, wenn Sie so wollen, Stabilität. Das ist auch unsere Aufgabe. Und diesen Beitrag wollen wir leisten. Darauf können Sie sich verlassen.

Europa heißt aber auch, dass wir die Union weiterentwickeln wollen und sollen. Das ist momentan natürlich unter verschiedenen Voraussetzungen betrachtet nicht ganz so einfach. Es gibt hier verschiedene Wege und Vorschläge. Wir würden übereinstimmen, dass zumindest in den wesentlichen Bereichen die Union gestärkt werden soll. Das Subsidiaritätsprinzip, das auch immer wieder, denke ich, zu Recht strapaziert wird, wird stärker eine Rolle spielen. Aber wir haben schon genug damit zu tun, darauf zu schauen, dass Europa in den wesentlichen Fragen, um selber noch ein Player auf der Welt sein zu können, sich an den wichtigen Punkten stärkt. Und das hat was mit Umweltschutz zu tun. Das hat was mit Klimaschutz zu tun, das hat was mit wirtschaftlicher Stärke zu tun. Aber das hat auch damit zu tun, dass Demokratie und Wohlstandsmodell Europas, das immer noch mit Sicherheit eines der besten der Welt ist, *hier* weiterzubringen. Und da kann man den Beitrag Österreichs nur entsprechend hoch genug einschätzen. [Applaus]

Da mag es im Einzelnen im Bereich von 0,1 % der Wirtschaftsleistung vielleicht Differenzen geben. Wenn wir jetzt darüber nachdenken, was gerade die österreichische Position der Regierung ist, wenn es um die Budgetverhandlungen geht. Ich greife jetzt dieses Beispiel nur heraus, weil mich das immer beschäftigt, wie das denn ist mit den zwei Welten, die wurden ja heute auch erwähnt. Nun, (...) die österreichische Bundesregierung, die Vorgängerregierung hat ja hat ja darauf bestanden und eine Verhandlungsposition eingebracht, dass Österreich mit einem Prozent der Wirtschaftsleistung als Beitrag für die Union hier verhandelt. Das haben wir dann, ich persönlich jedenfalls, noch großartig in Frage gestellt, um noch die Position, um noch die Position hier auf sozusagen auf offener Strecke zu verändern oder aufzuweichen. Umgekehrt bin ich sehr, sehr optimistisch, dass wie meistens in der Union nicht immer, aber hier am Schluss nach mühsamen ja, wir wissen das, was da für Kräfte wirken. 27 Staaten, 28, überall gibt es unterschiedliche Mehrheiten, unterschiedliche politische Strömungen. Am Schluss kommt aber doch meistens ein Kompromiss heraus. Und ich denke, ich denke, dass in dem Fall sogar der österreichische Budgetkommissar einen solchen Kompromiss verhandeln wird. Und der wird irgendwo zwischen eins und 1,14 % liegen. Mir geht es überhaupt nicht um diese Zahlen, mir geht es einfach um etwas anderes. Und im Übrigen sollten wir dann, wenn Europa in dieser Stelle... Das ist ja nur dann legitimierbar... Wenn dort mehr Aufgaben wahrgenommen werden, müssten wir in Österreich natürlich danach trachten, dass wir in ähnlichem Ausmaß die Ausgaben, die Ausgaben dann reduzieren, wenn es denn so sein sollte.

Ich habe das Beispiel aber aus einem anderen Grund gewählt, weil es gerade aktuell ist natürlich auch und zweitens, weil mich das mit diesen beiden Welten sehr beschäftigt. Ich kann mich im Wesentlichen anschließen an die Ausführungen von Kanzler Kurz, aber eine, eine beschäftigt mich tatsächlich noch, oder uns, unter Weglassung aller Erkenntnisse und sozusagen philosophisch theoretischen Begriffsklärungen, gibt es ja nur ein... In Wahrheit gibt es nur eine Welt. Da leben alle Menschen drauf. Denen sind wir auch verpflichtet. Natürlich denen, denen in Österreich besonders.

Aber was es natürlich gibt, und das ist wohl gemeint, mehrere Sichtweisen auf diese Welt, in unserem Fall zwei, die sehr unterschiedlich sind, öfter, das wurde ausgeführt, Weltanschauungen in diesem eigentlichen Sinn des Wortes. Ja, beides wurde erwähnt. beide dürfen, die wir uns zu den Wahlsiegern zählen, die Österreichische Volkspartei und die Grünen. Und wir haben dann versucht, hier was *gemeinsam zustande* zu bringen und das, was hier vorliegt, das Arbeitsübereinkommen, der Regierungspakt, wenn Sie so wollen, ist natürlich der Pakt für eine Regierung und einer Regierung, aber mit zwei sehr unterschiedlichen Zugängen und Parteien. Insgesamt muss die Abwägung passen. Und das haben wir, sonst hätten wir es ja dann nicht unterzeichnet, für so befunden. Und deshalb, glaube ich, ist das auch im Sinn des Gesamtkompromisses ein gutes, ein guter Pakt. Und im Einzelnen? Ja, es ist so! Haben Sie jeweils die verschiedenen Parteien an unterschiedlichen Stellen stärker oder weniger stark, wie man so sagt, durchgesetzt.

Aber es geht ja gar nicht ums Durchsetzen. Und wer hat jetzt gewonnen oder nicht. Sondern es geht darum, was Gemeinsames zustande zu bringen. Und wir hoffen zumindest, dass wenn wer gewonnen hat, dass das am Schluss die österreichische Bevölkerung sein wird. [Applaus] Aber wir machen das ja auch unter Abwägung der Alternativen. Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, hier im Haus vielleicht. Aber es findet sich ja in der Präambel sogar ein Hinweis darauf, dass wir versuchen, diese gemeinsame Verantwortung... Es heißt ja auch, aus Verantwortung für Österreich zu schultern, nämlich gemeinsam. Weil entweder, weil entweder Parteien gewonnen haben, die aber immer noch nicht zur Mehrheitsbildung dann ausreichen oder, oder Parteien hier zur Verfügung stehen würden für Mehrheiten, wo aber zunächst die Fähigkeit für diese gemeinsame Herausforderung deshalb in Frage gestellt wurde, weil ja parteiintern immer noch einiges zu klären war. Und deshalb versuchen wir hier anzupacken und unser Bestes zu geben. Wenn wir bei Europa bleiben, damit man inhaltlich hier die wichtigsten Dinge auch von grüner Seite ansprechen, dann ist es, dann ist es so, dass wir im Bereich der Wirtschaft und des Umweltschutzes hier besonders innerhalb Europas voranschreiten wollen als österreichische Bundesregierung. Das betrifft zum Beispiel auch die Steuerebene. Da gibt es große Gemeinsamkeiten, und da finden und erfinden Sie im Regierungsübereinkommen Ansätze, die hier die Tradition Österreichs fortsetzen wollen. Etwa bei der bei der, bei dem weiteren Kampf für die Finanztransaktionssteuer. Das hat ja hier in Österreich immer eine besondere Bedeutung gehabt, fast über alle Parteigrenzen hinweg. Die Bekämpfung des Steuerbetrugs ist hier weiter prominent, nicht nur genannt, sondern Sie dürfen sich darauf verlassen, dass wir hier ehrlich dafür kämpfen wollen, weil nämlich hier auf europäischer Ebene natürlich wesentlich mehr weitergeht. Wir stimmen auch völlig überein, dass Mercosur in der bestehenden Form – und wohl auch in zarten Modifikationen würde das immer noch genauso gelten – Mercosur schlicht abzulehnen ist. Ich sage das auch für die Vereinsspitze unter Ihnen, dass dazu keine Nebenabsprache bezüglich irgendwelcher Veränderungen beim Nichtraucherinnenschutz und Nichtraucherschutz gegeben ist. Also Nein zu Mercosur.

Aber dass aus so einer, aber dass aus einer höheren Einsicht heraus... Wenn Sie die Passagen zum, zu den Handelsverträgen lesen, werden Sie erkennen, werden Sie erkennen, dass es hier immer wieder um, um soziale und vor allem um ökologische Standards eben geht. Die ÖVP hat im Wahlkampf schon ganz stark eingebracht die Frage der Klimaschutzzölle. Ich finde das Konzept, wenn uns nichts anderes überbleibt in Europa für richtig und wichtig und nachgerade, nachgerade zu bahnbrechend. Wenn wir es nämlich schaffen, auf diesem Kontinent wesentlich mehr, durch viele Umsteuerungsmaßnahmen auch im wirtschaftlichen und finanziellen und steuerlichen Bereich, hier im Klimaschutz sehr viel zustande zu bringen, dann darf das nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit und dann des Wohlstands in Europa gehen. Und also ist es welthandelsorganisationskonform und das scheint uns möglich herzubringen, und wir werden dafür werben.

Wir haben uns das vorgenommen, für diese Klimaschutzzölle einzutreten, damit Europa seine Rolle als führend, seine führende Rolle im Bereich des Klimaschutzes weiter wahrnehmen kann und *noch* stärker als bis hier her. [Applaus]

Nichtsdestotrotz haben wir auch die nationalen Spielräume vermessen, weil wir sind natürlich in erster Linie hier für Österreich zuständig und die Bevölkerung hier ja natürlich auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, der Wirtschaft verantwortlich. Und deshalb muss man ganz genau schauen, was die nationalen Spielräume im Klimaschutz sind, weil schaden sollen wir uns am Schluss ja selber nicht. Aber da gibt es einige Möglichkeiten und es wurde schon erwähnt. Ich sage es deshalb, weil da sehr viele Missverständnisse schon in der Öffentlichkeit draußen waren. Und es wurde schon erwähnt, dass wir den Einstieg in den Umstieg schaffen wollen, gerade auch über den Umbau des Steuer- und Abgabensystems.

Schon bei der ersten Etappe, 01.01.21, wo es auch um Entlastungen geht, gerade der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Angestellten im unteren Einkommensbereich, soll auch gelingen, dass wir bei der PKW-Flotte was weiterbringen. Was soll das heißen? Abgasfreie Autos, abgasarme Autos sollen relativ billiger werden und wenn sie so wollen, die großen Stinker, die viel Diesel verbrauchen und entsprechend CO² ausstoßen, relativ teurer. [Unverständliche Zwischenrufe] Das Gleiche, das Gleiche mit den Flügen. Auch dort soll es zusätzlich gelingen, dass etwa diese Dumpingpreiskalkulationen, die es ja gibt auf dem Sektor, die Dumpingpreiskalkulationen in der Form nicht mehr zulässig sind, weil das ja auch ökonomisch schädlich ist, unter anderem für die AUA. Bei der Gelegenheit gibt es natürlich große ökologische Lenkungswirkungen und wir werden ja zukünftig danach trachten, den öffentlichen Verkehr wesentlich billiger zu machen und auch das Angebot auszubauen. Also Sie sehen, das bleibt alles in Balance, etwa auch schon mit 01.01.21. So hoffen wir über die Reform der Pendlerpauschale ökologischer, sozialer und so könnte man das fortsetzen. Der Transitverkehr, der Transitverkehr soll über verschiedene Maßnahmen hier zurückgedrängt werden. Auch das wird in diesem ersten Paket drinnen sein.

Wesentlich ist mir aber der Hinweis auf den zweiten Schritt dieser ökologischen Steuerreform oder der CO²-Bepreisung. Und das oder ist genau der Grund, warum wir hier eine Taskforce einsetzen, weil wir hier das beste Modell finden wollen. Sie können aber gewiss sein und lesen Sie das nach bei der Leseempfehlung. Darf ich mir die Bemerkung erlauben, unbedingt Wert auf das sinnerfassende Lesen zu legen, weil dort heißt es nämlich ausdrücklich: Der zweite Schritt erfolgt im Jahr 2022. [Applaus]

Ja. Beim Klimaschutz bleibt mir nur mehr anzumerken Leonore Gewessler wird es ja noch ausführen, dass wir von der Erkenntnis geleitet sind, dass, und so steht es auch drinnen, dass wir, Sie kennen das, es findet sich nur noch in keinem Regierungsprogramm dieser Welt, denke ich. Die bahnbrechende Aussage, dass wir hier und jetzt die erste Generation sind, die die Auswirkungen schon spürt, dieser drohenden Klimakrise, aber wohl die letzte, die noch maßgeblich was dagegen tun kann. Und deshalb haben wir uns darauf verständigt, dass Österreich tatsächlich Vorreiter wird in der Europäischen Union und deshalb wiederum 2040 klimaneutral sein soll. Das ist sehr, sehr mutig. Das ist wirklich ambitioniert. Mehr geht fast nicht. Vielen Dank dafür. Ich weiß, dass das umgekehrt auch nicht immer allen gleich leichtfällt. Das ist ein... Das ist ein großes Rad, das wir hier drehen wollen. Dankeschön dafür. [Applaus]

Ja, und deshalb. Deshalb sind auch die Maßnahmen ambitioniert. Und um die Finanzierung werden wir uns kümmern, werden wir uns natürlich kümmern müssen. Es wurde ja schon angesprochen, dass wir ausgeglichene Haushalte über den Konjunkturzyklus anstreben. Aber diese Investitionen, die sollten exakt nach diesem Regierungsübereinkommen ebenfalls gesichert sein. Da sollte man sich nicht allzu viel Sorgen machen. Ansonsten nur stichwortartig: Was mir, was der grünen Fraktion, was der Regierung insgesamt wohl auch sehr, sehr wichtig ist, etwa im Sicherheitsbereich.

Die Polizei wird mit diesen Kapiteln hier wesentlich bürgernäher. Sie wird aber auch gestärkt und verstärkt. Das ist im gemeinsamen Interesse. Wir haben im sozialen Bereich den angesprochenen Pflegeschwerpunkt. Aber es geht auch um die, um die Bekämpfung der Not, muss man schon sagen an Landärztinnen und Landärzten mit verschiedenen Maßnahmen. Und es geht in weiterer Folge im ganzen Sozialbereich auch um einen, das ist mir wichtig festzuhalten, um einen neuen oder wiederaufzunehmenden oder, sagen wir mal so, verstärkten Dialog mit den Sozialpartnern. [Applaus]

Es wurde auch erwähnt, dass ausdrücklich einer der Schwerpunkte, das wurde schon in der Präambel mit vorgegeben, gelegt wird auf die auf den sozialen Zusammenhalt, die Sicherung des Sozialstaats und auf die Armutsbekämpfung. Wo finden Sie das? Etwa wenn es darum geht, dass kollektivvertragliche Möglichkeiten geschaffen werden für jene, wo es entsprechend noch gar nichts gibt, und da geht es sehr stark um Mindestlöhne, speziell Frauen sind da betroffen in verschiedenen Branchen. Das hat es bis jetzt in der Form noch nicht gegeben. Oder wenn Sie denken an den Lückenschluss im Unterhaltsrecht. Das betrifft die Kinder, das betrifft die Frauen. Wir hatten im Siebzehner Wahlkampf hier viele gemeinsame Vorhaben. Jetzt geht es daran, dass mit dieser Bundesregierung umzusetzen. Danke für diesen Konsens. [Applaus]

Auch, auch was das Budget im Bereich des Frauenministeriums betrifft, wird es wesentliche Verbesserungen geben. Damit kann etwa ein deutlicher Ausbau der Plätze in den Frauenhäusern finanziert werden. In der, in der Bildung nehmen wir uns vor, was gerade im vorschulischen Bereich betrifft, also die Kleinsten betrifft, dass die Kinderbetreuungsplätze massiv ausgebaut werden, dass wir in der Schule unterstützen. Schulsozialarbeit soll wieder gestärkt werden, insbesondere mit dem entsprechenden Unterstützungspersonal. Pilotprojekt, Pilotprojekt 100 Schulen. Das ist sowohl ein wesentlicher Beitrag zu mehr Chancengleichheit als auch ein Beitrag zur Integration.

Ja, apropos Integration Auch da lese ich das Programm so, dass es früher hätte man das wahrscheinlich übersetzt, okay, tatsächlich Integration oder mehr Integration vor Zuwanderung. Das Zweitere trifft sicher auch zu. Im Bereich Asyl und Migration, denke ich, so wie das Programm angelegt ist. Aber was die Integration betrifft, gibt es hier sehr, sehr ambitionierte gemeinsame Vorhaben. Was die, was die, was die Migration betrifft, wurde angesprochen. Fluchtursachen bekämpfen und insbesondere die Hilfe vor Ort ausbauen. Sie finden das explizit in den Titeln bilaterale humanitäre Hilfe und der Auslandskatastrophenfonds soll entsprechend, soll entsprechend ausgebaut werden. Und was die Arbeitsmigration betrifft ist hier einmal ein deutlicheres Bekenntnis dazu da. Und ich hoffe doch, dass wir die Debatte an dieser Stelle ein bisschen entspannen können, weil das ja, zumindest so schlau sollte man sein, zum Vorteil für mehrere Seiten ist und dass man da nicht aus Bestemm und irgendwelchen ideologischen Verblendungen hier dann noch dagegen ankraekelt. Das hilft Österreich, das hilft den Betroffenen die Arbeit suchen und das sollte uns das wert sein. Und wir hoffen auch, dass sich auf diese Art und Weise der Diskurs entsprechend mitverändert.

Dazu ein letztes: Politische Kultur. Ja, wir wollen das größte Transparenzpaket der letzten Jahrzehnte auf die Reise bringen. Es gibt ja auch genug Anlässe dazu in diesem Land, sonst würden wir ja gar nicht eine neue Regierung hier brauchen. Der Rechnungshof wird massiv mehr Kompetenzen bekommen, in jeder Hinsicht. Im Übrigen ned nur, was die Parteien betrifft, sondern auch, was die staatsnahen Betriebe betrifft, wo er jetzt bei jenen über 25 % Staatsanteil mit prüfen darf. Das wird tolle Auswirkungen haben, was Transparenz in der Postenbestellung etc. betrifft. [Applaus] Wir kennen die Anlassfälle.

Und die Offensive für die Informationsfreiheit ist schon was, was man sich schon lange vornimmt, da hätt ma eine gewisse Metternichsche Tradition.

Da wollen wir natürlich das völlig modernisieren. Ich hoffe, wir können das gemeinsam einlösen. Wir werden ja nicht alles alleine beschließen können, hier und da oder dort 2/3 Mehrheiten suchen und wie ich hoffe, auch finden. Ich komme damit genau zu dem Punkt, dass ich oder *wir hier* von der Regierungsbank die Hand ausgestreckt halten zu den Abgeordneten, zu Ihnen hin. Für die Grünen ist das ein bisschen neu. Ja, ich habe immer noch den Andreas Khol im Ohr, es hat viele immer so gesagt, aber von ihm speziell, dass der Standort den Standpunkt bestimmt. Wir werden uns aber, also hier jetzt... Wir werden uns aber trotzdem sehr bemühen, was die Zusammenarbeit betrifft und die Möglichkeiten hier im Parlament. Mit Sicherheit, ich habe es ja schon erwähnt, sind die einen oder anderen Gesetze dabei, wo wir sehr gerne und ich hoffe rasch, so wie beim Transparenzpaket auf Sie zugehen können. Also nehmen Sie das abschließend noch einmal. Nehmen Sie das abschließend noch einmal als Angebot. Wir strecken unsere Hand aus und auf eine gute Zusammenarbeit auch hier im Hohen Haus. Vielen Dank.
[Applaus]

Anhang F:
Pressestunde 2020 (PS 2020)
Veröffentlichungsdatum: 21.06.2020

BÜRGER: Einen schönen Vormittag bei der ORF Pressestunde. Margit Lauffer hat es gesagt. Zu Gast heute Vizekanzler Werner Kogler. Und ich habe noch einmal extra nachgefragt, zum ersten Mal in seiner Funktion als Vizekanzler. Einen schönen Vormittag.

KOGLER: Ja, so ist es. Danke für die Einladung.

BÜRGER: Mit mir die Fragen stellt Doris Vettermann von der Kronenzeitung.

VETTERMANN: Schönen Vormittag, schönen Vormittag.

BÜRGER: Herr Kogler. Ich möchte mal mit Sachfragen beginnen. Zweite Welle - kommt sie oder nicht?

KOGLER: Ich weiß es nicht. Wir beglückwünschen all jene, die das ganz genau wissen. Wir informieren uns ja regelmäßig mit Experten aus Österreich, aus Europa. Rudi Anschöber macht ja hier einen hervorragenden Job und hat ja eben erst mit dem deutschen Virologen Drost hier eine entsprechende Konferenz gehabt. Nun, viel wichtiger ist ja, stemmen wir eine zweite Welle? Finden wir rechtzeitig raus, ob wir sie abfangen können. Und ich bin da sehr zuversichtlich. Warum? Weil wir sehr viel gelernt haben. Wir haben gelernt, was die wichtigsten Verhaltensregeln sind. Also, es wird ja wohl beim Meter Abstand bleiben. Dann wieder umso mehr und umso genauer. Es wird die Frage der Hygienebestimmungen wieder stärker in den Vordergrund rücken und und. Was wir nicht brauchen, ist, und da sind jetzt mehrere Ziele zu vereinbaren, derartige Eingriffe und einen Lockdown, wie es heißt, im wirtschaftlichen Leben, aber auch im gesellschaftlichen Leben. Und ich bin auch sehr zuversichtlich, dass wir auch im kulturellen und sportlichen Bereich hier, da werden wir vielleicht noch extra drüber reden, nicht nur jetzt weiter lockern können, sondern das auch beibehalten. Aber weil.

BÜRGER: Wenn wir fragen, haben Sie Informationen, die wir vielleicht noch nicht haben.

KOGLER: Ja, die sind ja bekannt, Die... Mehr habe ich denke ich nicht. Die Fragestellung ist immer die gleiche. Was führt dazu, dass hier das Infektionsgeschehen zunehmen könnte? Das ist im Sommer die Möglichkeit der Reiselockerungen, dass hier mehr passiert und es ist wesentlich intensiver von der Gefährdungslage her, glaube ich. Oktober, November, Dezember, wenn wieder viel mehr Menschen in den Innenräumen sich begegnen. Das scheint eher die Sorge zu sein. Aber ich bin ja auch nicht der Experte, sondern wir versuchen, diese Informationen zu verarbeiten, wie wir es schon immer tun. Jetzt also wissens-, faktenbasiert und lösungsorientiert. Aber zuversichtlich stimmt mich, dass wir hier wirklich was als Bevölkerung auch, nicht nur die Regierung... Ich muss überhaupt noch einmal, glaube ich, man kann es gar nicht oft genug machen, bei allen in Österreich Lebenden bedanken, weil sie hier so großartig mitgemacht haben. Und es haben ja auch noch andere gelernt, die Gesundheitsbehörden. Ich kann mich gut erinnern, wie wir Tage und Nächte Videokonferenzen gehabt haben mit den Landeshauptleuten, weil eine sehr gute Zusammenarbeit. Die haben uns auf Dinge aufmerksam gemacht, wo wir schneller und besser werden können. Wir haben aber festgestellt, dass die Gesundheitsbehörden damals noch März, April nicht immer am allerschnellsten sozusagen die Infektionskette zurückverfolgen konnten. Das konnte nicht...

BÜRGER: Nur eine Zusatzfrage.

KOGLER: Da haben wir aber wirklich viel dazugelernt. Und wenn wir es schaffen, innerhalb von 24 Stunden allerlängstens 48 Stunden alle in Kontakt gewesenen Personen mit einem Infektionsfall hier aufzuspüren, dann haben wir ganz, ganz viel gewonnen. Weil das ist natürlich auch eine Frage der Zeit, wenn man diese Kurven versteht. Die exponentiellen Ausbreitungskurven, ich sage immer explosionsartig, damit es die Leute besser verstehen.

BÜRGER: Nur diese Reproduktionszahl, also wie viel steckt einer an, wenn er Corona hat, ist jetzt wieder doch deutlich über eins 1,05. Sorgt sie das?

KOGLER: Na ja, ich habe mich da schon öfter als Mathematiker betätigt im Zuge dieser Krise. Also da weiß ich nicht, ob das alles so verstehen. Einer steckt mehr als einen an, ja, eh nur man muss es jetzt sehen. Wir haben ein Infektionsgeschehen, wo nur mehr ganz wenige aktiv Erkrankte überhaupt da sind. Da ist ja jede minimale Schwankung macht hier natürlich sehr, sehr viel aus. Viel wichtiger ist ja, dass wir den Gesamtkorridor im Auge haben und das verfolgen wir ganz genau. Und jetzt sind wir ja immer auch bei leichter Steigerung deutlich unter den 1000 aktiv Erkrankten. Und jetzt bleibt ja die Haupt... Die Hauptsorge muss ja folgendes sein und bleiben. Haben wir das soweit im Griff, dass die Medizin und dort speziell die intensivmedizinischen Kapazitäten nicht gerissen werden? Will heißen es soll in Österreich niemand sterben, der nicht sterben müsste, bloß weil die Intensivmedizin nicht ausreicht. Das ist ein Intensivbett, das ist ein Beatmungsgerät, und das wird gerne vergessen, ein besonders geschultes Personal. Das müssen wir im Auge haben und so muss man die Kurvenverläufe interpretieren. Aber wie gesagt, ich glaube, wir haben es zunächst sehr, sehr, sehr gut gemacht. Aber nicht nur die Regierung, viele andere auch. Es ist ja nicht ganz zufällig, denke ich, dass wir in den jetzt veröffentlichten internationalen Studien unter 21 führenden Wirtschaftsländern, OECD Staaten die zweiten sind. Erster ist Neuseeland. Gratulation ans andere Ende der Welt.

BÜRGER: Können wir uns vielleicht auf kürzere Antworten irgendwie...

KOGLER: Hier und hier ist es so, dass wir. Und hier ist es so, dass wir dass wir die diese Erkenntnisse natürlich weiter mitnehmen. Also deshalb wollte ich meine Zuversicht so begründen.

VETTERMANN: Kommen wir zu den ganzen Corona-Maßnahmen und auch zu den Lockerungsmaßnahmen. Ich glaube, mittlerweile ist klar, dass die Regierung ein bisschen anders kommuniziert hat die Dinge, als sie tatsächlich in den vielen Erlässen und Verordnungen drinnen gestanden sind. Jetzt wurden Menschen aber gestraft, weil sie hinausgegangen sind, Dinge gemacht haben, die die Regierung so nicht kommuniziert hat. Es gibt in Wahrheit noch keine genauen Zahlen darüber, wie viele Strafen es wirklich sind. Auch in welcher Höhe. Es gibt eine parlamentarische Anfrage, die ist etwas lückenhaft. Da ist die Rede von 1,5 Millionen € Strafen. Da sind allerdings Wien und die Steiermark nicht dabei. Jetzt gibt es auch schon zwei Landesverwaltungsbehörden, die festgestellt haben, das entspricht eigentlich nicht dem Gesetz. Müsste man nicht diese ganzen Strafgebühren jetzt den Menschen zurückzahlen?

KOGLER: Zwei Dinge. Das erste ist die Kommunikation, die Sie angesprochen haben. Uns war ja ganz wichtig in diesen entscheidenden Tagen und Stunden, wo wir die Maßnahmen tatsächlich gesetzt haben, dass einerseits die Kontakte der Menschen zueinander reduziert werden, der Abstand vor allem auch im Freien eingehalten wird. Und das wurde vor allem kommuniziert. Sie wissen, es waren ja ursprünglich drei Gründe, das Haus zu verlassen, vorgesehen. Wir haben dann jedenfalls, wir Grüne, einen vierten hinzugefügt, der ja dazu geführt hat, dass sehr viel eigentlich zugelassen und möglich war. De facto alles auch außer Haus. Und da mag es für die eine oder andere Behörde eine Irritation gegeben haben, aber es gilt schon noch zuerst das Gesetz, dann die Verordnung des Gesundheitsministers, sind in der Regel die Verordnungen des Gesundheitsministeriums. Und entlang dieser normativen Vorgaben müssen die Verwaltungsgerichte bzw. hier jetzt in den Bundesländern, das ist ja in dem neuen System, entscheiden. Wie das im Einzelfall sich gestaltet, kann ich natürlich nicht beurteilen, aber wenn es Gründe gibt zum Aufheben, dann bitte aufheben. Ansonsten weiß ich vom Gesundheitsministerium, dass in vielen Fällen die Vorgaben schon gehalten werden.

BÜRGER: Und dann bekommen die Leute ihr Geld zurück.

KOGLER: Selbstverständlich. Aber es muss natürlich rechtsstaatlich geklärt werden.

BÜRGER: Sie haben einen sehr lustigen Satz gesagt zum Thema Sport, dass sich Formel eins Fahrer schwer anstecken können. Und deshalb ist Formel eins Fahren für sie kein Problem in Österreich, Fußball hingegen schon. Könnten wir über das noch einmal etwas ausführlicher sprechen? Ich glaube, dass das wirklich relativ wenige Menschen verstehen, dass die Grünen mit einem Formel eins Rennen kein Problem haben, mit Mannschaftssportarten wie Fußball, ungefähr 2 Millionen gibt es in Österreich, die das Spielen vom Vereinssport, Breitensport, Kinder, Erwachsene. Das ist nicht erlaubt. Jetzt hat es geheißen, letzte Woche gibt es einen Schritt, der ist aber nicht gekommen. Wann kommt der?

KOGLER: Jetzt haben Sie selber relativ viel Wäschestücke in die Trommel gerührt. Also fügen wir die Dinge auseinander und wieder sinnvoll zusammen. Ja, mir blutet das Herz, wenn es um den Mannschaftssport geht und insbesondere um den Fußball. Ich kenne ja auch einige hier im ORF, unten in der Argentinierstraße, hier heroben, die selber schon wieder leidenschaftlich darauf warten, wann sie wieder Kicken können. Mir geht es auch so! Und was noch wichtig ist, ist, glaube ich, die vielen Kinder und Jugendlichen in den Vereinen. Die vielen, das sind ja hunderttausende Amateursportlerinnen und Amateursportler, spielen ja immer mehr Frauen. So, alles richtig. Wir werden nachher darauf zu reden kommen, denke ich, wie wir hier die Lockerungen gestalten. Ich glaube, ich habe da sehr gute und frohe Nachrichten. Aber damit der andere Einwand nicht verloren geht, lass ich mir gern vorhalten oder vor die Nase halten. Warum ist es logisch, dass man sich beim Autorennen nicht so leicht anstecken kann? Das ist mit freiem Auge erkennbar, dass das nicht so leicht möglich ist. Ist auch eine Sportart. Nicht einmal beim Reifenwechseln kann man sich so leicht anstecken. Und das hat hier ja von der Formel eins ein Sonderkonzept gegeben. Ich habe damals, das ist schon seit Ostern, gehen die Gespräche und Verhandlungen, ich habe selber die ersten geführt. Und wir verstehen uns als Ermöglicher, nicht als Verhinderer. Und wenn das von der gesundheitspolitischen Maßnahmenebene her zulässig ist. Da werden wir es nicht absichtlich noch verhindern. Außerdem haben Sie ein Konzept vorgelegt. Das Gesundheitsministerium, das zuständig ist, hat das genehmigt. Ich sage: Gut so! Ich bin im Übrigen noch nie gegen Formel eins Rennen aufgetreten. Viel wichtiger ist, wenn damit gemeint ist, die Frage des Klimaschutzes. Auch dieses Dilemma, das sich da verbirgt, das so zu beantworten. Mit einzelnen Autorennen werden wir den Klimaschutz, die ganz, ganz große Menschheitsfrage, jetzt nicht stemmen, weder in Österreich noch auf der Welt. Außerdem bin ich sehr zuversichtlich, dass wir in ein paar Jahren auch ein Formel eins Rennen mit Elektroautos fahren werden. Ein paar gibt es schon. Also da muss man die Kirche im Dorf lassen. Und ich bekenne mich ausdrücklich dazu. Und was den Fußball betrifft, aber vielleicht stellen Sie eine Zwischenfrage... wie die Rechtslage was den Fußball betrifft, kann ich... Ich kann Ihnen sagen, ich kann Ihnen Folgendes mitteilen: Jetzt im Juli noch. Jetzt im Juli.

BÜRGER: Was passiert jetzt im Juli?

KOGLER: Jetzt im Juli noch wird es weitere Lockerungen geben. Mein Anliegen ist und man muss immer dazu sagen Ich bin ja da...

BÜRGER: Treten sie in Kraft?

KOGLER: ...nicht zuständig. Aber wir verhandeln ja gerade dafür. Ein Gespräch einerseits mit dem Gesundheitsministerium, mit Rudi Anschober, der sehr offen, andererseits mit dem Bundeskanzleramt, weil wir immerhin in einer Koalition sind und der Plan ist und das, was ich erreichen will. Und ich bin da noch einmal sehr, sehr zuversichtlich, dass mit Juli, am besten mit 1. Juli, Folgendes in Kraft tritt, dass Mannschaftssportarten auch Kontaktsportarten anderer Art, jedenfalls einmal im Freien möglich sind.

Das haben wir im Übrigen bei den Ferienlagern ja erreicht für die Jugendlichen und hier soll es ähnlich sein, wenn die Trainerinnen und Trainer wissen, wer sich am Platz bewegt. Das ist ja nicht so schwierig. Selbst im Meisterschaftsmodus, da gibt es ja die Spielberichte, die können anfangen zum Meisterschaftsspielen...

BÜRGER: Ja, schon, aber im Breitensport die werden ja nicht damit anfangen alle Kinder, die im Prater zufällig miteinander kicken, getestet werden?

KOGLER: Nein, das muss nicht. Es geht ja nicht um Tests. Das ist ein Missverständnis. Es geht darum, dass dort, wo organisierter Sport stattfindet, dass wir dort feststellen können. Also es ist zumindest eine Möglichkeit. Ich mache die Vorschriften dann nicht im Detail. Ich halte das nur für eine sinnvolle Ergänzung, um das zu beschleunigen und zu ermöglichen, dass man weiß und das halte ich auch aus Hausverstandsgründen für sehr, sehr vernünftig, wer mit wem in Kontakt war. Aber das Hauptziel und das war ja das, wonach Sie gefragt haben: Es gibt ein Riesenproblem. Das beschreiben wir gemeinsam. Millionen aktive Sportlerinnen und Sportler, die endlich wieder so Sport betreiben wollen, wie sie es gewohnt sind, von vorher, vom vorigen Sommer nach, wollen das wieder tun. Und meine Prognose ist und mein Ziel ist und mein Vorhaben, dass ab 1. Juli das möglich ist, das ist das in Coronazeiten, weil das Virus ist nicht weg, das ist möglicherweise auch in der Nähe eines Sportplatzes, das ist da, sieht man nicht, das ist heimtückisch und das müssen wir runtergeben.

BÜRGER: Wenn Sie die Stimme nach unten legen, weil ich bin nicht gern jemand, der unterbricht. Aber wenn Sie immer auf der gleichen Höhe bleiben, ist es schwierig. Also, wenn sie gleich kürzere Antworten geben.

KOGLER: Das werden wir ins nächste Medientraining einarbeiten.

VETTERMANN: Aber nur zum Verständnis. Auch der Breitensport: Hallentrainings. Das wird noch dauern.

KOGLER: Ich kann da nicht vorgreifen. Es ist nur noch einmal mit dem Hausverstand geantwortet, dass es indoor, also alles, was drinnen stattfindet, eine Spur komplizierter ist als das, was draußen ist. Weil die Hinweise gibt es ja nicht nur, wenn man selber nachdenkt, sondern auch aus den wissenschaftlichen Befunden, dass draußen deutlich weniger passieren kann als drinnen. Aber auch da ist das Ziel, dass wir sehr, sehr viel ermöglichen. Nur da kann ich Ihnen den Zeitpunkt nicht so genau sagen. Mein Vorhaben, mein Ziel und meine Prognose ist, dass wir mit 1. Juli wieder nicht nur Fußball spielen können, auch Volleyball spielen. Habe gerade erfahren, dass Sie aktive Volleyballspielerin waren. Wir können praktisch alles machen, einmal im Freien, und das halte ich für eine gute Nachricht.

VETTERMANN: Zu den Lockerungsmaßnahmen nur noch eine Frage: Es ist jetzt viel diskutiert worden darüber, aber ich glaube, es verstehen nach wie vor viele Menschen nicht. Ich gebe ganz offen zu, ich gehöre auch dazu, die es nicht verstehen. Hochzeiten sind noch immer mit 100 Menschen beschränkt. Es gibt für den Kulturbereich Einschränkungen, wie viele Leute hinein dürfen. Großveranstaltungen wurden abgesagt, große Konzerte und dann gibt es eine Demo mit 50.000 Menschen. Wie ist das zu argumentieren?

KOGLER: Na ja, es ist ja nicht alles gleich leicht argumentierbar. Das war ja auch nicht vorgesehen, dass in bestimmten Bereichen der Meter Abstand nicht eingehalten wird. Aber ich denke, man kann sich an ein paar Grundregeln orientieren, mit oder ohne Verordnungen. Der Meter Abstand ist immer, also unter jenen Personen, die nicht im gemeinsamen Haushalt leben, ist immer mal eine grundvernünftige Angelegenheit. Sie haben aber drei Dinge gefragt. Also ich weiß nicht, ob ich da jedes Mal mit der Stimme runtergehen soll. Ich versuche, sie zu beantworten. In Wahrheit haben Sie drei Dinge gefragt.

Also die, äh, die fang ich von hinten an, ja, die, die Demonstrationen haben von vornherein ähnlich wie, weil das ist ja sozusagen die Ausübung eines Grundrechts. Da muss man auch abwägen. Gesundheitsschutz. Grundrechtsschutz? Völlig richtig. Ähnlich wie bei der Religionsausübung. Da ist sehr viel, viel früher was aufgegangen, wenn wir uns erinnern Kirchen etc. oder andere Stätten der Religionsausübung. Dass wir das gerne zulassen. Deshalb gelten die Regeln dort trotzdem. Nachdem das aber jetzt einmal offenkundig nicht geglückt ist, gleichzeitig, also vor allem das ein Meter Abstand, hat ja der Gesundheitsminister, soweit ich das verfolgt habe, sofort reagiert, ein Gipfelgespräch eingeladen und zukünftig gilt für Demonstrationen das, was sonst im Übrigen auch gilt immer dann, wenn der Meter Abstand nicht eingehalten werden kann, schon quasi von vornherein klar oder die Gefahr dazu besteht, ist ein Mund und Nasenschutz angezeigt. So haben sich die jetzt verständigt. Für die Demonstrationsrechte wird das gelten. Das andere, was Sie angesprochen haben, das bleibt, das bleibt gleich. Wir haben ja für Juli und August vor allem im Freien hier die Besucherzahl-Möglichkeit rauf gegeben und das ist europaweit im oberen Bereich. Erinnern wir uns 500 im, im Juli im Freien. 750 mit Konzept und 1250 im August. Da ändert sich nichts. Und das mit den Hochzeiten und anderen ähnlichen Anlässen hat wieder einen anderen Grund. Das habe nicht ich erfunden. Ich kann nur die Argumente wiedergeben, weil ich sie gehört habe. Bei Hochzeiten ist anzunehmen, dass bei, wenn man weiß, wie Hochzeiten sich abspielt, jedenfalls bei vielen, ist anzunehmen, dass in den vielen, vielen Stunden, die man beisammen ist, der Meter Abstand nicht unbedingt sicher durchgehend eingehalten wird. Jetzt werden wir aber keine Hochzeiten mit Mund-Nasenschutz feiern. Das wird jetzt und daher kommt das, soweit ich das einordnen kann, dass man dann halt versucht, hier ein Reglement zu schaffen, dass man die Zahlen einschränkt. Wir werden ja jetzt eh alles auf der Rüttelstrecke haben und im Juni noch bekannt geben, wie es weitergeht. Aber noch einmal damit wir bei einem Punkt bleiben, was sicher neu sein wird ab 1. Juli Mannschaftssportarten, auch Kampfsportarten. Jedenfalls im Verein.

BÜRGER: Okay, jetzt wird meine Frage ein bisschen länger. Irgendwie sind sie schon auch eine Art Ankündigungsregierung. Jetzt, was gilt jetzt? Ganz kurz noch im März haben Sie gesagt Also nicht Sie, sondern die Regierung, in dem Fall der Bundeskanzler. Es wird jeder jemanden kennen, in dessen Familie jemand gestorben ist. Dann hat es geheißen.

KOGLER: Na gut, dass das nicht eingetreten ist.

BÜRGER: Ja, eh, ich sage es nur. Dann hat es geheißen, Jeder braucht diese Antikörpertests. Die waren plötzlich wieder weg. Dann hat es geheißen überhaupt testen, testen, testen. Hört man jetzt nicht mehr. Soll man das noch machen? Dann hat es geheißen, das wirksame Medikament steht vor der Tür. Jetzt heißt es, und jetzt mache ich einen großen Sprung, in Sachen Wirtschaft wird sehr viel weitergehen. Das heißt, wir werden zum Beispiel das Arbeitslosengeld erhöhen. Ab September, haben Sie gestern im Journal gesagt, ist nicht – eine allgemeine Frage – ist das nicht ein bisschen ein Problem dieser Bundesregierung, dass sie sehr, sehr viel sagen, auch in Pressekonferenzen, die wir zum Teil ja auch live übertragen haben. Und wenn man das dann alles überprüft, kommt man drauf: Also da hat schon einiges nicht gestimmt.

KOGLER: Na ja, es ist aber noch wesentlich mehr passiert, als Sie hier aufgezählt haben. Viel, viel mehr. Und das ist ja auch in der Sache eingetreten. Wir sind ja dazu da, Entscheidungen zu treffen. Die wurden auch getroffen und die wurden auch umgesetzt. Das ist immer.

BÜRGER: Die Frage ist, ob die Kommunikation richtig war, ob man nicht ein bisschen viel hinaus...

KOGLER: Die Sorge des Bundeskanzlers, dass das viele Leute sterben könnten, ist ja nicht die Ankündigung einer Maßnahme. Um Gottes Willen. Ja, er hat einer Sorge Ausdruck verliehen. Die mag dann als übertrieben wahrgenommen worden sein, als.

BÜRGER: War es übertrieben aus Ihrer Sicht? Man hat ihm Angstmache vorgeworfen.

KOGLER: Nein, die Zusammenhänge waren damals so und ich beziehe mich jetzt einmal auf mich selber, dass wir auf den Tag genau hinarbeiten mussten. Es war klar, dass irgendwann dieser sogenannte Lockdown kommen muss. Und was ist der richtige Tag? Die Entscheidung war nicht leicht. Es gibt ja dann eben die, die sozialen und die wirtschaftlichen Einschnitte und umgekehrt ging es um den Gesundheitsschutz. Genau wusste man es ja nicht. Wir wollten jedenfalls möglichst viele Menschenleben retten. Und da ist auch sehr viel gelungen, glaube ich. Und die Sorgen, die es ja objektiv gegeben hat, haben wir begründet, damit die Menschen auch erkennen können, dass es da ja auch echt um was geht. Ich habe ganz ein anderes Bild gebraucht und das ist ja aus den Medien, gerade aus dem ORF, immer wieder zu sehen gewesen und nachvollziehbar gewesen. Nachdem wir schon die Berichte gehabt haben, zunächst aus den Krankenhäusern in Norditalien. Rudi Anschober hat das immer in die Regierung eingerichtet und dann ein paar Wochen später, weil das halt diesen Zeitverzug hat, wir tatsächlich sehen mussten, dass in vielen norditalienischen Städten, vor allem in Bergamo, das wurde ja tragisch berühmt. Die Militärkonvois, die Leichen und die Särge in den Süden geführt haben, weil im Norden kein Platz mehr war. Ja, das war objektiv richtig. Das habe ich jedenfalls beschrieben. Vielleicht hat der Kanzler auch sowas gemeint. Man kann ihn ja selber fragen. Und das war aber eine vernünftige, ein vernünftiger Hinweis, um die Maßnahmen, die wir gesetzt haben. Immerhin ging es ja um schwere Einschränkungen, auch zu begründen, dass sie nachvollziehbar waren.

BÜRGER: Aber wenn man heute weiß, dass man eigentlich jeden besuchen hätte können privat, warum hat man das nicht repariert?

KOGLER: Das ist ja wieder eine völlig andere Frage.

BÜRGER: Ich sag's ja nur. Ich will ja nicht auf die Details...

KOGLER: Ich versuch nur auf Ihre vorigen Fragen einzugehen. Sie haben viele gestellt.

BÜRGER: Nein, nein, aber ich. Hat man in der Kommunikation nicht ein bisschen übertrieben, indem man mit sehr vielen Dingen nach außen gegangen ist? Und dann schrittweise musste man doch einiges zurücknehmen. Sind da Fehler passiert, oder nicht?

KOGLER: Ja, Fehler sind mit Sicherheit passiert, an verschiedenen Stellen. Ich weiß gerade nicht, ob ich hier einen zuordnen kann, die Sie mit Ihren Fragen insinuierten. Das leuchtet mir noch nicht ganz ein. Aber selbstverständlich haben wir Fehler gemacht. Wo gehobelt wird, fallen Späne, und es wurde anständig gehobelt. In dieser Situation war viel zu machen. Nur wenn du nichts machst, kannst du keine Fehler machen. Kleine Fehler. Der allergrößte Fehler wäre gewesen, wenig oder nichts zu machen. Es ist viel gemacht worden. Und wenn Sie mir jetzt helfen, welche Punkte Sie dann noch beantworten?

BÜRGER: Ich habe eine ganze Menge. Gehen wir in die Zukunft. Arbeitslosengeld.

KOGLER: Von mir aus. Machen wir es so.

BÜRGER: Machen wir es. So schauen wir in die Zukunft. Entschuldigung, dass ich jetzt so lange gebraucht habe, aber. Aber ich wollte nur wissen. Das ist ja die nächste Ankündigung von Ihnen. Arbeitslosengeld wird steigen. Stimmt das so?

KOGLER: Na ja, es stimmt. Jedenfalls einmal für die Monate Juni, Juli und August. Da hat es ja auch ein Missverständnis gegeben. Deshalb bin ich dankbar für die Frage, weil, um das Ergebnis vorwegzunehmen Und es ist immerhin eine Lösung. Und da wurde ein Ziel erreicht, nämlich die Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Das wird zwar in einer Einmalzahlung ausbezahlt, das ist richtig.

Aber die Berechnungsmethode ist so, dass jemand, der arbeitslos ist, zumindest zwei Monate im Juli, August oder September hier pro Monat, pro Monat selbst für eins, wo er nicht arbeitslos war, 150 € bekommt. Und das wird dann im Nachhinein abgerechnet. Was wir gesagt haben, ist, dass wir ja im Herbst, und da müssen wir im Sommer daran arbeiten, ein großes Arbeitsmarktpaket brauchen. Die Kurzarbeit wird mit Sicherheit zu reformieren sein. Da treffen Sie ab dieser Tage die Sozialpartner wieder. Der Herr Bundeskanzler hat angekündigt, das ist auch so mit uns besprochen, dass wir an Arbeitsstiftungen denken. Die haben sich nach der Finanzkrise sehr bewährt. Und dass wir natürlich auch in dieser Situation das Arbeitslosengeld auf der Reformstrecke haben. Ob das jetzt genauso verlängert wird oder in einer anderen Art und Weise angegangen wird, ist nächste Frage. Ich wollte nur sagen, es wurde immer gefordert, Arbeitslosengeld von 55 auf 70 % zu erhöhen. Für jemand, der 1.000 € und das sind sehr, sehr viele oder sogar weniger kriegen Arbeitslosengeld, sind diese 150 € pro Monat. Ja genau, die Prozentzahl von 55 auf 70, da kann ja jeder mitrechnen, wenn er will. Ich habe nur den Eindruck, dass die Opposition, das ist ja ihr Vorrecht, hier ein bisschen ungetrückt von jedem Sachverstand hineinruft und diese einfache Rechnung nicht machen will. Wenn jemand 1.500 € hat, dann sind es natürlich entsprechend nur 10 %. Auch nicht so schwierig zu rechnen hat er 65 %. Das sind massive Verbesserungen. Ich erinnere mich, Sie haben damals ja auch einen großen Job gemacht, noch bei der Wirtschafts und Finanzkrise 2008, 9,10,11,12. So lange hat die Folgewirkungen in der Arbeitslosigkeit gedauert. Da war immer ein roter Bundeskanzler, der hat sogar Wahlen gewonnen in der Zeit. Was ist passiert? Genau. Nichts. Ist irgendwann einmal jemals ein Arbeitslosengeld erhöht worden? Nein, wir haben es gemacht. Und das, was Sie sagen. Ankündigung, ich kündige an, dass wir uns das noch einmal anschauen, ob das verlängerbar ist oder ob wir was Besseres zusammenbringen. Aber es gibt eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes.

VETTERMANN: Die gibt es jetzt, die ist einmalig.

KOGLER: Das ist eben die Frage.

VETTERMANN: Da stellt sich die Frage, ob das Ihr Koalitionspartner erstens auch weiß, zweitens auch so sieht.

KOGLER: Ja, das weiß er.

VETTERMANN: Dann würde ich gerne zur nächsten Ankündigung kommen. Sie haben jetzt schon mehrmals betont, die Frage, wer die Krise bezahlen soll. Sie haben immer wieder die Stichworte Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer sozusagen in den Raum geworfen. Sie wissen aber ganz genau, dass das mit der ÖVP nie was werden wird. Warum kündigen Sie das jetzt so oft an?

KOGLER: Erstens werde ich oft genug gefragt, und das führt dazu, dass ich mit einer gewissen Beharrlichkeit immer die gleiche Antwort gebe. Aber wahrscheinlich muss ich an meiner Rhetorik arbeiten, weil es manchmal unterschiedlich interpretiert wird. Jedenfalls habe ich diesen Eindruck. Also, was ist die Sache? Anfangen tut es ja dort, dass wir jetzt viele, viele Milliarden Gott sei Dank aufnehmen, uns neu verschulden, um diese ganzen Rettungspakete zu finanzieren. Sie wissen ja, den Dreischritt retten, also Nothilfe retten, dann Steuer entlasten. Das tun wir ja auch. Im Übrigen bei den niedrigsten Einkommen. Das kostet ja auch was. Und dann müssen wir uns um das dieses Allerwichtigste uns aus der Krise herausinvestieren. Jeder, der glaubt, dass wir uns aus der Krise heraussparen können, riskiert mit Anlauf Zustände wie in den dreißiger Jahren. Und deshalb, ja, das hat sehr viel damit zu tun, weil natürlich die Staatsverschuldung auf diese Art und Weise steigt. Und das ist grundvernünftig. Das war nicht immer so in der ÖVP gesehen. Wir haben sie davon überzeugt. Sie haben es ja auch selber recht rasch so eingeschätzt, muss man hinzufügen.

Das führt aber dazu. Der Finanzminister hat es ja gesagt. Wir rechnen ja jede Woche nach, dass wir von einer 60- bis 70-prozentigen Staatsverschuldung, die wir jetzt haben, gemessen an der Wirtschaftsleistung, zu 90 % kommen werden. Ich sage: Alles, was unter 100 % ist, ist verkraftbar. Wieder das Gleiche wie vorher. Nichts tun, ist noch viel schlechter. Das kostet was. Aber was am meisten kostet, ist nicht zu investieren. Und das machen wir ökologisch im Übrigen auch noch. Aber wenn jetzt jemand kommt und sagt, das muss ja irgendwer zahlen, das wurde ja nicht so ausgesprochen, dann sage ich, dann sage ich ja, aber Moment, dann werden es aber nicht die kleinen und kleinsten Einkommensbezieherinnen zahlen können, die wir gerade entlasten. Dann, spätestens dann werden die Millionäre und Milliardäre, von denen es im Übrigen in Österreich immer mehr gibt, wie wir statistisch letzte Woche wieder erfahren durften, einen Beitrag leisten müssen und am besten über Millionenerbschaften und Milliardenstiftungen. So habe ich die Debatte begonnen. Das ist richtig. Ich habe sie hineingetragen und so ist mein Standpunkt heute auch noch.

VETTERMANN: Aber das kann ja maximal Ihre Privatmeinung sein.

KOGLER: Und die ÖVP... Nein, gar nicht, das weise ich zurück. Das ist eine Position der Grünen, das ist meine Position, das ist eine politische Position. Und wenn die ÖVP der Meinung ist, man muss von diesen Staatsschulden runterkommen, na, dann werden wir dort, denke ich, nicht nur mit einem Beitrag einheben, sondern als erstes einen Beitrag einheben, weil die Supermarktkassiererin, die Supermarktkassiererin wird es nicht sein.

BÜRGER: Sprechen wir hier von 2024? Man kann ja, die Bekämpfung der Staatsschuldenquote muss man nicht gleich beginnen.

KOGLER: Man muss sie gar nicht bekämpfen. Ich sage Ihnen, warum. Und deshalb bin ich da sehr entspannt. Nein. Warum?

BÜRGER: Das ist jetzt aber wieder was anderes.

KOGLER: Na, das ist die gleiche Logik. Wenn wir das wollen, so hat ja die ganze Debatte begonnen. Wenn wir das Glück oder eigentlich sozusagen haben wir uns das ja erarbeitet als Republik Österreich. Viele Vorgängerregierungen, da kann man ja auch alle anderen loben, ja, tatsächlich auch so ein Superbudget und Finanzstatus zu haben, dass wir uns um 0 % verschulden können. 0 % Zinsen, das ist sogar so, immer noch in der Krise, dass für die Milliarden, die wir aufnehmen, kriegen wir sogar noch Geld, nur damit wir uns das Geld ausborgen. Das heißt, diese Verschuldung kostet nichts. Und wenn Sie jetzt einmal, wenn die Zinsen irgendwann steigen, wird es ein Problem. Meine Prognose ist: Die werden ein paar Jahren nicht steigen. Aber wenn, wenn jemand daherkommt und sagt, wir müssen die Staatsschuldenquote wieder von 90-100 % auf 60-70 runter tun, das kostet viel Geld. Das ist völlig richtig.

BÜRGER: Der wird kommen.

KOGLER: Das weiß ich nicht. Es gibt Ökonomen. Wir setzen ja außerdem auf Wirtschaftserholung. Und dann verschiebt sich das.

BÜRGER: Ja, schon, aber.

KOGLER: Es hat noch niemand davon geredet, dass wir Schulden zurückzahlen müssen, wo wir 0 % Zinsen zahlen. Das ist ökonomisch überhaupt nicht angezeigt.

BÜRGER: Aber es wird der Tag kommen, wo Ihnen, der ÖVP-Regierungspartner sagt: Moment, jetzt müssen wir mit den Schulden auch wieder runter. Dazu ist die wirtschaftspolitische Idee einer Volkspartei eine komplett andere als die der Grünen. Muss man ja mal dazu sagen.

KOGLER: Ja, aber da muss die ÖVP erklären, dass man jetzt die Supermarktkassiererin und alle, die wenig verdienen, die wir jetzt ja gerade entlasten, was ich für richtig halte, das ziehen wir ja vor, dass die dann wieder besteuert werden sollen.

Also es werden dann schon jene, was zahlen müssen die am meisten, die am meisten haben.

BÜRGER: Habe ich es richtig verstanden, wenn die ÖVP sagt Staatsschuldenquote bei 90 % wurscht, weil die Zinsen sind jetzt eh so niedrig, im Gegenteil, wir kriegen sogar Geld, dann passiert gar nichts. Wenn die ÖVP sagt, das geht so nicht, wir müssen wieder runter. Und ich kann mir vorstellen, dass ein Herr Blümel das auch so sieht. Dann sagen Sie, dann ist der Zeitpunkt, wo auch die Millionäre und Milliardäre, wie auch immer, zahlen müssen.

KOGLER: Genau. Sie könnten einwenden grundsätzlich okay, wir haben da völlig unterschiedliche Konzepte, was Steuerkonzeptionen betrifft. Das stimmt. Ich rede jetzt nur von den Corona-Schulden. Das war ja die Eröffnung der Debatte. Da hat es keine Einigung gegeben. Deshalb finden Sie das ja auch nicht im Regierungsprogramm. Aber im Regierungsprogramm haben uns darauf geeinigt, dass es eine große ökologische Steuerreform geben wird. Und auch das halte ich für eine Sensation. Und diese Fahrpläne bleiben ja, im anderen hat es keinen Kompromiss geben. Nur wenn wir jetzt der Corona-Schulden abtragen müssen. Dann werden wir das gemeinsam machen. Und wirklich mit Beiträgen von Millionären und Milliardären. Das wird nicht anders gehen. Sorry.

VETTERMANN: Gut, ich würde noch gerne zu den... Na, dass ich, dass es mir jetzt einfällt, zu den ganzen Rettungsmaßnahmen und zu den Paketen und den Hilfen für die Menschen kommen. Es gibt jetzt immer mehr auch Unternehmer, die sich melden und sagen, sie fühlen sich extrem im Stich gelassen. Die Hilfe kommt nicht an, die Hilfe kommt viel zu spät. Es gibt Menschen, die haben wirklich lächerlich kleine Summen ausbezahlt bekommen. Am Ende des Monats kriegen, dann weiß ich nicht 17,80 € oder so von der Regierung. Was ist denn da schiefgelaufen?

KOGLER: Ja, in Einzelfällen, die sich gehäuft haben, ist sicher nicht alles optimal gelaufen. Ich habe ja vorhin schon gesagt. Ja, wenn man viel tut, macht man Fehler. Andere Länder haben diese Fonds überhaupt nicht, aber gerne zugegeben. Ich bin ja der Erste, der hier hinterher ist, um das zu beheben. Und das wurde ja auch ständig verbessert. Die unterschiedlichen Zugänge waren ja bekannt. Ich hätte auch gern einfachere Modelle gehabt, die schneller zahlen und vielleicht da oder dort er dort sogar mehr. Wir haben aber trotzdem einen super Kompromiss gefunden in der Regierung. Und jetzt für Juni, Juli wird gelten, sogar für Mai schon, dass diese Fonds, nehmen wir einen heraus, der am meisten kritisiert wurde, den Härtefallfonds. Dort war es am Anfang so, dass vielleicht 100.000 Personen überhaupt in der Regel Einzelunternehmer Zugang gehabt haben. Jetzt sind es mindestens 200.000. Entsprechend kommen die Anträge rein. Wir haben seit damals die Auszahlungssummen, die jetzt zur Auszahlung kommen werden, de facto verdreifacht. Warum? Ursprünglich war nur ein Quartal vorgesehen. Mittlerweile zahlen wir sechs Monate, also zwei Quartale, aus. Es waren Untergrenzen vorgesehen mit 500 € und Obergrenzen mit 2000. Wozu hat das geführt? Es hat schon immer wieder Leute geben, die ein paar Euro nur ausbezahlt bekommen haben.

Aber weil es eine Obergrenze gegeben hat und man sagt, man wollte nicht, dass jemand mehr als 2.000 € verdient als Notfall. Und jetzt ist die Grenze auf 2500 und das sechs Monate. Was heißt das? Früher war die maximale Auszahlungssumme des Fonds 6.000 €, jetzt ist das die Unterkante. Wir zahlen mindestens jetzt 1.000 € pro Monat und das sechs Mal. Oberkante: 15.000 €. Das ist einmalig in Europa. Und viele werden sich wundern, dass sie mehr kriegen, als die ganze Debatte bis jetzt erzeugt hat. Aber ja, ich will ja nicht jetzt deshalb ausweichen, will nur sagen, was da jetzt gerade abläuft. Auch zur Information. Aber ja, es hat einzelne Fälle gegeben. Die Wirtschaftskammer hat sich auch nicht immer leichtgetan und da oder dort kann es sogar ein Berechnungsfehler gegeben haben.

Aber in der Regel, wenn man dem nachgeht, kommt man drauf, dass die Leute schon woanders her ein Einkommen haben und deshalb diese kleinen Beträge waren. Aber wie gesagt, wir fahren ja mit allem nach oben. Das ist eine de facto Verdreifachung der Auszahlungssumme.

VETTERMANN: Viele Menschen haben es aber auch nicht so empfunden, dass die Hilfe wirklich unbürokratisch ist. Also wir haben alle oft gehört, man braucht da irgendwie entweder einen Steuerberater oder ein entsprechendes Studium, um diese Hilfsanträge ausfüllen zu können.

KOGLER: Ja, das ist von Fonds zu Fonds verschieden. Für den angesprochenen Härtefallfonds ist es tatsächlich so, dass man ein paar Formular-Seiten durchklicken muss. Raketenwissenschaft ist es keine, aber ich habe Verständnis für diesen Vorhalt. Ich habe ja gesagt, es wäre auch vielleicht schneller und einfacher gegangen. Es ist trotzdem ein gutes Modell, wenn ich das mit Deutschland vergleiche. Was ist im Übrigen so super? Wir machen hier Zuschüsse. In der Bundesrepublik gibt es ja das gleiche auch Oberkante 15.000 €. Da müssen aber die Einzelunternehmen, Solo-Unternehmer wie die dort sagen, haben die jetzt einen Riesenstreit, kann man sich ja anschauen in den Talkshows dort, weil die jetzt wieder anfangen müssen zurück-zuzahlen. Also bei uns sind es Zuschüsse. Deshalb ist es ein bissl komplizierter, weil wir ja auch noch die, jedenfalls im Bundesrecht haben wir das in unserem Haushaltsrecht. Wir müssen ja aufpassen, wie wir das Steuergeld verteilen. Da kommt die Finanzprokuratur, die das mit uns erarbeitet, in ein, zwei Jahren haben wir den Rechnungshof. Was glauben Sie, was uns der sagen wird, wenn man überall, so wie in den Bundesländern öfter im Übrigen üblich, mit der Gießkanne herumpritscheln täten? Also das ist, das ist eine Abwägung, und so ist das geschehen. Aber es gibt auch Fonds, die jetzt zum Laufen kommen, die das ganz anders machen. Die Künstlerinnen und Künstler kriegen einen eigenen Fonds. Auch das war eine Debatte, zugegeben länger. Aber was haben wir jetzt? Das läuft ab Anfang Juli für ein halbes Jahr wieder die berühmten 1.000 € pro Monat für die Kreativen. Die brauchen sie auch. Die haben ja bis jetzt oft schon prekäre Verhältnisse gehabt. Das wird auf einmal ausgezahlt, im besten Fall. Und so wird es kommen. Dafür werd ich mich einsetzen. Und auch die Frau Staatssekretärin, die neue Staatssekretärin Andrea Mayer. Also werden wir davon ausgehen dürfen, dass wir im Juli 6.000 € in einem Schwung an die berechtigten Künstlerinnen und Künstler zahlen. Das sind immerhin 15.000 Personen in Österreich.

BÜRGER: Ganz kurz.

KOGLER: Da haben wir schon gelernt auch.

BÜRGER: Ganz kurz der Blick von Wien nach Brüssel. Da geht es um dieses 750 Milliarden Paket. Und da finden die europäischen Grünen gar keine schönen Worte für den österreichischen Bundeskanzler. Auch der österreichische Grüne Reimon sagt sogar in einer Talkshow: Die Türken sind Rechtskonservative, Autoritäre, sind mit Viktor Orban, Netanjahu und Donald Trump zu vergleichen. Diese, diese... Erstens einmal würde ich Sie gerne fragen: Was sagen Sie dazu? Und? Und reden Sie da mit dem Kollegen Reimon. Und das Zweite ist: Die europäischen Grünen haben auch einen Brief geschrieben, haben gesagt, das geht doch nicht, dass das Ganze nur auf Kreditbasis geht. Das muss ordentliche Zuschüsse geben für besonders betroffene Länder. Wie sehen Sie das?

KOGLER: Ja, erstens tatsächlich bin ich mit dem Abgeordneten und Kollegen Raymond intensiv im Austausch. Zweitens, was diese Hilfen betrifft, ist.

BÜRGER: Gefällt Ihnen das, was er sagt?

KOGLER: Das hat mit dem nichts zu tun.

BÜRGER: Nein, nein, ich sage.

BÜRGER: Na schon, aber. Aber sagen Sie: Herst halt dich ein bissl zurück in der Öffentlichkeit, oder wie?

KOGLER: Wir können ja gern darauf eingehen, aber ich bin dafür bekannt, dass Sie sehr.

BÜRGER: ... lange antworten.

KOGLER: Ja, das auch, aber. Aber sehr nah an den sachlichen Grundlagen orientiert bin. Da müssen wir uns ja auch immer wieder annähern und verständigen. Und was diese europäischen Hilfen betrifft, ist es im Ergebnis nicht so weit auseinander. Im Übrigen hat er, habe ich ja selber einen, wenn Sie so wollen, auch einen Brief geschrieben oder entsprechende Dokumente an die europäischen Institutionen geschickt, an das Parlament, aber auch an die Kommission, an die Frau Merkel. Und ich gehe, ich gehe ja noch viel weiter als Michel Reimon in dem Sinne, was ich mir vorstelle von diesen, von diesen Wiederaufbaufonds. So heißt es ja übersetzt in Europa.

BÜRGER: Aber wir gehören doch zu den Bösen. Jetzt aus Sicht der Europäischen Union. Sie tun so, als wären die Grünen irgendeine Partei in Österreich. Aber Sie sind in einer Regierung.

KOGLER: Wir sind nicht irgendeine Partei. Wir sind erstens sind wir auch Regierungspartei. Wir sind immerhin die Grünen. Und ich sage Ihnen noch, was am Schluss herauskommen wird. Vielleicht tun wir uns so leicht. Es wird was rauskommen, was im Wesentlichen dieser Position entsprechen wird. In Europa ist ja am Schluss immer alles ein Kompromiss. Das ist ja gut so, da sind 27 Staaten, die haben aber oft unterschiedlich gefärbte politische Farbe, Regierungen und sonstige unterschiedliche Interessen. Sie kennen das West-Ost vor allem, auch Nord-Süd. Auch das alles spielt hier eine Rolle. Und was wird rauskommen am Schluss? Es wird eine Mischung der Ideen und Vorschläge herauskommen. Es wird mehrheitlich wahrscheinlich Zuschüsse geben, aber auch Kreditlinien. Ich halte es auch für richtig, weil beide Instrumente sind wichtig. Beide Instrumente werden gebraucht. Wir werden irgendwo zwischen 500 und 750 Milliarden Euro landen. Auch das wird ja gar nicht beanstandet oder beansprucht, grundsätzlich, und das wirklich Intelligente, was wir machen werden, ist folgender Vorgang: Wir nehmen das als Europäische Union auf und geben das mit dem, mit der Rückendeckung des europäischen Budgets, weil dann alle weniger Zinsen zahlen. Und wir werden aber in die Lage versetzt werden, in den nächsten fünf Jahren hier Abgaben einzuheben auf europäischer Ebene, die sehr viel im Übrigen mit Umweltschutz zu tun haben, ob es jetzt die nicht verwertbaren Plastikabfälle sind oder endlich eine CO²-Bepreisung auf europäischer Ebene, hoffentlich auch für Flugbenzin und für Schiffsdiesel, die sind ja völlig privilegiert und in diese CO²-Bepreisung reinkommen, und für alle, die von außen nach Europa herein liefern, soll es und auch darauf haben wir schon im Regierungsprogramm verständigt und wir spielen das jetzt auf europäischer Ebene gemeinsam ÖVP und Grüne, hier Importzölle zu verlangen für Güter, die besonders hohe CO²-Schäden in ihrer Geschichte schon verursacht haben. Das ist sensationell. Also, was haben wir? Wir können Geld aufnehmen. Und wir können auch als Europäische Union das erste Mal in der Geschichte dasselbe wieder bedienen. Du hast jetzt in zehn Jahren vielleicht 50 Milliarden Einnahmen. Oder so lange gehen die Anleihen oder 20 Jahre 25 Milliarden Einnahmen, das ist machbar. Ich habe mich in dieser Woche eben erst getroffen mit dem Vertreter der Europäischen Kommission hier in Wien. Haben Sie das genau durchgesprochen. Passt alles. Jetzt hätte ich meine Stimme gesenkt. Ich sage aber gerne.

BÜRGER: Nein, nein, nein, nein. Ich weiß nicht, ob Sie das, was Sie hier.

KOGLER: Mit der ÖVP akkordieren.

BÜRGER: Das wäre die Frage gewesen. Ja.

KOGLER: Ja, das ist näher, als man glaubt. Ich stimme völlig.

BÜRGER: Wenn man den Bundeskanzler zuhört, hat man das Gefühl, weiter auseinander kann man nicht.

KOGLER: Schauen Sie, zwei Dinge. Erstens, in der Sache sagt er, dass es viel höheren Kreditanteil als Zuschussanteil braucht. Das kann man jetzt so oder so kommentieren. Kann ich ja noch machen, aber in und, und ansonsten hat er hier vielleicht eine deutlichere Ausdrucksweise, wo er genau auf dem drauf ist. Warum machen die denn das? Die Staatschefs, die genau diese Linie verfolgen, damit sie jetzt... Im Juli wird ja erst wirklich entschieden, wie wir in Österreich sagen würde, wird frühestens dann das Gansl knusprig. Alle haben gewusst, dass bei den letzten zwei Gipfeln, das waren außerdem Videokonferenzen hier Positionen bezogen werden. Ich, damit wir mal zum Konsens auch kommen. Und das ist schon eine gemeinsame Linie. Europapolitik betreiben wir über weite Strecken gemeinsam oder jedenfalls wesentlich mehr, als man vermuten würde. Deshalb sage ich es ja auch gern: Wir stimmen überein. Sebastian Kurz und ich, und wir besprechen das auch, weil das war ja auch Ihre Frage, dass wir, weil das so ein einmaliger Einschlag in die Wirtschaft ist, ein einmaliges Instrument brauchen, das rasch wirkt. Also dieser Fonds in zwei, drei Jahren zur Auszahlung kommt und dass das nicht, das ist auch mein Zugang über sieben Jahre Budgetdauer oder 14 Jahre, so lange gehen die Perioden, da irgendwo hintennach wappert, ganz gezielt. Und dann braucht es Auflagen tatsächlich, wofür das Geld verwendet wird. Und das ist jetzt das Tolle zuerst die ökologischen Einnahmen schon beschrieben, aber es soll in erster Linie auch für dieses grüne Rausinvestieren aus der Krise hergenommen werden das Geld. Das haben wir ja selber vorgeschlagen, da sind wir uns auch einig. Dann geht es um Modernisierung der Wirtschaft. Sie kennen die Aufbaupläne in Europa von der Frau von der Leyen. Da spielt ja nicht nur der Green Deal eine Rolle, sondern auch die Digitalisierung. Und alles das ist gemeinsam. Und wo wir jetzt übereinstimmen, ist, dass das diese, wie es in Europa heißt, diese Konditionalitäten braucht und dass wir nicht zahlen, dass wir nicht dafür zahlen, dass wir die, dass wir die italienische, marode Bankenlandschaft weiter füttern. Das ist nämlich ein Riesenunterschied. Da zahlen wir nämlich die Milliarden diesmal in Italien hinten dran. Das wollen wir nicht. Also es braucht Auflagen, und auch da gibt es eine große Übereinstimmung.

VETTERMANN: Aber es geht ja nicht nur um die Zuschüsse, oder es geht nicht um die um die Banken, es geht um die nicht rückzahlbaren Zuschüsse und da sind sie sich mit der ÖVP ja überhaupt nicht einig. Und immerhin steht Österreich da eigentlich ziemlich an der Spitze der sogenannten sparsamen Vier. Manche nennen sie auch die geizigen Vier. Und von einem Konsens, würde ich mal sagen, sind wir noch sehr weit entfernt. Jetzt wird es im Juli dann einen Sondergipfel geben, wo sich die Staats- und Regierungschefs wieder tatsächlich face to face in Brüssel treffen. Ich glaube, es ist nicht ausgemacht, dass es da zu einer Einigung kommen wird.

KOGLER: Es wird im Sommer zu einer Einigung kommen. So funktioniert die Europäische Union. Der einzige Unterschied besteht ja darin, wie das Mischungsverhältnis zwischen diesen Zuschüssen und den Krediten ist. Aber ich glaube, da wird den Zuschauerinnen schon fad mit Kredit und Zuschuss. Den Unterschied kann man sich ausrechnen. Aber was viel, viel wichtiger ist, ist, dass es eine Übereinstimmung gibt, dass wir hier mit einem ganz, ganz großen Paket hineingehen, weil sonst verlieren wir alles. Europa hat die Chance, hier aus der Krise herauszukommen. Europa ist, und zwar stärker, als man glaubt, und besser als andere Kontinente. Und es ist auch höchste Zeit, dass wir wieder irgendwo federführend werden. Genau mit diesen vielen grünen Investitionen überall anders ist entweder China oder Nordamerika vorn. Aber in diesen ganzen Fragen der modernen Umwelttechnologien, da können wir und im übrigen Österreich mittendrin und voran von Europa aus, wenn man so will, Klimageschichte schreiben.

Und das sollten wir auch tun. Da sind ganz viele Arbeitsplätze drinnen, und da muss die Reise hingehen, und da gibt es Übereinstimmung. Es gibt zwei Dinge, die momentan verheerend wären. Und eines davon würde reichen, alles zu zerstören. Wenn wer glaubt, sich aus der Krise herausparen zu können, also dieses nicht zu machen. Deshalb wird es am Schluss einen Kompromiss geben. Sonst haben wir verspielt. Und das zweite ist: Es reicht ja nicht, bloß irgendwie zu investieren, sondern in die richtige Richtung. Das geht auch. Und wenn wir das nicht machen, haben wir genau die Probleme, die wir vor einem Jahr im Europawahlkampf diskutiert haben, dass Rechtsextreme, neue Rechtsextreme, alte Nationalisten um die Ecke biegen und sich wieder über das europäische Einigungsprojekt hermachen. Es muss ein Ziel sein, die Europäische Union und Europa stärker aus dieser Krise herauszuführen, als sie hineingeschlittert ist. Und das kann gelingen.

BÜRGER: Jetzt müssen wir schön langsam zur klassischen Innenpolitik kommen. Da gibt es auch eine Menge Fragen, die uns immer wieder gemailt werden. Ein großer Sprung zum Tierschutz. Offensichtlich haben die Grünen und das ist auch so gemeinsam mit der ÖVP gegen das Verbot von Kükenschreddern gestimmt. Warum so etwas?

KOGLER: Na, da bin ich nicht näher informiert. Das dürfte offensichtlich eine Nationalratssitzung gewesen sein.

BÜRGER: Wir haben da ja ein, dass sie da dagegen waren. Und dann ist aber im Parlament mitgestimmt worden.

KOGLER: Die Zusammenhänge sind ja oft so, dass es dann andere Anträge gibt, wo man das gleiche Problem anders löst. Die Abstimmungsmechanismen im Nationalrat kennen wir ja. Den konkreten Fall kenne ich im Übrigen gar nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Parteien hier öfter mal so abstimmen, um den nächsten Antrag vorzubereiten, der dann konsensual in die Richtung geht. Aber das ist ja dann eine Vereinbarungssache der Regierungsfractionen. Selbstverständlich sind die Grünen gegen Kükenschreddern, was denn sonst?

BÜRGER: Das heißt, dann wird man möglicherweise noch mal draufbleiben.

KOGLER: Natürlich wird da was passieren. Der Punkt ist ja, der Punkt ist ja, es ist ja, das ist mit Sicherheit ein Entschließungsantrag gewesen. Ich wüsste jetzt auch gar nicht, ob deshalb über Nacht das dann eingestellt worden wäre. Das sind deklaratorische Beschlüsse. Aber ich muss zugeben, ich weiß es nicht so genau, und deshalb will ich da ausnahmsweise nicht länger reden, die wir kennen, die wir kennen die Mechanismen.

BÜRGER: Es ist nur ein Beispiel dafür, wo die Grünen in Österreich vorgeworfen wird, dass sie, wenn es wirklich um die Sache geht, nämlich die Sache der ÖVP, es ihnen sehr, sehr schwer fällt, nicht mitzugehen, weil das halt sehr, sehr schwer möglich ist. Zum Beispiel schreibt ein anderer Herr, dass bei den Emissionen wieder nichts passieren wird und 2021 das Klimaschutzprogramm wieder nichts sein wird und dass bei den CO²-Emissionen man wieder nicht unter 60 Millionen Tonnen kommen wird. Also ich will damit nur sagen, es gibt sehr viele Menschen, die gerne darauf eingehen, die sagen, die Grünen haben ihre eigene Ideologie letztlich um der Regierungsbildung Willen aufgegeben.

KOGLER: Ich weiß nicht, wie viele Menschen das sagen. Wir kriegen unterschiedliche Zuschriften. Ja, da wird intensiv diskutiert. Das sagt mir ja schon, dass gerade Corona ist, weil ich würde ja viel lieber, viel öfter in großen Foren diskutieren. Auch von Angesicht zu Angesicht, wird wieder kommen. Ich weiß schon, dass es diese Stimmen gibt, aber es gibt viel mehr andere. Weil sonst würden diese Meinungsumfragen, auf die ich sonst eh nicht so Wert lege, aber die Sie ja des Öfteren publizieren, eher nicht so ausschauen, dass wir irgendwo zwischen, zwischen 14 und 20 % liegen.

Das ist ja für mich eine Sensation, wenn das stimmen würde. Aber das tun nicht einmal alle Umfragen. Also man muss da die Kirche im Dorf lassen.

KOGLER: Und wenn man diesen letzten Herren, den Sie namentlich nicht genannt haben, beruhigen wollen, dann darf ich Ihnen folgendes zeigen. Die ÖVP macht Ihre Politik, die Grünen machen ihre Politik. Ich kann den Herrn Kopetz beruhigen. Wenn wir die Investitionen der nächsten eineinhalb, zweieinhalb Jahre hernehmen, dann werden wir sehen, dass aus diesem Paket, das ist das reine Investitionspaket von der letzten Klausur, da haben wir uns verständigt auf über 6 Milliarden Investitionen. Das sind aber nur zusätzlich zum Regierungsprogramm. Dort sind im Übrigen schon viele Klimaschutzinvestitionen drinnen. Dass in diesen zwei, zweieinhalb Jahren 2/3 von den Gesamtinvestitionen unmittelbare Klimaschutzinvestitionen sind oder klimaschutzrelevante Investitionen wie im Gemeindepaket zum Beispiel. Da ist ja auch das Halbe für den Klimaschutz reserviert. Und das werden wir machen. Uns wurde vorgehalten, wenn wir schon bei Vorhalten sind. Während der Regierungsverhandlungen, da geht sich eh nicht aus. Die Hauptforderung war eine sogenannte Klimaschutz-Milliarde. Die hätten wir dort schon drinnen. Jetzt kommt aufgrund von Corona, weil wir sagen, wir müssen investieren. Die einmalige Chance, eben diese mehreren Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Investieren in Ökologie und das ökonomisch vernünftig, ökologisch nachhaltig, also klimaschützend und auch sozial verantwortbar, dass man möglichst viele mitnehmen können. Und wenn das aber so ist, dann stellen wir jetzt fest, dass man pro Jahr nicht eine Klimaschutz-Milliarde haben, sondern über zwei pro Jahr. Also man darf das schon auch zur Kenntnis nehmen, wenn man will. Und ich kann Ihnen sagen, wie Sie das praktisch abspielt. Das ist ja nicht nur abstrakt. Nehmen wir was her, was die Leute wirklich vor Augen haben und verstehen. Gebäude. Häuser, Einfamilienhäuser, öffentliche Gebäude, Schulen, Kindergärten, große Beamtenburgen, wie man gesagt hat. Also öffentliche Gebäude, alles das vom Dach bis zum Keller. Wir fangen an bei der Außenhaut. Mäntel für die Häuser. Was heißt das? Die Gebäudesanierung. Das klingt so harmlos. Aber dort ist auf den ausgegebenen Euro die größte Arbeitsplatzintensität das 1 Million Dächer Programm: Photovoltaik. Das wird durchgezogen. Das wird Österreich in fünf Jahren so ausschauen lassen. Das ist, was die Energiegewinnung an den Häusern rund um den Häusern, in den Häusern. Sie werden es nicht wiedererkennen. Und die Kesseltausch Programme im Keller haben wir noch. Das heißt, was heißt das? Ich sage nur das Ergebnis am Schluss, das heißt Arbeit in Österreich, regionale Wertschöpfung, die Installateure, die Elektrikerinnen und die Bauunternehmen in ganz großem Stil. Und da sieht man wieder Klimaschutz schafft Arbeitsplätze und ist eine Riesenwirtschaftschance. Das alles geht unter einen Hut und das versuchen wir hier. Also ich darf schon auch zur Beruhigung beitragen. Und weil es immer heißt grüne Handschrift. Ja, wissen Sie, es ist überall grüne Handschrift. Aber ich verstehe Politik so, dass wirklich was passiert. Wir sehen ja, wir sind ja kein Seminar für Schriftproben, oder was. Man soll, man soll das anschauen, was passiert, was kommt dann? Darf man urteilen? Ich bin da ganz offen. Ich freu mich schon, wenn wieder mehr diskutieren können. Ich hatte es gesagt. Aber bitte.

VETTERMANN: Es ist schon klar, dass Sie hier jetzt natürlich Ihre Erfolge oder auch die grüne Handschrift hervorheben wollen. Nichtsdestotrotz gibt es, wie es der Kollege vorhin schon angesprochen hat, einfach viele Menschen, die jetzt von den Grünen, sagen wir mal, enttäuscht sind, die den üblichen grünen Kämpferwillen vermissen. Ich spreche jetzt auch Tirol an, wo der stellvertretende Landeshauptmann eine WWF Expertin widerwärtiges Luder nennt. Direkt daneben steht die grüne Tiroler Chefin verzieht keine Miene. Dann entschuldigt sich die ÖVP halt. Nach ein wenig Hartscherten, möchte man fast sagen, Vergleichen entschuldigt sich und es ist für die Grünen wieder alles in Ordnung.

Das hätte es doch bei den Grünen früher nicht gegeben.

KOGLER: Also noch einmal: Wie heißt dieser Landesrat im Übrigen?

VETTERMANN: Josef Geißler.

KOGLER: Ja, also nur um das einzuordnen. Wenn da irgendwas widerwärtig ist, dann diese Bemerkung. Das ist eine Entgleisung. Da kriegst du den Waggon nicht mehr auf die Schiene. Also der gehört wirklich wieder richtig eingespurt. Das macht aber die ÖVP. Offensichtlich ist es ja kein Grüner. Ja, das macht die ÖVP. Ich habe den Eindruck, aber mit Sigrid Maurer zu sprechen, nur damit wir verstehen, wie die Grünen sich dazu verhalten, die hier tatsächlich ein Sexismusproblem diagnostiziert, sogar ein strukturelles. Aber nicht nur sie, es haben sie ja alle... Es haben sich alle beteiligt daran, das zurückzuweisen, auch die ÖVP in Tirol und auch in der Bundesregierung. Ich bin da, Frau Kollegin Eckstadler, sehr, sehr dankbar. Die ähnlich starke Worte gefunden hat. Aber das ist ja wirklich unsäglich und nicht hinnehmbar.

VETTERMANN: Schon, aber Konsequenzen gibt es keine. Und auch die Grünen haben nicht auf Konsequenzen gedrängt.

KOGLER: Die Konsequenzen muss die ÖVP ziehen und das tut sie glaube ich auch, weil sie dieses Problem erkennt und schaut, dass das nicht wieder vorkommt, weil sonst wird es andere Konsequenzen geben müssen. Aber das ist ja das Wesentliche, das Richtige und das Wichtige. Großer Fehler. Ja.

VETTERMANN: Was heißt andere Konsequenzen geben müssen? Und wenn ja, wann?

KOGLER: Eine Wiederholungstat wird sich der Herr Landesrat nicht leisten dürfen, denke ich.

BÜRGER: Damit haben wir noch genau eine Minute. Danke, Doris Vettermann fürs Fragenstellen. Unterschreiben Sie morgen das Klimaschutzvolksbegehren.

KOGLER: Ja, ich bin deshalb gehindert, weil ich es voriges Jahr unterschrieben habe. Ich darf wieder dankbar sein für die Frage und alle aufrufen, dass Klimaschutz, das Klimavolksbegehren vom 22. bis 29. Juni zu unterschreiben. Wir haben es untermauert. Klimaschutz ist sicher die größte Herausforderung der Menschheitsgeschichte. Bekämpfen wir die Gesundheitskrise, die Wirtschaftskrise und die Klimakrise mit ähnlichen Maßnahmen. Na, dann haben wir viel weitergebracht. Und wenn Österreich einen Beitrag leistet, umso besser.

BÜRGER: Schönes Schlusswort. Danke, Herr Vizekanzler, fürs Kommen.

Anhang G:
Elefantenrunde 2024 (ER 2024)
Veröffentlichungsdatum: 26.09.2024

[Passage gekürzt: keine relevante Beteiligung Werner Koglers.]

WACHTER: Jetzt holen wir den Herrn Kogler in die Runde. Sie räuspern sich schon. Zwei Ihrer Sparvorschläge betreffen den Verkehr Stichwort Abschaffung des Dieselpprivilegs und Reform der Pendlerpauschale. Da werden Sie jetzt den nationalen Klimaplan ins Treffen führen. Wobei man sagen muss, das ist ja nicht verbindlich. Deswegen, was man sich schon fragt, und was wir uns gefragt haben, auch in der Vorbereitung, wenn die grüne Regierungsbeteiligung erfolgreich war, wie Sie sagen, warum konnten Sie diese Vorschläge für die Grünen und in diesem zentralen Verkehrsbereich dann nicht durchsetzen?

KOGLER: Na ja, das geht jetzt ein bisschen weg von dem Thema hier ehrlicherweise. Aber ehrlich wiederum ehrlicherweise...

WACHTER: Das sind zwei Ihrer Vorschläge.

KOGLER: Ja, schon, aber das hat ja jetzt weniger mit einer riesigen Budgetkonsolidierung zu tun.

WACHTER: Wir wollen es ja runterbrechen.

KOGLER: Können wir gerne machen, aber jedenfalls ist im Klimaschutz noch nie so viel weitergegangen wie jetzt. Die Emissionen sinken schneller als geglaubt, und zwar jetzt schon zwei Jahre hintereinander. Und das ist das Wichtigste, denke ich. Und es gibt überall, kann man sich anschauen, wie wir auf der Überholspur sind, ob es die Photovoltaik ist, ob es die Windkraft ist, ob es andere Maßnahmen sind, die alle dazu beitragen, das Klimaticket usw. Und jetzt sage ich ehrlicherweise was dazu. Ja, das kostet was. Dafür muss man schon schauen, wo hier eigentlich gekürzt werden sollte. Man kann leicht über Förderungen reden. Dazu werde ich noch eingehen. Aber ich sage Ihnen, ich sage Ihnen was. Gleich mal konkret, wo man sinnvollerweise schon sparen kann. Das wären umweltschädliche Subventionen. Wir haben da, das ist ein völliger Irrtum. Wir haben da die Pendlerpauschale deshalb nicht drinnen, weil sie eigentlich ja aufkommensneutral ökologisiert gehört. Das ist sie nicht. Und vor allem auch sozialer gestaltet wird. Die, die viel haben und einen SUV fahren, kriegen mehr Pendlerpauschale als der, der ein kleines Auto hat, obwohl er genau gleich weit fährt. Aber das wird nicht abgeschafft. Das ist eine böse Kampagne. Das Wichtigste bei diesen Subventionen, scheint mir, ist das Dienstwagenprivileg, dass man es herausgreift. Ich sehe wirklich nicht ein, dass wir für dicke Diesel-SUVs, die noch dazu auf einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Vereinbarung beruhen, dann noch steuerlich begünstigt werden sollen. Und das sind viele hunderte Millionen, die nur das ausmacht. Eigentlich fast 500 Millionen. Also da kann man schon durch. Ich möchte aber was anderes herausgreifen, was noch wichtig ist, wenn man schon auf Einsparungen schauen, das sind auch Bauprojekte. Es sind sich ziemlich alle einig, allen voran glaube ich, die ÖVP und die FPÖ, dass wir um 20 Milliarden in den nächsten Jahren Autobahnen betonieren, im Übrigen auch durch Naturschutzgebiete. Das können wir sparen mit sehr, sehr vielen positiven Effekten. Erstens haben wir mehr Naturschutz und Hochwasserschutz. Zweitens brauchen wir nicht für ausländische LKW immer weitere Transitrouten mit österreichischem Steuergeld dadurch betonieren. Und wenn ich das herrechne auf einer Legislaturperiode sind das auch noch immerhin 4 Milliarden pro Jahr. Da kommt schon was zusammen. Und von daher glaube ich, hat jetzt jeder versucht, von seiner Seite zu sagen, wie seine Budgetgestaltung ausschauen kann.

SCHNABL: Das wollten wir herausarbeiten. Und ich wollte nur sagen die Straßen, das haben wir ja breit diskutiert mit dem Herrn Babler in der ersten Diskussion.

KOGLER: Nicht in budgetärer Hinsicht.

SCHNABL: Aber wir kennen Ihre Position.

KOGLER: Vier Milliarden pro Jahr.

SCHNABL: Aber ich hätte noch eine Frage, die eigentlich Sie alle angeht. Das ist ja die Grundfrage, vor allem nach der Wahl. Wenn Sie Ihre Wahlversprechen umsetzen wollen, brauchen Sie Ihre Mehrheiten. Herr Kogler, ganz dezidiert an Sie, Dieselprievileg, alle klimaschädlichen Förderungen, die wir uns anschauen, fast 5 Milliarden €, nicht einmal in der jetzigen Regierung haben Sie einen Verbündeten, denn die ÖVP möchte Pendlerpauschale Diesel-Privileg beibehalten. Warum soll das möglicherweise als dritter Koalitionspartner dann leichter gehen, wenn Sie es jetzt nicht umsetzen können?

KOGLER: Na ja, erstens sind auch in diesem Bereich Reformen passiert, und zweitens wird es immer darum gehen, dass man dann Kompromisse verhandelt. Aber jetzt sind wir doch in der Situation, dass alle dafür werben, wofür sie eintreten und ob man dafür gestärkt wird. Und das wird sich nicht wundern, wenn ich sag, dass für Klimaschutz, Naturschutz hier die Grünen in Vorlage treten. Das fällt sonst auf der Seite runter. Das haben wir ja oft genug gesehen. Es gibt da genug Bremser, die beeinflusst sind von diversen Lobbyisten und Gasagenten. Das erleben wir ja dauernd, wo dann die Gelder hingehen. Da muss man anständig gegenhalten. Aber wichtig ist ja, dass insgesamt so viel weitergegangen ist. Ich möchte aber zur Budgetproblematik in diesem Zusammenhang aber was sagen, weil das wäre jetzt eigentlich aufgerufen gewesen. Ich finde es nicht ganz seriös. Ich finde es nicht ganz seriös, wenn man so tut, als ob man auch in mehreren Jahren, 20 im Übrigen reicht das ja gar nicht, 35 Milliarden müssten es sein, einzusparen.

SCHNABL: Sie meinen die Frau Meisl-Reisinger?

KOGLER: Nicht nur, ich sehe, ich sehe haarscharf das Gleiche beim Herrn Kickl. Aber das war immer schon so diese Germanen-Voodoo-Ökonomie, da hat man sich eh nie auf etwas verlassen können. Aber das ist auch ein bisschen Hausnummernaufzählung, was da passiert. Wissen Sie, 35 wären es, wenn man gleichzeitig noch auf ein Nulldefizit kommen wollen würde. Ich sage Ihnen der ganze Gesundheits- und Pflegebereich, der Ganze, macht 8 Milliarden aus. Der ganze Bildungs- und alle Schulen und Universitäten 15 Milliarden, die Polizei 4 Milliarden, Familien, Kinder 6 Milliarden. Also da muss man, glaube ich, schon einmal ehrlich fragen, wie das gehen soll. Und deshalb versprechen.

SCHNABL: Das machen wir, Herr Kogler.

KOGLER: Deshalb versprechen wir genau keine großartigen Steuer- und Abgabensenkungen, sondern wenn Umschichtungen im System, weil wir haben ein Problem. Wir haben hohe Steuern, aber vor allem für die, die arbeiten. Aber für die, die Millionen erben, sind wir ein Steuerparadies. Und deshalb geht es darum, dass wir hier auch gerecht umschichten.

SCHNABL: Wir schauen ja immer...

KOGLER: Diejenigen, die viel, leisten, aber wenig verdienen wie die Pflegerinnen, die Angestellten in den Krankenhäusern, auch die Polizisten und Polizistinnen. Die sollen mehr Netto vom Brutto haben. Aber das muss man irgendwie finanzieren, weil wir können nicht. Wir können nicht einfach mit der Behauptung von Reformen, ohne die genau auszuschildern dorthin kommen. Und ein letztes.

SCHNABL: Herr Kogler, wir wollen in die Diskussion kommen.

KOGLER: Ich war selber 13 Jahre Vorsitzender vom Rechnungshofausschuss. Wir wissen, dass in vielen kleinen Maßnahmen was drinnen ist. Aber es ist völlig illusorisch zu glauben, dass das in diesem großen Ausmaß geht. Und dafür würden wir uns nach der Wahl zusammensetzen.

SCHNABL: Jetzt machen wir einen Punkt, Herr Kogler.

KOGLER: Die Förderungen durchforsten wir gerne. Aber da möchte ich mal sehen, was das ist. Ob das auf die Lebensmittel geht oder auf die Photovoltaikförderung oder aufs Klimaticket. Das muss man halt mal ausschildern.

SCHNABL: Herr Kogler. Wir wollen ja bitte alle in die Diskussion kommen. Und jetzt haben Sie haarscharf, wir haben nämlich die Redezeit hier, alle anderen überholt. Bitte. Wir wollen einen Kurzen.

WACHTER: Schauen wir uns das gemeinsam mal an, wer jetzt wie viel Redezeit hat. Das ist auch wichtig im Sinne der Ausgewogenheit. Herr Kogler, Sie haben da jetzt überholt. Zum Schluss muss man sagen: Wir nehmen dieses Wissen jetzt mal mit, auch in die nächste Runde. Einfach, damit man ein Gefühl hat: Wer hatte denn jetzt wie viel Zeit? Und das Ziel ist natürlich, dass es am Ende ausgewogen ist. Und damit kommen wir zum nächsten Thema. Es geht um Extremwetter, um die Auswirkungen des Klimawandels und um die Folgen für die Bevölkerung.

ERZÄHLER (VIDEO): 200 bis 5.100 Liter Wasser führt der Wienfluss pro Sekunde eigentlich, bis zu 440.000 waren es bei dem Starkregen Mitte September. Die Stadt Wien spricht von einem 1.000-jährlichen Hochwasser. Vor allem Niederösterreich hat es schwer erwischt. Der österreichische Versicherungsverband rechnet mit 600 bis 700 Millionen € Schadenssumme. Im schlimmsten Fall allein für dieses Hochwasser mit sogar mehr als einer Milliarde. Und das ist kein Einzelfall. Die staatlichen Versicherungen steigen jährlich. Auch 2023 war es über 1 Milliarde €. Hagel, Orkanböen, Dürren und Hitze fordern die auf dem Land und die in der Stadt. Extreme Wetterphänomene nehmen laut Meteorologen zu. Das stellt Österreich vor Herausforderungen, vor allem finanziell. Wie können wir mit den Wetterextremen in Zukunft umgehen?

SCHNABL: Und vor allem: Welche Rahmenbedingungen muss die Politik schaffen, dass mit Blick auf das Hochwasser vor einer Woche das nicht häufiger und in dieser Auswirkung mit Extremwetter immer öfter passiert?

WACHTER: Herr Kogler, das sind wieder Sie am Wort. Sie sagen nämlich: Der präventive Hochwasserschutz ist der Bodenschutz. Ihr Ziel war, das weiß, glaube ich, jeder, dieses 2,5-Hektar-pro-Tag-Ziel. Das konnten Sie in der Regierung nicht umsetzen. Sie haben auch im Duell gesagt, Sie sind verärgert über die Länder, über die Haltung der Länder. Die entscheidende Frage ist ja: Das war jetzt in einer Zweierkoalition. Die nächste Option wäre wohl eher eine Dreierkoalition. Hand aufs Herz: Dieses Ziel wird sich in der nächsten Legislaturperiode nicht umsetzen lassen.

KOGLER: Ich bin zuversichtlich. Das ist ja ein Kampf, der vor aller Öffentlichkeit ausgetragen wird. Ich kann mich gut erinnern, dass niemand mehr daran geglaubt hat, dass wir, was in Österreich dann eigentlich eine Revolution ist, das Amtsgeheimnis abschaffen und die Infofreiheit herbringen. Da haben am Schluss in Wahrheit alle, rote wie schwarze, Bundesländer blockiert. Das ist ein, zwei Jahre gegangen, bis wir dann gesagt haben: Jetzt holt mal die vor den Vorhang, die blockieren. Und dann ist es schon langsam weitergegangen. Da muss ich sogar ehrlicherweise sagen: Was Bürgermeister Ludwig eingebracht hat, hat auch seinen Sinn gehabt. Und wir haben einen Kompromiss gefunden, und das war gut. Und das wird da auch so sein. 80–90 % der Bevölkerung sind für mehr Bodenschutz. Warum? Weil sie erkennen: Das ist mehr Hochwasserschutz am Schluss und damit mehr Menschenschutz. Die Natur braucht überhaupt wieder mehr Platz. Wir haben ihr zu viele Wunden zugefügt, und man muss doch endlich mal möglich machen, dass wir unser Wirtschaften und damit auch unsere Arbeitsplätze so organisieren, dass wir es mit der Natur machen und nicht gegen die Natur.

Ich bin wieder total zuversichtlich.

WACHTER: Auch wenn es in keinem Wahlprogramm steht, sind Sie der Meinung, das würde gehen.

KOGLER: Na, warum denn nicht?

WACHTER: Nur, dass wir es festhalten.

KOGLER: Es sind ganz andere Sachen in der Koalition gelungen, die keiner geglaubt hat. Wer hätte denn geglaubt, dass wir wirklich die Sozialleistungen an die Teuerung anpassen? Automatisch. Das ist jetzt 30 Jahre versprochen worden. Ist nie gekommen. Haben wir gemacht. Kollege Babler sollte froh sein. So wird es auch da sein. Aber so wird es auch da sein, dass wir da eine Chance haben. Und ehrlich, das stimmt schon, da ist nicht die Bundesregierung sich uneinig. Ich bin mir mit dem Kollegen Totschnig da sehr einig. Es stimmt, was Sie sagen: Es sind die Länder, und man muss es wirklich mal aussprechen. Die Bundesländer haben hier die meiste Kompetenz, und sie blockieren. Und das muss man mal, das muss man einfach aufrufen. SCHNABL: Kommen wir zu den Ländern.

KOGLER: Die Bundesländer, wo die Probleme am ärgsten sind, in Oberösterreich nämlich hochwassermäßig und in Niederösterreich, wird am meisten betoniert. Und das ist auch kein Zufall der Zusammenhang.

SCHNABL: Aber Sie haben sie trotzdem nicht überzeugt, Herr Kogler. Der Vollständigkeit halber steht im Wahlprogramm von Frau Meisl-Reisinger und auch von der SPÖ, muss man sagen, die Bodenversiegelung. Aber vielleicht sind so viele dagegen, und das sagen ja die Grünen, Herr Kogler, nicht offen.

KOGLER: Es sind auch viele dafür.

SCHNABL: Es geht darum, diese verbindliche zweieinhalb-Hektar-Grenze einzuführen. Und ich würde auf einen Punkt kommen, den man von den Grünen auch nicht so deutlich hört. Die sagen dann natürlich: weniger Supermärkte, weniger Gewerbesiedlungen. Aber es sind ja vor allem dann weniger Einfamilienhäuser. 65 % aller Gebäude in Österreich laut Statistik Austria sind Einfamilienhäuser. Kurzum: Weniger Einfamilienhäuser bedeutet auch weniger Boden.

KOGLER: Langfristig ist es völlig klar, auf Jahrzehnte, dass das Bauen und die Baukultur eine andere werden wird. Aber das ist für die nächsten Jahre überhaupt kein Thema. Warum? Da sind ja die bestehenden Widmungen de facto ausgenommen aus diesem Plan. Oberösterreich allein hat so viel Bauland gewidmet, dass wir alle Gebäude der Bundeshauptstadt Wien dorthin verfrachten können. Da wird so viel Nebel geworfen, dass es wirklich schon ärgerlich ist. Und da sollte man bissl aufpassen. Und ich meine ja, dass es darum geht, dass wir hier eine Trendwende einleiten. Und ich sehe es auch wie die Kollegin Meisl-Reisinger, dass es nicht darum geht, weil das würde dann immer vorgeschoben, dass wir überall, in jedem Dorf und in jeder Stadt genau ein Limit runterrechnen, sondern das ist ein österreichweites Ziel. Das bricht sich herunter auf die Bundesländer und dann auf Bezirke und Gemeinden, je nachdem, was wo gebraucht wird. Natürlich brauchen wir noch Gebäude. Natürlich brauchen wir im Übrigen auch Straßen, kleinräumige Umfahrungen. Das ist ja alles klar. Langfristig wird es nur dorthin gehen, dass wir auch entsiegeln müssen. Und das ist das, was wird mit der EU passieren und mit der Renaturierung. Und da bin ich sehr froh darum. Und da sollten wir uns die Förderungen ...

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

[Nehammer spricht Kogler auf dessen Kritik an den Ländern im Zusammenhang mit dem Bodenschutz an.]

KOGLER: Die Bürgermeister denken ja wirklich um, aber die Landeshauptleute nicht.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

WACHTER: Herr Kogler, haben Sie im STANDARD gesagt, die Grünen haben im Integrationsbereich Probleme früher zu wenig klar angesprochen. Und seit der Neuaufstellung nach der Wahlniederlage 2017 sehen Sie das anders, haben ein höheres Problembewusstsein. Hat aber die Zuwanderung, Stichwort Familiennachzug nach Wien, inzwischen eine Dimension angenommen, die zum Beispiel das Bildungssystem an die Grenze bringt?

KOGLER: Ich sag gleich was dazu. Nur zu vorhin noch, weil das war, glaube ich doch, ein massiver, massiver Vorwurf, denke ich, von Kollegen Nehammer an die Kollegin Gewessler. Also ich finde, und ich war ja dabei im Übrigen, als dieses Ministerium verhandelt wurde, ich hole es noch einmal herein jetzt, dass Infrastruktur, Klimaschutz und vieles andere tatsächlich noch verhandelt wurde, dass... Ich habe das mit Sebastian Kurz gemacht. Wir hatten auch einen Namen dafür: Superministerium. Ich muss sagen, Leonore Gewessler ist eine dazugehörige Superministerin, und das funktioniert hervorragend.

SCHNABL: Ich habe einen Vorschlag, wir reden am Ende über Koalitionen und auch über Personalien.

KOGLER: Ja schon, ich wollte darauf aufmerksam machen, dass bei einem derartigen Vorwurf es vielleicht vernünftig wäre, wenn ich was dazu hätte sagen können. Das habe ich jetzt nachgeholt. Also ich finde, ich finde, ich finde, die Klimaschutz- und Infrastrukturpolitik auch gemeinsam, zum Teil, manchmal reiben wir uns, das ist ja bekannt, funktioniert hervorragend. Sonst wären ja gar nicht diese Ergebnisse da.

Jetzt zu dem, was Sie sagen, was Sie gefragt haben. Das ist eine parteipolitische Frage von vor zehn Jahren mehr oder weniger. Ich glaube, ich glaube, dass es immer richtig ist, Probleme anzusprechen. Und weil auch immer schon die Sorge war, die ist ja nicht unberechtigt, dass dann solche daherkommen, die dann im Bierzelt das aufgreifen und alles wieder hochjazzen und in die Luft plärren, dass man da vorsichtig war. Aber es stimmt, und ich habe das selber immer vertreten: Es gibt Probleme, was die Migration oder die Integration betrifft, ist es, das sehen wir sehr ähnlich, Beate Meinel-Reisinger und ich, das ist die Deutschfrage.

Als Erstes: Abhilfe schaffen, noch mehr Deutschkurse. Da muss man nicht nur fordern, sondern auch fördern. Wir haben mehr Geld reingegeben, aber es ist noch, es ist noch was zu tun. Und das Wichtigste, scheint mir, ist das zweite verpflichtende Kindergartenjahr. Erstens mal, weil man dort sehr leicht Deutsch lernt als Kind mit vier, mit viereinhalb Jahren. Das ist doch das Wesentliche. Und es passiert auch viel mehr Integration. Und was noch gut ist dabei, finde ich, das gilt ja dann auch für die österreichischen Kinder.

Es ist auch ein Riesenbeitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut. Und dann gleich für alle, weil dort, dort kann man auch, dort kann man auch die sogenannte Sachleistung wirken lassen. Ich wäre da sehr dafür, [zeigt auf Babler] da treffen wir uns wieder, was diese tägliche warme Mahlzeit zu Mittag betrifft und, und, und. Bekämpfung der Kinderarmut ist überhaupt eine Aufgabe. Das können wir uns bei der Gelegenheit gleich vornehmen. Und es gibt halt solche und solche. Abschließend aber, da wollte ich anschließen: Was Integrationsfähigkeit betrifft, ist, was es braucht, beide Seiten. Aber wir sollen nicht alle in einen Topf werfen. Ja, es müssen sich alle an die Regeln halten und an die Gesetze, die kommen, das ist völlig klar.

Auf der anderen Seite. Auf der anderen Seite haben wir mehrheitlich Fälle und Beispiele, wo es auch ganz anders geht.

Meine Familie hat betreut, schon in den 16er oder 17er Jahren, in der Zeit damals afghanische unbegleitete Minderjährige, um ihnen einen Lehrplatz zu verschaffen. Und es hat bei fast allen funktioniert. Dann haben wir müssen schauen, dass sie nicht abgeschoben werden, weil sie einen Beitrag leisten. Und zwar einen super Beitrag. Jetzt, syrische Familie, mit drei Generationen. Die sind dort und haben ein Lebensmittelgeschäft, haben typischerweise bis 22:00 Uhr offen. Die Grazerinnen und Grazer gehen einkaufen und meine Schwiegermutter gibt Deutschunterricht für die.

SCHNABL: Jetzt holen Sie aber massiv auf in der Redezeit, Herr Kogler.

KOGLER: Und ich sage, es muss endlich auch mal darauf ankommen, was einer kann und wo einer hinwill und was er beitragen will. Und das ist auch wichtig.

WACHTER: Sie wollten auf jeden Fall noch was dazu sagen. Wir müssen die Runde dann schließen, damit wir noch zu einem anderen Thema kommen.

[Passage gekürzt: keine relevante Beteiligung Werner Koglers.]

WACHTER: Ich glaube, es wäre wichtig, dass wir jetzt auch Herrn Kogler mit rein in die Diskussion nehmen und auch diese Frage, die jetzt von Herrn Babler kam zu Sky Shield. Vielleicht wollen sie auch darauf replizieren.

KOGLER: Das ist, glaube ich, schnell erklärt. Der Herr Bundeskanzler hat die Eckdaten genannt. Also vielleicht haben wir da tatsächlich einen Informationsvorsprung. Da können wir schauen. Die Gutachten sind mal das eine, aber das Vorhaben ist so beschrieben, dass genau nichts auf österreichischem Boden stationiert wird, was von anderen befehligt wird oder anderen gehört. Und um was geht es denn überhaupt? Ich muss ehrlich sagen, wenn wir das schon hatten, ich habe da umgedacht. Ja, gegenüber vor zehn, 20 Jahren. Wir müssen unseren Luftraum schützen. Erstens ist es ein Neutralitätsgebot, wenn wir darauf so Wert legen und zweitens jetzt effektiv schützen. Aber wichtig ist, abweichend von dem, was Herr Kickl gesagt hat, dass auch die Terrorabwehr eine große Rolle spielt. Und da ist das System hocheffektiv, weil die kommen, die Terroristen werden zukünftig, leider muss man dann wohl annehmen, des Öfteren mit Drohnen kommen und wir hätten dann die Möglichkeit und werden sie auch haben, dass wir die runter, runter fangen können. Und ansonsten die Infrastruktur, die Kraftwerke, die Krankenhäuser, alles was sensibel ist oder im schlimmsten Fall, so wie in der Ukraine, die Kinderkrankenhäuser mit den Kindern, wo die Krebs haben, beschossen werden. Das ist doch der Nutzen davon und dass das effektiv passiert, das es auch günstig eingekauft wird, das ist schon ein wichtiger Punkt. Ist jetzt das auch so organisiert. Anders als damals bei die Abfangjäger, da war ich, wie Sie wissen, sehr beteiligt. Da ist es schon so zugegangen, dass die Korruption aus allen Ritzen gerochen hat. Es war nicht unser Projekt. War, war eine andere Regierungskonstellation, dass wir das jetzt anders organisieren, das ist auch wichtig. Ja, und das kostet. Das kostet. Aber dazu stehen wir.

SCHNABL: Genau. Das ist ein Stichwort. Kurze Nachfrage, und dann schauen wir bitte auf die Redezeit. Warum haben dann die Grünen im Budgetausschuss nicht zugestimmt? So ist kein Schild.

KOGLER: Das ist eine andere Frage, weil sie Schritt um Schritt geht. Jetzt geht es mal um die. Jetzt geht es mal um die Primärimplementierung. Und dann ist die Frage, in welchen, in welcher Schrittfolge welche – das wurde vorher angesprochen – welche Raketen im Übrigen mit welcher Reichweite, die würden dann auch durchaus weitergehen.

Aber auch dazu kann ich mich bekennen. Wir müssen es nur effektiv gestalten. Das ist der Grund, dass wir da noch was zu diskutieren haben. Aber lassen Sie mich zur Grundsatzfrage nochmal was sagen. Auch es ist doch so, jetzt bin ich gerade mal der Letzte. Schauen Sie mal, es ist doch so, dass wir alle, müssen wir die Natur, die natürliche Ordnung wiederherstellen.

WACHTER: Sie schauen auf die Redezeit und das würden wir alle gerne wieder machen.

KOGLER: Die Sehnsucht nach Frieden. Das eint uns doch alle. Also ich glaube fast alle Menschen auf der Welt.

WACHTER: Ich glaube, dass ...

KOGLER: Ja, schon. Aber die Frage ist ja, was wir daraus ableiten. Und jetzt hat Putins bestialischer Angriffskrieg sehr, sehr viel verändert und das sehen viele, auch wenn es nicht alle wahr haben.

WACHTER: Da haben auch Sie umgedacht.

KOGLER: Nein.

WACHTER: Ich muss jetzt leider auf die Redezeit hinweisen, Herr Kogler, Sie holen gerade auf.

KOGLER: Aber die Frage ist doch, die Frage, wie sich Österreich dazu stellt. Als Neutraler kann man, es kann nicht heißen, was der Herr Kickl da sagt, dass man teilnahmslos beiseite steht, wenn dort gemordet, massenvergewaltigt wird und Kinder verschleppt werden. Wenn Putin, wenn Putin ...

KICKL: Sie stehen auf der Seite der Opfer und nicht ...

[unverständlich aufgrund von Überschneidungen zwischen Kickl, Kogler und Schnabl]

SCHNABL: Man kann sie, aber niemand mehr verstehen, wenn sie durcheinanderreden. Herr Kogler.

KOGLER: Jetzt haben nur wir zwei geredet.

SCHNABL: Sie haben jetzt auch aufgeholt.

WACHTER: Sie haben Ihren Punkt klargemacht, Herr Kogler.

KICKL: Kurze Replik, weil das kann man nicht so stehenlassen. Ich erklär's Ihnen. Das ist wie beim Roten Kreuz. Das Rote Kreuz hilft den Opfern auf allen Seiten in einem Krieg, aber es ergreift selber nicht Partei und.

SCHNABL: Replik, Herr Kogler. Und dann schließen. Wir können uns alle darauf einigen mit der Sehnsucht nach Frieden. Da stimmen Sie alle überein.

KOGLER: Bei diesen Verbrechen, die dort herrschen, gibt die Neutralität keinen Hinweis, dass man sich nicht schert. Im Gegenteil. Die UN-Charta gibt uns alles Recht, auch die Ukraine zu unterstützen. Und ich finde das richtig. [spricht Kickl direkt an] Wenn in Ihren Nachbarstaaten gemordet und vergewaltigt wird, bleiben sie hinter der Hecke sitzen und sagen: Wir sind neutral. Das kann es ja nicht sein, wenn wir, wenn wir Frieden wollen, wenn wir Frieden wollen ...

KICKL: Und da zeigt sich jetzt die ganze Heuchelei, Herr Kogler, weil wenn das so ist, dass man hier nicht neutral sein kann, ja warum sind Sie dann militärisch neutral. Und warum schützen Sie dann Leute, die aus der Ukraine nach Österreich kommen, junge Männer, die dann dort möglicherweise ihren Wehrdienst oder ihre Wehrpflicht leisten sollen? Was ist denn da jetzt noch konsequent? Sehen Sie und das ist diese Heuchelei bei dieser ganzen Argumentation.

KOGLER: Das ist ja viel zu viel auf einmal. Wir müssen uns hier einmal grundsätzlich darüber verständigen, was das bedeutet. Und ich bin klipp und klar der Meinung, dass es klar erkennbar ist, dass wenn Putin, wenn Putin das beendet, ist der Krieg beendet.

KICKL: Was ist jetzt mit der Ukraine?

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]

WACHTER: Wir hatten das Thema auch vergangenen Freitag in dem TV-Duell mit Herrn Nehammer. Da ging es um die Frage um Leonore Gewessler. Sie haben gesagt, Sie entscheiden selber, welches Team aufs Spielfeld geht. Die Frage ist: Was sind denn Ihre Koalitionsbedingungen?

KOGLER: Erstens noch mal: Ich habe es ja vorher schon noch mal hereingeholt. Damit ist ja genau gemeint, dass wir als Team kandidiert haben. Wir arbeiten als Team, wir regieren als Team. Und selbstverständlich wird Leonore Gewessler Teil des Teams sein. Aber warum ist das eigentlich so wichtig? Weil, wenn man alles zusammenzählt, dann sogenannte Reformen bei den NEOS, Budgetkürzungsphantasien auch bei anderen – das ist es ja in Wahrheit –, dann droht doch, dass viele dieser Klimaschutzmaßnahmen, die wir gemacht haben, weil da ja auch Gott sei Dank Förderungen dabei sind, dass die als Erstes gestrichen werden. Und deshalb sage ich ganz klar: Klimaschutz, auch Naturschutz, gibt es in der wirklichen und in der ehrlichen und in der echten Ausformung nur mit den Grünen. Und dafür müssen wir gestärkt werden. Wir sind da auch in Aufholjagd. Vor fünf Jahren hat zu dem Zeitpunkt auch keiner geglaubt, dass wir in die Lage versetzt werden, Regierungsverhandlungen zu führen. Aber ja, das ist das Ziel, damit der Klimaschutz am Tisch sitzt und ned neben runterfällt. Das ist unser Anspruch, und das versuchen wir. Und das Zweite ist, dass ich schon den beiden Herren hier abnehmen kann, mit dem Herrn Kickl nicht unbedingt zu wollen. Aber reicht das? Wir sehen es in Niederösterreich. Ich weiß überhaupt nicht, was den Herrn Landbauer vom Herrn Kickl unterscheidet. Das Seminar, das Seminar schau ich mir an, den Unterschied herauszuarbeiten. Wir haben Haslauer in Salzburg gehabt. Dann hätte ich das wirklich geglaubt. Ein wirklich, ein seriöser bürgerlicher Mensch glaubte man, sagt, das geht nicht, dass da solche Rabauken, wortwörtlich und überhaupt die, die Feindschaften säen, in die Regierung kommen. Gemeint hat er die FPÖ. Na, dann war es schon wieder so weit. Was soll ich davon halten?

Und bei der SPÖ glaube ich dem Herrn Babler hundertprozentig. Allerdings, wer weiß, wie es nachher weitergeht. Wir haben im Jänner, wir haben im Jänner Landtagswahlen im Burgenland. Das ist nicht lange hin. Was werden wir dort sehen? Dort werden wir sehen, dass der Herr Doskozil wieder auf Rot-Blau schießt. Er hat es ja schon einmal gemacht. Und wir haben fünf Landesparteiobleute der SPÖ, die auch zumindest auf Landesebene zu Blau blinken. Aus strategischen Gründen. Ich finde, das ist keine Frage von Strategie. Da geht es nämlich wirklich um echte und ehrlich, ehrliche, ehrliche Brandmauer.

SCHNABL: Herr Kogler. Jetzt ist die Redezeit ungleich.

KOGLER: Natürlich ist es so, dass eine Stimme für die Grünen eine für Klimaschutz ist und jedenfalls die Chance erhöht, dass die Rechtsextremen nicht in die Regierung kommen.

WACHTER: Die Redezeit ist ausgewogen. Sie schauen da immer rauf, es ist ausgewogen jetzt.

SCHNABL: Wir machen da jetzt einen Punkt. Also wir haben es wirklich probiert. Es hat auch den einen oder anderen Wahlauf Ruf gegeben und die Abgrenzung, die wir schon kannten.

MEINL-REISINGER: Komisch.

SCHNABL: Ja, drei Tage vor der Wahl haben wir mit nichts anderem gerechnet, muss man auch sagen. Deswegen wollen wir aber noch am Ende etwas von Ihnen wissen. Die letzten Jahre waren Krisenjahre, und leider Gottes – wir wollen niemandem den Optimismus nehmen – die Krisen liegen noch immer vor uns beziehungsweise werden sie nicht weniger.

Und jetzt kommen wir zu einer Abschlussfrage, die wir Sie nämlich einzeln nacheinander gerne fragen würden. Bitte.

WACHTER: Und zwar würden wir gern wissen, eben in der Reihenfolge – fangen wir hier an: Welche eine Eigenschaft macht Sie persönlich aus, um dieses Land künftig zu regieren? Und wirklich, Sie als Person, eine Eigenschaft.

KOGLER: Nicht davonzulaufen und immer wieder aufzustehen. Und wir hatten unsere ...

WACHTER: Eine Eigenschaft, Herr Kogler. Das war das Ziel.

KOGLER: Immer weiterkämpfen und immer aufstehen. Natürlich, es ist nicht einfach. Wir haben gesagt, wir haben gesagt, das Regierungsprogramm heißt „Verantwortung für Österreich“. Und das war nicht einfach. Aber wir sind ja nicht dazu da, um es uns einfach zu machen.

[Passage gekürzt: keine Beteiligung Werner Koglers.]